

**Im Zweifelsfall Machtpolitikerin; Annalena Baerbock war stets der Liebling der Partei. Mit ihrer Zustimmung zum Asylkompromiss könnte sich das ändern. Denn in Partei und Fraktion sind viele nun sauer.**

ZEIT-online

Montag 12. Juni 2023 6:34 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Asylkompromiss; Ausg. 1

**Length:** 1248 words

**Byline:** Katharina Schuler

## Body

---

Annette Riedl

Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen), Außenministerin, besucht das **Flüchtlingslager** Schisto in Athen und begrüßt Kinder. Die Ministerin wird in Athen Ministerpräsident K. Mitsotakis und Außenminister N. Dendias treffen. Am Freitag reist sie weiter in die Türkei. +++ dpa-Bildfunk +++28/07/2022 00:00:00

Wenn Annalena Baerbock **Flüchtlingslager** besucht so wie etwa im vergangenen Sommer in Athen, gibt das immer schöne Bilder. Baerbock ist eine Frau ohne Berührungängste, man sieht sie dann stets in engem Kontakt mit den Menschen dort, meist umgeben von vielen Kindern. Das Thema liegt ihr am Herzen. Schon als Parteivorsitzende hat Baerbock sich vehement für eine humane **Flüchtlingspolitik** in der EU eingesetzt, auch als Kanzlerkandidatin ließ sie keine Wahlkampf Bühne aus, um klarzumachen, wo sie in dieser Frage steht. Europa müsse "offener, effizienter und solidarischer" werden, forderte sie bei ihren Auftritten auf deutschen Marktplätzen. "Menschenrechte sind uns nicht egal, auch nicht an den Außengrenzen", sagte sie häufig.

In der vergangenen Woche hat dieses Bild einen deutlichen Riss bekommen. Denn Baerbock, die als Außenministerin maßgeblich in die Verhandlungen über einen Asylkompromiss auf EU-Ebene eingebunden war, stimmte schließlich einem Beschluss zu, der nicht nur in ihrer Fraktion und Partei, sondern auch bei Menschenrechts- und Flüchtlingshilfsorganisationen auf massive Kritik stößt. Die Einigung, die sich für Grenzverfahren mit Haftlagern an der EU-Außengrenze ausspricht, von denen auch Kinder nicht generell ausgenommen sein sollen, sei "eine Harmonisierung des Europarechts auf der Basis von Schädlichkeit", kritisierte etwa Baerbocks Parteifreund Jürgen Trittin. Pro Asyl sprach von einem "Ausverkauf der Menschenrechte".

Besonders frappierend aus grüner Sicht: Tatsächlich hätten die deutschen Grünen diesen Beschluss verhindern oder zumindest weiter verzögern können. Hätten sie ihre Zustimmung verweigert, hätte die Bundesregierung insgesamt nicht zustimmen können und dann hätte es wohl auch im Europäischen Rat keine Mehrheit gegeben, da etliche Staaten ihr Abstimmungsverhalten von Deutschland abhängig gemacht hatten. Dass es nun anders kam, ist natürlich nicht Baerbocks Schuld allein. Für eine Zustimmung votierten am Ende schließlich vier von sechs

Im Zweifelsfall Machtpolitikerin Annalena Baerbock war stets der Liebling der Partei. Mit ihrer Zustimmung zum Asylkompromiss könnte sich das ändern. Denn in Pa....

Mitgliedern der sogenannten grünen Sechser-Runde, der neben Baerbock auch Vizkanzler Robert Habeck, die beiden Fraktionsvorsitzenden und die zwei Parteivorsitzenden angehören. Auch die grüne Bundesfamilienministerin Lisa Paus, die ebenfalls eingebunden war, gab zwar eine Protokollnotiz ab, lehnte den Beschluss aber nicht grundsätzlich ab. Doch als federführende Ministerin innerhalb des grünen Regierungsteams trägt Baerbock natürlich besondere Verantwortung auch für das Verfahren im Vorfeld.

### **Lage falsch eingeschätzt**

Dabei scheint das Außenministerium die Lage bis zum Mittwochabend der Beschluss fiel am Donnerstag schlicht falsch eingeschätzt zu haben. Jedenfalls verschickte Baerbock noch zu diesem Zeitpunkt eine Mitteilung an ihre Fraktion, wonach man den derzeitigen Verhandlungsstand ablehne und eine Einigung am Donnerstag unwahrscheinlich sei. Dass es dann anders kam, obwohl sich aus Sicht der Kritiker in Partei und Fraktion der Verhandlungsstand keineswegs zum Besseren wandelte, sondern sich eher noch verschlechterte, sorgt nun für erheblichen Ärger.

Viele in Fraktion und Europaparlament sind vor allem sauer, dass sie nicht rechtzeitig eingebunden wurden. "Das Vertrauen in die, die in diese Entscheidung involviert waren, hat sehr gelitten", sagt ein Fraktionsmitglied. Es handele sich um einen geradezu exemplarisch schlechten Umgang mit Fraktion und Partei, denn letztlich sei etwas beschlossen worden, was weder der Position der Bundestagsfraktion noch derjenigen der Europafraktion entspreche.

Dass Baerbock im Nachgang nun einen Brief an die Fraktion verschickte, um ihre Entscheidung zu erläutern, und ein weiteres Briefing aus dem Auswärtigen Amt folgte, macht die Sache nicht besser. Denn aus Sicht ihrer Kritiker sind viele der darin genannten Argumente schlicht falsch. So sei es zum Beispiel Blödsinn, dass die deutsche Seite es sich als ihren Verhandlungserfolg anrechne, dass allein reisende Minderjährige von den Verfahren ausgenommen werden sollen. Dies habe seit Monaten festgestanden, heißt es in der Fraktion.

### **"Da wird Augenwischerei betrieben"**

Auch die Behauptung, man habe mit diesem Beschluss dafür gesorgt, dass es künftig einen auf Dauer angelegten Verteilmechanismus gebe, sei falsch. Zwar werde in dem Kompromiss eine geringe Zahl von Flüchtlingen genannt, nämlich 30.000, die künftig umverteilt werden sollten. Doch es sei unklar, was passiere, wenn sich nicht genug Staaten für eine freiwillige Aufnahme fänden. Außerdem könnten, anders als immer wieder behauptet, natürlich auch Menschen aus Ländern wie Syrien oder Afghanistan in Grenzverfahren landen, weil sie aus sicheren Drittstaaten kämen. Dies sei zwar nicht verpflichtend, liege aber im Ermessen der Außenstaaten. "Da wird Augenwischerei betrieben", kritisiert ein Fraktionsmitglied deswegen die Einlassungen der Außenministerin.

Baerbock führt für ihre Entscheidung auch an, dass man bei einem Scheitern wohl für lange Zeit gar keine Einigung in Europa in Sachen Migration mehr hinbekommen hätte. Ein anderes Motiv, das sie und die anderen Befürworter des Kompromisses in der Partei verschweigen, dürfte allerdings sein, dass die innenpolitische Debatte für die Grünen wohl sehr unangenehm geworden wäre: wenn in der jetzigen aufgeheizten Situation, in der die Kommunen täglich über die Überlastung mit Flüchtlingen klagen, die AfD Höchststände in den Umfragen feiert und die Grünen ohnehin wegen ihrer Klimapolitik massiv in der Kritik stehen, ein europäischer Kompromiss in der Flüchtlingsfrage an den Grünen gescheitert wäre. Letztendlich haben Baerbock und die grünen Spitzenpolitiker, die zugestimmt haben, als Machtpolitiker agiert die eigenen Grundsätze waren da im Zweifelsfall weniger wichtig.

Ihre Hoffnung richten sowohl die Unterstützer als auch die Kritiker des Beschlusses unter den grünen Spitzenpolitikern nun auf das Europaparlament. Noch sei ja nichts Gesetz, vielmehr stünden nun ja noch die Verhandlungen zwischen EU-Rat, EU-Kommission und Europaparlament an. Dabei könne und müsse nun nachgebessert werden.

Die Grünen im Europaparlament sind davon wenig begeistert. Denn letztlich sollen sie nun einen Kompromiss aufhalten, den zu blockieren Baerbock und Co sich nicht trauten. Zwar hat das EU-Parlament Grenzverfahren bisher generell abgelehnt, aber ob das in den monatelangen Verhandlungen, die nun anstehen, so bleibt, ist

Im Zweifelsfall Machtpolitikerin Annalena Baerbock war stets der Liebling der Partei. Mit ihrer Zustimmung zum Asylkompromiss könnte sich das ändern. Denn in Pa....

ungewiss. Vor allem auf liberale und sozialdemokratische Abgeordnete könnte der Druck aus ihren jeweiligen Ländern steigen, einer Lösung zuzustimmen, die für viele Grüne immer noch eine Zumutung wäre.

Von deutscher Seite aus lässt sich dagegen kaum noch etwas ändern, auch wenn die Grünen sich bei ihrem kleinen Parteitag am kommenden Wochenende hitzige Debatten liefern dürften. Dort wird es sicher auch Anträge geben, die die europäische Einigung verurteilen und möglicherweise auch feststellen, dass die deutsche Zustimmung ein Fehler war. Das allerdings käme einer direkten Abwatschung zumindest eines Teils der Führungsspitze gleich. Für Baerbock, die bisher als Liebling der Partei galt und auf Parteitagen stets mit Spitzenwahlergebnissen und Standing Ovations gefeiert wurde, dürfte das eine ganz neue Erfahrung werden.

**Load-Date:** June 12, 2023

---

End of Document

**Unser Name ist Ausländer; Rassismus ist Teil von Deutschland genauso wie migrantischer Widerstand dagegen. Wir gedenken der Dichterin Semra Ertan, die sich 1982 aus Protest verbrannte.**

ZEIT-online

Donnerstag 25. Mai 2023 1:14 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Semra Ertan; Ausg. 1

**Length:** 1590 words

**Byline:** Seyda Kurt;Elif Küçük;Karosh Taha;Vanessa Vu;Moshtari Hilal;Fatima Moumouni;Tanasgol Sabbagh;Cana Bilir-Meier

## Body

---

<https://live0.zeit.de/multimedia/videos/hamburg-neonazis/titelbild-hochkant.mp4>[https://live0.zeit.de/multimedia/videos/hamburg-neonazis/titelbild-final\\_quer.mp4](https://live0.zeit.de/multimedia/videos/hamburg-neonazis/titelbild-final_quer.mp4)[https://live0.zeit.de/multimedia/videos/hamburg-neonazis/titelbild-final\\_quer\\_WEBM.webm](https://live0.zeit.de/multimedia/videos/hamburg-neonazis/titelbild-final_quer_WEBM.webm)[https://live0.zeit.de/multimedia/videos/hamburg-neonazis/titelbild-hochkant\\_WEBM.webm](https://live0.zeit.de/multimedia/videos/hamburg-neonazis/titelbild-hochkant_WEBM.webm)<http://xml.zeit.de/zett/2023-05/tanasgol-sabbagh-titelbild/>

Hamburg hatte seine eigenen Baseballschlägerjahre: Zwischen 1980 und 1985 verübten hier Skinheads mehrere Brandanschläge und Angriffe auf rassifizierte Menschen. Mindestens vier wurden von Rechtsextremen ermordet: Nguyen Ngoc Châu, Do Anh Lân, Mehmet Kaymakçi und Ramazan Avci.

In diese Zeit fällt auch der Tod der Hamburger Dichterin Semra Ertan. Am 25. Mai 1982 rief die 24-Jährige beim NDR an. Sie sei in den Hungerstreik getreten, um auf die Situation der sogenannten Gastarbeitenden aus der Türkei hinzuweisen. "Wenigstens sollen wir hier nicht wie Hunde behandelt werden, von den Deutschen", sagte sie. "Ich möchte richtig wie ein Mensch behandelt sein." Sie kündigte an, sich öffentlich verbrennen zu wollen.

Mit 14 Jahren war Semra Ertan nach Deutschland gekommen, als Tochter türkischer Einwander:innen. Sie arbeitete als Dolmetscherin und technische Bauzeichnerin. Und sie schrieb Gedichte. Ihr berühmtestes trägt den Titel: *Mein Name ist Ausländer*. Darin schreibt sie:

"Ich arbeite hier

Ich weiß, wie ich arbeite,

Ob die Deutschen es auch wissen?

Meine Arbeit ist schwer,

Unser Name ist Ausländer Rassismus ist Teil von Deutschland genauso wie migrantischer Widerstand dagegen. Wir gedenken der Dichterin Semra Ertan, die sich 1982 ....

Meine Arbeit ist schmutzig.

Das gefällt mir nicht, sage ich.

"Wenn dir die Arbeit nicht gefällt,

Geh in deine Heimat, sagen sie."

<http://xml.zeit.de/zett/2023-05/zett-semra-ertan-portraet/>

Einen Tag nach ihrem Anruf beim NDR verbrannte sich Semra Ertan in Hamburg. Sie starb an ihren Verletzungen. Ihre Gedichte gerieten nach ihrem Tod fast in Vergessenheit dabei sind sie eines der frühesten Zeugnisse migrantischen Widerstands in Deutschland. Ertan schrieb politische Gedichte über die Lebensrealität sogenannter Gastarbeiter:innen, über harte, körperliche Arbeit, über Armut und den grassierenden Rassismus der Mehrheitsgesellschaft.

Das Erinnern an deutsche Vergangenheit ist immer auch ein Blick in deutsche Gegenwart. 2020 starben in Hanau neun Menschen durch rassistische Gewalt. Der Protest dagegen zeigt sich nicht nur auf der Straße, sondern auch in Kunst, Lyrik und Bildern. Semra Ertans Gedichte spiegeln sich in den Werken zeitgenössischer, migrantischer Autorinnen und Künstlerinnen.

Acht von ihnen baten wir, sich anlässlich Semra Ertans Todestag in Texten, Collagen und Videoarbeiten mit ihrem Werk zu beschäftigen. Entstanden ist eine multimediale Ausstellung, die sich mit deutsch-türkischen Beziehungen, den Körpern migrantischer Arbeiter:innen sowie rassistischer Gewalt beschäftigt.

Mein Vater ist Ausländer von Elif Küçük und Fatima Moumouni

## **Die Gastarbeiter:innen-Saga**

von Seyda Kurt

"Mein Land hat uns nach Deutschland verkauft, wie Stiefkinder, wie unbrauchbare Menschen." An diese Verse aus Semra Ertans Gedicht *Mein Name ist Ausländer* musste ich denken, als das Jubiläum des Anwerbeabkommens mit der Türkei gefeiert wurde. Von 1961 bis 1973 regulierte ein bilateral Vertrag die Einwanderung von rund 867.000 Arbeiter:innen nach Deutschland, zu ihnen gehörten Semra Ertan und ihre Familie. Das Anwerbeabkommen sei der Grundstein "der deutsch-türkischen Migrationsgeschichte", hieß es in Jubiläumserklärungen. Schaut, wie wir zusammengewachsen sind, war der Tenor. In meinem Kopf schrie Semra Ertan und mahnte, diese Geschichte nicht zu meiner zu machen.

Semra Ertan arbeitete als Bauzeichnerin und Dolmetscherin. Sie kannte die Baracken, in denen die Migrant:innen zusammengepfercht lebten, die menschenunwürdigen Gesundheitskontrollen bei der Einreise, die Abschiebungen. Die miesen Arbeitsbedingungen und Löhne. Davon erzählen nicht nur ihre Gedichte. Aus Protest gegen diese rassistische Realität beging sie 1982 politischen Suizid.

Das Anwerbeabkommen als Grundstein der deutsch-türkischen Geschichte zu erklären, macht die armenischen, assyrischen, kurdischen und anderen Arbeiter:innen unsichtbar. Sie flüchteten vor Armut und Auslöschung aus der Türkei und werden nun aus der deutschen Geschichtsschreibung gelöscht.

In der offiziellen Jubiläumsgeschichte gab es auch keinen Platz für die Kämpfe der Migrant:innen, die sich gegen die Institutionen und Vorgesetzten wehrten. Der spontane Streik von 1973 in den Kölner Ford-Werken ist eines der bekanntesten Beispiele: Mehrheitlich kurdische und türkische Arbeiter legten wochenlang den Betrieb lahm, protestierten gegen die Entlassung ihrer Kollegen und forderten höhere Löhne. Medien diffamierten die Streikenden als ausländische Unruhestifter, die deutschen Gewerkschaften 1978 wird der DGB in einem Positionspapier erklären, Deutschland sei kein Einwanderungsland beteiligten sich. Deutsche Arbeiter, zu Beginn noch solidarisch, fungierten als Streikbrecher. Der Protest wurde niedergeschlagen.

Unser Name ist Ausländer Rassismus ist Teil von Deutschland genauso wie migrantischer Widerstand dagegen. Wir gedenken der Dichterin Semra Ertan, die sich 1982 ....

Auch markiert das Abkommen nicht den Beginn der Einwanderung. Die Türkei wie auch Deutschland versuchten, die illegalisierten Migrationsbewegungen zu kontrollieren, die bereits herrschten. Der türkische Staat wollte den eigenen Arbeitsmarkt entspannen, Arbeitslose und Bäuer:innen loswerden. Die Türkei brauchte Devisen, Deutschland Arbeitskräfte.

Semra Ertans Verse entlarven, was der Nebel der Jubiläumsfloskeln verschleiert: das politische Kalkül zweier Staaten für Profit und Kontrolle. Als Arbeiterin, als Migrantin, als Aktivistin, als Alevitin, als Frau und Poetin musste sie stets ihre Geschichte der Gewalt und des Widerstands gegen rassistische, unterdrückerische Politiken und Geschichtsschreibungen verteidigen. Kein deutscher Verlag hat ihre Gedichte zu Lebzeiten verlegt. Semra Ertan hat um jedes Wort gekämpft. Und sie mahnen noch heute, dass es nichts zu feiern gibt.

Mein Name ist schmutzig, mein Name ist schwervon Elif Küçük und Tanasgol Sabbagh

### **Arbeit, in die Körper eingeschrieben**

von Vanessa Vu

Ihr Name war Ausländer, sie kamen als Gast- und Vertragsarbeiter:innen, als Geflüchtete und Migrant:innen doch was passierte dann? Viele verbrachten ihr Leben mit schmutziger Arbeit, alt wurden sie damit nicht. Von ihren letzten Lebensjahren erzählen nicht nur Anekdoten, die meist fernab der Öffentlichkeit zwischen Angehörigen herumgereicht werden, sondern auch Statistiken. Sie verstecken sich hinter Begriffen wie Morbidität und Mortalität.

Ein Forschungsbericht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge von 2011 stellte etwa fest, dass die inzwischen gealterten, ehemaligen Gastarbeitenden höhere Sterberisiken aufwiesen als Deutsche und dass ihre Lebenserwartung nicht wie bei den Deutschen kontinuierlich stieg, sondern stagnierte. Während deutsche 60-Jährige 1994 noch durchschnittlich 17,6 Jahre zu leben hatten und 2007 sogar 20,0 Jahre, konnten Ausländer:innen 1994 noch 18,5 Jahre erwarten und 2007 nur geringfügig mehr: 18,8 Jahre. Wer einen unsicheren Aufenthaltsstatus hatte, hatte eine noch niedrigere Lebenserwartung.

Migrant:innen sind zudem überproportional von Infektionskrankheiten und bakteriellen Erkrankungen betroffen, in der Pandemie wurde das besonders deutlich. Allerdings nutzen sie aus Mangel an Zeit, Informationen und Sprachkenntnissen seltener Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen. Statt regelmäßig Hausärzte zu besuchen, suchen viele erst im fortgeschrittenen Krankheitsstadium eine Rettungsstelle auf, vor allem in den Abend- und Nachtstunden sowie am Wochenende, wenn sie nicht arbeiten müssen. Ausländische, vor allem aus der Türkei eingewanderte Erwerbstätige sind zudem häufiger von Arbeitsunfällen und Arbeitsunfähigkeit betroffen als Deutsche. Sie gehen auch überproportional häufig und früher in die Früh- oder Erwerbsminderungsrente.

Im letzten RKI-Gesundheitsmonitoring von Menschen mit Migrationshintergrund von 2015 wiesen diese zudem eine höhere depressive Symptomatik auf als die einheimische Bevölkerung und waren im Schnitt schlechter über die Krebsfrüherkennung informiert. Das mache den Migrationshintergrund zu einer "eigenständigen Determinante der Bevölkerungsgesundheit" in anderen Worten: Es sind nicht nur Armut und schwere Arbeit, die sich über die Jahre in die Körper vieler Migrant:innen eingeschrieben haben. Auch die Migrationserfahrung selbst, traumatische Erlebnisse davor und danach sowie ein erschwerter Zugang zum Gesundheitswesen haben sie krank gemacht und bringen sie schleichend um.

Deutsche mögen Hunde mehr als von Moshtari Hilal

<http://xml.zeit.de/zett/2022-02/zett-semra-ertan-moshtari-hilal/>

Nenn mich Ausländer von Karosh Taha

Nimm meinen Namen. Nimm meinen Rücken.

Nimm meine Knie. Nimm meine Nächte. Meine

Unser Name ist Ausländer Rassismus ist Teil von Deutschland genauso wie migrantischer Widerstand  
dagegen. Wir gedenken der Dichterin Semra Ertan, die sich 1982 ....

Gedärme, meine Lunge. Nimm: was du willst.  
Ich gebe dir: meine Zunge, meine Hände,  
meinen Willen. Spuck mich aus, wenn ich nicht  
mehr schmecke. Nenn mich Ausländer. Nenn  
mich Fremde. Nenn mich Heimatlose. Nenn  
mich Entwurzelte. Nenn mich nicht-  
Angekommene. Zünde mich an. Stopf mir das  
Maul. Nimm mir die Haare. Nimm mir die  
Zähne und die Haut. Ich gebe dir meine  
Knochen: Du kannst sie brechen. Du kannst sie  
wiegen. Starre mich an. Starre mich an. Und ich  
reiß dir die Augen raus. Nenn mich Ausländer:  
Ich breche deinen Rücken. Nenn mich  
Heimatlose: Ich zünde dein Wohnzimmer an.  
Nenn mich Entwurzelte: Ich spalte deinen  
Gaumenbogen. Nenn mich Fremde: Ich  
schreibe Gedichte

### **Unheimlich glücklich**

von Cana Bilir-Meier

*Redaktion: Elif Küçük, Tessa Högele, Amna Franzke*

*Design: Adele Ogiermann*

*Entwicklung: Rose Tremlett, Simon Berresheim*

*Videoredaktion: Poliana Baumgarten*

**Load-Date:** May 25, 2023

**Texas muss Flussbarriere gegen Migranten abbauen; Bis Mitte September hat Texas Zeit, um eine "schwimmende Grenze" im Fluss Rio Grande zu entfernen, urteilte ein Bezirksrichter. Geklagt hatte die US-Regierung.**

ZEIT-online

Donnerstag 7. September 2023 12:44 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migrationspolitik; Ausg. 1

**Length:** 441 words

**Byline:** Katharina James

## Body

---

Eric Gay

Ein **Migrant** aus Kolumbien steht an einer schwimmenden Bojenbarriere, um den Rio Grande von Mexiko in die USA zu überqueren. Der US-Bundesstaat Texas soll laut einem Gerichtsbeschluss die umstrittene schwimmende Barriere im US-mexikanischen Grenzfluss Rio Grande entfernen.

Der US-Bundesstaat Texas soll laut einem Gerichtsbeschluss eine umstrittene schwimmende Barriere im US-mexikanischen Grenzfluss Rio Grande entfernen. Die aus Bojen von der Größe von Abrissbirnen bestehende Barrikade stelle eine Bedrohung für die Sicherheit und für die Beziehungen zwischen den USA und Mexiko dar, urteilte US-Bezirksrichter David Ezra. In einer einstweiligen Verfügung wies er Texas an, die Barriere bis zum 15. September aus dem Wasser zu schaffen.

Die US-Regierung hatte eine Zivilklage gegen Texas eingereicht, weil die dortige Regierung für die Barriere keine Genehmigung der Regierung in Washington eingeholt habe. Zudem stelle diese eine Bedrohung für die Schifffahrt und die öffentliche Sicherheit dar, argumentierte die US-Regierung. Zudem werfe die Wasserbarriere humanitäre und ökologische Bedenken auf.

Die texanischen Behörden kündigten an, gegen das Urteil Berufung einzulegen. "Die heutige Gerichtsentscheidung verlängert lediglich Präsident Bidens vorsätzliche Weigerung, anzuerkennen, dass Texas zu Recht die Aufgabe übernimmt, die er schon immer hätte übernehmen sollen", sagte der republikanische Gouverneur des US-Bundesstaats, Greg Abbott.

Die US-Regierung begrüßte das Urteil. "Wir freuen uns, dass das Gericht entschieden hat, dass die Sperre rechtswidrig war und die diplomatischen Beziehungen, die öffentliche Sicherheit, die Schifffahrt und die Arbeit der Bundesbehörden im und um den Rio Grande irreparabel beeinträchtigt", sagte die stellvertretende Generalstaatsanwältin Vanita Gupta.

**Stacheldraht und Bojen gegen Migranten**



Texas muss Flussbarriere gegen Migranten abbauen Bis Mitte September hat Texas Zeit, um eine "schwimmende Grenze" im Fluss Rio Grande zu entfernen, urteilte ein....

Abbott hatte vor einigen Wochen veranlasst, in dem Fluss die etwa 300 Meter lange Barriere aus zahlreichen Bojen von je mehr als einem Meter Durchmesser zu platzieren. Zwischen den Bojen sind Sägeblätter angebracht. Am Ufer wurde zudem Stacheldraht verlegt. Damit sollte Abbott zufolge verhindert werden, dass Migranten den Rio Grande durchschwimmen, um in die USA zu gelangen.

Das Weiße Haus hatte das Vorgehen heftig kritisiert. Aktivisten und Demokraten nannten die Aktion grausam. Mexikos Regierung wiederum reichte zwei diplomatische Protestnoten ein unter anderem, weil die Barriere Mexikos Souveränität verletze, gegen bilaterale und internationale Verträge verstoße und die persönliche Sicherheit von Migranten gefährde. Anfang August wurde an den schwimmenden Bojen eine tote Person entdeckt.

**Load-Date:** September 7, 2023

---

End of Document

**Bund sichert Ländern eine Milliarde Euro zusätzlich zu; Für die Versorgung Geflüchteter soll den Ländern eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Über die Notwendigkeit weiterer Mittel wird im November entschieden.**

ZEIT-online

Mittwoch 10. Mai 2023 7:43 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

**Length:** 481 words

**Byline:** Jona Spreiter; Melina Crispin

## Body

---

Michael Kappeler

Bundeskanzler Olaf Scholz zu Beginn der Sitzung des Bundeskabinetts am Mittwoch in Berlin

Bund und Länder haben sich beim **Flüchtlingsgipfel** im Kanzleramt geeinigt. Der Bund stellt den Ländern in diesem Jahr nun eine Milliarde Euro zusätzlich für die Versorgung von **Geflüchteten** bereit, wie Bundeskanzler Olaf Scholz auf der anschließenden Pressekonferenz mitteilte. Im November soll demnach entschieden werden, ob weitere Mittel nötig sind.

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten hatten die Bundesregierung vor dem Gipfel zu einer Aufstockung der Bundesmittel um eben diese Summe für die Unterbringung und Integration von Geflüchteten aufgerufen. Die Folgen des russischen Angriffskrieges stellten Länder und Kommunen vor große Herausforderungen, schrieben die Länderchefs in einem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz.

Angesichts der in den vergangenen Monaten wieder deutlich gestiegenen Zahlen an Geflüchteten aus arabischen und afrikanischen Ländern und der Aufnahme Hunderttausender Ukrainerinnen und Ukrainer fordern die Städte und Gemeinden seit Monaten mehr Geld vom Bund. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hatte das bislang abgelehnt.

### **Irreguläre Migration soll "spürbar" reduziert werden**

Scholz sagte weiter, Bund und Länder seien sich darüber einig, dass man den Schutz der EU-Außengrenzen weiter voranbringen müsse. Auch die eigenen Grenzen müsse man "gut bewachen". Die vorübergehenden Grenzkontrollen zu Österreich seien verlängert worden. Laut Vertretern von Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt ist auch die Intensivierung der Schleierfahndung sinnvoll, "wie zum Beispiel die zahlreichen Aufgriffe durch die Bayerische Grenzpolizei zeigen".

Bund sichert Ländern eine Milliarde Euro zusätzlich zu Für die Versorgung Geflüchteter soll den Ländern eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Übe....

In dem Beschluss von Bund und Ländern, der ZEIT ONLINE vorliegt, heißt es weiter, irreguläre Migration müsse "spu{x{0308}rbar" reduziert werden. Dazu solle auch die Kooperation mit zahlreichen Herkunftsländern verbessert werden.

Der Bundeskanzler zeigte sich nach den Verhandlungen zufrieden. Das Treffen sei "konstruktiv und gut" gewesen.

### **Ergebnisse laut Wüst und Haseloff nicht ausreichend**

Laut dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst (CDU) ist der Beschluss für die Kommunen bisher jedoch noch nicht ausreichend. Es sei zwar hilfreich, dass der Bund sich bereiterklärt habe, die Flüchtlingspauschale an die Länder in diesem Jahr um eine Milliarde Euro zu erhöhen, dies sei jedoch nicht genug, weil es nur eine Einmalzahlung sei. Die zentrale Frage nach einer dauerhaft höheren Beteiligung des Bundes bleibe ungeklärt.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) bezeichnete die Ergebnisse des Gipfeltreffens als Teilerfolg. Bei der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz im Juni werde weiter über das Thema gesprochen. Ziel der Länder bleibe ein dauerhaftes, pro Kopf heruntergerechnetes Mitfinanzierungsschema des Bundes, sagte Haseloff.

**Load-Date:** May 10, 2023

**Bund setzt freiwillige Aufnahme von Migranten aus Italien aus; Seit Monaten hält Italien sich nicht mehr an die Dublin-Regeln der EU. Die Bundesregierung reagiert nun darauf - und setzt den sogenannten Solidaritätsmechanismus aus.**

ZEIT-online

Mittwoch 13. September 2023 2:53 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 399 words

**Byline:** David Rech

## Body

---

Die Bundesregierung hat den freiwilligen europäischen Solidaritätsmechanismus zur Aufnahme von Geflüchteten mit Italien ausgesetzt. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums bestätigte einen entsprechenden Bericht der Welt. Grund sei, dass sich die italienische Regierung weigere, Geflüchtete in Deutschland nach den Dublin-Regeln der Europäischen Union wieder zurückzunehmen.

Grund für die Entscheidung der Bundesregierung ist die italienische Migrationspolitik. So weigert sich das Land, Geflüchtete in Deutschland nach den Dublin-Regeln der Europäischen Union wieder zurückzunehmen. Man habe die Regierung in Rom daher bereits Ende August darüber informiert, dass die Aufnahmen "im Rahmen des freiwilligen europäischen Solidaritätsmechanismus bis auf Weiteres verschoben" würden, teilte der Sprecher des Bundesinnenministeriums nun mit.

Basierend auf dem freiwilligen europäischen Solidaritätsmechanismus hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, EU-Staaten zu helfen, die besonders stark von ankommenden Migranten belastet sind. Dazu zählen vor allem südeuropäische Länder wie Italien. Nach Angaben des Ministeriumssprechers leistet Deutschland dabei den größten Beitrag in der EU und hat die Aufnahme von insgesamt 3.500 Menschen zugesagt. Bislang habe Deutschland über diesen Mechanismus aus anderen EU-Staaten 1.731 Menschen aufgenommen, davon 1.043 aus Italien. Insofern werde die Bundesregierung ihrer "humanitären Verantwortung gerecht".

### **Italien nimmt zurückgeführte Migranten nicht mehr auf**

Allerdings nehme Italien "seit einiger Zeit" Menschen aus Deutschland, die nach den Dublin-Regeln zurückgeführt werden müssten, nicht mehr auf. Nach dieser Regelung wurden diese Personen erstmals in der EU in Italien registriert, zogen danach aber illegal weiter nach Deutschland. Dem Sprecher zufolge betrifft dies mehr als 12.400 Menschen, von denen zehn bislang nach Italien überstellt worden seien.

Bund setzt freiwillige Aufnahme von Migranten aus Italien aus Seit Monaten hält Italien sich nicht mehr an die Dublin-Regeln der EU. Die Bundesregierung reagier....

Der Sprecher mahnte, alle EU-Staaten müssten ihren Verpflichtungen nachkommen. Sobald die italienische Regierung die Dublin-Regelungen wieder einhalte, könne auch der freiwillige europäische Solidaritätsmechanismus wieder aufgenommen werden.

Darrin Zammit Lupi Migranten an Bord des Rettungsschiff Geo Barents Ende März in Bari, Italien. Darrin Zammit Lupi Migranten an Bord des Rettungsschiff Geo Barents Ende März in Bari, Italien.

**Load-Date:** September 13, 2023

---

End of Document

**Streit zwischen Gary Lineker und BBC um Nazivergleich eskaliert; Der Ex-Fußballer und BBC-Moderator Gary Lineker wurde suspendiert, weil er die Asylpolitik der britischen Regierung kritisierte. Nun bekommt er Unterstützung.**

ZEIT-online

Samstag 11. März 2023 2:17 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** BBC-Moderator; Ausg. 1

**Length:** 879 words

**Byline:** Maria Mast

## Body

---

Alex Pantling

Ex-Fußballers und BBC-Moderator Gary Lineker im März 2021

Der Streit zwischen dem britischen Ex-Fußballer und TV-Experten Gary Lineker und dem Fernsehsender BBC eskaliert weiter. Mehrere BBC-Kollegen und Fußballer solidarisierten sich zuletzt mit dem 62-Jährigen, der seit 2009 die Sendung *Match of the Day* moderiert. Lineker war zuvor von der BBC suspendiert worden, nachdem er bei Twitter die Sprache der britischen Politik mit der in Nazi-Deutschland der Dreißigerjahre verglichen hatte.

Der Tweet stammt von Dienstag. Am Freitag hat der Sender mitgeteilt, dass Lineker die Sendung am Samstag nicht moderieren werde, da er sich geweigert hatte, sich für seine Aussage zu entschuldigen. Kurz nachdem die Suspendierung bekannt geworden war, kündigten die Experten und Ex-Fußballer Ian Wright und Alan Shearer an, nicht an der Sendung teilnehmen zu wollen. Die englische Profifußballergewerkschaft PFA teilte nun mit, sie unterstütze die Spieler bei ihrer Entscheidung.

Lineker hatte das neue Asylgesetz der konservativen britischen Regierung als "mehr als schrecklich" bezeichnet. Auf Kritik, er sei *out of order*, also "nicht ganz bei Trost", antwortete er: "Dies ist eine unermesslich grausame Politik, die sich gegen die am stärksten gefährdeten Menschen richtet, in einer Sprache, die der von Deutschland in den Dreißigerjahren nicht unähnlich ist, und ich soll nicht ganz bei Trost sein?"

### Kritik richtete sich gegen die Migrationspolitik der Regierung

Die Kritik des Ex-Nationalspielers richtet sich gegen die britische Innenministerin Suella Braverman, die auch für Migrationsfragen zuständig ist. Sie hatte Menschen, die per Boot an der britischen Küste ankommen, als "Invasion" bezeichnet und behauptet: "Die gesetzestreue patriotische Mehrheit hat gesagt: Genug ist genug." Kritiker werfen Braverman und anderen Regierungsmitgliedern vor, mit ihrer Ausdrucksweise Hass gegen Ausländer zu schüren.

## Streit zwischen Gary Lineker und BBC um Nazivergleich eskaliert Der Ex-Fußballer und BBC -Moderator Gary Lineker wurde suspendiert, weil er die Asylpolitik der ....

Der britische Premierminister Rishi Sunak und Innenministerin Suella Braverman reagierten empört auf den Tweet von Lineker. Mehrere Abgeordnete der Konservativen Partei forderten die BBC auf, sich von Lineker zu trennen. Die BBC müsse ihre Überparteilichkeit bewahren, wenn sie das Vertrauen der Öffentlichkeit erhalten wolle, sagte Kultur- und Medienministerin Lucy Frazer am Donnerstag.

Auch die BBC sah in dem Tweet von Lineker ihre Richtlinien zur Unabhängigkeit ihrer Mitarbeiter verletzt. Zwar äußerte sich der Ex-Fußballer nicht während seiner Arbeit als Experte für den Rundfunksender, aber der Fernsehsender sagte, die Äußerungen bei Twitter seien "ein Verstoß gegen unsere Richtlinien" und forderte, der frühere englische Nationalspieler solle "sich davon fernhalten, in parteipolitischen Fragen oder politischen Kontroversen Partei zu ergreifen". Der Ex-Stürmerstar werde vorerst nicht mehr als Fußballmoderator bei der BBC zu sehen sein und lasse seinen Job ruhen, bis er sich mit dem Sender über seine Nutzung sozialer Medien geeinigt habe, teilte die BBC mit.

### Sendung wird nun ohne Moderation ausgestrahlt

Ex-Fußballer und Linekers Co-Moderator Ian Wright will die Sendung nun aus Solidarität mit Lineker boykottieren. Weitere Fußballexperten und BBC-Mitarbeiter schlossen sich an. *Match of the Day* soll nun nach BBC-Angaben als Spieltag-Zusammenfassung ohne Moderation und Kommentare gesendet werden. Andere Fußballsendungen der BBC mussten jedoch wegen des Boykotts von Mitarbeitern abgesagt werden.

"Wir würden alle Mitglieder unterstützen, die mit Konsequenzen konfrontiert wären, weil sie sich entscheiden, ihren TV-Verpflichtungen nicht nachkommen", teilte die Englische Fußballergewerkschaft mit. Der Mitteilung zufolge sollte es am Samstag keine Interviews für *Match of the Day* mit Premier-League-Spielern geben.

Lineker wurde nach seinem Karriereende zu einem erfolgreichen Moderator und Kommentator. Der Ex-Stürmer gilt mit einem Grundgehalt von 1,35 Millionen Pfund (1,51 Millionen Euro) als bestbezahlter BBC-Moderator. Bei Twitter, wo ihm 8,7 Millionen Menschen folgen, verärgert er Konservative immer wieder mit liberalen Ansichten. Dazu gehörte auch Kritik an der Entscheidung Großbritanniens, aus der Europäischen Union auszusteigen.

### BBC ist zur Überparteilichkeit verpflichtet

Es ist nicht der erste Streit zwischen dem öffentlich-rechtlichen Sender und Lineker. Mitarbeiter der BBC-Nachrichten dürfen keine politische Meinung äußern. Lineker ist allerdings Freiberufler und nicht im Bereich Nachrichten oder Zeitgeschehen tätig. Damit ist er nicht an die gleichen Regeln gebunden. Dennoch stellte die BBC fest, der Ex-Fußballer habe mit einem Tweet über mutmaßliche russische Spenden an die Konservativen gegen die Regeln der Überparteilichkeit verstoßen.

Der ehemalige BBC-Nachrichtenchef Roger Mosey sagte, er sympathisiere mit Linekers Ansichten, sei aber der Meinung, dass er sie nicht hätte mitteilen sollen. "Was wäre, wenn er getwittert hätte: 'Der Brexit funktioniert, Suella Braverman hat recht, die Flüchtlinge sollten zurück nach Calais gehen'?", sagte Mosey *Times Radio*. Überparteilichkeit sei manchmal schwierig, aber die beste Politik unter schwierigen Umständen für die BBC.

**Load-Date:** March 11, 2023

**Über 100.000 Migranten haben Italien in diesem Jahr per Boot erreicht; Seit Beginn des Jahres sind mehr als 100.000 Geflüchtete mit dem Boot in Italien angekommen. Die Zahl hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt.**

ZEIT-online

Mittwoch 16. August 2023 7:19 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Flucht nach Europa; Ausg. 1

**Length:** 352 words

**Byline:** Lea-Katharina Krause

## Body

---

Vincenzo Circosta

**Migranten** an Bord des Rettungsschiffs "Ocean Viking" der europäischen maritim-humanitären Organisation "SOS Mediterranee" am 6. November 2022 im Golf von Catania im Mittelmeer in internationalen Gewässern.

Auf Booten haben 100.938 Menschen Italien dieses Jahr erreicht. Aus aktuellen Zahlen des italienischen Innenministeriums geht hervor, dass sich die Zahl im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt hat. 2022 lag sie bei rund 48.000 Menschen. Es handele sich in diesem Vergleichszeitraum um die höchste Zahl an Ankünften seit 2017.

Sollte der Trend anhalten, könnte Italien bis Ende des Jahres die Rekordzahl an Ankünften des Jahres 2016 übertreffen. Damals kamen rund 181.000 Menschen an.

Im laufenden Jahr befanden sich viele unbegleitete Minderjährige unter den Migrantinnen und Migranten. 10.290 Kinder und Jugendliche erreichten ohne Begleitung Erwachsener die italienische Küste.

Derzeit sind Guinea, die Elfenbeinküste, Tunesien und Ägypten die Länder, aus denen die meisten Migranten in diesem Jahr eingetroffen sind. Zahlreiche Menschen versuchen mit oft seeuntauglichen Booten Italien zu erreichen. Bei den hochgefährlichen Überfahrten kentern dabei immer wieder Boote.

### **Über 2.000 Menschen werden seit Jahresbeginn im Mittelmeer vermisst**

Im Meer vor der Küste Tunesiens sind am Dienstagabend erneut mehrere Migranten tot aufgefunden worden. Unweit der Kerkennah-Inseln habe die Marine sieben Leichen geborgen, sagte ein Gerichtssprecher der nahe gelegenen Stadt Sfax. Bislang sei unklar, wann die Menschen gestorben sind.



Über 100.000 Migranten haben Italien in diesem Jahr per Boot erreicht Seit Beginn des Jahres sind mehr als 100.000 Geflüchtete mit dem Boot in Italien angekommen....

Laut Zahlen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) werden seit Beginn des Jahres 2.096 Menschen im Mittelmeer vermisst. Vermutlich sind sie ertrunken.

Seit geraumer Zeit wird in Italien über die hohen Migrationszahlen über die Mittelmeerroute diskutiert. Die rechte Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni rief im April deswegen den landesweiten Notstand aus. Auf europäischer Ebene setzt sich Italien für ein Abkommen mit nordafrikanischen Ländern ein, um Boote mit Migrantinnen und Migranten am Ablegen Richtung Europa zu hindern.

**Load-Date:** August 16, 2023

---

End of Document

**EVP-Chef Manfred Weber nennt AfD "Gegner und Feind"; Der Chef der europäischen Christdemokraten will den Kampf gegen die AfD in das Zentrum des Europawahlkampfes stellen. Die Partei sei ein "Steigbügelhalter für Putin".**

ZEIT-online

Sonntag 9. Juli 2023 1:40 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Europawahl; Ausg. 1

**Length:** 354 words

**Byline:** Mathias Peer

## Body

---

Jan-Philipp Strobel

Manfred Weber, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei, sitzt in der Filderhalle. (zu dpa: "EVP-Chef Weber fordert EU-Staaten zu Einigkeit in **Asyl**-Politik auf")

Der CSU-Europapolitiker Manfred Weber schließt jede Zusammenarbeit der Unionsparteien mit der AfD aus. "Die Brandmauer steht", sagte der Chef der europäischen Christdemokraten (EVP) der Funke Mediengruppe. Die rechte Partei wolle das zerstören, wofür CDU und CSU immer eingetreten seien. "Deswegen ist sie für uns nicht nur politischer Wettbewerber, sondern Gegner und Feind."

Weber kündigte an, den Kampf gegen die AfD ins Zentrum des Europawahlkampfes stellen zu wollen. Gewählt wird in Deutschland voraussichtlich am 9. Juni 2024.

Der stellvertretende CSU-Chef sagte, wer AfD wähle, müsse wissen, dass er jeden zweiten Arbeitsplatz in Deutschland gefährde. "Wir leben vom Export. Und wer den europäischen Binnenmarkt infrage stellt, legt die Axt an unseren Wohlstand. "Genauso wird Deutschlands Sicherheit gefährdet, weil die AfD nichts anderes als ein Steigbügelhalter für Putin ist."

### Weber verteidigt Annäherung an Giorgia Meloni

Die AfD wolle die Europäische Union abschaffen, sagte Weber weiter. "Das ist ein fundamentaler Angriff auf die historischen Errungenschaften der Union. Wir werden das Erbe von Adenauer, Strauß, Kohl und Merkel verteidigen und die zerstörerische Idee der AfD in den Mittelpunkt des Europawahlkampfes im kommenden Jahr stellen. Ein Kampf um die Seele Europas steht bevor auch in Deutschland."

EVP-Chef Manfred Weber nennt AfD "Gegner und Feind" Der Chef der europäischen Christdemokraten will den Kampf gegen die AfD in das Zentrum des Europawahlkampfes ....

Zugleich verteidigte Weber seine Annäherung an die postfaschistische italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Zur Lösung der Migrationsfrage brauche es auch Italien. "Aktuell setzen wir gemeinsam mit Italien ein Migrationsabkommen mit Tunesien um. Damit werden die Ankünfte in der EU sinken."

Zu den aktuell sehr starken Umfragewerten für die AfD sagte Weber: "In Europa haben wir den Aufstieg von Populisten und Radikalen seit Jahren. Deutschland war bisher relativ immun auch weil es innenpolitisch stabil geführt wurde in den Merkel-Jahren. Jetzt haben wir eine Entwicklung, die der in anderen Ländern ähnelt."

**Load-Date:** July 9, 2023

---

End of Document

**SPD und Grüne warnen vor Rechtsnationalistin Giorgia Meloni; Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni kommt zum Antrittsbesuch nach Berlin. SPD und Grüne kritisieren, sie nehme "den Tod von Migranten im Mittelmeer in Kauf".**

ZEIT-online

Freitag 3. Februar 2023 5:42 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Italien; Ausg. 1

**Length:** 484 words

**Byline:** Eva Casper

## Body

---

Alberto Pizzoli

Italy's Prime Minister Giorgia Meloni listens on during a joint press conference with the President of the European Council at the Chigi Palace, in Rome on January 30, 2023. (Photo by Alberto PIZZOLI / AFP) (Photo by ALBERTO PIZZOLI/AFP via Getty Images) Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni im Januar bei einer Pressekonferenz in Rom

Vertreter von SPD und Grünen haben Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni vor ihrem Antrittsbesuch bei Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) kritisiert. Niemand dürfe sich vom zuletzt zurückhaltenden Auftreten von Meloni täuschen lassen, sagte der Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag, Anton Hofreiter (Grüne), den Zeitungen der Funke Mediengruppe. "Meloni ist noch immer die Vertreterin einer postfaschistischen Partei, die extrem rechte Positionen vertritt."

Auch der Vorsitzende der deutsch-italienischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Axel Schäfer (SPD), warnte davor, die Zurückhaltung Melonis in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit als Läuterung zu verstehen. "Sie ist und bleibt eine Postfaschistin."

Schäfer warf Meloni vor, mit ihrer Flüchtlingspolitik "auch den Tod von Migranten im Mittelmeer in Kauf" zu nehmen. "Wir müssen die Flüchtlingspolitik in Europa solidarischer und gerechter machen", sagte der SPD-Politiker. "Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Menschen Opfer der italienischen Politik werden."

Die italienische Regierungschefin wird am Freitagnachmittag im Bundeskanzleramt empfangen. Beim folgenden Gespräch mit Scholz stehen nach Angaben einer Regierungssprecherin "bilaterale, europäische und internationale Themen im Mittelpunkt".

**Melonis Partei steht in der Tradition von Mussolini**

SPD und Grüne warnen vor Rechtsnationalistin Giorgia Meloni Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni kommt zum Antrittsbesuch nach Berlin. SPD und Grüne kritisi....

Die Rechtsnationalistin Meloni hatte ihr Amt als Ministerpräsidentin im Oktober vergangenen Jahres angetreten. Ein von ihrer ultrarechten Partei Fratelli d'Italia (FDI) angeführtes Rechtsbündnis hatte sich zuvor bei den Wahlen die absolute Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments gesichert. EU-weit hatte Melonis Wahlsieg Besorgnis über den künftigen Europa-Kurs Italiens ausgelöst. In ihren ersten 100 Tagen fiel die Regierungschefin vor allem mit Entscheidungen zu innenpolitischen Themen auf weniger auf internationaler Bühne.

Ihre Partei, die FDI, ging Ende 2012 aus mehreren rechtsnationalistischen politischen Strömungen hervor, die in direkter Tradition der Nationalen Faschistischen Partei (PNF) von Diktator Benito Mussolini standen. Meloni zählte zu den Gründerinnen und ist seit 2014 Parteivorsitzende. Die 45-Jährige spielt offen mit Symbolen des PNF und seiner Nachfolgeparteien Movimento Sociale Italiano und Alleanza Nazionale, betont aber stets, der Faschismus sei tot und für die Gegenwart irrelevant.

In ihren Reden hebt Meloni häufig die Stärke und Bedeutung der italienischen Nation hervor. Sie vertritt EU-skeptische, migrationsfeindliche und homophobe Positionen und propagiert ein erzkonservatives Familienbild.

**Load-Date:** February 3, 2023

---

End of Document

**Kritik an Faesers Abschiebe-Vorschlag auch aus der SPD; Der Vorschlag von Bundesinnenministerin Faeser für strengere Abschieberegeln sorgt weiter für Kritik auch innerhalb der SPD. Die Union fordert eine schnelle Umsetzung.**

ZEIT-online

Freitag 4. August 2023 2:07 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Ausreisegewahrsam; Ausg. 1

**Length:** 849 words

**Byline:** Alena Kammer

## Body

---

Ulrich Perrey

Die Abschiebehaftanstalt in Glückstadt

Der Vorschlag von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) für einen auf bis zu vier Wochen verlängerten Ausreisegewahrsam stößt auch innerhalb ihrer eigenen Partei auf Kritik. Die Ausweitung des Ausreisegewahrsams und die Ausdehnung der Polizeibefugnisse seien "aus sozialdemokratischer Sicht mehr als schwierig", sagte der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft **Migration** und Vielfalt in der SPD, Aziz Bozkurt, der *Stuttgarter Zeitung* und den *Stuttgarter Nachrichten*.

Bozkurt sagte, Verschärfungen bei Abschieberegeln führten keinesfalls zu mehr Abschiebungen, jedoch ergäben sich schwierige humanitäre Fragen. "Es scheint die seehofersche Symbolpolitik zurückgekehrt zu sein, die niemandem hilft und kein Problem löst besonders in den Kommunen nicht, die Unterstützung benötigen."

Derzeit ist der Ausreisegewahrsam bis zu zehn Tage lang möglich, Faeser schlägt eine Erweiterung auf bis zu 28 Tage vor. Damit sollen die Behörden mehr Zeit bekommen, um eine Abschiebung vorzubereiten.

### **Länder fordern strengere Regeln**

Die Neuregelung ist Teil eines Diskussionsentwurfs, den das Ministerium nach Gesprächen mit Ländern und Kommunen erarbeitet hat. Mit diesen soll nun weiter über das Thema beraten werden, bevor das Ministerium Gesetzentwürfe vorlegt. Vorgeschlagen wird von Faeser unter anderem auch, dass Widerspruch und Klage gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote keine aufschiebende Wirkung mehr haben.

Der Ausreisegewahrsam soll verhindern, dass sich jemand einer in naher Zukunft bevorstehenden Abschiebung entzieht. Daneben gibt es auch die Abschiebungshaft, die sich allerdings über Monate erstrecken kann. "Unter engen rechtsstaatlichen Voraussetzungen" sollen die Beamten bei einer Abschiebung zudem weitere

Kritik an Faesers Abschiebe-Vorschlag auch aus der SPD Der Vorschlag von Bundesinnenministerin Faeser für strengere Abschieberegeln sorgt weiter für Kritik auch....

Räumlichkeiten betreten dürfen. Damit solle sichergestellt werden, dass Betroffene auch tatsächlich in Gemeinschaftsunterkünften angetroffen werden, hieß es zur Begründung.

### **"Abschiebungen um jeden Preis"**

Kritik kam auch von der Organisation Pro Asyl und der Linken. "Wir haben gegen die Pläne große Bedenken verfassungsrechtlicher und europarechtlicher Art", sagte der Leiter der Europaabteilung, Karl Kopp, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. "Denn beim Abschiebegewahrsam werden Leute eingesperrt, die nichts verbrochen haben. Dieser Gewahrsam soll jetzt noch verlängert werden."

Der flüchtlingspolitische Sprecher von Pro Asyl, Tareq Alaows, sagte der Funke Mediengruppe: "Wer nach Abschiebungen um jeden Preis ruft, vielleicht weil ein Wahlkampf vor der Tür steht, der bestätigt nur die Positionen der Rechten wie der AfD und vergiftet die Stimmung im Land gegenüber Geflüchteten." Faeser tritt als Spitzenkandidatin ihrer Partei bei der hessischen Landtagswahl im Oktober an.

Der Vizevorsitzende der Linken, Ates Gürpınar, verurteilte die Vorschläge harsch. "Ich finde es skandalös, dass man Menschen hinter Gitter bringt, deren einziges Vergehen die Suche nach Schutz und einem besseren Leben ist", sagte er. "Solange sich die Situation in den Herkunftsländern nicht verbessert, solange werden sich die Verzweifelte weiter auf den Weg machen. Grenzzäune und Abschiebegefängnisse werden diese Menschen nicht davon abhalten, in Deutschland ein sicheres und besseres Leben zu suchen." Er warf Faeser vor, das Geschäft der AfD zu betreiben.

### **Union fordert weitere Schritte**

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) begrüßte die Faesers Vorschläge dagegen grundsätzlich. "Bedauerlich ist allerdings, dass das schon wieder so lange gedauert hat", sagte der CSU-Politiker dem *Münchner Merkur*. "Jetzt kommt es darauf an, das Ganze schnell umzusetzen." Doch daran mangle es bislang bei den Ankündigungen. Er forderte zudem weitere Schritte, etwa die Einstufung weiterer Herkunftsländer als sichere Herkunftsstaaten.

Auch NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst forderte mehr Tempo. Die Kommunen seien am Limit, sagte er der Funke Mediengruppe. "Trotzdem verschenkt diese Bundesregierung erneut wertvolle Zeit. Für eine unmittelbare Entlastung müsste Ministerin Faeser die bereits mit den Ländern vereinbarten Neuregelungen bei Abschiebungen sofort umsetzen." Doch statt Konsequenz gebe es nur Diskussionspapiere, "zu wenig, zu langsam, zu zögerlich. Das gelingt uns am besten, wenn weniger zu uns kommen, die gar kein Recht auf Asyl haben."

### **Knapp 13.000 ausreisepflichtige Personen**

2022 wurden nach Angaben der Bundesregierung knapp 13.000 ausreisepflichtige Personen aus Deutschland abgeschoben. Laut Ausländerzentralregister waren Ende 2022 insgesamt gut 304.000 Menschen ausreisepflichtig, davon etwa 248.000 mit einer Duldung. Neben abgelehnten Asylbewerbern können auch Touristen, Arbeitnehmer und ausländische Studierende ausreisepflichtig werden, wenn ihr Visum beziehungsweise ihre Aufenthaltserlaubnis abgelaufen ist.

Geduldet sind Menschen, die zwar ausreisepflichtig sind, aber aus bestimmten Gründen nicht abgeschoben werden können. Das kann beispielsweise daran liegen, dass sie keine Ausweisdokumente haben, krank sind oder ein minderjähriges Kind haben, das eine Aufenthaltserlaubnis besitzt.

**Load-Date:** August 4, 2023

**Annalena Baerbock wirbt um Unterstützung für Asylkompromiss; Die Einigung auf die Reform des europäischen Asylrechts sei bitter, aber nötig, sagt die Außenministerin. Ihre Partei will sie mit Gesprächen überzeugen.**

ZEIT-online

Freitag 9. Juni 2023 5:59 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EU-Asylrecht; Ausg. 1

**Length:** 458 words

**Byline:** Sarah Lena Grahn

## Body

---

Luis Acosta

Annalena Baerbock spricht während einer Pressekonferenz mit der panamaischen Außenministerin Janaina Tewaney

Außenministerin Annalena Baerbock verteidigt angesichts der scharfen Kritik aus ihrer Partei den in Brüssel getroffenen EU-**Asylkompromiss**. Sie habe bereits am Donnerstag deutlich gemacht, "dass wir uns als Bundesrepublik Deutschland diese Zustimmung alles andere als leicht gemacht haben", sagte die frühere Grünen-Vorsitzende bei einer Pressekonferenz mit ihrer Amtskollegin Janaina Tewaney in Panama.

"Es ist in vielen Bereichen auch ein bitterer Kompromiss, aber ein nötiger Kompromiss, um die unterschiedlichen Interessen der EU zusammenzubringen und um den Status quo, der eine erbitterte Situation an den Außengrenzen ist, zu verbessern."

In ihrer bei dem Thema gespaltenen Partei setzt Baerbock auf Überzeugungsarbeit und Gespräche. "Wenn man auf Dinge, Entscheidungen unterschiedlich guckt, dann ist das Beste das vertrauensvolle, das respektvolle Gespräch", sagte Baerbock. "Das gilt international zwischen Ländern, das ist der Wesenskern von Diplomatie. Und das gilt natürlich auch innerhalb von Parteien."

In einem Brief an die Grünenfraktion im Bundestag, der ZEIT ONLINE vorliegt, hatte Baerbock bereits um Unterstützung für den Asylkompromiss geworben. Die Entscheidung dafür sei ihr als Grüne und auch persönlich sehr schwergefallen. Sie halte den Kompromiss dennoch für richtig. "Für viele Geflüchtete wird sich der Status quo verbessern, auch wenn nicht alle Anliegen, für die wir uns stark gemacht hatten, in der Einigung abgebildet sind", schrieb Baerbock.

### Parteiführung der Grünen gespalten

Die mit Unterstützung der Bundesregierung vereinbarten Pläne für eine weitreichende Reform des europäischen Asylsystems sorgen für Empörung und Kritik aus den Reihen der Grünen. Die beiden Parteichefs Ricarda Lang



Annalena Baerbock wirbt um Unterstützung für Asylkompromiss Die Einigung auf die Reform des europäischen Asylrechts sei bitter, aber nötig, sagt die Außenminist....

und Omid Nouripour hatten ihre Ablehnung (Lang) und Zustimmung (Nouripour) am Donnerstag schon kurz nach dem Beschluss in Luxemburg öffentlich gemacht. Auch die Fraktionsvorsitzenden Katharina Dröge (dagegen) und Britta Haßelmann (dafür) positionieren sich unterschiedlich. Ein scharfes Nein kommt aus den Reihen der Grünen Jugend.

Die Reformpläne sehen zahlreiche Ergänzungen und Verschärfungen vor, um illegale Migration zu begrenzen. Geplant ist insbesondere ein deutlich härterer Umgang mit Menschen aus Ländern, die als relativ sicher gelten. Sie sollen künftig nach einem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort würde dann im Normalfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob die Antragstellerin Chancen auf Asyl hat. Wenn nicht, soll sie umgehend zurückgeschickt werden.

**Load-Date:** June 9, 2023

---

End of Document

**Nancy Faeser fordert Einigung auf EU-weite Asylreform; Am Donnerstag diskutieren die EU-Innenminister über ein europäisches Asylsystem. Sollten sie sich nicht einigen, hätte das laut der deutschen Ministerin fatale Folgen.**

ZEIT-online

Mittwoch 7. Juni 2023 11:29 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EU-Innenministertreffen; Ausg. 1

**Length:** 490 words

**Byline:** Tobias Dorfer

## Body

---

Sakis Mitrolidis

Vor dem EU-Innenministertreffen zur **Asylpolitik** hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser die Dringlichkeit von Reformen betont. "Wir haben es in den Neunzigerjahren nach den Balkan-Kriegen nicht geschafft, ein dauerhaft funktionierendes System zu erreichen. Und wir haben es nach der großen Fluchtbewegung aus Syrien 2015 auch nicht geschafft", sagte die SPD-Politikerin dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. "Es ist wichtig, dass wir jetzt zu Ergebnissen kommen."

Faeser sagte zudem, sollte es zu keiner Einigung kommen, rechne sie in der Folge mit mehr nationalstaatlicher Abschottung. "Wir müssen das Europa der offenen Grenzen retten", sagte die deutsche Innenministerin. Sollten die EU-Außengrenzen nicht verlässlich kontrolliert werden, sei das gesamte Schengensystem in Gefahr.

Bei dem Treffen in Luxemburg soll am Donnerstag ein neuer Versuch unternommen werden, eine große Reform des europäischen Asylsystems auf den Weg zu bringen. Es gibt Entwürfe für Gesetzestexte, die die derzeitige schwedische EU-Ratspräsidentschaft auf Basis von Vorschlägen der EU-Kommission erarbeitet hat. Sie sehen insbesondere einen rigideren Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vor. Es geht unter anderem darum, ob es Vorprüfungen von Asylanträgen schon an den EU-Außengrenzen geben soll. Faeser hat Zustimmung zu den geplanten Grenzverfahren signalisiert. Die Bundesregierung will allerdings durchsetzen, dass Minderjährige unter 18 Jahren und Familien mit Kindern davon ausgenommen werden. Der Vorschlag stößt in Teilen von SPD und Grünen auf scharfe Kritik ebenso bei Organisationen wie Amnesty International.

### Absage an überparteiliche Asylkommission

Faeser betonte, dass es zwar Asylverfahren an den EU-Außengrenzen geben solle. Dies solle aber "nicht für Menschen gelten, die vor Folter, Krieg und Terror geflohen sind". Es gehe um schnelle und faire Asylverfahren für jene, bei denen nur eine geringe Wahrscheinlichkeit bestehe, dass sie in der EU Schutz benötigten. Generell gelte: "Das Asylrecht wird nicht angetastet. Wenn Menschen bei uns in Europa Asyl beantragen, dann müssen sie ein faires, rechtsstaatliches Verfahren erhalten. Jeder Fall muss individuell geprüft werden."

Nancy Faeser fordert Einigung auf EU-weite Asylreform Am Donnerstag diskutieren die EU-Innenminister über ein europäisches Asylsystem. Sollten sie sich nicht ei....

Eine Einigung muss für die SPD-Politikerin aber auch eine Verständigung zur Verteilung der Geflüchteten beinhalten. "Es gibt nicht nur Grenzverfahren oder nur eine gerechte Verteilung. Beides bedingt sich", sagte Faeser.

Die Ministerin wies auch einen Vorschlag des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) zurück, in einer überparteilichen Kommission eine Reform der deutschen Asylpolitik zu erarbeiten. Es gebe nur eine Chance, die Lage zu verbessern und die läge in Europa. "Das sollte die CDU verstehen, die leider weit weg ist von der Europapartei, die sie mal war." Eine Kommission auf rein nationaler Ebene würde "an den Ursachen des Problems nichts ändern", sagte Faeser.

**Load-Date:** June 8, 2023

---

End of Document

**Die grüne Konsensmaschine; Auf dem Länderrat ringen die Grünen intensiv um die Asylpolitik. Letztlich kommt die Parteiführung den Kritikern weit entgegen. Das könnte sich noch rächen.**

ZEIT-online

Samstag 17. Juni 2023 5:40 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Grüner Länderrat; Ausg. 1

**Length:** 1296 words

**Byline:** Katharina Schuler

## **Body**

---

Boris Roessler

Der Bundesvorsitzende Robert Habeck spricht auf dem Länderrat der Grünen.

Wie sehr die Grünen derzeit unter Druck stehen, kann man den Metaphern entnehmen, die auf dem kleinen Parteitag am Samstag im hessischen Bad Vilbel benutzt werden. Regieren, das fühle sich manchmal an, als laufe man mit einem vollgepackten Rucksack bergauf, sagt beispielsweise die Bundesgeschäftsführerin Emily Büning. "Wir cruisen gegen den Wind, manchmal müssen wir auch rudern", beschreibt es Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Und er stimmt die Partei gleich mal darauf ein, dass es so weitergehen wird. "Der Wind wird nicht wieder weggehen."

Tatsächlich erleben die Grünen derzeit zum ersten Mal so etwas wie Normalität innerhalb der Ampel. Das vergangene Jahr war überlagert vom Beginn des russischen Angriffskriegs und der daraus resultierenden Energiekrise. Entscheidungen wie Waffenlieferungen an die Ukraine, die Zeitenwende oder die längeren Laufzeiten für Kohle- und Atomkraftwerke wurden unter diesem Druck von der Partei weitgehend klaglos mitgetragen. Jetzt geht es um den klimaneutralen Umbau des Landes. Das bringt ihnen einerseits massiven Widerstand von der Opposition, aber auch aus weiten Teilen der Gesellschaft ein. Andererseits verärgern die notwendigen Kompromisse aber auch die eigene Anhängerschaft sowie Teile der Partei. Die Folge: In den Umfragen sind die Grünen deutlich zurückgefallen.

An diesem Samstag sind es Pro Asyl und der hessische Flüchtlingsrat, die vor der Stadthalle in Bad Vilbel demonstrieren. Das ist schmerzhaft für die Grünen, denn wie Parteichef Omid Nouripour es sagt, "kennen wir diese Leute, seit wir Politik machen". Und zwar nicht als Gegner, sondern als Verbündete. Auch in der Halle wird vor allem um die Asylpolitik speziell den Asylkompromiss der EU-Innenminister gerungen, der mit Zustimmung der grünen Minister Habeck und Annalena Baerbock sowie eines Teils der Fraktions- und Parteiführung vor zwei Wochen getroffen wurde.

**Asylpolitik ist der größte Streitpunkt**

Die grüne Konsensmaschine Auf dem Länderrat ringen die Grünen intensiv um die Asylpolitik. Letztlich kommt die Parteiführung den Kritikern weit entgegen. Das kö....

Erstaunlicherweise ist es dieser Konflikt und nicht etwa die Zugeständnisse in der Klimapolitik, der die Grünen innerparteilich am meisten belastet. Das mag daran liegen, dass etwa beim Heizungsgesetz noch manche Details offen sind, eine endgültige Bewertung ist also noch nicht wirklich möglich ist. Auch das Klimaschutzgesetz, bei dem die Grünen Zugeständnisse an die FDP gemacht haben, befindet sich noch in der Ausarbeitung. Beide Gesetze werden im Leitantrag des Parteitags auch nicht näher thematisiert. Stattdessen sind dort eine Menge Allgemeinplätze zu finden, wie die Grünen mit Klimapolitik für Wohlstand sorgen wollen. Der Antrag geht ohne jede Änderung einstimmig durch.

Ganz anders sieht es beim Antrag des Bundesvorstands zur Migrationspolitik aus: 46 Änderungsanträge wurden dazu gestellt, in der Partei hat sich eine Menge Kritik aufgestaut. Persönlich enttäuscht sind viele Grüne speziell von Außenministerin Baerbock. Schließlich galt sie in der Partei bisher als jemand, der sich besonders für Geflüchtete einsetzt. Dass sie nun dennoch verkürzten Verfahren unter Haftbedingungen an der EU-Außengrenze zugestimmt hat, obwohl Deutschland seine dafür gestellten Bedingungen in weiten Teilen nicht durchsetzen konnte, hatte viele entsetzt.

### **"Menschen wie meine Familie"**

"Dieser Kompromiss ist ungenügend", kritisiert etwa die Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor, die für die Grünen im Bundestag sitzt. Und sie ist bei Weitem nicht die Einzige. Offen gegen den EU-Ratsbeschluss positioniert sich auch die Asylanwältin und Abgeordnete Awet Tesfaiesus. "Wir dürfen nicht all die Menschen verlieren, die wie ich in diese Partei eingetreten sind, weil sie sich in besonderer Weise für Menschenrechte und Flüchtlinge einsetzt", warnt sie. Die Integrationsministerin aus Schleswig-Holstein, Aminata Touré, kämpft mit den Tränen, als sie darauf hinweist, dass es sich bei den Menschen, die nun in Grenzverfahren kommen sollten, um Menschen wie ihre Familie handle. Die Frage, wie eine Entscheidung in der Öffentlichkeit ankomme, dürfe die Grünen nicht mehr beschäftigen als der Inhalt dieser Entscheidung, warnt sie.

Zu einer Abrechnung mit Baerbock kommt es allerdings nicht. "Wir haben alle Vertrauen in unser Spitzenpersonal", sagt Erik Marquardt, einer der härtesten Gegner des Asylkompromisses, der mehrere Änderungsanträge eingebracht hat. Es ist ein Satz, der von vielen Rednerinnen und Rednern in Variationen wiederholt wird.

Baerbock wiederum versucht sich zu erklären: "Auch mich hat die Entscheidung zerrissen", sagt sie. Immer wieder habe sie gedacht, "das kann ich meiner Partei nicht zumuten". Am Ende habe sie sich aber dafür entschieden, um eben überhaupt einen Fortschritt bei einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik möglich zu machen. Nach ihrer Rede gibt es für Baerbock ebenso wie am Vormittag für Habeck ständig Ovationen.

Man wolle kritisch diskutieren, danach aber mit einem breit getragenen Beschluss aus diesem Parteitag gehen, diesen Anspruch haben die Parteivorsitzenden Lang und Nouripour bereits vor dem Parteitag formuliert. Und tatsächlich gelingt es schließlich, die meisten Widersprüche aufzulösen.

Denn während die Debatte noch läuft, arbeitet im Hintergrund die parteiinterne Konsensmaschine. Stundenlang wird verhandelt. Am Ende verzichtet die Grüne Jugend auf einen Antrag, in dem der EU-Kompromiss klar als falsch verurteilt worden war. Stattdessen heißt es in dem geeinten Text nun: "Der Ratsbeschluss wäre ohne unseren Einsatz, gerade von grünen Regierungsmitgliedern, ein schlechterer gewesen. Doch er enthält auch substanzielle Verschärfungen, die wir aus asylpolitischer Sicht falsch finden." Hinter diesem Text versammeln sich auch die kritischen Europapolitiker Erik Marquardt und andere, die ursprünglich ebenfalls eine deutlichere Verurteilung der Entscheidung gefordert hatten.

Abstimmungen gibt es dann nur zu einer Textpassage. Es geht dabei darum, wie Deutschland sich im weiteren europäischen Trilogverfahren verhalten soll. Dabei kommt die Parteiführung den Kritikern weit entgegen. Während man sich im Antrag des Bundesvorstands zunächst nur sehr allgemein dazu bekannt hatte, für weitere Verbesserungen zu kämpfen, werden nun konkrete Kriterien genannt. Etwa dass "Familien mit Kindern grundsätzlich nicht in Grenzverfahren kommen dürfen und Mitgliedstaaten nicht zur Durchführung von Grenzverfahren verpflichtet werden".

Die grüne Konsensmaschine Auf dem Länderrat ringen die Grünen intensiv um die Asylpolitik. Letztlich kommt die Parteiführung den Kritikern weit entgegen. Das kö....

## **Keine rote Linie**

Außerdem spricht man sich für eine verbindliche Verteilung aus: "Dafür werden wir in enger Abstimmung zwischen Europafraktion, Bundestagsfraktion, Bundespartei und Regierungsmitgliedern kämpfen." Mit diesen Änderungen findet der Antrag schließlich eine breite Unterstützung. Der Antrag der Grünen Jugend, der klare rote Linien für die künftigen Verhandlungen in der EU definieren möchte, wird dagegen nur von einer Minderheit der Delegierten unterstützt.

Zumindest vordergründig ist das Ziel, einen breiten Konsens zu erzielen, damit voll aufgegangen. Nach der Schlussabstimmung stehen Gegner und Befürworter des EU-Kompromisses auf der Parteitagsbühne und umarmen sich gegenseitig. Lang und Nouripour können das für sich als Erfolg verbuchen. Doch ganz ungefährlich ist ihr Entgegenkommen nicht. Denn das Versprechen an die Europapolitiker und die Bundestagsfraktion, das Ergebnis der Trilogverhandlungen gemeinsam zu bewerten, könnte wenn es dann mal so weit sein sollte noch zu harten Auseinandersetzungen führen.

Gehen die Änderungen nicht weit genug, könnten die Kritiker von der Bundesregierung erwarten, dass sie einen Kompromiss ablehnt, selbst wenn es dann gar keine europäische Lösung geben sollte. An diesem Sommerabend können die Delegierten dagegen erst einmal beruhigt nach Hause fahren. Der parteiinterne Frieden ist wiederhergestellt fürs Erste.

**Load-Date:** June 17, 2023

**EU beschließt Migrationsabkommen mit Tunesien; Tunesien soll Migranten stärker davon abhalten, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Dafür will die EU dem Land fast eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen.**

ZEIT-online

Sonntag 16. Juli 2023 8:22 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Mittelmeer; Ausg. 1

**Length:** 662 words

**Byline:** David Rech

## Body

---

Präsidialamt Tunesien

EU-Politiker bei Verhandlungen mit dem tunesischen Präsidenten am 16. Juli 2023

Die Europäische Union hat ein umfassendes Abkommen mit Tunesien beschlossen, das **Geflüchtete** von der irregulären **Migration** in die EU abhalten soll und dem nordafrikanischen Staat im Gegenzug umfangreiche Finanzhilfen in Aussicht stellt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Regierungschefs der Niederlande und Italiens sowie Tunesiens Präsident Kais Saied verkündeten in Tunis die Unterzeichnung einer entsprechenden Absichtserklärung. Damit kann die EU-Kommission für das wirtschaftlich schwer angeschlagene Land in Nordafrika Finanzhilfen in Höhe von bis zu einer Milliarden Euro auf den Weg bringen.

Tunesien ist eines der wichtigsten Transitländer für Migrantinnen und Migranten auf dem Weg nach Europa. Im Gegenzug für die Finanzhilfen soll das Land künftig stärker gegen Schlepper und illegale Überfahrten vorgehen, um dort die Abfahrten von Menschen in Richtung Europa zu verhindern.

Vor gut einem Monat waren die EU-Politiker dafür bereits zu Gesprächen nach Tunesien gereist. "Wir haben ein gutes Paket. Jetzt ist es Zeit, es umzusetzen", sagte von der Leyen nun mit Blick auf die Absichtserklärung. Tunesien sei dazu fest entschlossen, sagte Saied. Er sprach beim Thema Migration von einer "unmenschlichen Situation", die im Kollektiv gelöst werden müsse.

### Italien drängte auf Vereinbarung

Die EU-Kommission will demnach etwa für Such- und Rettungsaktionen und die Rückführungen von Migranten gut 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Das entspricht der dreifachen Summe, mit der die EU Tunesien dabei zuletzt im Durchschnitt jährlich unterstützte.

Vor allem die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni drängte auf eine Vereinbarung, um die von Tunesien ablegenden Boote auf deren Weg nach Süditalien und damit in die Europäische Union früh zu stoppen. In Italien wird seit geraumer Zeit über die Ankunft Tausender Migranten diskutiert. In diesem Jahr stiegen die

EU beschließt Migrationsabkommen mit Tunesien Tunesien soll Migranten stärker davon abhalten, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Dafür will die EU dem L....

Migrationszahlen über die Mittelmeerroute massiv. Allein bis Freitag zählte das Innenministerium in Rom mehr als 75.000 Bootsmigranten, die seit Jahresbeginn an Italiens Küsten ankamen im Vorjahreszeitraum waren es etwa 31.900.

Meloni sprach von einem wichtigen Ziel nach "viel diplomatischer Arbeit". Das Memorandum ermögliche eine "integrierte Bewältigung der Migrationskrise". Sie hoffe zudem auf weitere ähnliche Abkommen mit anderen nordafrikanischen Ländern. Kommenden Sonntag sei in Rom auch eine Migrationskonferenz geplant, an der Saied sowie weitere Staats- und Regierungschefs des Mittelmeerraums teilnehmen sollen.

### **Abkommen an Zusage zu Reformen geknüpft**

Diese langfristigen Finanzhilfen sollten wie angekündigt fließen, "sobald die nötigen Voraussetzungen" erfüllt sind, sagte von der Leyen. Dazu zählt vor allem eine Einigung der Regierung in Tunis mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über neue Kredite. Die Verhandlungen darüber stecken allerdings seit Monaten in einer Sackgasse, weil Präsident Saied keine verbindliche Zusage zu den dafür verlangten Reformen machen will.

Saied hatte im Februar ein härteres Vorgehen gegen Migranten angekündigt und ihnen vorgeworfen, Gewalt und Kriminalität in das Land zu bringen. Seitdem nahmen Anfeindungen und rassistische Übergriffe zu. In der Küstenstadt Sfax kam es zu teils tödlichen Zusammenstößen zwischen Migranten und Anwohnern.

Kritiker werfen Saied indes vor, sich auf den Ausbau seiner Macht zu konzentrieren und nicht auf Lösungen für die schwere Wirtschaftskrise im Land. Nach Kritik der EU an seinem Machtausbau war das Verhältnis zuletzt angespannt. Saied schloss auch aus, sein Land zu einer Grenzpolizei für Europa werden zu lassen. Tunesiens Regierung sieht eine langfristige Ansiedlung von Migranten im Land zudem kritisch. Viele Tunesier fürchten, dass genau dies das Ergebnis eines EU-Deals sein könnte.

**Load-Date:** July 16, 2023



**"Der Preis für einen Menschen ist 600 \$"; Schleuser werden immer skrupelloser, sagt die Polizei. Unter ihnen seien zunehmend auch Ukrainer. Wie funktioniert ihr System? Wir haben uns auf Telegram anwerben lassen.**

ZEIT-online

Donnerstag 28. September 2023 8:01 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Schleuser; Ausg. 1

**Length:** 2604 words

**Byline:** Alexander Kauschanski

## Body

---

Um Schleuser zu werden, braucht es nicht mehr als ein Auto, eine Aufenthaltsgenehmigung und die Messenger-App Telegram. "DRINGEND FAHRER GESUCHT", schreibt ein User dort auf Russisch in einer öffentlichen Gruppe. Auch nach Schweißern, Installateuren und Bauarbeitern wird in dem Chat gesucht.

Für diesen Job müsse man Personen transportieren, heißt es in der Nachricht. Pro Fahrt gebe es mehr als 3.000 US-Dollar. Die Anforderungen: Verantwortungsgefühl, ständiger Internetzugang, Navigationsfähigkeit. "Geübte Fahrer sind in unserem ehrlichen Kollektiv willkommen wir beantworten alle Fragen bei Telegram."

Der Autor dieses Textes hat verschiedene Schleuser verdeckt angeschrieben und vorgegeben, sich anwerben zu lassen. Die Kriminellen haben ihm erklärt, wie ihr System funktioniert, wie sie **Geflüchtete** über Grenzen bringen, wie sie dabei versuchen, die Polizei zu umgehen - und wie sie ihren illegalen Job rechtfertigen.

Die Bundespolizei stellt fest: Es sind immer häufiger Ukrainer, die Geflüchtete über die deutsch-polnische Grenze schleusen. An den Grenzen in Brandenburg und Sachsen sei die Polizei enorm belastet, berichten Lokalmedien. Die Schleuser würden immer skrupelloser vorgehen, sagen Polizeikommissare. Früher hätten sie sich ergeben. Jetzt würden sie mit ihren Fahrzeugen in hohem Tempo flüchten, das Leben der Insassen im Fahrzeug gefährden. Auch ein Sprecher des Bundesinnenministeriums bestätigt ZEIT ONLINE: "Die Professionalität und Gewaltbereitschaft der Schleuser nehmen zu."

Auch die Zahl der Geflüchteten steigt: Mehr als 220.000 Menschen haben in diesem Jahr bis August in Deutschland Asyl beantragt - etwa 77 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Einer von vier Asylsuchenden lässt sich von Schleusern helfen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte am Mittwoch: "Wir müssen das grausame Geschäft der Schleuser unbedingt stoppen, denn sie setzen mit maximalem Profit Menschenleben aufs Spiel." Gleichzeitig kündigte Faeser an, die Bundespolizei werde "ab sofort" die Grenzen zu Polen und Tschechien

"Der Preis für einen Menschen ist 600 \$" Schleuser werden immer skrupelloser, sagt die Polizei. Unter ihnen seien zunehmend auch Ukrainer. Wie funktioniert ihr ....

verstärkt kontrollieren. Aber mit wem hat sie es überhaupt zu tun? Wie gehen diejenigen vor, die das Schattengeschäft mit der Einwanderung betreiben?

**"Sie können so viele mitnehmen, wie in Ihr Auto passen"**

"Guten Tag. Sie brauchen einen Fahrer?", schreibt ZEIT ONLINE dem Schlepperanwerber auf Russisch. Er trägt den kyrillischen Benutzernamen Abdu Rozik. Nur wenige Sekunden vergehen. Dann meldet er sich zurück. Er kommt schnell zur Sache.

Abdu Rozik: "Wir arbeiten in Polen, Belgien, Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien, Kroatien, Griechenland und Tschechien. In welchem Land interessiert Sie der Job?"

ZEIT ONLINE: "Polen."

Abdu Rozik: "Sie müssten Leute von der belarussischen zur deutschen Grenze bringen." - "Der Preis für einen Menschen ist 600 \$." - "Sie können so viele mitnehmen, wie in Ihr Auto reinpassen."

Rozik schreibt, er und seine Partner würden den GPS-Standort der Menschen teilen. Dort müsse man sie dann abholen.

ZEIT ONLINE: "Muss ich die Menschen im Kofferraum transportieren?"

Abdu Rozik: "Ja, irgendwo im Auto verstecken." - "Wenn Sie bereit sind, loszufahren, geben Sie mir Bescheid."

Die Chatverläufe sind hier verkürzt wiedergegeben. ZEIT ONLINE hat unabhängig voneinander mit vier Schleppern gepocht, mit einigen Sprachnachrichten ausgetauscht. Der Wahrheitsgehalt ihrer Auskünfte ist nicht nachprüfbar, doch ihre Angaben decken sich miteinander. Sie handeln offenbar nach demselben System.

ZEIT ONLINE: "Ich habe so etwas noch nie gemacht. Natürlich bin ich interessiert, die Bezahlung ist gut. Aber können Sie für meine Sicherheit garantieren?"

Abdu Rozik: "Lassen Sie mich Sie mit einem Älteren verbinden. Er wird Ihnen alles erklären."

Schleuser betreiben das größte kriminelle Reisebüro der Welt, schreibt der italienische Kriminologieprofessor Andrea Di Nicola in seinem 2015 erschienenen Buch Bekenntnisse eines Menschenhändlers - Das Milliardengeschäft mit den Flüchtlingen. Die Schleuser seien in diesem System die Reiseführer. Sie würden die Geflüchteten zwar Kunden nennen, aber als Ware betrachten.

Ihr Geschäftsmodell geht auf: 35 Milliarden US-Dollar Umsatz macht das Schleppergeschäft jährlich, so die Internationale Organisation für Migration. Nach dem Drogen- und Waffenhandel ist der Menschenschmuggel damit die größte Profitquelle für internationale Kriminelle. Laut EU bezahlen 90 Prozent aller Migranten Schleuser, um nach Europa zu gelangen. Für die Schleuser sei es ein sehr lukratives Geschäft - mit geringem Risiko, gefasst zu werden.

Fliegen die kriminellen "Reiseunternehmer" auf, können die Strafen hoch sein. Das deutsche Gesetz versteht Schlepper als Personen, die gegen Geld oder andere Vorteile für die unerlaubte Einreise von Personen in einen Staat sorgen. Sie sind als Fahrer oder Schiffsführer tätig, fälschen Dokumente, organisieren Reise oder Unterbringung. Für das "Einschleusen von Ausländern" drohen Schleppern bis zu zehn Jahre Haft.

**"Du machst ein Video, wie sie Richtung deutscher Grenze laufen und das war's"**

Abdu Rozik schickt einen Telegram-Link zu einem Gruppenchat, den er "x{1f525}" genannt hat. Dort ist auch sein Vorgesetzter drin, der ebenfalls auf Russisch schreibt und den Benutzernamen Black Gold trägt. In seinem Profil steht auf Arabisch "x{0646}\x{0642}\x{0644}\x{0627}\x{0644}\x{0645}\x{0647}\x{0627}\x{062c}\x{0631}\x{064a}\x{0646}" - "Transport von Migranten".

"Der Preis für einen Menschen ist 600 \$" Schleuser werden immer skrupelloser, sagt die Polizei. Unter ihnen seien zunehmend auch Ukrainer. Wie funktioniert ihr ....

Black Gold erklärt direkt das Prozedere: "Wenn Sie bereit sind, schicken Sie in diese Gruppe ein Foto Ihres Autos, von der Seite, ohne Nummernschild. Dann teilen Sie Ihren Livestandort für acht Stunden, fahren in die Stadt Belostok und warten dort auf weitere Anweisungen." Dort müsse man die Geflüchteten einsammeln.

50 Kilometer um die Grenze herum, sei die "Gefahrenzone". Hier gebe es mehr Polizei, mehr Kontrollen. Um nicht aufzufliegen, solle man die Geflüchteten verstecken. Entweder müssten sie in den Kofferraum oder man solle sie im Innenraum des Autos mit etwas abdecken. Außerhalb der "Gefahrenzone" könnten sie sich dann in den Innenraum setzen, am besten hinter dunkel getönte Scheiben.

Black Gold siezt nun nicht mehr, er duzt: "Wenn du 50 Kilometer mit denen gefahren bist, schicke ich dir einen Vorschuss von 200 \$." Das sei auch das Geld für den Sprit. Die Zahlung würde er mit der Kryptowährung USDT tätigen, deren Wert an den US-Dollar gekoppelt ist. Auch eine Zahlung mit Kreditkarte sei möglich.

Black Gold: "Du fährst die Leute bis zum vorgegebenen Entladepunkt. Da ist eine Brücke, die Deutschland mit Polen verbindet. Du machst ein Video, wie sie Richtung deutscher Grenze laufen und das wars. Der Job ist erledigt. Wir schicken dir die volle Summe. Du musst keine Grenze übertreten."

Von der belarussischen bis zur deutschen Grenze sind es etwa 700 Kilometer, sieben Stunden mit dem Auto. Black Gold und die anderen Schlepper schreiben ZEIT ONLINE, man würde die Geflüchteten an der belarussischen Grenze abholen und dann im sächsischen Görlitz oder im brandenburgischen Frankfurt an der Oder absetzen. Manchmal würden sie die Geflüchteten auch nach Berlin fahren. Weil man dann über die Grenze müsse, gebe es dafür eine höhere Bezahlung.

ZEIT ONLINE: "Aber wie kann ich sicherstellen, dass ich dabei nicht mich selbst gefährde?"

Black Gold: "Genau deshalb gebe ich dir die Abfahrtsroute vor, damit es keine Probleme gibt. Ich werde während der gesamten Fahrt mit dir in Kontakt sein."

Die Schlepper wüssten, wo alle Grenzposten und Polizeikontrollpunkte sind. Daher die genau vorgegebenen Navigationsrouten.

Black Gold: "Du musst einfach nur meinen Anweisungen folgen und alles wird gut."

Als nach einer halben Stunde keine Antwort von ZEIT ONLINE kommt, schreibt Black Gold: "Willst du nicht versuchen, eine Fahrt zu machen? Dir wird sofort alles klar werden."

Die Geflüchteten, die Black Gold vermitteln möchte, kommen vermutlich über die sogenannte Belarus-Route nach Polen. Schon 2021 flohen viele Menschen über diesen Weg in die EU. Nun verdichten sich die Anzeichen, dass Russland und Belarus die Fluchtroute wiederbeleben möchten. Dafür werden die Geflüchteten erst aus dem Irak, Libanon oder Syrien nach Moskau oder Minsk geflogen. Von dort bringt man sie mit Transportern über die Grenze, meist nach Polen. Schleuser fahren sie dann weiter Richtung Mitteleuropa. 14.800 illegale Einreisen registrierte die Bundespolizei an der deutsch-polnischen Grenze bis Juli dieses Jahres. Im selben Vorjahreszeitraum waren weniger als halb so viele: etwa 5.800.

Dabei registriert die Bundespolizei unter den Schleusern immer mehr Ukrainer. Das teilt das Bundesinnenministerium ZEIT ONLINE auf Anfrage mit: Bis August dieses Jahres kamen 263 Schleuser aus Syrien, 252 aus der Ukraine und 140 aus der Türkei. Im Vorjahr waren es im selben Zeitraum nur 80 Ukrainer, dafür 157 Türken und 290 Syrer. Laut Migrationsforschern werden Geflüchtete häufig selbst zu Schleusern. Auf der Flucht bauen sie Kontakte zu Schleusern auf, lernen das System verstehen. Für Schleppernetzwerke sind sie attraktiv, weil sie potenzielle Kunden mit ihrem ethnischen Hintergrund anwerben können.

Schon seit vielen Jahren reisen Ukrainer als Gastarbeiter nach Polen. Oft arbeiten sie ohne Arbeitsverträge auf dem Bau oder als Taxifahrer. Nach dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine blieben viele von ihnen in Polen, manche gingen zurück, einige kamen dazu. Im August 2023 waren fast eine Million Geflüchtete aus der Ukraine in Polen registriert. Als Geflüchtete können Menschen mit ukrainischem Pass sich legal durch den Schengenraum der

"Der Preis für einen Menschen ist 600 \$" Schleuser werden immer skrupelloser, sagt die Polizei. Unter ihnen seien zunehmend auch Ukrainer. Wie funktioniert ihr ....

EU bewegen. Ein Status, der es erleichtert, Menschen über Ländergrenzen zu transportieren. Auch polnische Medien berichten über ukrainische Schlepper. Sie würden entweder Geflüchtete über Belarus durch Polen schleusen oder ukrainische Männer über die Grenze bringen, die dem Kriegsdienst entfliehen wollen. Mittlerweile ist die polnische Polizei dazu übergegangen, gefasste Schlepper aus der Ukraine auszuweisen.

**"Du musst sagen, dass niemand dir dafür Geld angeboten hat"**

ZEIT ONLINE: "Ich habe noch ein paar Fragen."

Black Gold: "Nur zu."

Die Chats mit den Schleppervermittlern wie Black Gold laufen routiniert ab. Es wirkt, als hätten sie diese Unterhaltungen schon oft geführt. Mehrere Male am Tag posten sie ihre Anzeigen in die Jobvermittlungsgruppe.

ZEIT ONLINE: "Woher kommen diese Menschen?"

Black Gold: "Das sind Flüchtlinge, die vor Krieg und Armut aus ihren Ländern fliehen. Für ein besseres Leben in Europa", Black Gold und die anderen Schlepperanwerber schreiben, die Menschen kämen aus Libyen, Syrien, Pakistan, Afghanistan, aus dem Kaukasus "und so weiter und so fort".

ZEIT ONLINE: "Haben die Leute schon gezahlt?"

Black Gold: "Die bezahlen uns, nachdem die Arbeit erledigt ist."

ZEIT ONLINE: "Und was, wenn die Polizei mich anhält?"

Black Gold: "Um die Polizei solltest du besser einen Bogen machen."

ZEIT ONLINE: "Wie soll ich mich denn verhalten, wenn die mich anhalten?"

Black Gold: "Wenn du ohne Drogen und Alkohol hinterm Steuer sitzt, normal mit ihnen sprichst, wird alles gut."

ZEIT ONLINE: "Was soll ich denn sagen, wenn sie mich zu den Menschen in meinem Kofferraum fragen?"

Black Gold: "Dass sie darum gebeten haben, mitgenommen zu werden. Du musst sagen, dass niemand dir dafür Geld angeboten hat. Per Gesetz entschärft das die Situation."

ZEIT ONLINE: "Machen Sie das denn schon lange? Klappt das bei vielen Leuten?"

Black Gold: "Schon drei Jahre. Bisher wurde nur ein Estländer festgenommen. Nach zwei Tagen haben sie ihn gehen lassen."

Als ZEIT ONLINE mal eine halbe Stunde nicht antwortet, schreibt Black Gold: "Wenn irgendwas mit der Polizei ist, Gott bewahre, dann haben wir gute Anwälte." Man müsse ihm nur den eigenen Vor- und Nachnamen, das Geburtsdatum schicken. Der Anwalt würde einen dann finden.-

Je schwieriger die Reisewege, je mehr Hindernisse, Polizeieinsätze und Grenzkontrollen, desto wichtiger werden Schleuser für die Geflüchteten. Und desto teuer werden ihre Dienstleistungen. Laut dem Kriminologen Di Nicola würden die meisten Schleuser wie Staffelläufer arbeiten. Nach jeder Etappe würden die Geflüchteten an neue Zuständige übergeben. Menschen in der Schleuserbranche würden in gigantischen, lose zusammenhängenden Netzwerken arbeiten. Die seien nicht hierarchisch organisiert, sondern dezentral. Weil es oft keinen klaren Kopf gebe, hätten Ermittler Probleme, gegen Schleppergruppen vorzugehen. Und wenn ein Netzwerk auffliege, bilde sich direkt ein neues.

ZEIT ONLINE: "Wie oft kann ich für Sie arbeiten?"

"Der Preis für einen Menschen ist 600 \$" Schleuser werden immer skrupelloser, sagt die Polizei. Unter ihnen seien zunehmend auch Ukrainer. Wie funktioniert ihr ....

Black Gold: "Es gibt immer Arbeit. Du kannst eine Fahrt machen, schlafen und dann wieder losfahren." Es gebe auch Routen durch Tschechien oder Ungarn, die man befahren könne. Aktuell, das schreiben auch die anderen Schleuser, seien in Polen gerade so viele Geflüchtete, dass man täglich hinfahren könne. In den anderen Ländern kämen die Aufträge unregelmäßiger.

ZEIT ONLINE: "Woher weiß ich, dass ich Ihnen vertrauen kann? Dass Sie mir das Geld überweisen?"

Black Gold: "Glaub mir, ich habe keinen Grund, dich zu täuschen." - "Ich brauche einen Fahrer. Besser, ich zahle dir Geld und arbeite mit dir weiter, als dich fallenzulassen und mich vor dir zu verstecken."

Black Gold gibt zwar seine Nationalität nicht preis, aber er schreibt, dass er die ukrainischen Streitkräfte unterstützen würde. Ein anderer Schlepper schreibt ZEIT ONLINE, er sei aus Cherson. Als er eine Sprachnachricht auf Russisch aufnimmt, spricht er mit ukrainischem Dialekt.

ZEIT ONLINE: "Aber stecken Sie als Leiter hinter diesem Geschäft?"

Black Gold: "Also ich kann ja nicht alle Geheimnisse verraten \x{1f609}" - "Was die Arbeit angeht, wende dich an mich \x{1f609}"

### **"Sie helfen Menschen, ein besseres Leben zu führen"**

Geschnappt werden häufig nur die Schlepper, die auf der untersten Ebene arbeiten, schreibt Di Nicola. Sie würden ihre Chefs nicht kennen, sondern von Vermittlern wie Black Gold angewiesen werden. Wollte man bis zum Kopf der Netzwerke vordringen, müsse man über Grenzen und Länder hinweg ermitteln. Polizei und Justiz müssten länderübergreifend Informationen austauschen, sich abstimmen. Migrationsforscher schlagen vor, verstärkt mit Ländern zu kooperieren, aus denen Geflüchtete kommen. Um Schleppernetzwerke auszutrocknen, bräuchte es mehr legale Wege für Migranten nach Europa. Damit würde auch die EU ihrer Verpflichtung nachkommen, Menschenrechte einzuhalten.

ZEIT ONLINE: "Was, wenn die Menschen sich schlecht verhalten?"

Black Gold: "Das können sie sich nicht erlauben, sich schlecht zu benehmen. Du rettest ihnen das Leben. Und dafür bekommst du eine Menge Geld."

ZEIT ONLINE: "Was, wenn sie hungrig sind?"

Black Gold: "Dann musst du ihnen irgendwelche Butterbrote kaufen, ohne Schweinefleisch. Und Wasser ohne Kohlensäure. Aber dass sie um Essen bitten, kommt nur selten vor."

ZEIT ONLINE: "Ich frage mich noch: Das ist doch gegen das Gesetz. Ist das, was ich machen würde, nicht böse?"

Black Gold: "Sie helfen Menschen, ein besseres Leben zu führen. Dafür bekommen sie eine Menge Geld. Für 5 Leute 3.000 \$ an einem Tag."

ZEIT ONLINE: "Warum ist es dann gegen das Gesetz?"

Black Gold: "Es ist so, dass die damalige Kanzlerin Deutschlands Merkel entschieden hat, solchen Leuten Asyl zu geben, aber die Europäische Union dafür kein Geld geben will. Also ist Polen beleidigt und will sie nicht durchlassen."

Dann wirft Black Gold eine Frage ein, die er in den letzten Stunden im Chat immer wieder gestellt hat: "Also, Bruder, soll ich die Leute für heute vorbereiten?"

[M]Caroline Scharff/ZEIT ONLINE;Patrick Pleul,Slavek Ruta/dpa;Ikon Images[M]Caroline Scharff/ZEIT ONLINE;Patrick Pleul,Slavek Ruta/dpa;Ikon Images

"Der Preis für einen Menschen ist 600 \$" Schleuser werden immer skrupelloser, sagt die Polizei. Unter ihnen seien zunehmend auch Ukrainer. Wie funktioniert ihr ....

**Load-Date:** September 28, 2023

---

End of Document

**18 Leichen bei Waldbränden in Griechenland entdeckt; Mitten in einem Nationalpark werden in Griechenland mehrere verbrannte Menschen gefunden. Die Region wird häufig von Migranten als Route in die EU genutzt.**

ZEIT-online

Dienstag 22. August 2023 12:30 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Griechenland; Ausg. 1

**Length:** 344 words

**Byline:** Eric Voigt

## **Body**

---

Nicolas Economou

Bei Waldbränden im Dadia-Nationalpark in Griechenland wurden offenbar 18 Leichen entdeckt. Diese Aufnahme ist aus August 2022.

Bei den Waldbränden im Nordosten Griechenlands sind offenbar 18 Migranten ums Leben gekommen. Die Leichen seien nahe der Grenze zur Türkei im Nationalpark Dadia entdeckt worden, sagte Giannis Artopoulos, der Sprecher der Feuerwehr, dem griechischen Staatssender ERT. "Da niemand vermisst wird, gehen wir davon aus, dass es sich um illegale Einwanderer handelt." Die Region wird von Migranten häufig als Route für den Übertritt von der Türkei in die Europäische Union genutzt.

Die menschlichen Überreste seien in einer Hütte am Rande des Waldes gefunden worden. Von der griechischen Polizei wurden Spezialisten zur Identifizierung und Untersuchungen der Leichen herangezogen. In den Wäldern in der Nähe der Ortschaft Avas war zuvor schon die Leiche eines mutmaßlichen Migranten gefunden worden. Der Mann sei vermutlich an einer Rauchvergiftung gestorben, hieß es.

Zusammen mit den 18 mutmaßlichen Migranten stieg die Zahl der Toten durch den Waldbrand auf 20. Die Feuerwehr teilte mit, das gesamte Waldbrandgebiet werde weiterhin durchsucht. Wie viele Menschen sich noch in den Wäldern aufhalten und gefährdet sein könnten, sei völlig unklar.

### **Brandgefahr im Nordosten Griechenlands hält an**

Zuletzt breitete sich der Waldbrand mit hoher Geschwindigkeit und unkontrolliert aus. Nahe der Hafenstadt Alexandroupolis sind bereits mehrere Dörfer und ein Krankenhaus evakuiert worden. Mehr als 200 Feuerwehrleute sind im Einsatz, unterstützt von vier Flugzeugen und drei Hubschraubern.

"Das Ausmaß der Brände von Alexandroupolis übersteigt jeden Brandbekämpfungs-Mechanismus", sagte Feuerwehrsprecher Artopoulos dem griechischen Sender Skai. Es gehe kaum noch darum, das Feuer unter Kontrolle zu bringen, sondern nur noch darum, Menschenleben in der betroffenen Region zu retten.

18 Leichen bei Waldbränden in Griechenland entdeckt Mitten in einem Nationalpark werden in Griechenland mehrere verbrannte Menschen gefunden. Die Region wird hä....

Meteorologen sagten bis Freitag weiterhin heißes und trockenes Wetter voraus. Die Brandgefahr soll mindestens bis zum Wochenende anhalten.

**Load-Date:** August 22, 2023

---

End of Document



**Zwei weitere Tote bei schweren Waldbränden in Griechenland entdeckt;  
Nach der Flucht über die EU-Grenze verstecken sich Migranten oft in den  
Wäldern Griechenlands. Doch bei den Bränden wird das zur Falle. Wieder  
wurden Leichen gefunden.**

ZEIT-online

Freitag 25. August 2023 9:29 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Griechenland; Ausg. 1

**Length:** 265 words

**Byline:** Eric Voigt

## Body

---

Alexandros Avramidis

A view shows destroyed corral where the bodies of eighteen people, who authorities believe they were **migrants**, were found following a wildfire, near the village of Avantas in the region of Evros, Greece, August 23, 2023. REUTERS/Alexandros Avramidis

Bei den schweren Waldbränden in Griechenland sind zwei weitere Menschen ums Leben gekommen. Sie seien im Dadia-Nationalpark nahe der griechisch-türkischen Grenzregion im Nordosten des Landes geborgen worden. Der griechische Sender ERT berichtete, dass die sterblichen Überreste der Menschen zu weiteren Untersuchungen in die Hafenstadt Alexandroupolis gebracht worden seien.

Es wird vermutet, dass es sich bei mindestens einem Opfer um einen Migranten handeln soll. Die Region wird von Migranten häufig als Fluchtroute für den Übertritt von der Türkei in die Europäische Union genutzt. Auch Schleuserbanden bringen immer wieder Migranten von der Türkei aus über den Grenzfluss Evros.

Aus Angst, in die Türkei zurückgeschickt zu werden, verstecken sich die Menschen häufig in den Wäldern des angrenzenden Nationalparks. Während der schweren Brände wurden bereits 19 verbrannte Leichen von mutmaßlichen Migranten in der Region geborgen. Sie hatten in einer Hütte im Wald Schutz gesucht. Unter ihnen seien auch zwei Minderjährige gewesen.

Zusammen mit den 20 bisher bei den Waldbränden getöteten Menschen stieg die Zahl der Toten auf 22. Die griechische Feuerwehr will das gesamte Waldbrandgebiet in der Grenzregion durchsuchen. Wie viele Menschen sich noch in den Wäldern aufhalten und gefährdet sein könnten, ist unklar.

**Load-Date:** August 25, 2023

Zwei weitere Tote bei schweren Waldbränden in Griechenland entdeckt Nach der Flucht über die EU-Grenze verstecken sich Migranten oft in den Wäldern Griechenland....

---

End of Document

**Michael Kretschmer verlangt mehr Investitionen in Ostdeutschland; Vor dem Treffen der ostdeutschen Länderchefs mit Olaf Scholz fordert Sachsens Ministerpräsident mehr Investitionen im Osten. Auch zum Asylrecht äußert er sich.**

ZEIT-online

Donnerstag 22. Juni 2023 9:00 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Ministerpräsidentenkonferenz; Ausg. 1

**Length:** 493 words

**Byline:** Anja Keinath

## Body

---

Paul Zinken

Nach der Sonderkonferenz der Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer spricht Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) am 31. März in Berlin zu Journalisten.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hat sich vor dem Treffen der ostdeutschen Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zu den aktuellen Anliegen der Länder geäußert. Eines davon ist die wirtschaftliche Entwicklung im Osten: Das Geld zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur dürfe nicht gekürzt werden. Geplant ist, die Mittel dafür im Bundeshaushalt für das kommende Jahr von 650 Millionen auf 350 Millionen Euro zu kürzen.

Auch Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) kritisierte die Kürzung: "Die drohende Kürzung wirkt sich auf die neuen Länder besonders aus, und das Unverständnis darüber ist deshalb bei den ostdeutschen Ministerpräsidenten und bei mir persönlich sehr stark", sagte er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland.

"Gerade jetzt gilt es zu investieren, um aus der konjunkturellen Delle herauszukommen", sagte Kretschmer. Im Vergleich mit den westdeutschen Ländern sei der Osten noch immer von einer kleinteiligen Unternehmenslandschaft geprägt. Kretschmer sagte, die Länder erwarteten vom Bund, dass er sich bei der EU für eine Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen von der Bürokratie einsetze, etwa im Zusammenhang mit dem Lieferkettengesetz. Die ostdeutschen Länder wünschten sich alle eine Entbürokratisierung.

Auch in der Energiepolitik sieht Kretschmer dringenden Handlungsbedarf. "Die Ampel ist so mit sich selbst beschäftigt, dass sie nicht in der Lage ist, solche Dinge mit den Ländern in einem vernünftigen Dialog zu klären. Das läuft alles par ordre du mufti wir sollen nur noch zustimmen." Er forderte außerdem, die Energiewende neu aufzusetzen. Man könne nicht gleichzeitig aus der Kohleverstromung und der Atomkraft aussteigen. Das Abschalten der Kernkraftwerke sei ein "gigantischer Fehler" gewesen.

Michael Kretschmer verlangt mehr Investitionen in Ostdeutschland Vor dem Treffen der ostdeutschen Länderchefs mit Olaf Scholz fordert Sachsens Ministerpräsident....

### **Gezielte Anwerbung statt Asyl**

Zudem fordert der CDU-Politiker eine Verschärfung der Einwanderungspolitik. "Wir müssen bei der illegalen Migration dringend handeln, die Zahlen müssen nach unten, damit wir mehr Kapazitäten haben für Menschen, die wir wirklich gezielt aus dem Ausland anwerben", sagte Kretschmer im ARD- *Morgenmagazin*.

Bereits im ersten Teil des Jahres seien hunderttausend Menschen nach Deutschland gekommen, um Asyl zu beantragen. Hier müsse die Bundesregierung dringend handeln, sagte Kretschmer. Das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte ist im Grundgesetz verankert.

Gleichzeitig forderte der CDU-Politiker bessere Bedingungen für gezielte Einwanderung. Laut Kretschmer muss sich Deutschland hinterfragen, ob hohe Abgabe- und Steuerquoten bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte sinnvoll sind. Auch die Diskussionen um eine Viertagewoche verwirrten einwanderungswillige Menschen eher, sagte Kretschmer.

**Load-Date:** June 22, 2023

---

End of Document

**Ampel will Abschiebungen vereinfachen; Das Rückführungsverbesserungsgesetz soll zum einen für schnellere Abschiebungen von Straftätern sorgen. Geflüchtete sollen aber auch leichter in Beschäftigung kommen.**

ZEIT-online

Mittwoch 11. Oktober 2023 3:11 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 428 words

**Byline:** Jona Spreter

## Body

---

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat einen Referentenentwurf zur Eindämmung der sogenannten irregulären **Migration** vorgelegt. Bei dem Maßnahmenbündel, das den Titel Rückführungsverbesserungsgesetz(PDF) trägt, gehe es auch um eine schnelle Abschiebung von Straftätern und Gefährdern, teilte das Bundesinnenministerium mit. Nach Angaben von Faeser soll der Entwurf in Kürze im Bundeskabinett beraten werden.

Konkret soll die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams im Einklang mit dem verfassungs- und europarechtlichen Rahmen von derzeit 10 auf 28 Tage verlängert werden. Damit erhielten die Behörden mehr Zeit, eine Abschiebung vorzubereiten. Weiter sollten Menschen, die mindestens zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt wurden, sowie Schleuser und Mitglieder krimineller Vereinigungen leichter ausgewiesen werden können.

### **Pläne sind bereits seit Anfang August bekannt**

Die einzelnen Maßnahmen hatte das Ministerium bereits im August in einem Diskussionspapier vorgestellt - und war damit auf Kritik gestoßen, auch in der eigenen Partei. CDU-geführte Länder hatten die Vorschläge hingegen prinzipiell begrüßt. Nun wurden die Maßnahmen laut Innenministerium in einem Gesetzentwurf zusammengeführt, der Ländern und Verbänden für Stellungnahmen zugeht.

### **"Eine ernsthafte Belastungsprobe für den Zusammenhalt in unserem Land"**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sprach in Bezug auf den Entwurf von einem Doppelschritt. Zum einen solle es für Geflüchtete, die sich bereits in Deutschland befänden, leichter möglich sein, in Beschäftigung zu kommen. Dies sei eine Chance auch für viele Firmen. Zudem gehe es um einfachere Verfahren für Abschiebungen - zu diesem Thema veröffentlichte das Bundesinnenministerium am Mittwoch einen Gesetzentwurf.

Habeck nannte die derzeitige Situation bei der Migration eine der "wesentlichen Herausforderungen für unser Land". Die Kommunen leisteten Großes. "Aber viele sind am Limit oder darüber hinaus. Das ist eine ernsthafte

Ampel will Abschiebungen vereinfachen Das Rückführungsverbesserungsgesetz soll zum einen für schnellere Abschiebungen von Straftätern sorgen. Geflüchtete sollen....

Belastungsprobe für den Zusammenhalt in unserem Land." Die Regierung stehe daher in der Pflicht, Migration besser zu steuern, um die Kommunen zu entlasten. Er wies zugleich auf den Arbeits- und Fachkräftemangel hin, der für die Wirtschaft eine wachsende Belastung sei.

"Wir machen mit diesem Paket wichtige und notwendige Schritte", sagte Habeck weiter. Er sprach von schwierigen, oft harten Entscheidungen. "Es sind Menschen, keine Nummern. Aber diese Herleitung vom Einzelfall kann nicht Politik ersetzen", sagte Habeck. Politik müsse "Steuerbarkeit und Akzeptanz in der Gesellschaft herstellen".

**Load-Date:** October 11, 2023

---

End of Document

**Erneutes tödliches Bootsunglück vor Tunesiens Küste; Auf dem Weg nach Europa ist ein weiteres Migrantenboot gesunken. Mehrere Menschen starben. Bereits am Vortag waren bei einem ähnlichen Unglück viele Migranten ertrunken.**

ZEIT-online

Samstag 8. April 2023 10:16 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 392 words

**Byline:** Mathias Peer

## Body

---

Fethi Belaid

**Migrants** from sub-Saharan Africa sit in a makeshift boat that was being used to clandestinely make its way towards the Italian coast, as they are found by Tunisian authorities about 50 nautical miles in the Mediterranean sea off the coast of Tunisia's central city of Sfax on October 4, 2022. (Photo by FETHI BELAID / AFP) (Photo by FETHI BELAID/AFP via Getty Images)

Bei einem erneuten Bootsunglück vor der Küste Tunesiens sind bis zu sieben Migranten gestorben. Bislang seien am Strand der zweitgrößten tunesischen Stadt Sfax vier Leichen gefunden worden, drei weitere Insassen des am Morgen gekenterten Boots würden noch vermisst, teilten die lokalen Behörden mit. 36 Menschen konnten demnach gerettet werden. Die Menschen stammten den Angaben zufolge aus Ländern südlich der Sahara und waren in überfüllten Booten Richtung Europa unterwegs.

Damit sind innerhalb von zwei Tagen mindestens 24 Migranten vor der tunesischen Küste ertrunken, wie der Sprecher der Staatsanwaltschaft in Sfax, Faouzi Masmoudi, mitteilte. Seinen Angaben zufolge war bereits am Vortag ein Boot mit 37 Migranten beim Versuch, nach Europa zu gelangen, vor der Küste untergegangen. 17 Menschen davon seien lebend gerettet worden, darunter seien auch drei Kinder. Zwei Personen befänden sich aber in Lebensgefahr.

Einer Zählung der Nachrichtenagentur AFP zufolge sind damit seit Anfang März mindestens sechs Boote mit Migranten untergegangen. Dabei starben über hundert Menschen oder werden noch vermisst.

### **Tausende Menschen von der Überfahrt abgehalten**

Am Freitag hatte die tunesische Küstenwache mitgeteilt, dass sie zwischen dem 1. Januar und 31. März mehr als 14.000 Menschen von der Überfahrt nach Europa abgehalten habe. Das seien fünf Mal so viele Menschen wie im

Erneutes tödliches Bootsunglück vor Tunesiens Küste Auf dem Weg nach Europa ist ein weiteres Migrantenschiff gesunken. Mehrere Menschen starben. Bereits am Vortag....

selben Vorjahreszeitraum. Mehr als 13.100 Migranten stammten demnach aus Ländern südlich der Sahara, bei den restlichen handelte es sich um Tunesier.

Die meisten Boote wurden demnach vor der Küste der Provinzen Sfax und Mahdia abgefangen. Dort ist die Küste nur etwa 150 Kilometer von der italienischen Insel Lampedusa entfernt.

Nach Angaben des italienischen Innenministeriums kamen seit Jahresbeginn mehr als 14.000 Migranten in Italien an, im Vorjahreszeitraum waren es demnach rund 5.300. Bei der gefährlichen Fahrt übers Mittelmeer in überfüllten Booten sterben immer wieder dutzende Menschen.

**Load-Date:** April 9, 2023

---

End of Document



**Tunesien und Libyen nehmen Geflüchtete aus Wüste auf; Wiederholt wurden Tunesien und Libyen dafür kritisiert, Migranten in die Wüste zurückzudrängen. Nun melden die Länder die Aufnahme von Geflüchteten.**

ZEIT-online

Donnerstag 10. August 2023 8:33 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flucht nach Europa; Ausg. 1

**Length:** 297 words

**Byline:** Sarah Vojta

## Body

---

Hazem Ahmed

**Migrants** from Africa sit on the ground as they are stuck in the desert between the Libyan-Tunisian border, near Al-Assah, Libya August 5, 2023. REUTERS/Hazem Ahmed

Die Regierungen von Tunesien und Libyen haben der Rücknahme von 276 Geflüchteten zugestimmt, die in der Wüste an ihrer gemeinsamen Grenze festsaßen. Tunesien habe 126 Menschen aufgenommen, unter ihnen 45 Frauen und acht Kinder, sagte ein Sprecher des Innenministeriums. Sie würden in zwei Städte im Südosten gebracht. Libyen habe die weiteren 150 Migranten aufgenommen.

Die dortige Regierung sprach von einer einvernehmlichen Lösung. Die von Libyen zurückgenommenen Menschen würden in die Hauptstadt Tripolis gebracht, hieß es vom libyschen Menschenrechtskomitee.

Zuvor hatten die Innenminister beider Länder darüber verhandelt, wie sie dem Zuzug von Menschen begegnen können, die auf der Flucht vor Konflikten und Armut über Nordafrika nach Europa gelangen wollen. Die Ostküste Tunesiens hat das benachbarte Libyen als Knotenpunkt für Migrantinnen und Migranten aus Staaten südlich der Sahara abgelöst. Von dort versuchen diese, in kleinen, oftmals fahruntüchtigen Booten über Italien in andere Länder Europas zu gelangen.

### **Vorwurf von Push-Backs in die Wüste**

Menschenrechtsorganisationen haben Tunesien in den vergangenen Wochen verstärkt vorgeworfen, die Menschen in der Wüste an den Grenzen zu Libyen und Algerien sich selbst zu überlassen. Innenminister Kamel Fekih bestätigte daraufhin, dass "kleinere Gruppen" zurück in die Sahara gedrängt wurden. Massenabschiebungen solcher Art wies er aber zurück.

Erst diesen Mittwoch waren in der libyschen Wüste nahe der Grenze zu Tunesien 27 tote Migrantinnen und Migranten entdeckt worden. Sie kamen nach Angaben des Innenministeriums aus Staaten südlich der Sahara.

Tunesien und Libyen nehmen Geflüchtete aus Wüste auf Wiederholt wurden Tunesien und Libyen dafür kritisiert, Migranten in die Wüste zurückzudrängen. Nun melden ....

**Load-Date:** August 10, 2023

---

End of Document

**Griechische Behörden nehmen neun mutmaßliche Schleuser fest; Wohl Hunderte Menschen sind bei dem schweren Bootsunglück vor Griechenland gestorben. Demonstranten in Athen und Thessaloniki sehen die Schuld auch bei der EU.**

ZEIT-online

Donnerstag 15. Juni 2023 6:59 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Bootsunglück; Ausg. 1

**Length:** 680 words

**Byline:** Iven Fenker

## Body

---

Stelios Misinas

Im Hafen von Kalamata, Griechenland: Der Syrer Kassam Abozeed, 34, sagt, dass seine Frau Israa und sein Schwager an Bord eines Bootes mit **Migranten** waren, das auf offener See vor Griechenland gekentert ist.

Nach dem schweren Bootsunglück im Mittelmeer mit mutmaßlich Hunderten Toten hat die griechische Küstenwache neun Überlebende festgenommen. Sie würden verdächtigt, dem Schleuserring angehört zu haben, der die Fahrt von Geflüchteten über das Meer arrangiert habe, berichtete der staatliche Sender ERT.

Den Angaben zufolge befindet sich unter den neun Festgenommenen ägyptischer Nationalität auch der Kapitän des Fischerbootes. Die Verdächtigen sollen dem Staatsanwalt der Hafenstadt Kalamata vorgeführt werden.

### **Bislang 78 Tote geborgen**

Das Fischerboot war am Mittwochmorgen westlich der Halbinsel Peloponnes gekentert. Offiziell bestätigt wurden bislang nur 78 Tote, die griechischen Behörden und die Internationale Organisation für Migration (IOM) gehen jedoch von einer weitaus größeren Zahl aus. Nach Angaben von Überlebenden befanden sich bis zu 750 Menschen an Bord des Boots. 104 Menschen konnten bei der Rettungsaktion lebend geborgen werden. Die genaue Zahl der Vermissten wird sich wohl nicht ermitteln lassen.

Etwa 30 Überlebende befinden sich derzeit im Krankenhaus von Kalamata. Sie litten "vor allem an Lungenentzündung, Dehydrierung und Unterkühlung", sagte der Leiter der zuständigen Abteilung einem Radiosender. Die anderen Überlebenden wurden vorübergehend in einer Lagerhalle im Hafen untergebracht.

### **Das schwerste Bootsunglück seit Jahren**

Griechische Behörden nehmen neun mutmaßliche Schleuser fest Wohl Hunderte Menschen sind bei dem schweren Bootsunglück vor Griechenland gestorben. Demonstranten ....

Die griechische Regierung rief eine dreitägige Staatstrauer aus. Das oberste Gericht Griechenlands ordnete eine Untersuchung zur Ursache des Unglücks an. Behörden zufolge kenterte das überladene Fischerboot, nachdem der Motor ausgefallen war. Ein Regierungssprecher sagte, das Boot sei innerhalb von nur zehn bis 15 Minuten gesunken.

Schon jetzt handelt es sich um das schwerste Bootsunglück vor der griechischen Küste seit Jahren. Nach Aussagen von Überlebenden war das Fischerboot an der libyschen Küste gestartet, Ziel war demnach Italien. Auf den gefährlichen Überfahrten von der nordafrikanischen Küste in Richtung Europa ertrinken immer wieder Menschen. Nach UN-Angaben starben seit 2014 mehr als 20.000 Geflüchtete auf dem Mittelmeer gestorben. Erst Ende Februar 2023 hatte es vor der süditalienischen Küste ein Bootsunglück mit mindestens 90 Toten gegeben.

"Wir sind Zeugen einer der größten Tragödien im Mittelmeer, und die von den Behörden bekannt gegebenen Zahlen sind erschütternd", hieß es in einer Mitteilung der IOM. Daniel Govean, Anwalt bei der Hilfsorganisation Save the Children, befürchtet, dass sich etwa 100 Kinder im Frachtraum des Schiffs befanden.

### **Olaf Scholz nennt Unglück "bedrückend"**

Bestürzt über das Bootsunglück äußerte sich am Abend Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). "Das ist bedrückend und ruft uns alle mal mehr dazu auf, alles dafür zu tun, dass Menschen nicht diese gefährlichen Fluchtrouten wählen", sagte er. Er wünsche sich eine Lösung mithilfe eines gemeinsamen und solidarischen "Systems des Umgangs" mit der Migration in Europa. Ähnlich hatte sich zuvor bereits Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) geäußert.

Unterdessen warfen Demonstrantinnen und Demonstranten in griechischen Städten wie Athen und Thessaloniki der EU eine Mitverantwortung an der Katastrophe vor. Protestteilnehmer hielten Plakate mit Aufschriften wie "Die EU bringt Menschen um" in die Höhe. Zu den Protesten hatten die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und mehrere linksgerichtete Studenten- und Gewerkschaftsorganisationen sowie Parteien der außerparlamentarischen Linken aufgerufen.

Erst vor Kurzem hatte die EU-Länder beschlossen, ihre Asylpolitik zu vereinheitlichen. Bei einem Gipfeltreffen hatten sie sich auf Aufnahmeeinrichtungen an den europäischen Außengrenzen geeinigt, die zu einer schnelleren Abschiebung von Geflüchteten ohne Bleibeperspektive führen sollen. Die Einigung ist höchst umstritten, für Streit sorgt sie auch innerhalb der deutschen Grünen.

**Load-Date:** June 15, 2023

**Mexiko verschärft Migrationspolitik; Migranten, die durch Mexiko reisen, um an die US-Grenze zu gelangen, erhalten zukünftig keine Transitdokumente mehr. Die Regierung will zudem Abschiebungen beschleunigen.**

ZEIT-online

Freitag 12. Mai 2023 10:44 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 435 words

**Byline:** Sophia Boddenberg

## Body

---

Andres Leighton

Beschreibung Eine **Migrantenfamilie** aus Peru geht in den frühen Morgenstunden auf ein Tor im Grenzzaun zu, nachdem sie von Ciudad Juarez, Mexiko, nach El Paso, Texas, gekommen sind. In verschiedenen Städten in Grenznähe harnten sie aus, um nun in die USA zu gelangen, allen voran in den Bundesstaaten Chihuahua, Tamaulipas y Coahuila, berichtete etwa das mexika... + Mehr lesen Service +++ dpa-Bildfunk +++  
Aufnahmedatum 11.05.2023 Bildnachweis picture alliance/dpa/AP | Andres Leighton

Nach der Änderung einer umstrittenen Abschieberegelung der USA verschärft das Nachbarland Mexiko seine Migrationspolitik. Ab sofort stellen die Behörden keine Transitdokumente für eingereiste Migranten und Migrantinnen mehr aus, die bisher damit durch Mexiko bis zur US-Grenze legal weiterreisen konnten. Das teilte die mexikanische Regierung mit. Bislang konnten sich Migranten mit den Dokumenten 30 Tage lang in Mexiko aufhalten ohne zu befürchten, von lokalen Behörden aufgegriffen zu werden. Es war zunächst unklar, ob es sich um eine temporäre oder permanente Änderung handelte.

Die mexikanische Regierung kündigte zudem an, Migrantinnen ohne Papiere künftig schneller aus Mexiko in ihre Heimatländer abschieben zu wollen. Sie begründete dies damit, dass es aktuell nicht genug Sammelstellen für ihre Unterkunft gebe. Diese Woche waren 33 Sammelstellen der Einwanderungsbehörde INM für festgenommene Migranten vorübergehend geschlossen worden, nachdem im März in einer derartigen Sammelstelle bei einem Brand 40 Menschen ums Leben gekommen waren. Es sei aktuell nicht möglich, die Menschen sicher unterzubringen, hieß es von der Regierung.

### Tausende Migranten halten sich in der Grenzregion im Norden auf

Nach Angaben des mexikanischen Außenministers Marcelo Ebrard halten sich in der Grenzregion im Norden von Mexiko rund 26.500 Migrantinnen und Migranten auf. US-Medien hatten von 150.000 Menschen berichtet. Im südlichen Bundesstaat Chiapas, an der Grenze von Mexiko zu Guatemala, warten zudem seit Monaten Tausende Menschen auf Einreisepapiere.

Mexiko verschärft Migrationspolitik Migranten, die durch Mexiko reisen, um an die US -Grenze zu gelangen, erhalten zukünftig keine Transitdokumente mehr. Die Re....

In der Nacht zum Freitag wurde in den USA eine umstrittene Abschiebep Praxis aufgehoben, die in den vergangenen Jahren unter Verweis auf die Pandemie eine schnelle Zurückweisung von Migranten ermöglicht hatte.

Die USA kehren nun zur Anwendung der sogenannten Titel-8-Regelung zurück. Sie sieht vor, dass Migrantinnen nicht mehr ohne reguläres Verfahren abgeschoben werden dürfen. Im Falle eines irregulären Einwanderungsversuchs kann es zu einem fünfjährigen Wiedereinreiseverbot kommen. Es können auch Geld- und Gefängnisstrafen verhängt werden.

**Load-Date:** May 13, 2023

---

End of Document

**Wenn der Kanzler Ostern auf den 10. Mai verlegt; Kommunen und Länder drängen auf rasche Hilfen wegen der steigenden Flüchtlingszahlen. Doch die Bundesregierung vertagt das Problem erneut. Was steckt dahinter?**

ZEIT-online

Donnerstag 16. März 2023 5:48 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingskosten; Ausg. 1

**Length:** 904 words

**Byline:** Tilman Steffen

## Body

---

Ben Kilb/Bloomberg

Children's toys at the Emergency Shelter Ukraine, set up by the Red Cross and City of Frankfurt, at the Frankfurt Trade Fair exhibition grounds in Frankfurt, Germany, on Friday, March 11, 2022. More than two million people have escaped Ukraine since Russia invaded the country, according to UNHCR, the UN Refugee Agency. Photographer: Ben Kilb/Bloomberg via Getty Images

Manchmal hilft wohl nur noch die Flucht in den Sarkasmus. Kanzler Scholz habe Ostern in den Mai verlegt, lautet der jüngste Running Gag unter Ministerpräsidenten. Der Hintergrund liegt im Streit über die Finanzierung der Kosten für die Unterbringung und Betreuung von **Geflüchteten**.

Beim Gipfeltreffen von Bund und Ländern im Bundesinnenministerium zum Thema Mitte Februar hieß es: Über Geld werde diesmal nicht gesprochen. Zu Ostern, also Anfang April, werde der Kanzler mit den Ländervertretern darüber beraten. Seit Donnerstag aber ist klar: Die von Kommunen und Länderchefs ersehnte Verhandlung über den Beitrag des Bundes zur Kostendeckung für die Versorgung von Geflüchteten findet nunmehr am 10. Mai statt, vier Wochen nach Ostern. Ihren Ärger über diesen Affront kaschieren die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit beißendem Spott über Scholz' Verlegung des Osterfests.

Es ist fast ein Ritual, dass die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten vor jeder ihrer fast monatlichen Konferenzen nach mehr Geld rufen. Vor allem, wenn es um Geflüchtete und Asylbewerberinnen geht. Der jüngste Anlass: Die Migrationszahlen steigen, die Kommunen müssen die Ankommenden versorgen und unterbringen dafür zahlen soll der Bund. Doch wie berechtigt sind die Forderungen eigentlich, die die Länderchefs nach ihrer Konferenz am Donnerstag wieder vortrugen?

Fakt ist: Immer mehr Flüchtlinge kommen, die Landesregierungen zählen allein fast 80 Prozent mehr Asylbewerber im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, Tendenz steigend, hinzu kommen immer mehr Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Die letzte Zusicherung von Bundesseite umfasste 2,5 Milliarden Euro Kostenbeteiligung für dieses Jahr. Dass das bei Weitem nicht reichen dürfte, verdeutlicht eine Zahl aus NRW: Mit allein vier Milliarden Euro Kosten für

Wenn der Kanzler Ostern auf den 10. Mai verlegt Kommunen und Länder drängen auf rasche Hilfen wegen der steigenden Flüchtlingszahlen. Doch die Bundesregierung v....

Geflüchtete rechnet das Land dieses Jahr angesichts der zu erwartenden Zahlen. Derzeit liege die Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten unter 20 Prozent, beklagen die Ministerpräsidenten von NRW und Niedersachsen, Hendrik Wüst (CDU) und Stephan Weil (SPD). Beide demonstrieren trotz aller parteipolitischer Unterschiede auffällige Einigkeit. Das spricht dafür, dass es nicht allein um politische Taktik geht, sondern dass ein reales, signifikantes Problem vorliegt. Wüst und Weil fordern, dass der Bund 50 Prozent der Kosten übernimmt. Sie begründen das auch damit, dass die Bundesregierung für die Faktoren zuständig ist, die die Zahlen nicht sinken lassen: Darunter Grenzschutz, europäische Verteilung, Rückführung und Abschiebung in Herkunftsländer.

Doch sind die Länderkassen wirklich so leer? Die Bundesseite argumentiert, die für 2023 zugesicherten 2,5 Milliarden Euro könnten im ersten Quartal 2023 noch gar nicht verbraucht sein. Zudem sind die Steuereinnahmen nicht nur des Bundes, sondern insbesondere von Ländern und Kommunen 2022 deutlich gestiegen. Doch die Länder schleppen Finanzdefizite mit sich herum: Das bevölkerungsreichste Bundesland NRW befindet sich in der sogenannten Haushaltsnotlage, er müsste aber 10.000 Lehrerinnen und Lehrer einstellen, sagt Wüst.

© Michael HeckTilman Steffen

Zudem finanzieren die Bundesländer die gewaltigen Entlastungspakete des Bundes mit, also die Senkung der Energiekosten. Außerdem seien die Milliarden des Bundes noch gar nicht real geflossen. Dementgegen steht, dass der Bund derzeit ein eigenes, akutes Haushaltsproblem hat: Finanzminister Christian Lindner (FDP) sucht gerade nach 70 Milliarden Euro Sparpotenzial, um das Budget für 2024 ausbalanciert zu bekommen. Wohl auch deshalb hat Kanzler Olaf Scholz (SPD) den Finanzgipfel mit den Ländern auf Mai verschoben.

Nachvollziehbar ist die Forderung der Landesregierungen, nicht mehr alle paar Monate mit einer pauschalen Zusicherung des Bundes abgespeist zu werden, sondern den Bundeszuschuss gemäß dem tatsächlichen Bedarf zu erhalten. In ihrem Beschlusspapier fordern sie deshalb die Rückkehr zu einem Modus, der ihnen 670 Euro pro Geflüchtetem und Monat garantiert. Man wolle von der "fixen Pauschale" weg und zurück zu einem "atmenden Modell", das die Zahl der Flüchtlinge konkret berücksichtige. So sei es bis 2021 üblich gewesen und habe gut funktioniert, sagt Ministerpräsident Weil.

Neu hinzu kam diesmal die Forderung an den Bund nach sogenannten Vorhaltekosten also Geld, das Kommunen in die Lage versetzt, Unterkünfte und Versorgungsstruktur vorsorglich herzurichten, falls plötzlich Bedarf entstehen sollte. Einerseits ein nachvollziehbarer Wunsch angesichts des sich steigernden Zulaufs. Bürgermeister und Landrätinnen dürften nicht Gefahr laufen, überrannt zu werden, warnen Weil und Wüst. Denn sie könnten dann gezwungen sein, in weiteren Turnhallen Notquartiere zu eröffnen oder gar Zelte zu errichten. Doch wie viel Geld sie sich wünschen und wofür genau, scheint den Ministerpräsidenten selbst noch nicht klar zu sein. Man werde das mit den kommunalen Spitzenvertretern vor dem Mai-Gipfeltreffen beraten, sagt Wüst. So sind die Vorhaltekosten bisher eher eine Idee als eine konkrete Forderung.

**Load-Date:** March 16, 2023



**Regierung in Warschau will Volksabstimmung über EU-Asylkompromiss;  
Die geplante Reform des EU-Asylrechts soll Länder zur begrenzten  
Aufnahme Geflüchteter verpflichten. Die polnische Regierung will über den  
Kompromiss abstimmen lassen.**

ZEIT-online

Sonntag 13. August 2023 11:10 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Polen; Ausg. 1

**Length:** 442 words

**Byline:** Luis Kumpfmüller

## Body

---

Carlos Osorio

Polens Ministerpräsident in Kanada am 2. Juni 2023

Die polnische Regierungspartei PiS will die Menschen im Land über den EU-**Asylkompromiss** abstimmen lassen. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki kündigte auf X (vormals Twitter) ein solches Referendum für den 15. Oktober an. An diesem Tag finden in Polen auch die Parlamentswahlen statt. Bereits seit Monaten kritisiert Polen den geplanten Solidaritätsmechanismus zur verpflichtenden Aufnahme von **Geflüchteten**. Auch Ungarn lehnt den Kompromiss ab.

### **Morawiecki nennt EU-Solidaritätsmechanismus "Zwangsumsiedlungsmechanismus"**

In dem Video stellt Morawiecki bereits die Frage vor, die in der Abstimmung gestellt werden soll. Sie werde lauten: "Unterstützen Sie die Aufnahme Tausender illegaler Einwanderer aus dem Nahen Osten und Afrika im Rahmen des von der europäischen Bürokratie auferlegten Zwangsumsiedlungsmechanismus?"

Das Video zeigt Szenen von brennenden Autos und Straßengewalt in Westeuropa. Daraufhin sagt der Vorsitzende der PiS-Partei: "Wollt ihr, dass dies auch in Polen geschieht? Wollt ihr aufhören, die Herren eures eigenen Landes zu sein?"

In dem Video wird auch die Politik der oppositionellen Partei PO und dessen Vorsitzenden Donald Tusk angegriffen. Von 2014 bis 2019 war Tusk Präsident des Europäischen Rates, vorher war er Ministerpräsident Polens. Morawiecki nennt den liberalkonservativen Politiker die "größte Bedrohung für unsere Sicherheit". In einem weiteren Post Tweet nennt er Tusk einen "gefährlichen Schädling".

**Kaczynski kündigte bereits vor Monaten ein Referendum an**

Regierung in Warschau will Volksabstimmung über EU-Asylkompromiss Die geplante Reform des EU-Asylrechts soll Länder zur begrenzten Aufnahme Geflüchteter verpfl...

Ende Juni kehrte PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski als einziger Stellvertreter von Ministerpräsident Morawiecki in die polnische Regierung zurück. Kurz zuvor hatte der rechtsextreme Politiker angekündigt, ein Referendum abhalten zu wollen. Damals sagte Kaczynski in einer Parlamentsrede: "Wir werden nicht zustimmen, ebenso wenig wie die polnische Nation, und das muss Gegenstand eines Referendums sein".

Polen hat seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine mehr als eine Million Geflüchtete aus dem Land aufgenommen. Regierungsvertreter machen jedoch seit Langem deutlich, dass sie nur Musliminnen und Muslime sowie Angehörige anderer Kulturen als eine Bedrohung für Polen und seine kulturelle Identität ansehen.

Gesetzgebung in der Europäischen Union

Der Plan zur Aufteilung der Verantwortung für Geflüchtete, die ohne Genehmigung nach Europa einreisen, wurde bereits im Juni von den EU-Innenministerinnen und Minister gebilligt. Länder, die keine Geflüchteten aufnehmen, sollen dem Entwurf zufolge Ausgleichszahlungen in Höhe von 20.000 Euro je abgewiesene Migrantin entrichten.

**Load-Date:** August 13, 2023

---

End of Document

**Thüringens Verfassungsschutzchef warnt vor antisemitischen Anschlägen; Deutschland müsse davon ausgehen, dass es nicht bei Ausschreitungen auf Demonstrationen bleibe, sagte Stephan Kramer. Verantwortlich sei auch die Migrationspolitik.**

ZEIT-online

Donnerstag 2. November 2023 2:12 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Krieg im Nahen Osten; Ausg. 1

**Length:** 387 words

**Byline:** Alena Kammer

## Body

---

Der Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, Stephan Kramer, hat angesichts des Kriegs im Nahen Osten vor einer wachsenden Gefahr antisemitischer Anschläge in Deutschland gewarnt und sieht die Ursache dafür auch in der **Flüchtlingspolitik**. "Wir müssen davon ausgehen, dass auch hiesige Islamisten und Hamas-Sympathisanten es nicht bei Demonstrationen und verbalen Entgleisungen belassen, sondern konkret gewalttätig werden - nicht nur in Neukölln, sondern landesweit", sagte Kramer dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

"Die Lage ist extrem emotionalisiert, es herrscht eine abstrakt hohe Gefährdung", sagte der Verfassungsschützer, der früher Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland war. Die jüdischen Gemeinden und Organisationen stünden "ganz besonders im Fokus", sagte Kramer dem RND. Dabei gehe die größte Gefahr von radikalisierten Einzelpersonen aus.

Kramer macht auch die Flüchtlingspolitik für die Entwicklung verantwortlich: "Seit 2015 fliehen vermehrt Menschen nach Deutschland. Jetzt tritt die Phase ein, in der viele weder persönliches noch berufliches Fortkommen feststellen. Diese Frustration wird zu noch mehr Gewalt führen."

Zudem kämen viele Flüchtlinge mit einer entsprechenden Vorprägung. "Antisemitismus gehört in den Herkunftsländern zur DNA." Das Problem sei andererseits "selbstverschuldet, weil wir keine wirklichen Fortschritte bei der Integration erzielt haben. Das wissen alle. Aber es passiert nichts".

Auch die Parteinahme des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan für die Hamas sei für Deutschland "extrem gefährlich", weil die türkische Regierung Teile der türkischen Gemeinschaft in Deutschland kontrolliere, sagte Kramer.

Soeren Stache Ein Polizeibeamter geht an der Synagoge an der Brunnenstraße 33 in Berlin entlang, die Ziel eines Anschlags war. Nach dem versuchten Brandanschlag auf eine Synagoge in Berlin haben am Mittwoch

Thüringens Verfassungsschutzchef warnt vor antisemitischen Anschlägen Deutschland müsse davon ausgehen, dass es nicht bei Ausschreitungen auf Demonstrationen bl....

Politikerinnen und Politiker mit Entsetzen reagiert und mehr Engagement gegen Antisemitismus gefordert. Soeren Stache Ein Polizeibeamter geht an der Synagoge an der Brunnenstraße 33 in Berlin entlang, die Ziel eines Anschlags war. Nach dem versuchten Brandanschlag auf eine Synagoge in Berlin haben am Mittwoch Politikerinnen und Politiker mit Entsetzen reagiert und mehr Engagement gegen Antisemitismus gefordert.

**Load-Date:** November 2, 2023

---

End of Document

**Italienische Regierung empört über deutsche Hilfe für Seenotretter; Die Bundesregierung will Organisationen unterstützen, die Migranten in Italien helfen. Verteidigungsminister Guido Crosetto spricht von "sehr schwerwiegendem" Verhalten.**

ZEIT-online

Sonntag 24. September 2023 3:56 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Fratelli d'Italia; Ausg. 1

**Length:** 364 words

**Byline:** Henrik Oerding

## Body

---

Die italienische Regierung kritisiert die deutschen Finanzhilfen für Organisationen, die sich um **Migranten** in Seenot kümmern, scharf. Verteidigungsminister Guido Crosetto sprach in der Sonntagsausgabe der Zeitung La Stampa von einem "sehr schwerwiegenden" Verhalten. "Berlin tut so, als ob es nicht wüsste, dass es damit ein Land in Schwierigkeiten bringt, mit dem es theoretisch 'befreundet' ist." Crosetto gehört zur größten Regierungspartei, den ultrarechten Fratelli d'Italia. Protest kam auch vom kleineren Koalitionspartner Lega.

Deutschland will Hilfsorganisationen fördern, die sich auf italienischem Boden um Migranten kümmern. Das Auswärtige Amt verwies am Freitag darauf, dass damit ein Beschluss des Bundestags umgesetzt werde. Das erste Geld - jeweils zwischen 400.000 und 800.000 Euro - solle "in Kürze" ausgezahlt werden, an ein Projekt zur Versorgung an Land und ein Projekt zur Rettung auf See. Bei einer der Organisationen handelt es sich um SOS Humanity.

Die Arbeit privater deutscher Hilfsorganisationen im Mittelmeer sorgen seit Langem für Spannungen zwischen den Regierungen Italiens und Deutschlands. Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hatte im Wahlkampf ein hartes Vorgehen angekündigt, um die Zahl der in Italien ankommenden Bootsmigranten zu senken. Tatsächlich wurden seit Beginn des Jahres mehr als 130.000 Bootsflüchtlinge registriert, doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum 2022. Allein auf der kleinen Insel Lampedusa kamen diesen Monat mehr als 10.000 an.

Matias Chiofalo Das Bild vom 3. August 2023 zeigt einige der 266 Migranten, die von Mitgliedern der spanischen Nichtregierungsorganisation Proactiva Open Arms gerettet wurden, als sie auf kleinen Booten das Mittelmeer vor der libyschen Küste überquerten. (Foto von Matias CHIOFALO / AFP) (Foto von MATIAS CHIOFALO/AFP via Getty Images) Matias Chiofalo Das Bild vom 3. August 2023 zeigt einige der 266 Migranten, die von Mitgliedern der spanischen Nichtregierungsorganisation Proactiva Open Arms gerettet wurden, als sie auf kleinen Booten das Mittelmeer vor der libyschen Küste überquerten. (Foto von Matias CHIOFALO / AFP) (Foto von MATIAS CHIOFALO/AFP via Getty Images)

Italienische Regierung empört über deutsche Hilfe für Seenotretter Die Bundesregierung will Organisationen unterstützen, die Migranten in Italien helfen. Vertei....

**Load-Date:** September 24, 2023

---

End of Document

**Papst mahnt Europa zur Aufnahme und Integration von Migranten; Papst Franziskus hat beim Mittelmeertreffen reguläre Einreisemöglichkeiten für Migranten nach Europa gefordert. Das Mittelmeer nannte er ein "Grab der Menschenwürde".**

ZEIT-online

Samstag 23. September 2023 12:17 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 476 words

**Byline:** Juliane Frisse

## Body

---

Papst Franziskus hat angesichts der zahlreichen über das Mittelmeer fliehenden Menschen die Verantwortung ganz Europas angemahnt. Die Lösung bestehe nicht in der Ablehnung, sondern in der Sicherstellung einer Vielzahl von legalen und regulären Einreisemöglichkeiten, sagte er an diesem Samstag zum Abschluss des Mittelmeertreffens in Marseille. Ziel müsse eine "ausgewogene Aufnahme in Europa in Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern" sein.

### Migration als "Gegebenheit unserer Zeit"

Die Zukunft liege nicht in der Abschottung, sagte Franziskus. Migration sei keine Notlage, sondern "eine Gegebenheit unserer Zeit" und ein Prozess, "der mit kluger Weitsicht gestaltet werden muss: mit einer europäischen Verantwortung". Die Schwierigkeiten Europas bei der Aufnahme und Integration "unerwarteter Menschen" seien nicht zu übersehen, sagte der Papst. "Aber das Hauptkriterium kann nicht der Erhalt des eigenen Wohlstandes sein, sondern vielmehr die Wahrung der Menschenwürde."

Das Mittelmeer rufe nach Gerechtigkeit. "An seinen Ufern herrschen auf der einen Seite Überfluss, Konsum und Verschwendung, auf der anderen Seite hingegen Armut", sagte das Oberhaupt der katholischen Kirche. Diejenigen, die ihr Leben auf dem Meer riskierten, seien keine Invasoren, sie suchten Aufnahme. Der "Schmerzenschrei" der Migranten, die auf ihrer Flucht ertrinken, mache das Mittelmeer, das einst als Wiege der Zivilisation galt, zum "Grab der Menschenwürde".

Franziskus sprach von einer "unvermeidlichen Integration", die zwar mühsam sei, aber Zukunftschancen biete. Kritisch äußerte er sich über die Idee einer Assimilation, die "keine Rücksicht auf Unterschiede nimmt und starr in ihren eigenen Paradigmen verharrt". Dies sei gefährlich, weil es Distanzen vergrößere und so letztlich zu Ghettoisierung und Feindseligkeit führe.

Papst mahnt Europa zur Aufnahme und Integration von Migranten Papst Franziskus hat beim Mittelmeertreffen reguläre Einreisemöglichkeiten für Migranten nach Euro....

Das Mittelmeertreffen war Anlass für die zweitägige Papstreise nach Marseille, die kein offizieller Staatsbesuch in Frankreich ist. Bei der Konferenz berieten junge Menschen, Kommunalpolitikerinnen und Religionsführer aus den Mittelmeeraanrainerstaaten über aktuelle Herausforderungen. Im Fokus stand das Thema Migration.

Am zweiten Tag seines Besuchs will der Papst am Nachmittag eine Messe vor knapp 60.000 Menschen halten. Zu dem Gottesdienst wird auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron erwartet, der sich zuvor mit dem Papst zu einem Gespräch traf. Entlang der Route, die Franziskus am Samstag mit dem Papamobil in der Stadt zurücklegen will, werden bis zu 100.000 Schaulustige erwartet.

Papst Franziskus (C) nimmt an der Abschlusssitzung der Mittelmeertreffen im Palais du Pharo in der südlichen Hafenstadt Marseille am 23. September 2023 teil.

Papst Franziskus (C) nimmt an der Abschlusssitzung der Mittelmeertreffen im Palais du Pharo in der südlichen Hafenstadt Marseille am 23. September 2023 teil.

**Load-Date:** September 23, 2023

---

End of Document



## **Die überforderte Insel; Wieder erreichen Tausende Lampedusa. Dabei verspricht die EU seit Jahren Besserung. Was erzählen Geflüchtete und was jene, die schon lange auf der Insel leben?**

ZEIT-online

Samstag 23. September 2023 12:00 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Lampedusa; Ausg. 1

**Length:** 471 words

**Byline:** ; ;Eva Hoffmann

### **Body**

---

Lampedusa steht wie keine andere Insel für das Sterben im Mittelmeer und für ein überfordertes Europa. Zuletzt erreichten in nur drei Tagen 10.000 **Geflüchtete** die kleine Insel zwischen Sizilien und Nordafrika. Vergangene Woche kamen an einem einzigen Tag mehr als 100 Boote an, mit Menschen aus Sudan, Eritrea, Guinea oder Tunesien.

Wieder sind es die bekannten Bilder von Rettungsaktionen, entkräftetem Menschen im Wasser und aufgewühlten an Land. Der Bürgermeister von Lampedusa hat in der vergangenen Woche den Notstand ausgerufen, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Insel mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni besucht, einen Notfallplan mit zehn Punkten präsentiert und verkündet, "die irreguläre Immigration ist eine Herausforderung, die eine europäische Antwort benötigt".

Es sind ähnliche Bilder, ähnliche Phrasen wie vor rund zehn Jahren. Schon damals hatten hochrangige EU-Politiker versprochen, Katastrophen auf dem Mittelmeer dürften sich nicht wiederholen. Damals war, in der Nacht vom 3. Oktober 2013, ein Kutter mit Geflüchteten gesunken, mehr als 360 Menschen starben.

In dieser Spezialfolge von Was jetzt? fragen wir, was aus den Versprechungen von damals geworden ist. Warum wiederholen sich diese Szenen immer und immer wieder? Und wie sieht das Leben auf Lampedusa aktuell aus? Über die Lage auf der Insel berichtet im Podcast Ann Esswein. Sie ist Teil des Selbstlaut Kollektivs, war im August auf Lampedusa und hat mit Geflüchteten und Bewohnerinnen der Insel gesprochen. Über die politischen Zusammenhänge spricht in der Folge ihre Kollegin, Eva Hoffmann.

Moderation und Skript: Jannis Carmesin

Recherche: Ann Esswein, Eva Hoffmann, Anina Ritscher, Anna-Theresa Bachmann, Paul Hildebrandt, Nora Börding, Helena Manhartsberger und Pierluigi Bizzini

Redaktion: Elise Landschek , Simon Langemann und Constanze Kainz

Die überforderte Insel Wieder erreichen Tausende Lampedusa . Dabei verspricht die EU seit Jahren  
Besserung. Was erzählen Geflüchtete und was jene, die schon lan....

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter  
[wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de)

Alessandro Serrano'/Avalon migrants wait to be transferred to Porto Empedocle with the Cassiopea ship of the Navy, Lampedusa, Italy 15 Sept 2023 Extraordinary wave of landings on the island with a number of around 7000 migrants, the mayor declares a state of emergency. In the photo the migrants wait to be transferred to Porto Empedocle with the Cassiopea ship of the Navy, Lampedusa, Italy 15 Sept 2023. Alessandro Serrano'/Avalon migrants wait to be transferred to Porto Empedocle with the Cassiopea ship of the Navy, Lampedusa, Italy 15 Sept 2023 Extraordinary wave of landings on the island with a number of around 7000 migrants, the mayor declares a state of emergency. In the photo the migrants wait to be transferred to Porto Empedocle with the Cassiopea ship of the Navy, Lampedusa, Italy 15 Sept 2023.

**Load-Date:** September 23, 2023

---

End of Document

**Schweigen, Raunen, Klatschen; Friedrich Merz hat mit seinen Asyl-Äußerungen auch die eigene Partei aufgescheucht. Es wachsen die Zweifel, ob der CDU-Chef wirklich das Zeug zum Kanzlerkandidaten hat.**

ZEIT-online

Freitag 29. September 2023 3:34 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Friedrich Merz; Ausg. 1

**Length:** 1341 words

**Byline:** Ferdinand Otto; Michael Schlieben

## Body

---

Es ist eine eigentümliche Dynamik, die die CDU gerade erfasst. Friedrich Merz hatte mit seiner Talkshow-Aussage, Deutsche bekämen wegen der **Asylsuchenden** keine Zahnarzttermine, eine Empörungswelle losgetreten. Diese fand nicht nur auf Twitter statt oder im gegnerischen politischen Lager: Selbst die Merz oft gewogene Bild-Zeitung sah sich pikiert zu einem kritischen Faktencheck genötigt. Die Welt monierte die "fragwürdige Zuspitzung".

Und in der CDU? Gibt es grob drei Reaktionen: Schweigen, Raunen, Klatschen.

Viele ducken sich weg, wollen nicht reden. Sie ignorieren Anfragen oder sagen Gesprächstermine dann doch wieder ab. Ein Spitzenpolitiker der CDU, der dem liberalen Flügel zuzuordnen ist, lässt sich am Freitagvormittag sogar kurzfristig für ein vereinbartes Interview entschuldigen. Terminprobleme. Nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen gern.

### Wichtiges Thema - aber doch bitte nicht so

Ganz offensichtlich will man das Thema nicht noch aufwerten - und sei es durch Kritik an Merz. Als Kommunikationsstrategie nachvollziehbar. Zehn Tage vor den wichtigen Wahlen attackiert man nicht den eigenen Parteichef, selbst wenn der Mist erzählt, erst recht nicht in der Union, der allgemein ein disziplinierter Auftritt wichtig ist.

Andere, besonders solche, die Merz kritisch sahen, trauen sich immerhin, halbwegs offen zu sprechen, aber nur unter der Zusage, dass sie nicht namentlich zitiert werden. Der Tenor: Wichtiges Thema, keine Frage. Aber so kann ein CDU-Chef doch nicht reden.

Ein Vertreter eines wichtigen Landesverbands der CDU sagt beispielsweise, dass es in der Parteizentrale viele Rückmeldungen seit Merz' Auftritt gegeben habe. Das Feedback? "Eher negativ." Die Leute würden es nicht mögen, wenn Halbwahrheiten behauptet würden. Dafür sei das Thema zu heikel. Es sei richtig, über die Folgeprobleme der Migration zu reden, das betonen in der Union viele. Aber dann solle man doch "bitte vorsichtiger" formulieren, sagt eine Spitzenpolitikerin.

Schweigen, Raunen, Klatschen Friedrich Merz hat mit seinen Asyl-Äußerungen auch die eigene Partei aufgescheucht. Es wachsen die Zweifel, ob der CDU-Chef wirklich....

## **"Unterirdische" Debatte**

Außerdem sollte die CDU über die echten Probleme reden, etwa die zunehmende Wohnungsknappheit oder die Probleme an den Schulen. Aber doch nicht über angeblich knappe Zahnarzttermine. Nach Merz' Talkshow-Auftritt sah sich sogar der Präsident der Bundesärztekammer genötigt, öffentlich mitzuteilen: "Die Zahnärzte werden nicht überrannt."

Ein Spitzenpolitiker der CDU kündigt an, das Thema kritisch ansprechen zu wollen, und zwar in der nächsten Sitzung des Bundesvorstands. Der kommt am Montag nach den Landtagswahlen wieder in Berlin zusammen. Er habe nun anderthalb Tage mit sich gerungen, ob er öffentlich etwas sagen will, aber aus Parteiräson hält er sich zurück. Noch. Er nennt die Debatte "unterirdisch", mit solchen Äußerungen überschreite Merz die Grenze zum Rechtspopulismus. Die meisten in der Partei sähen es wie er, meint er.

## **Die Merz-Wette auf die Mehrheit im Land**

Aber dann gibt es aber auch noch jene in der Union - es sind nicht wenige -, die recht unverblümt sagen: Endlich spricht's mal jemand aus. Aus Landesverbänden etwa im Osten heißt es, natürlich gebe es eine zunehmende Sorge mit Blick auf das Gesundheitswesen und Migration. Man verweist gern auf den Unterschied zwischen der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung - heißt übersetzt: Die Empörung über Merz sei ein Medienphänomen, die Menschen tickten eigentlich ganz anders. Genau das scheint die Wette des Merz-Lagers zu sein auf die, je nach Lesart, schweigende oder eigentlich ziemlich penetrante Mehrheit im Land, die sich im CDU-Chef wiedererkennt.

Klare Sprache mache Merz sympathisch: Man sei schließlich nicht in einem Statistikseminar, in dem man sich mit Wattebäuschchen bewerbe, sagt eine Merz-Unterstützerin. Auch die Unionsbundestagsfraktion verteidigt ihren Vorsitzenden mit dieser Argumentation: Probleme dürfe man nicht verschweigen.

Der CDU-Gesundheitspolitiker Tino Sorge sagte in der Rheinischen Post: "Friedrich Merz hat Recht. Die scheinheilige Empörung aus Reihen der Ampel sagt viel darüber aus, wie mit kritischen Meinungen umgegangen wird." Glaubwürdigkeit und Vertrauen gebe es nur mit ausgesprochenen Wahrheiten, schreibt Ex-Verkehrsminister Andreas Scheuer auf der Plattform X, ehemals Twitter. Und sein CSU-Parteifreund, Stefan Müller pflichtet bei: "Über 300.000 Migranten sind ausreisepflichtig. Sie dürften gar nicht mehr in Deutschland sein. Sie sind es trotzdem und nutzen - ohne je eingezahlt zu haben - das deutsche Sozialsystem."

Die Hoffnung, dass die Union von Merz' Äußerungen und den empörten Reaktionen sogar profitieren könnte, ist bei einigen durchaus verbreitet. Merz' Stellvertreter als Fraktionschef, Sepp Müller, weist im Deutschlandfunk darauf hin, dass es nicht die Union sei, die die Wahlen in Bayern und Hessen fürchten müsse, sondern eher die Ampelparteien.

Da mag etwas dran sein. Dennoch hat sich vielen in der Union eher ein anderer Eindruck verdichtet, der schon länger mitschwingt, wenn es um den Parteichef geht: Merz an der Spitze ist ein Risiko. Vielleicht kann er's wirklich nicht. Ob er als Kanzlerkandidat der richtige wäre? Jedenfalls hat er nun zum wiederholten Mal eine gewisse Fehleranfälligkeit offenbart. Ähnliche interne Reaktionen gab es auf sein Zitat bei Markus Lanz zu den "kleinen Paschas". Tenor: Wichtiges Thema gesetzt, sich durch Überspitzung aber selbst in Defensive gebracht.

Andere Beispiele: Dass er die Grünen kürzlich als "Hauptgegner" bezeichnete, stieß nicht nur auf Befremden in Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein, wo man mit den Grünen gedeihlich koalitiert. Auch Boris Rhein, der Wahlkämpfer in Hessen, fand das alles andere als hilfreich. Als Merz im Sommerinterview mit der ARD in Aussicht stellte, die CDU könne auf kommunaler Ebene mit der AfD kooperieren, musste er selbst alsbald zurückrudern, weil der innerparteiliche Aufschrei zu groß war.

In der CDU wächst der für Merz missliche Eindruck, dass die Partei von ihrem Chef nicht profitiert. Er mobilisiert die Gegner. An seine Verbalunfälle dürfte man sich erinnern, spätestens wenn die K-Frage konkret wird. Merz stärkt die Union nicht substanziell, weder in den Umfragewerten noch in der Debatte. Das Versprechen, mit dem Merz

Schweigen, Raunen, Klatschen Friedrich Merz hat mit seinen Asyl-Äußerungen auch die eigene Partei aufgescheucht. Es wachsen die Zweifel, ob der CDU-Chef wirklich....

mal angetreten ist, die AfD zu halbieren, ist bisher nicht aufgegangen. Eher, so die Sorge, vergrault er die Merkel-Wähler, also die jungen, liberalen, weiblichen, akademischen Großstädter, die die CDU eine Zeit lang erreicht hat.

Ob die CDU das noch lange mitmacht? Dafür ist die Partei eigentlich zu pragmatisch und machtorientiert, um jemanden lange an der Spitze zu ertragen, der die eigenen Chancen schmälert. Allzu solidarisch war die Union nie, wer hier antritt, bekommt maximal eine Chance. Dafür gibt es genug Beispiele aus der Geschichte. Wer's nicht glaubt, kann bei Armin Laschet nachfragen.

Friedrich Merz hat es geschafft, dass statt über die Migrationspolitik der Ampel nur noch über ihn gesprochen wird. Für einen Oppositionspolitiker ein Desaster.

Das ist umso schmerzhafter, wenn man bedenkt: Die Union hatte die Koalition ja gerade an einem sensiblen Punkt. Der Kanzler wollte den Deutschland-Pakt, die Union bewegte sich ihrerseits. Sogar die Bundesinnenministerin ist doch noch auf die Forderung der Union nach Grenzkontrollen eingegangen. Nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen, so die diffuse Hoffnung, wäre die Chance da gewesen, das Thema aus dem Parteienstreit heraus zu lösen.

Diese Tür dürfte jetzt erst mal zu sein. Wie sollen SPD und Grüne noch mit Merz, der sich in ihren Augen derart unmöglich macht, das Thema Asyl befrieden? Sollte es dem CDU-Chef wirklich um die Sache gegangen sein, hat er der den sprichwörtlichen Bären dienst erwiesen.

Spätestens nach den Europawahlen im kommenden Juni wird sich die CDU kühl fragen, mit wem sie 2025 im Bund die besten Chancen hat. Es gibt in ihren Reihen populärere, weniger anstößige Politiker. Noch schweigen sie.

mts Nachrichtenagentur 28.09.2023: Sitzungswoche des Deutschen Bundestags; CDU-Chef Friedrich Merz dts Nachrichtenagentur 28.09.2023: Sitzungswoche des Deutschen Bundestags; CDU-Chef Friedrich Merz

**Load-Date:** September 29, 2023

**Ex-Verkehrsminister Ramsauer vergleicht Geflüchtete mit "Ungeziefer"; Ein Vergleich mit Ungeziefer setzt Peter Ramsauer unter Druck. Die Linke fordert, ihn wegen dieser "lupenreinen Volksverhetzung" aus der Unionsfraktion auszuschließen.**

ZEIT-online

Montag 31. Juli 2023 6:43 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Peter Ramsauer; Ausg. 1

**Length:** 374 words

**Byline:** Melina Crispin

## Body

---

Bernd von Jutrczenka

Peter Ramsauer (CSU), früherer Bundesverkehrsminister, aufgenommen 2020 im Deutschen Bundestag

Der ehemalige Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer steht nach seinen abwertenden Äußerungen über **Geflüchtete** in der Kritik. Der CSU-Politiker hatte in einem Interview mit dem Magazin *Mittelstand Digital* davor gewarnt, dass bei der unkontrollierten Einwanderung auch die Gefahr bestehe, dass "Ungeziefer" ins Land komme.

Politikerinnen und Politiker der Linkspartei forderten, Ramsauer müsse sein Bundestagsmandat wegen der "lupenreinen Volksverhetzung" zurückgeben oder die Union ihn aus der Fraktion ausschließen.

Wörtlich hatte das Magazin den Bundestagsabgeordneten bei einer Frage zur Fachkräfteeinwanderung zunächst mit dem Satz zitiert, bei dem er auf eine Aussage des früheren chinesischen Machthabers Deng Xiaoping Bezug nahm: "'Wenn man die Fenster zu weit aufmacht, kommt auch viel Ungeziefer mit rein'. Das heißt übertragen auf die Einwanderungsproblematik, dass wir aufpassen müssen, dass wir neben den Fachkräften nicht auch x-beliebige Wirtschaftsflüchtlinge mit ins Land holen."

### **Ramsauer fordert stärkere Zuwanderungsbeschränkung**

Die Veröffentlichung des Interviews hatte viel Empörung ausgelöst. In der Folge war der entsprechende Abschnitt aus dem Interview herausgenommen worden. Das Magazin war auf Anfrage der Nachrichtenagentur dpa nicht zu erreichen. Ramsauer sagte in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, das Zitat von Xiaoping sei nicht zur Veröffentlichung gedacht gewesen. "Ich würde auch niemals einen solchen entwürdigenden Vergleich mit zugewanderten Fachkräften oder Migranten machen."

Im Interview forderte der 69-Jährige zudem mit Blick auf das Asylrecht eine strengere Beschränkung der Zuwanderung direkt an den EU-Außengrenzen und weniger finanzielle Hilfen für Asylbewerberinnen und -

Ex-Verkehrsminister Ramsauer vergleicht Geflüchtete mit "Ungeziefer" Ein Vergleich mit Ungeziefer setzt Peter Ramsauer unter Druck. Die Linke fordert, ihn wegen....

bewerber. Die Gemeinden in Deutschland seien längst mit der Aufnahme der Menschen überfordert. "Diese unselige Entwicklung in Deutschland haben wir ausschließlich Angela Merkel zu verdanken", sagte Ramsauer. Er selbst habe "vollstes Verständnis für Ungarns Ministerpräsidenten Orbán, aber auch für die Polen, die eigenständig entscheiden wollen, wer in ihr Land kommen darf und wer nicht".

**Load-Date:** July 31, 2023

---

End of Document

**Bundesdelegiertentag der Frauen Union im Schatten der Brandmauer; Die Frauen Union diskutiert über die Abstimmung der CDU Thüringen. Außerdem: Frankreichs Migrationsgesetz spaltet.**

ZEIT-online

Sonntag 17. September 2023 5:53 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Frauen Union in Hanau; Ausg. 1

**Length:** 399 words

**Byline:** Azadê Pesmen

## Body

---

In der von Männern dominierten CDU treten an diesem Wochenende die Bundesdelegierten der Frauen Union zusammen. Motto des Treffens in Hanau ist: "Aus Frauenperspektive. Grundsätzlich!" Themen sollen unter anderem das CDU-Grundsatzprogramm, Gewalt gegen Frauen, Menschenhandel und Prostitution sowie die anstehenden Kommunal-, Landtags- und Europawahlen sein. Bei seinem ersten Auftritt bei der Frauen Union betonte Parteichef Friedrich Merz, dass es mehr Frauen in den Landesparlamenten bräuchte. Daran wolle er sich auch messen lassen. Aber auch die jüngste gemeinsame Abstimmung der CDU mit der rechtsextremen AfD im Thüringer Landtag ist auf dem Treffen ein Thema. Dort hatten CDU, FDP und AfD eine Senkung der Grunderwerbsteuer gegen die rot-rot-grüne Minderheitsregierung durchgesetzt. Wie bewertet die Frauen Union die Abstimmung in Thüringen? Politikredakteurin und Was-jetzt?-Host Lisa Caspari ist auf dem Treffen in Hanau und hat sich umgehört.

Die französische Wirtschaft ist auf Einwanderer angewiesen, vor allem in der Tourismus- und Baubranche. Grüne, kommunistische und sozialistische Abgeordnete haben nun einen "humanistischen Aufruf" gestartet. Sie wollen den vielen illegal Beschäftigten, die "in der Armut gehalten" würden, eine Arbeitserlaubnis geben. Die Abgeordneten setzen damit Frankreichs Präsidenten Macron unter Druck. Dieser möchte ein Migrationsgesetz verabschieden, in dem schnellere Abschiebungen, aber auch ein leichter Zugang zu Arbeitserlaubnissen verankert sein sollen. Bisher hatten Konservative und Rechtsextremen die Debatte bestimmt und nationale Obergrenzen für Migrantinnen und Migranten gefordert. Macron muss mit einem der beiden politischen Flügel zusammenarbeiten, da er selbst keine eigene Mehrheit hat. Während aber die Rechten eine erleichterte Arbeitserlaubnis ablehnen, wollen die linken Fraktionen die schnelleren Abschiebungen verhindern. Wieso das Gesetz für Macron so wichtig ist und was das neue französische Migrationsgesetz für Deutschland bedeuten würde, weiß Frankreich-Korrespondentin Annika Joeres.

Die Klima-Ausrede der Woche: Aber die Bevölkerung wächst weiter ...

Moderation und Produktion: Azadê Pesmen



Bundesdelegiertentag der Frauen Union im Schatten der Brandmauer Die Frauen Union diskutiert über die Abstimmung der CDU Thüringen . Außerdem: Frankreichs Migra....

Mitarbeit : Mathias Peer und Benjamin Probst

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter [wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de) .

**Load-Date:** September 17, 2023

---

End of Document

**Nach Bootsunglück noch Hunderte Menschen vermisst; Nach dem Bootsunglück vor Griechenland wurden laut Behörden bisher 79 Tote geborgen. Hunderte werden noch vermisst. Die Zahl der Menschen an Bord sei "sehr hoch" gewesen.**

ZEIT-online

Mittwoch 14. Juni 2023 6:59 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Griechenland; Ausg. 1

**Length:** 603 words

**Byline:** Iven Fenker

## Body

---

Stelios Misinas

**Migrants** rest in a shelter, following a rescue operation, after their boat capsized in the open sea, in Kalamata, Greece, June 14, 2023.

Nach dem schweren Bootsunglück südwestlich von Griechenland sind nach offiziellen Angaben mindestens 79 Menschen ertrunken. Die griechischen Behörden gingen jedoch von weitaus mehr Toten aus. Bilder der griechischen Küstenwache zeigten auf dem Boot vor seinem Untergang mehr als 500 Passagierinnen und Passagiere. Die Suche soll die über Nacht fortgesetzt werden.

Gerettet wurden bislang 104 Menschen. Die Überlebenden wurden ins Krankenhaus und andere Unterkünfte der Hafenstadt Kalamata auf der Halbinsel Peloponnes gebracht. Einige mussten wegen Unterkühlung behandelt werden.

"An Deck des Schiffes waren die Menschen zusammengepfercht, das Gleiche vermuten wir auch für den Innenraum", sagte ein Sprecher der Küstenwache dem Staatssender ERT. "Die Zahl ist in jedem Fall sehr hoch". Die Behörden hatten zunächst unter Berufung auf Überlebende des Unglücks von gut 400 Menschen gesprochen. Die griechische Staatspräsidentin Ekaterini Sakellariopoulou sagte: "Wir werden wohl nie erfahren, wie viele Menschen wirklich an Bord waren."

### Schwangere Frauen und Kinder

Bei dem Boot soll es sich um ein bis zu 30 Meter langes stählernes Fischerboot gehandelt haben. Nach Angaben der Geretteten war es von der libyschen Stadt Tobruk aus in See gestochen. Unter den Passagieren seien Menschen aus Syrien, Pakistan, Afghanistan und Ägypten gewesen, darunter auch schwangere Frauen und etliche Kinder.

Nach Bootsunglück noch Hunderte Menschen vermisst Nach dem Bootsunglück vor Griechenland wurden laut Behörden bisher 79 Tote geborgen. Hunderte werden noch verm....

Schon am vergangenen Dienstag hatten italienische Behörden Griechenland über ein voll besetztes Fischerboot im griechischen Such- und Rettungsbereich informiert. Die Küstenwache und vorbeifahrende Frachter hätten den Passagieren per Funk wiederholt Hilfe angeboten. Diese hätten jedoch laut der griechischen Küstenwache abgelehnt. Stattdessen hätten sie angegeben, nach Italien weiterreisen zu wollen.

Als Ursache des Unglücks vermuten die Behörden eine Panik an Bord. Die Küstenwache habe das Boot nach der Kontaktaufnahme weiterhin beobachtet und plötzlich abrupte Bewegungen wahrgenommen, sagte der Sprecher. Dann sei das Boot gekentert und schnell gesunken. Am verhältnismäßig ruhigen Wetter habe es nicht gelegen, hieß es.

### **Seit 2014 mindestens 20.000 Tote**

International gab es zunächst kaum Reaktionen auf das Unglück. Offiziell äußerte sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Sie sei zutiefst betrübt über die vielen Toten und sehr besorgt angesichts der Zahl der vermissten Menschen, twitterte sie: "Wir müssen weiterhin mit den Mitgliedstaaten und Drittländern zusammenarbeiten, um solche Tragödien zu verhindern."

Erst vergangene Woche hatten sich die Innenminister der EU-Staaten nach langen Verhandlungen darauf verständigt, dass die Asylverfahren in der EU deutlich verschärft werden sollten. Unter anderem ist nun ein härterer Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vorgesehen. Auch sollen Asylverfahren in Zukunft an den Außengrenzen der EU also unter anderem in Griechenland abgewickelt werden. Die Einigung muss noch vom EU-Parlament bestätigt werden.

Griechenland hat die Kontrollen seiner Gewässer in den vergangenen Jahren bereits massiv verschärft. Deshalb wählen Schleuser und Geflüchtete zunehmend gefährlichere Routen von der Türkei und Staaten des Nahen Ostens südlich an Griechenland vorbei direkt nach Italien, um in die EU zu gelangen.

Seit 2014 sind nach UN-Angaben mehr als 20.000 Geflüchtete auf dem Mittelmeer gestorben. Ende Februar 2023 kam es in Italien vor der Küste Kalabriens zu einem Bootsunglück mit mindestens 90 Toten.

**Load-Date:** June 14, 2023

**Ampel-Koalition will Individualrecht auf Asyl beibehalten; Mehrere Unionspolitiker befürworten eine Abkehr vom derzeitigen Asylrecht. Die Bundesregierung sieht laut ihrem Sprecher keinen Änderungsbedarf.**

ZEIT-online

Mittwoch 19. Juli 2023 12:10 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Asylrecht; Ausg. 1

**Length:** 383 words

**Byline:** Isabelle Daniel

## Body

---

Ying Tang

### **Flüchtlingsunterkunft** in Köln im April 2022

Die Bundesregierung will am individuellen Anspruch auf **Asyl** festhalten. Überlegungen zu einer Abschaffung des Individualanspruchs innerhalb der Bundesregierung seien ihm nicht bekannt "und würden mich auch überraschen", sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit.

Ausgelöst wurde die aktuelle Asyldebatte vom Parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei. Der CDU-Politiker hatte in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* für eine Abschaffung des individuellen Rechts plädiert, auf europäischem Boden Asyl zu beantragen. Frei forderte stattdessen Kontingente für die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa. Demnach würden 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge pro Jahr direkt im Ausland ausgewählt und dann in Europa verteilt werden.

### **Kritiker nennen Vorschlag geschichtsvergessen**

Der Vorstoß löste parteiübergreifend Empörung aus. Der Grünenpolitiker Anton Hofreiter sprach von einer "brandgefährlichen" Idee und warf Frei vor, mit dem Vorschlag radikale Ideen salonfähig zu machen. Als realitätsfremd bezeichnete der stellvertretende SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Dirk Wiese den Vorschlag. Die fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion Clara Büniger verwies darauf, dass die Genfer Flüchtlingskonvention mit dem Individualrecht auf Asyl "eine direkte Folge aus dem Versagen der internationalen Staatengemeinschaft angesichts der Verbrechen im Nationalsozialismus und der Shoah" gewesen sei. Freis Vorstoß sei geschichtsvergessen.

Unterstützung erhielt Frei dagegen von seinen CDU-Kollegen. Von einem wichtigen Debattenbeitrag sprachen etwa der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Jens Spahn und Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer.

Ampel-Koalition will Individualrecht auf Asyl beibehalten Mehrere Unionspolitiker befürworten eine Abkehr vom derzeitigen Asylrecht. Die Bundesregierung sieht I....

Ein Sprecher des SPD-geführten Bundesinnenministeriums verwies darauf, dass es die Aufnahme von Flüchtlingen über Kontingente und das sogenannte Resettlement bereits gibt. Über Schwierigkeiten bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber sagte er, Abschiebungen seien grundsätzlich eine Aufgabe der Bundesländer. Die Bundesregierung engagiere sich auf diesem Gebiet jedoch auch, indem sie Gesetzesänderungen vorantreibe und auch praktische Unterstützung leiste etwa bei der Rückführung von Menschen, die schwere Straftaten begangen haben.

**Load-Date:** July 19, 2023

---

End of Document

**Boris Rhein fordert Engagement des Kanzlers in Flüchtlingspolitik; Hessens Ministerpräsident warnt vor den hohen Kosten für Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Rhein beteuert, er wolle keinen "Flüchtlingswahlkampf" führen.**

ZEIT-online

Donnerstag 9. März 2023 12:59 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Hessen; Ausg. 1

**Length:** 330 words

**Byline:** Ferdinand Otto

## Body

---

Sven Pförtner

Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) hat der Bundesregierung vorgeworfen, in der **Flüchtlingspolitik** nicht genug zu tun. "Die Bundesregierung muss jetzt ihre Vogel-Strauß-Haltung aufgeben und sich mit den Dingen vor Ort beschäftigen", sagte Rhein dem *Tagesspiegel*. Der Bund nehme nicht wahr, wie groß der Druck vor Ort sei, sagte Rhein mit Blick auf die Lage in den Kommunen. "Der Bundeskanzler muss das jetzt zur Chefsache machen." Seiner Ansicht nach würde ein weiterer **Flüchtlingsgipfel** im Bundesinnenministerium nichts bringen.

Mitte Februar hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser Rheins SPD-Konkurrentin bei der Landtagswahl in Hessen im Oktober Bund, Länder und Kommunen zu einem solchen Treffen eingeladen. Unter anderem Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hatten die Ergebnisse kritisiert.

Rhein sagte, er wolle keinen "Flüchtlingswahlkampf" führen. "Damit betreiben wir das Geschäft der Radikalen das wäre sehr gefährlich." Die vorhandenen Probleme dürften aber nicht weggeschwiegen werden.

Besonders die hohen Kosten für das Unterbringen und die Integration von Flüchtlingen seien nicht viel länger leistbar, sagte Rhein. Man müsse zudem über die bessere Steuerung von Migration reden. "Dazu gehört, unsere Außengrenzen in der EU besser zu schützen. Vielen gefällt das nicht, aber wir brauchen auch physische Barrieren." Es brauche zudem die von der Ampel versprochene Rückführungsoffensive.

Die Ampel hatte diese im Koalitionsvertrag vereinbart: "Wir starten eine Rückführungsoffensive, um Ausreisen konsequenter umzusetzen, insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern", heißt es dort.

Auf die Frage, ob er Menschen nach Syrien oder Afghanistan abschieben wolle, sagte Rhein: "Nein, zurzeit nicht. Mit einer Ausnahme: Straftäter und Gefährder müssen unser Land verlassen. Wer unsere Hilfe derart missbraucht, kann in Deutschland keine Zukunft haben."

Boris Rhein fordert Engagement des Kanzlers in Flüchtlingspolitik Hessens Ministerpräsident warnt vor den hohen Kosten für Unterbringung und Integration von Flü....

**Load-Date:** March 9, 2023

---

End of Document

**Griechische Küstenwache entdeckt knapp 100 Migranten auf Booten; Etwa 50 Seemeilen vor der griechischen Küste haben Behörden knapp 100 Menschen aufgegriffen. Die Migranten wurden vorübergehend auf der Insel Kos untergebracht.**

ZEIT-online

Samstag 22. Juli 2023 9:30 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 246 words

**Byline:** Carolin Ströbele

## Body

---

Dionysis Andronikos/Eurokinissi

Schiffswrack vor der griechischen Insel Kythira im Oktober 2022. Bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, sind zahlreiche **Migranten** ums Leben gekommen.

Auf einem Segelboot und einem weiteren Boot hat die griechische Küstenwache knapp 100 Migranten entdeckt. Wie der staatliche Rundfunk unter Berufung auf die Küstenwache berichtete, wurden drei Männer festgenommen, die unter dem Verdacht stehen, Schleuser zu sein.

Den Berichten zufolge seien 71 Migranten am Freitag nahe der Ägäis-Insel Karpathos an Bord eines Segelboots entdeckt worden. Sie waren vermutlich aus der Türkei nach Italien unterwegs. 27 Menschen wurden von einem Boot vor der Insel Rhodos gerettet. Griechenland will sie nun zunächst in einem Registrierlager auf der Insel Kos unterbringen.

Mitte Juni waren beim Untergang eines völlig überfüllten Fischkutters etwa 50 Seemeilen vor der griechischen Küste mehrere Hundert Menschen ums Leben gekommen. Infolge der Katastrophe hatte es Vorwürfe am langen Nichteinschreiten der Küstenwache gegeben. Überlebende hatten einem Patrouillenboot sogar vorgeworfen, es hätte den Kutter zum Kentern gebracht bei dem Versuch, ihn abzuschleppen. Die Behörden hatten alle Vorwürfe zurückgewiesen.

Für den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nach Europa bezahlen viele Migranten oft mehrere Tausend Euro an Schlepperbanden. Oft sind die Boote in einem schlechten Zustand. Immer wieder kommt es zu Bootsunglücken mit vielen Toten.

**Load-Date:** July 22, 2023



Griechische Küstenwache entdeckt knapp 100 Migranten auf Booten Etwa 50 Seemeilen vor der griechischen Küste haben Behörden knapp 100 Menschen aufgegriffen. Die....

---

End of Document

**US-Regierung verurteilt schwimmende Barriere im Rio Grande als grausam;  
Der Gouverneur von Texas setzt Bojen im Grenzfluss zu Mexiko ein, um  
Migranten abzuhalten. Joe Bidens Sprecherin kritisiert einen Mangel an  
"menschlichem Anstand".**

ZEIT-online

Donnerstag 20. Juli 2023 12:30 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migrationspolitik; Ausg. 1

**Length:** 254 words

**Byline:** Tobias Dorfer

## Body

---

Suzanne Cordeiro

Große Bojen werden als Grenzsperr im Rio Grande eingesetzt. Die schwimmende Barriere soll **Migranten** daran hindern, von Mexiko nach Texas zu gelangen.

Über eine Sprecherin hat US-Präsident Joe Biden die Migrationspolitik des republikanischen Gouverneurs von Texas, Greg Abbott, als unmenschlich charakterisiert. Karine Jean-Pierre kritisierte den jüngsten Aufbau einer schwimmenden Barriere im Fluss Rio Grande an der Grenze zu Mexiko gegen illegale Migration. Abbotts Vorgehen sei "grausam" und ihm mangle es an "grundlegendem menschlichem Anstand".

Der neue Vorstoß von Abbott komme nicht überraschend, sagte Bidens Sprecherin. Der texanische Gouverneur übe sich wiederkehrend in "politischen Stunts", anstatt konstruktiv mit der Lage an der Grenze umzugehen. Abbott hatte die Errichtung der schwimmenden Sperre angeordnet, die Grenzübertritte für Migranten noch gefährlicher machen könnte. Die Barriere werde die Abschreckungsmaßnahmen seiner Regierung gegen illegale Grenzübertritte aus Mexiko verstärken, sagte der Republikaner.

Auch die mexikanische Regierung hatte sich zuletzt besorgt über die schwimmende Barriere geäußert und unter anderem beklagt, diese verstoße gegen bilaterale und internationale Verträge. Kritisiert wurde auch der Bau eines Stacheldrahtzauns auf einer Insel vor dem US-Bundesstaat Texas. Mexiko liegt auf der Route von Menschen, die versuchen, die USA zu erreichen. Sie fliehen vor Armut, Gewalt und politischen Krisen in ihren Heimatländern.

**Load-Date:** July 20, 2023

US -Regierung verurteilt schwimmende Barriere im Rio Grande als grausam Der Gouverneur von Texas setzt  
Bojen im Grenzfluss zu Mexiko ein, um Migranten abzuhalte....

---

End of Document

**Frontex registriert so viele illegale Einreisen wie zuletzt 2016; Im Juli versuchten mehr als 40.000 Menschen, in die EU zu gelangen. Auf vielen Routen gehen die Zahlen zurück, doch gibt es viel mehr Überfahrten nach Italien und Malta.**

ZEIT-online

Freitag 11. August 2023 11:26 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 333 words

**Byline:** Konstantin Zimmermann

## Body

---

Matias Chiofalo

OPSHOT - Picture taken on August 3, 2023 shows some of 266 **migrants** crossing the Mediterranean sea on little boats prior to being rescued by members of the Spanish NGO Proactiva Open Arms (R) off the Libyan coast. (Photo by Matias CHIOFALO / AFP) (Photo by MATIAS CHIOFALO/AFP via Getty Images)

Die Zahl der illegalen Einreisen in die EU ist mit 42.700 im Juli so hoch gewesen wie zuletzt im März 2016. Das meldete die EU-Grenzschutzbehörde Frontex. Demnach passierten im ersten Halbjahr dieses Jahres insgesamt etwa 176.000 Menschen unerlaubt die EU-Grenze 13 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Der Anstieg ginge ausschließlich auf Überfahrten über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien und Malta zurück, hieß es. Auf den anderen Migrationsrouten lasse der Verkehr nach. Den Angaben zufolge gelangten im ersten Halbjahr mehr als 89.000 Menschen nach Italien und Malta das ist mehr als das Doppelte im Vergleich zum Vorjahr.

Frontex erklärt diese Entwicklung mit einem harten Wettbewerb unter kriminellen Menschenschmugglern sowie gesunkenen Preisen bei Schleppern in Libyen und Tunesien.

### **Weniger Einreisen über Westbalkan und östliches Mittelmeer**

Während mehr Menschen die zentrale Mittelmeerroute nahmen, waren die Zahlen der Grenzübertritte auf der Westbalkanroute laut Frontex rückläufig. Im ersten Halbjahr schrumpfte die Zahl um mehr als ein Viertel auf 52.200. Auf der östlichen Mittelmeerroute über die Türkei gab es 17.100 illegale Übertritte, ein Minus von 29 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Auch auf der Westafrika-Route mit 7.700 unerlaubten Einreisen, der westlichen Mittelmeerroute mit 6.800 und von Belarus mit 2.800 gelangten weniger Menschen illegal in die EU als noch zuvor.

Frontex registriert so viele illegale Einreisen wie zuletzt 2016 Im Juli versuchten mehr als 40.000 Menschen, in die EU zu gelangen. Auf vielen Routen gehen die....

Mehr als 2.000 Migrantinnen und Migranten waren im ersten Halbjahr 2023 einer Statistik der Internationalen Organisation für Migration in Genf zufolge im Mittelmeer verschollen oder sie starben, die meisten auf der zentralen Route nach Italien und Malta.

**Load-Date:** August 11, 2023

---

End of Document

**Suche nach verschollenem Schiff mit 500 Migranten ergebnislos; Eine italienische Hilfsorganisation sucht auf dem Mittelmeer nach einem Schiff in Not. Dass die Küstenbehörden nichts wüssten, sei "schwer zu glauben", teilte sie mit.**

ZEIT-online

Samstag 27. Mai 2023 12:27 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Mittelmeer; Ausg. 1

**Length:** 496 words

**Byline:** Christina Felschen

## Body

---

Olmo Calvo

TOPSHOT - A **migrant** looks at the sea from the deck of the boat of the NGO Proactiva Open Arms on July 1, 2018. - A Spanish NGO said on June 30 it had rescued 59 **migrants** as they tried to cross the Mediterranean from Libya and would dock in Barcelona in Spain after Italy and Malta refused access. The news comes a day after three babies were found dead and 100 more went missing in a shipwreck off Libya that Proactiva Open Arms, whose charity rescue boat was in the area, said could potentially have been avoided. (Photo by Olmo Calvo / AFP) (Photo credit should read OLMO CALVO/AFP via Getty Images)

Drei Tage nach dem Notruf eines Flüchtlingsboots mit 500 Migranten an Bord ist die Suche einer italienischen Hilfsorganisation ergebnislos verlaufen. Ihr Schiff *Life Support* habe keine Überreste eines Bootsunglücks entdeckt, und die Menschen seien auch nicht in Italien an Land gegangen, teilte die Nichtregierungsorganisation Emergency in Mailand mit. "Es ist schwer zu glauben, dass keine Küstenbehörde weiß, wo diese 500 Personen sind".

### Libyen bestreitet Rückkehr der Migranten

Möglicherweise sei es den Migranten gelungen, den Motor zu reparieren und Richtung Sizilien zu fahren oder sie seien von einem anderen Schiff gerettet worden, hieß es. Die italienische Küstenwache äußerte sich nicht. Oder die Menschen seien zurück nach Libyen gebracht worden. Von dort brechen viele seeuntaugliche Boote in Richtung Italien auf, organisiert von Menschenschmugglern. Emergency teilte mit, dass die libyschen Behörden bestritten, dass die Passagiere dorthin zurückgebracht worden seien. In Libyen verbringen viele Migranten Monate unter unmenschlichen Bedingungen in Internierungslagern.

Der Notruf des Schiffs war am Dienstag von der Nichtregierungsorganisation Alarm Phone empfangen worden, die Seenotrufe von Migrantenbooten entgegennimmt. Die Migranten berichteten, der Motor sei ausgefallen. Das Schiff

Suche nach verschollenem Schiff mit 500 Migranten ergebnislos Eine italienische Hilfsorganisation sucht auf dem Mittelmeer nach einem Schiff in Not. Dass die Kü....

trieb zuletzt auf hoher See 320 Kilometer von der libyschen Hafenstadt Benghazi und 400 Kilometer von Sizilien und Malta entfernt. Am Mittwochmorgen sei der Kontakt abgebrochen.

Emergency teilte mit, ihr Schiff *Life Support* sei nach 32 Stunden in dem Gebiet im zentralen Mittelmeer angekommen und habe am Donnerstag 24 Stunden lang in internationalen Gewässern nach dem mutmaßlichen Boot in Seenot gesucht. Wegen schlechteren Wetters habe die Suche am Donnerstagabend beendet werden müssen. Am Freitag sagte ein Sprecher, die Suche laufe weiter.

Unterdessen kenterte ein anderes Boot mit Geflüchteten vor der griechischen Insel Mykonos. Dabei starben zwei Frauen und ein Mann, mindestens zwölf Menschen werden vermisst, teilte die griechische Küstenwache am Freitag mit.

Auf der Flucht über das Mittelmeer sind im ersten Quartal dieses Jahres so viele Menschen gestorben wie seit 2017 nicht mehr, insgesamt mindestens 441. Die Vereinten Nationen kritisieren "Verspätungen und Lücken" staatlicher Rettungsmissionen.

**Load-Date:** May 27, 2023

---

End of Document

**Wie die Union die Ampel bei der Migration vor sich hertreibt; Die Union reicht im Bundestag einen eigenen Antrag zur Migrationspolitik ein. Welche Strategie sie damit verfolgt. Und: Der britische Premier weicht die Klimaziele auf.**

ZEIT-online

Freitag 22. September 2023 5:53 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT ONLINE**

**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 365 words

**Byline:** Rita Lauter

## Body

---

Vor zwei Wochen hat Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Generaldebatte im Bundestag seinen Deutschland-Pakt vorgeschlagen und rief auch die Opposition zur Mitarbeit auf. Scholz forderte die eigenen Koalitionspartner und die CDU auf, gemeinsam die Herausforderungen des Landes zu bewältigen. Dazu gehören seiner Ansicht nach neben der Digitalisierung und der stagnierenden Wirtschaft auch die **Migrationspolitik**. Doch laut CDU-Chef Friedrich Merz hat seine Partei seit der Generaldebatte vergeblich auf ein Zeichen zur Umsetzung der Kooperation gewartet. Deshalb will die Unionsfraktion am Freitag im Bundestag nun einen eigenen Antrag zur Bekämpfung illegaler Einwanderung stellen. Unter der Überschrift Deutschland-Pakt in der **Migrationspolitik** - Irreguläre **Migration** begrenzen und steuern hat die Unionsfraktion eine Reihe Forderungen formuliert, um die **Migrationspolitik** zu verschärfen. Ferdinand Otto ist Union-Experte aus dem Politikressort von ZEIT ONLINE und sagt, mit vielen der Forderungen könnten sich FDP und Sozialdemokraten wohl anfreunden. Im Podcast ordnet er ein, welche Strategie die Union damit verfolgt.

Die Klimapolitik des britischen Premier Rishi Sunak steht in der Kritik: Er hat angekündigt, die Klimaziele aufweichen zu wollen. Eigentlich sollten in Großbritannien ab 2030 keine Neuwagen mit Verbrennermotoren mehr hergestellt und Gasheizungen ab 2035 abgeschafft werden. Das Aus für Verbrennermotoren soll nun um fünf Jahre verschoben werden, und auch die Umstellung auf Wärmepumpen soll nach hinten verlegt werden. Auf Widerstand stößt der konservative Politiker bei Klimaschutzorganisationen, der Autoindustrie und sogar bei Teilen den eigenen Tories. Wie er seine Entscheidung begründet und ob die Klimaneutralität in Großbritannien damit wie geplant bis 2050 erreicht werden kann, Fragen dazu an Bettina Schulz, Autorin für ZEIT ONLINE in London.

Was noch? Spott ist die beste Werbung: Das neue Parteilogo der CDU.

Moderation und Produktion: Rita Lauter

Redaktion: Elise Landschek



Wie die Union die Ampel bei der Migration vor sich hertreibt Die Union reicht im Bundestag einen eigenen Antrag zur Migrationspolitik ein. Welche Strategie sie ....

Mitarbeit: Susanne Hehr und Olga Ellinghaus

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter [wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de)

**Load-Date:** September 22, 2023

---

End of Document

**Die EU muss jetzt vier Aufgaben bewältigen; Polen und Ungarn auszugrenzen, weil sie den Asylkompromiss ablehnen, wäre grundverkehrt. Ein Konflikt träfe die EU in einem Moment, in dem es um etwas viel Größeres geht.**

ZEIT-online

Freitag 30. Juni 2023 4:33 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EU-Gipfel; Ausg. 1

**Length:** 1351 words

**Byline:** Alan Posener

## Body

---

Sean Gallup

Der EU-Gipfel ist ohne Konsens zur **Asylpolitik** zu Ende gegangen.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union konnten sich nicht auf eine gemeinsame Haltung in der **Asylfrage** einigen. Das ist unschön, aber keine Katastrophe. Eine Katastrophe wäre es allerdings, wenn Rat, Kommission und Parlament versuchen würden, die rebellischen Ungarn und Polen zur Annahme des Kompromisses zu zwingen.

Denn schon der von den Innenministern der EU ausgehandelte **Asylkompromiss** bedeutete die Anerkennung einer grundlegenden Spaltung innerhalb der Union, bei der es um mehr geht als um Quoten und Ausgleichszahlungen, Grenzsicherheit und Lager. Künftig gibt es nicht nur ein Europa der zwei oder mehr Geschwindigkeiten, was die Integration angeht, also Währungsunion, Schengenraum und gemeinsame Verteidigung; künftig gibt es ganz offiziell ein Europa der zwei Gesellschaftsmodelle. Es gibt das Modell der multikulturellen und das Konzept der monokulturellen Gesellschaft, und sie müssen wohl oder übel in der EU miteinander koexistieren. Die Zeit wird zeigen, welches Modell zukunftsfähiger ist.

Der Widerstand der katholisch geprägten Länder Polen und Ungarn (die aber auch für andere Länder im früheren kommunistischen Block sprachen) gegen den Asylkompromiss ist, reden wir nicht um die Sache herum, rassistisch motiviert. Mehrheiten in diesen Ländern wollen möglichst keine Muslime im Land haben und auch keine Christen, wenn sie eine dunkle Hautfarbe haben. Das ist kein schöner Zustand, aber es ist eine Realität, und die EU würde zerfallen, wollte sie diesen Ländern eine Asylregelung aufzwingen, die von der Mehrheit dort abgelehnt und als Einfallstor für die Massenzuwanderung gesehen wird.

**Was wäre die EU ohne ihre Grundwerte?**

Die EU muss jetzt vier Aufgaben bewältigen Polen und Ungarn auszugrenzen, weil sie den Asylkompromiss ablehnen, wäre grundverkehrt. Ein Konflikt träfe die EU in....

Man kann fragen, wie ausgerechnet die katholische Kirche, die nicht nur die Gottesebenbildlichkeit aller Menschen predigt, sondern selbst in der Vergangenheit auf allen Kontinenten missioniert hat, sich für Asylrecht starkmacht und in vielen westeuropäischen Ländern ohne Priester aus Afrika und Asien den Betrieb gar nicht aufrechterhalten könnte, wie also ausgerechnet diese internationale und antinationale Institution dazu kommt, eine treibende Kraft des Nationalismus in Osteuropa zu sein.

Aber ob das nun nachvollziehbar und logisch ist oder nicht: Die Linie wurde vom deutschen Papst vorgegeben, als er damals noch Kardinal vor dem italienischen Senat 2004 ausführte: "Europa scheint in dieser Stunde seines äußersten Erfolgs von innen her leer geworden. Diesem inneren Absterben der tragenden seelischen Werte entspricht es, dass auch ethnisch Europa auf dem Weg der Verabschiedung begriffen erscheint ... "

Man kann auch fragen, was denn die EU ohne ihre Grundwerte sei, zu denen das Recht auf Asyl gehört. Nun, vieles. Eine Handelsmacht und der größte Binnenmarkt der Welt. Eine wirtschaftliche, finanzielle, währungspolitische und kulturelle Großmacht. Der wichtigste Garant des Überlebens europäischer Unternehmen und europäischer Normen in der Systemkonkurrenz mit China. Eine Ordnungsmacht, vor allem auf dem westlichen Balkan. Potenziell eine außenpolitisch-militärische Union im Rahmen der Nato, jetzt schon der wichtigste Partner der USA. Die einzige Hoffnung für die Ukraine auf Wohlstand und Freiheit nach dem Ende des Kriegs. Ein wichtiger Akteur im Kampf gegen den Klimawandel. Für die eigenen Bürger und anerkannte Zuwanderer aus aller Welt ein Raum des Wohlstands und der Freiheit.

Das alles gilt es zu erhalten und auszubauen, und wenn der Preis dafür ist, Viktor Orbán und Jaroslaw Kaczyński in Sachen Asyl entgegnen zu können, dann soll es eben so sein.

Die Mitglieder der EU müssen nun vier Aufgaben bewältigen: Erstens müssen sie, um die Freizügigkeit im Schengenraum aufrechtzuerhalten, die Außengrenzen endlich so dicht machen, dass illegale Einwanderung kein Massenphänomen mehr ist. Zweitens müssen sie die Asylverfahren so organisieren, dass Asylberechtigte schnell aufgenommen und Nichtberechtigte schnell zurückgeschickt werden. Drittens müssen sie die Möglichkeiten legaler Zuwanderung ausweiten. Und viertens müssen sie den Wettbewerb der Gesellschaftsmodelle regeln und aushalten. Und das bedeutet auch: Polen, Ungarn und andere monokulturelle Länder nicht abstrafen, sondern integrieren.

Für deutsche Überheblichkeit und Belehrungen zumal gibt es keinen Grund. Schon in den Sechzigerjahren begann die Einreise von Gastarbeitern, doch erst ein halbes Jahrhundert später unter ständigen Beteuerungen der christlichen Regierungspartei, dass das sogenannte Multikulti gescheitert und Deutschland eigentlich kein Einwanderungsland sei fand sich eine Mehrheit mit der Tatsache ab, dass Kemal fortan ein so deutscher Vorname ist wie Karl oder ähm Kevin.

"Fand sich ab", nicht: "begrüßte". Die Muslimfeindlichkeit ist ein ernstes Problem, weit über die Kreise der offiziell islamfeindlichen Partei AfD hinaus. Die Erkenntnis, dass eine multikulturelle, multiethnische, ja auch multilinguale Gesellschaft besser auf die Herausforderungen der globalisierten Zukunft vorbereitet ist als eine abgeschottete Monokultur, dürfte außer in den Chefetagen international tätiger Firmen und den Eigentumswohnungen der städtischen Intelligenzija keineswegs Konsens sein. Und weder die international tätigen Manager noch die kiezverbundenen Grünenwähler schicken ihre Kinder in die Nachbarschaftsschulen, wo es mehr Aischas als Anettes gibt.

### **Das Problem ist die Dauer der Verfahren**

Wenn wir aber auf die Ausstrahlungskraft der offenen Gesellschaft und die Freizügigkeit innerhalb der EU setzen, dann sollten wir davon ausgehen, dass auch Warschau und Budapest, die heute so weißhäutig sind, wie es in den Sechzigerjahren Rom und Frankfurt waren, nach und nach dem Beispiel der westeuropäischen Metropolen folgen. Dann allerdings müssen wir auch unsere Hausaufgaben machen. Es wirkt schlicht unglaublich, wenn wir einerseits den Rassismus der Polen und Ungarn kritisieren, selbst aber nicht in der Lage sind, die Bildungsreserven der Zuwanderer auch zu heben und zu nutzen, wenn es zwar in der Nationalmannschaft ohne Gündoan, Musiala, Sané und Rüdiger nicht geht, aber im Bundeskabinett gerade mal

Die EU muss jetzt vier Aufgaben bewältigen Polen und Ungarn auszugrenzen, weil sie den Asylkompromiss ablehnen, wäre grundverkehrt. Ein Konflikt träfe die EU in....

ein Minister einen Migrationshintergrund hat. Und wenn Polizei und Feuerwehr oft so weiß sind wie das Publikum in Oper, Theater und Konzerten.

Nicht nur wirkt also die Abneigung gegen Lager für Schutzsuchende verlogen, solange Asylbewerber bei uns in abgelegenen Unterkünften leben und Parallelgesellschaften existieren. Man muss auch festhalten, dass deutsche Vertriebene, die ja einen Anspruch auf Aufnahme und Eingliederung hatten, ebenso wie heimkehrende Kriegsgefangene und Geflüchtete aus der DDR oft genug in Lagern untergebracht wurden, wofür das Lager Friedland stellvertretend steht. Jüdische Displaced Persons verbrachten oft Jahre im Lager, bevor sie nach Israel auswandern konnten, wo viele zunächst wieder im Lager leben mussten.

Das Problem ist nicht das Lager, sondern die Dauer des Verfahrens. Niemand sollte länger als sechs Monate auf einen endgültigen Bescheid mit anschließender Aufnahme oder Rückführung warten müssen. So lange aber ist ein von der EU betriebenes und von NGOs, freien Medien und den Vereinten Nationen überwachtes Lager auszuhalten.

Am Ende sollte man den Polen und Ungarn dankbar sein, dass sie nicht nur verbindliche Quoten, sondern auch die Geldstrafe für die Nichtannahme der Quote ablehnen. Wenn sich jeder Staat von der Aufnahme von Flüchtlingen freikaufen kann, dürfte der Ablasshandel bald Schule machen. Sollen Polen und Ungarn, und wer sich ihnen anschließen mag, ihren Weg gehen; wichtig ist, dass die multikulturelle und asylfreundliche EU-Mehrheit den ihren geht. Eine Art Reichsexekution gegen die Rebellen wäre mehr als kontraproduktiv; es könnte die Union gerade in dem Augenblick zerreißen, da sie sich darüber Gedanken machen muss, wie sie künftig als Regionalmacht mit Ukraine als neuem Mitglied handeln will.

**Load-Date:** June 30, 2023

**"Das ist die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts"; In niederländischen Städten sind Menschen ohne Migrationshintergrund heute eine Minderheit. Der Migrationsforscher Maurice Crul sagt: Das wird auch in Deutschland so.**

ZEIT-online

Freitag 13. Januar 2023 12:43 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 3705 words

**Byline:** Philipp Daum

## Body

---

Maurice Crul, Distinguished Professor of Sociology at the Vrije Universiteit Amsterdam, stands in front of an apartment block on the Bos en Lommerweg, Amsterdam, NL, 15/12/2022. Photographed for Die Zeit

*Wie fühlt sich eine Mehrheitsgesellschaft, wenn sie keine mehr ist? Der Soziologe Maurice Crul hat sich lange mit dieser Frage beschäftigt. 2005 verglich er die Integration von Einwanderern der zweiten Generation in acht europäischen Ländern. Sein neues Projekt heißt: "Becoming a minority". Dafür haben Crul und Kolleginnen mehr als 3.000 Menschen ohne **Migrationshintergrund** aus fünf Ländern zu ihren Einstellungen gegenüber Einwanderung und Vielfalt befragt. Im Mai erscheint ein Buch dazu, das kostenlos über die Website heruntergeladen werden kann. ZEIT ONLINE hat mit Maurice Crul im November und Dezember 2022 über Zoom gesprochen, in zwei Sitzungen. Das Interview gehört zur Serie "Die neue Stadt" aus unserem Ressort X.*

**ZEIT ONLINE:** Herr Crul, in den vergangenen zehn Jahren hat Zuwanderung die deutschen Städte verändert. Der Anteil von Menschen ohne deutschen Pass ist in Berlin von 12 auf 20 Prozent gestiegen, in München von 24 auf 29, in Offenbach von 32 auf 40. Und das bezieht sich nur auf die Staatsbürgerschaft. Wenn man dazu zählt, ob jemand eine Einwanderungsgeschichte hat, machen Deutsche ohne **Migrationshintergrund** einen immer kleineren Anteil aus. Was geschieht da in Ihren Augen gerade?

**Maurice Crul:** Einige deutsche Städte sind an der Schwelle dazu, *majority minority cities* zu werden. Das sind Städte, in der die ehemalige Bevölkerungsmehrheit, also Deutsche ohne Migrationshintergrund, eine Minderheit neben anderen geworden ist. In den Niederlanden ist diese Entwicklung schon vollzogen. Drei der vier größten Städte sind *majority minority cities*: Amsterdam, Rotterdam, Den Haag. Nur Utrecht nicht.

**ZEIT ONLINE:** Sie schreiben in einem Aufsatz, dass diese Entwicklung "eine der bedeutsamsten urbanen Transformationen unserer Zeit" ist. Was meinen Sie damit?

"Das ist die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts" In niederländischen Städten sind Menschen ohne Migrationshintergrund heute eine Minderheit. Der Migrati....

**Crul:** Die Gruppe, die sich immer als Normgruppe sah, wird zu einer Minderheit. Sie muss psychologisch damit klarkommen. Das ist die größte Herausforderung für Städte in diesem Jahrhundert. Nicht nur in Europa, sondern weltweit: in Singapur, New York, Kapstadt. Wie leben wir gut in einer superdiversen Stadt zusammen, obwohl wir ziemlich unterschiedlich sind? Am schwersten ist das für die Menschen ohne Migrationshintergrund. Denn sie sind es gewohnt, dass Neuankömmlinge sich an sie anpassen müssen.

**ZEIT ONLINE:** In Deutschland kommentiert diese Entwicklung vor allem die AfD. Rechtsextreme erzählen ständig, dass Weiße in Europa und den Vereinigten Staaten in die Minderheit geraten. Sie sagen: Statistisch geschieht genau das?

**Crul:** Ich war gerade in New York, um mit Kollegen das Werk von Richard Alba zu feiern, einem Soziologen, der die berühmteste Theorie der Assimilation entwickelt hat. Sein neues Buch heißt *The great demographic illusion*. In den Vereinigten Staaten wird viel darüber diskutiert, dass die weißen Amerikaner zu einer numerischen Minderheit werden. Alba argumentiert: Das stimmt nicht. So wie im frühen 20. Jahrhundert Italiener oder russische Juden mit der Zeit als weiß angesehen wurden, wird das heute mit gemeinsamen Kindern von Hispanics und Weißen, oder mit asiatischen Amerikanern passieren: Sie werden irgendwann weiß. Alba macht sich Sorgen, dass Schreckensbilder wie der "Große Austausch" die Gesellschaft destabilisieren.

**ZEIT ONLINE:** Also die Verschwörungstheorie, dass weiße durch nichtweiße Menschen ersetzt werden sollen und dass ein geheimer Plan der Eliten dahintersteckt.

**Crul:** Genau. Alba sagt also: keine Sorge! Weiße bleiben in der Mehrheit.

**ZEIT ONLINE:** Was halten Sie von diesem Argument?

**Crul:** Es gibt solche statistischen Überlegungen und es gibt die Wahrnehmung der Leute. Es mag sein, dass sich die Kinder asiatischer Einwanderer irgendwann als Weiße begreifen werden. Ein Trump-Wähler wird das vermutlich nicht so sehen. Wenn Sie als Deutscher ohne Migrationshintergrund in einem Viertel in Hamburg oder Berlin in den Bus steigen oder shoppen gehen und sich Ihre Nachbarn angucken, dann haben Sie das Gefühl, zur Minderheit zu werden. Das ist die Realität in vielen Großstädten.

Maurice Crul, Distinguished Professor of Sociology at the Vrije Universiteit Amsterdam, inside the main building on the VUs Zuidas campus, De Boelelaan, Amsterdam, NL, 15/12/2022. Photographed for Die Zeit

**ZEIT ONLINE:** Aber?

**Crul:** Es ist wichtig, die Auseinandersetzung mit dieser Realität nicht nur den Rechtspopulisten zu überlassen. Sonst haben wir nur deren Narrativ: Die Unterschiede sind zu groß. Alle hassen sich. Das endet im Bürgerkrieg. Also dachten wir uns als Forscher: Lasst uns doch anschauen, wie sich das Leben in Stadtteilen anfühlt, in denen die einstige Mehrheitsbevölkerung eine Minderheit geworden ist. Hassen sich alle? Gibt es Bürgerkrieg? Nicht nach unseren Erkenntnissen.

**ZEIT ONLINE:** Ihr aktuelles Projekt heißt *Becoming a minority*. Es wird durch einen ERC Advanced Grant finanziert, eine der höchstdotierten Forschungsstipendien in Europa. Dafür haben Sie die Perspektive gewechselt: Nicht Menschen mit Migrationshintergrund standen im Fokus, sondern Menschen ohne Migrationshintergrund. Warum?

**Crul:** Ich habe mich in meiner Forschung jahrzehntelang auf die Einwanderer konzentriert, so wie viele andere Wissenschaftler auch. Vor 20 Jahren machte ich eine Studie über die Integration der zweiten Generation von Migranten in Europa. Zum besseren Vergleich verwendeten wir eine Kontrollgruppe: Menschen ohne Migrationshintergrund. Als wir uns diese zweite Gruppe genauer anschauten, bemerkten wir, dass sie zwar in denselben Vierteln wie die Menschen mit Migrationshintergrund lebten, aber selten mit ihnen befreundet sind. Viele segregieren sich selbst. Das war interessant. Deshalb haben wir nun eine große Studie nur über diese Gruppe gemacht.

"Das ist die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts" In niederländischen Städten sind Menschen ohne Migrationshintergrund heute eine Minderheit. Der Migrati....

Residential houses, Frederik Hendrikplantsoen, Frederik Hendrikbuurt, Amsterdam, NL, 16/12/2022. Photographed for Die Zeit

**ZEIT ONLINE:** Was haben Sie herausgefunden?

**Crul:** Wir haben mehr als 3.000 Menschen ohne Migrationshintergrund befragt, die in *majority minority neighborhoods* leben, also Vierteln ohne klare Bevölkerungsmehrheit. Und zwar in sechs Städten: Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen, Malmö, Wien und Hamburg. Wir haben sie online befragt, ihnen Umfragen mit der Post geschickt, einige haben wir besucht. Wir wollten wissen: Glauben Sie, dass andere Kulturen eine Bereicherung darstellen? Oder sind sie eine Bedrohung? Das sind sehr direkte Fragen.

**ZEIT ONLINE:** Ziemlich direkte Fragen.

**Crul:** Das Ergebnis war: Die meisten Menschen ohne Migrationshintergrund in diesen Vierteln empfanden kulturelle Vielfalt als bereichernd. Gleichzeitig zeigte sich, dass sie kaum Freunde mit Migrationshintergrund hatten. Interessanterweise war diese Tendenz in keiner Stadt so ausgeprägt wie in Hamburg. Es gab dort zwar mehr Menschen, die Vielfalt als Bereicherung empfanden, und die auch positiver über den Islam dachten. Der Anteil von interethnischen Freundschaften und Partnerschaften war jedoch so gering wie in keiner anderen Stadt, die wir untersucht haben.

**ZEIT ONLINE:** Wie erklären Sie sich das?

**Crul:** Es gibt immer die Tendenz der sozialen Erwünschtheit, also dass Menschen in Studien Antworten geben, die gesellschaftlich erwünscht sind. Dieser Effekt war in Deutschland jedoch stärker als in anderen Ländern. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist offenbar eine starke Norm entstanden, niemanden aufgrund von ethnischen oder religiösen Merkmalen zu beurteilen. Das ist bis heute in der deutschen Seele verankert.

**ZEIT ONLINE:** Gibt es noch andere Gründe für das Abschneiden von Hamburg?

**Crul:** Ja. Gemischte Paare haben oft gemischte Freundeskreise. Sie bilden ein Bindeglied zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. In Hamburg gab es solche Paare seltener als anderswo und damit fehlt dieser Mechanismus. Ein anderer Punkt ist die gemeinsame Schulzeit. In der Schule treffen einheimische Eltern auf Eltern von Kindern mit Einwanderungsgeschichte. Dadurch entstehen Freundschaften. In Hamburg gibt es aber, besonders bei Menschen mit Hochschulabschluss, ein Phänomen namens *white flight*. Viele ziehen an den Stadtrand, wo sie unter sich sind. Oder sie bleiben in den Einwanderervierteln, schicken ihre Kinder aber nicht dort zur Schule, sondern in Vierteln mit weniger Einwandererkindern.

**ZEIT ONLINE:** Wo hatten die Menschen mit und ohne Migrationshintergrund denn den meisten Kontakt?

**Crul:** In Malmö, Amsterdam und Rotterdam. Am wenigsten in Hamburg und Wien.

Front doors, Frederik Hendrikstraat, Frederik Hendrikbuurt, Amsterdam, NL, 16/12/2022. Photographed for Die Zeit

**ZEIT ONLINE:** Gibt es da einen Zusammenhang?

**Crul:** Vieles hat mit der Schulform zu tun. In Hamburg und Wien gingen viele der Befragten in nicht gemischte Grundschulen. Das gegliederte Schulsystem in Deutschland trennt Kinder nach der vierten Klasse. In Schweden gehen Kinder in dieselbe Schule, bis sie 15 sind. Sie lernen also schon früh, Vielfalt zu leben. Das ist wichtig. Diejenigen, die das nicht früh gelernt haben, fühlen sich mit Vielfalt unwohl.

**ZEIT ONLINE:** Ihre These ist also, dass man erst lernen muss, mit Vielfalt umzugehen.

"Das ist die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts" In niederländischen Städten sind Menschen ohne Migrationshintergrund heute eine Minderheit. Der Migrati....

**Crul:** Kinder aus Einwandererfamilien lernen das ganz von selbst. Sie müssen mit Kindern aus anderen Kulturen klarkommen und natürlich auch mit den Deutschen. Viele Deutsche haben das als Kinder jedoch nicht gelernt und fühlen sich später nicht dazu in der Lage. Sie sind gehemmt.

**ZEIT ONLINE:** Wenn man sich die Demografie und Ihre Untersuchungen anschaut: Ist es dann überhaupt noch sinnvoll, von Integration zu sprechen?

**Crul:** Das Konzept von Integration setzt voraus, dass es eine große Mehrheitsgruppe gibt und eine kleine Minderheitengruppe, die über Zeit in die große Gruppe einbezogen wird. Es liegt auf der Hand, dass die demografische Entwicklung diese Idee infrage stellt. Integration war ein nützliches Konzept für das letzte Jahrhundert. Heute sollten wir uns fragen: Wie können wir gut zusammenleben?

### **Menschen ohne deutschen Pass in Berlin**

**ZEIT ONLINE:** Herr Crul, wir haben für dieses Interview eine Karte von Berlin mitgebracht. Sie zeigt 540 Viertel der Hauptstadt. In 26 von ihnen machen Menschen ohne deutschen Pass mindestens 40 Prozent der Bevölkerung aus, in knapp über 100 mehr als 30 Prozent. Rechnet man Deutsche mit Migrationshintergrund dazu, dürfte ein Fünftel aller Stadtviertel nach Ihrer Definition *majority minority neighborhoods* sein. Die meisten Zuwanderer leben in der westlichen Berliner Innenstadt und kommen aus der Türkei. Man kann noch den Verlauf der Mauer erkennen, der Berlin teilte. In den Ostberliner Vierteln hat in den vergangenen zehn Jahren der Anteil von Migranten stark zugenommen, vor allem in den Außenbezirken Marzahn und Hellersdorf, in den viel billiger Wohnraum verfügbar ist. Was denken Sie, wenn Sie diese Karte sehen?

**Maurice Crul:** Zoomen Sie mal an die Viertel ran, wo der Anteil über 40 Prozent liegt.

**ZEIT ONLINE:** Das ist Berlin-Mitte. Tiergarten, dort sind viele Botschaften, und weiter oben, Wedding, ein altes Arbeiterviertel.

**Crul :** Wer lebt dort?

**ZEIT ONLINE :** Vor allem Türken. Dort, in der letzten Zeile, steht unter häufigste Staatsbürgerschaft: Türkei, elf Prozent. Und man sieht die Veränderung der vergangenen zehn Jahre: 2012 waren es 35 Prozent, 2021 38 Prozent. Kein besonders großer Anstieg.

**Crul :** Das ist interessant. Und es ähnelt dem Muster von niederländischen Städten. Die türkische Bevölkerung ist eine der etabliertesten Gruppen geworden und sehr stabil. Sie ziehen nicht oft um.

**ZEIT ONLINE:** Wenn man rauszoomt, sieht man zwei Dinge: Migranten leben eher in der Innenstadt. Die Außenbezirke sind ziemlich weiß. Aber es gibt ein paar Ausnahmen: Syrer leben oft ziemlich weit draußen.

**Crul:** Sind das Hochhäuser und Sozialwohnungen?

**ZEIT ONLINE :** Ja. Die Rollberge-Siedlung am nordwestlichen Stadtrand von Berlin ist ein Beispiel. Ziemlich kleiner Grundriss, aber dort leben 6.000 Menschen. 2012 waren es elf Prozent Ausländer, jetzt 33 Prozent.

**Crul:** Das ist eine interessante Entwicklung und sehr anders als in Amsterdam. Syrer zogen in die Viertel, in denen früher Gastarbeiter wohnten, nach Nieuw-West. Dort gibt es auch viele Hochhäuser, wenn auch nur vier Stockwerke hoch. Gleichzeitig zieht die zweite Generation der türkischen und marokkanischen Einwanderer in Mittelschichtsviertel. Die Syrer nehmen also ihren Platz ein. Aber diese Viertel waren schon sehr divers, als die Syrer kamen. Und Ihre Karte zeigt für Berlin etwas ganz anderes.

**ZEIT ONLINE:** Was halten Sie von diesem Muster?

**Crul:** Wir haben in den Niederlanden nicht solche dramatischen Zahlen. Für Ostberlin ist so eine Migration eine neue Entwicklung. Deutschland und Berlin haben mittlerweile 40 Jahre Erfahrung mit Einwanderung, es sind



"Das ist die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts" In niederländischen Städten sind Menschen ohne Migrationshintergrund heute eine Minderheit. Der Migrati....

Sozialämter und Schulen entstanden, die es den Newcomern leichter machen können. Aber die sind alle im Westen. Und die neuen Migranten sind an Orten gelandet, wo es dieses Wissen nicht gibt: Wie kommuniziert du mit den Eltern? Was ist mit ihren besonderen Feiertagen?

**ZEIT ONLINE:** Macht es das alles schwerer?

**Crul:** Wenn sich Stadtviertel sehr schnell verändern, nehmen die Alteingesessenen das als Schock wahr. Das wissen wir aus der Forschung. Darauf muss man reagieren: Man muss Praktiken des Zusammenlebens aufbauen. Das benötigt Zeit und Anstrengung, vor allem in Hochhaussiedlungen. Was Sie mir da zeigen, ist eine große Herausforderung.

**ZEIT ONLINE:** Wenn man Reportagen aus der Rollberge-Siedlung liest, hört man Reaktionen wie die einer alten Dame, die sagt: Das Viertel kippt. Die Mischung stimmt nicht mehr. Alles verkommt. Ist das eine typische Reaktion, wenn sich vieles schnell ändert?

**Crul:** Wir sollten nicht den Fehler machen, die Erfahrung der Menschen abzutun. Der linke Reflex ist oft: Aha, die Leute reden nicht mit ihren Nachbarn, vermutlich sind sie Rassisten. Das hilft nur blöderweise überhaupt nicht weiter! Es gibt Probleme, und die Gesellschaft muss den Menschen helfen, sie zu lösen. Wir müssen die Nachbarn zusammenbringen. Und dann werden wir feststellen, dass alle Leute in einer schönen Wohnung wohnen wollen, dass alle ein gutes Verhältnis mit ihren Nachbarn und saubere Treppenhäuser haben möchten. Dann kommt man zu den Gemeinsamkeiten eines guten Zusammenlebens. Aber das passiert nicht von allein.

**ZEIT ONLINE:** Was schlagen Sie vor?

**Crul:** Hier in Amsterdam wurde in den alten Einwanderervierteln viel renoviert, Häuser abgerissen, neu aufgebaut. Das führte irgendwann zu Ressentiment bei den alteingesessenen Niederländern: All die schicken neuen Häuser. Irgendwann sagte die Stadtverwaltung: Das ist nicht mehr gut für den Zusammenhalt. Also renovierte man auch die anderen Häuser und investierte in neue Einrichtungen. Dadurch veränderte sich die Stimmung. Die Leute dachten: Ok, nicht nur *die* bekommen was, sondern wir auch.

**ZEIT ONLINE:** Aber dafür braucht man Geld. Und Amsterdam ist reicher als Berlin.

**Crul:** Das verstehe ich. Aber wenn man das nicht tut, bekommt man eine Kombination von Verlustängsten und dem Gefühl, vom Staat allein gelassen zu werden. Man muss den Bürgern vermitteln: Ja, das ist eine große Herausforderung. Aber wir investieren auch in euer Viertel. Wir haben euch nicht vergessen.

**ZEIT ONLINE:** Sie haben in einem Artikel geschrieben, dass viele Menschen ein Gefühl des Verlusts spüren, wenn sich ihr Viertel durch Zuwanderung verändert. Wie kann man dem begegnen?

**Crul:** Wenn die holländische Bäckerei um die Ecke zumacht, die man immer besucht hat, dann geht für viele Menschen etwas verloren. Es ist auch ein Verlust, wenn man sich mit seinen Nachbarn nicht mehr so gut unterhalten kann. Aber man kann dieses Gefühl überwinden.

Ouwe Fransenbrug, Nieuwe Willemsstraat, Amsterdam, NL, 17/12/2022. Photographed for Die Zeit

**ZEIT ONLINE:** Wie denn?

**Crul:** Indem man Kontakt organisiert. Der Träger einer Sozialwohnung zum Beispiel könnte die sechs bis acht Familien, die sich ein Treppenhaus teilen, zusammenbringen. Wie kann man das Treppenhaus gemeinsam verschönern? Dann sprechen die Leute miteinander und stellen fest, was sie miteinander gemein haben. So entsteht Verbundenheit. Und Verbundenheit ist das Gegenmittel gegen das Gefühl des Verlustes.

**ZEIT ONLINE:** Ich möchte zum Schluss noch einmal auf Ihre Hauptthese zurückkommen. Sie sprechen viel über "Praktiken des Zusammenlebens" und darüber, dass man lernen muss, mit Vielfalt klarzukommen. Wie kann man das denn lernen?

"Das ist die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts" In niederländischen Städten sind Menschen ohne Migrationshintergrund heute eine Minderheit. Der Migrati....

**Crul:** Das Grundproblem ist die Gehemmtheit. Viele spüren das im Alltag, wenn man sich auf der Straße begegnet. Das ändert sich, wenn es gemeinsame Ziele und organisierte Aktivitäten gibt. Beim Fußball zum Beispiel: Da gibt es klare Ziele, man hat eine Rolle, und einigt sich, wer Kapitän wird. Diese organisierten Aktivitäten sind wichtig. Denn aus irgendeinem Grund sind Menschen oft nicht dazu in der Lage, es in Restaurants, Bars oder auf der Straße von selbst hinzubekommen.

**ZEIT ONLINE:** Gibt es etwas, das die Städte tun können?

**Crul:** Sie könnten zum Beispiel weniger Hochhaussiedlungen bauen. Aus unserer Forschung wissen wir, dass es anonymere Hochhaussiedlungen Menschen schwerer machen, ihre Nachbarn wirklich kennenzulernen. Wo sich nur fünf Menschen ein Treppenhaus teilen, lernt man sich leichter kennen. In Neubaugebieten macht es also Sinn, an so etwas zu denken. Architekten machen das mittlerweile viel öfter.

**ZEIT ONLINE:** Ihre Studien belegen, dass gemischte Schulen helfen können. Sollte man Eltern zwingen, ihre Kinder auf eine bestimmte Schule zu schicken, damit mehr Durchmischung entsteht?

**Crul:** Das bedeutet weniger Freiheit und wird in den Niederlanden oft von Parteien blockiert. Eine andere Idee sind Elterninitiativen: In manchen Einwanderervierteln in den Niederlanden haben sich weiße Eltern zusammen getan, um ihre Kinder gemeinsam in die Schule in ihrer Nachbarschaft zu schicken. Wenn sie es einzeln tun würden, wäre ihr Kind vielleicht das einzige ohne Migrationshintergrund. Diese Initiativen funktionieren gut. Dadurch haben sich Schulen in meiner Gegend verändert. Früher hatten dort 80, 90 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund, jetzt sind es 50 Prozent. Viele Eltern sagen: Das ist eine ideale Mischung.

**ZEIT ONLINE:** Sollte die Politik versuchen, die Zuwanderung gleichmäßiger über das Land und die Stadtviertel zu verteilen?

**Crul:** Es ist sehr schwer, Migration zu steuern. Und es ist schwer, Menschen vorzuschreiben, wo sie es angenehm finden sollen. Man hat das öfter probiert, meist hat es nicht funktioniert. Die Stadt Rotterdam hat einmal versucht, Neuankömmlingen nicht in bestimmte Viertel zu lassen. Zum Beispiel über die Vergabe von Sozialwohnungen. Aber auf private Wohnungen hat der Staat keinen Zugriff. Und dann wurde dagegen geklagt, wegen Diskriminierung. Kurz: Es hat überhaupt nicht funktioniert. Es gibt nicht das eine große Instrument, um Migration zu steuern.

Maurice Crul, Distinguished Professor of Sociology at the Vrije Universiteit Amsterdam, looks across to the Zuidas business district from inside the VUs main university building, Vrije Universiteit, De Boelelaan, Amsterdam, NL, 15/12/2022. The Zuidas is Amsterdam's new and rapidly developing business district. Also known as the 'Financial Mile', it is home to large multinationals such as ABN AMRO bank and Akzo Nobel. Photographed for Die Zeit

**ZEIT ONLINE:** Sondern?

**Crul:** Man muss klug durchdenken, was passiert, wenn eine bestimmte Logik einsetzt. Denken Sie an Berlin. Wenn dort viele Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge an den ärmeren Rändern der Stadt entstehen, dann werden viele der Flüchtlinge dort eine Unterkunft finden müssen. Das ist die Logik. Und im Nachhinein denkt man: Das ist vielleicht nicht das beste Ergebnis. Es geht also darum, die Prozesse von vorneherein zu durchdenken.

**ZEIT ONLINE:** Menschen ohne deutschen Pass dürfen nicht wählen. Ein wachsender Teil der Bevölkerung ist dadurch nicht wahlberechtigt. Ist das nicht ein großes Problem für eine Demokratie?

**Crul:** Ja, aber das ist wirklich euer Problem in Deutschland! In den Niederlanden haben wir das Problem nicht.

**ZEIT ONLINE:** Weil man leichter einen niederländischen Pass bekommt als einen deutschen?

"Das ist die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts" In niederländischen Städten sind Menschen ohne Migrationshintergrund heute eine Minderheit. Der Migrati....

**Crul:** Ja. Und außerdem darf jeder, der gemeldet ist, auch ohne niederländischen Pass bei Kommunalwahlen abstimmen. Deswegen ist die politische Partizipation unter Migranten in den Niederlanden höher als in Deutschland. Und deswegen gibt es einen größeren Anreiz, Migranten ins politische Leben einzubeziehen. Es gibt mehr Kandidaten mit Einwanderungsgeschichte und eigene Parteien für Einwanderer, zum Beispiel die progressive NIDA und die islamisch-konservative Denk, die mit der türkischen AKP verwandt ist.

**ZEIT ONLINE:** Nach allem, was Sie in diesem Interview gesagt haben, kann man den Eindruck gewinnen, dass Migration größere Herausforderungen mit sich bringt, als oft dargestellt wird.

**Crul:** Das ist natürlich der problematische, politisierte Teil davon. So nach dem Motto: Entweder bist du für Migration oder dagegen. Und die, die dafür sind, spielen dann reflexhaft herunter, was man braucht, damit Migration funktioniert. Das ist ein riesiger Fehler! Das macht es den Rechten sehr leicht. Sie zeigen mit dem Finger auf alles, was nicht funktioniert, und bekommen von den Progressiven so gut wie keine Antwort. Wir müssen ein Gleichgewicht herstellen. Wir müssen die Schwierigkeiten ansprechen. Diversität funktioniert nicht von allein.

**Load-Date:** January 13, 2023

---

End of Document

**Polizei zählt deutlich mehr Angriffe auf Geflüchtete als 2022; Die Zahl der Angriffe auf Geflüchtete, Asylbewerber und ihre Unterkünfte hat zugenommen. Der Großteil der politischen Straftaten wird der rechten Szene zugeordnet.**

ZEIT-online

Dienstag 14. November 2023 6:13 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Gewalt gegen Geflüchtete; Ausg. 1

**Length:** 469 words

**Byline:** Sophia Boddenberg

## Body

---

Die Zahl der Angriffe auf **Geflüchtete**, **Asylbewerber** und ihre Unterkünfte hat deutlich zugenommen. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraction hervorgeht, gab es in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits mehr solcher Attacken als im gesamten Vorjahr. Den Angaben zufolge wurden in den ersten drei Quartalen dieses Jahres 1.515 solcher Angriffe gezählt, nach 1.371 Angriffen im Jahr 2022.

Dass eine Unterkunft Tatort oder Angriffsziel einer politisch motivierten Straftat war, kam im dritten Quartal dieses Jahres insgesamt 30 Mal vor, wie die Statistik zeigt, die der Nachrichtenagentur dpa vorliegt. Drei dieser Fälle waren Gewaltdelikte. Der größte Teil der Angriffe auf Unterkünfte - 23 Straftaten - wurde von der Polizei der rechten Szene zugeordnet.

### **Asyldebatte bietet "Boden für rassistische Mobilisierungen"**

Auch bei 375 von 417 weiteren in diesem Zeitraum registrierten politisch motivierten Straftaten außerhalb von Unterkünften, die sich gegen Asylbewerber oder anerkannte Geflüchtete richteten, geht die Polizei von einem rechts motivierten Delikt aus: 19 Straftaten entfielen demnach auf den Phänomenbereich "ausländische Ideologie", zwei wurden als links motiviert eingeordnet. Bei einigen blieb der Hintergrund unklar. In insgesamt 55 Fällen war Gewalt im Spiel.

"Tagtäglich werden in Deutschland Geflüchtete angegriffen, gedemütigt und angefeindet", sagte die Linkenabgeordnete Clara Bünger. Bund und Länder müssten dringend geeignete Schutzkonzepte erarbeiten und umsetzen. Bünger sieht einen Grund für die Zunahme der Angriffe in der aktuellen Debatte über Asylfragen. Diese bereitet ihrer Ansicht nach "den Boden für rassistische Mobilisierungen auf der Straße und Gewalttaten gegen Geflüchtete".

Julian Stratenschulte BeschreibungDer Schatten von einem Mann, einem schaukelnden Flüchtlingsjungen und einem Flüchtlingsmädchen fallen am 27.08.2014 auf Sand auf einem Spielplatz in der Landesaufnahmebehörde

Polizei zählt deutlich mehr Angriffe auf Geflüchtete als 2022 Die Zahl der Angriffe auf Geflüchtete, Asylbewerber und ihre Unterkünfte hat zugenommen. Der Großt...

Niedersachsen in Braunschweig (Niedersachsen). Die wachsende Flüchtlingszahl stellt immer mehr Kommunen in Niedersachsen vor Probleme. Insbesondere in den großen Städten un...+ Mehr lesenService+++ dpa-Bildfunk+++Aufnahmedatum27.08.2014Bildnachweispicture alliance / dpa | Julian Stratenschulte Julian Stratenschulte BeschreibungDer Schatten von einem Mann, einem schaukelnden Flüchtlingsjungen und einem Flüchtlingsmädchen fallen am 27.08.2014 auf Sand auf einem Spielplatz in der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen in Braunschweig (Niedersachsen). Die wachsende Flüchtlingszahl stellt immer mehr Kommunen in Niedersachsen vor Probleme. Insbesondere in den großen Städten un...+ Mehr lesenService+++ dpa-Bildfunk+++Aufnahmedatum27.08.2014Bildnachweispicture alliance / dpa | Julian Stratenschulte

**Load-Date:** November 14, 2023

---

End of Document

**EU verspricht Tunesien Finanzhilfe in Millionenhöhe; Die EU will Tunesien helfen, gegen illegale Migration vorzugehen. Italiens rechtspopulistische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni spricht von einem wichtigen Schritt.**

ZEIT-online

Sonntag 11. Juni 2023 4:04 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 389 words

**Byline:** Melina Crispin

## Body

---

MAGESLIVE/ZUMA Press Wire

**Migranten**, die von der tunesischen Marine-Nationalgarde im Mittelmeer abgefangen wurden, warten am 08. Juni im Hafen von Sfax.

Die EU-Kommission hat Tunesien finanzielle Hilfen in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro in Aussicht gestellt, um die illegale **Migration** einzudämmen. Davon seien gut 100 Millionen Euro für "Grenzkontrollen, Suche und Rettung" von **Geflüchteten** vorgesehen, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach einem Gespräch mit dem tunesischen Präsidenten Kais Saied in Tunis.

Die EU hofft, dass das Land so effektiver gegen Schlepper und Migration über das Mittelmeer vorgehen kann. In den vergangenen Monaten war die Zahl der Menschen, die über das Mittelmeer nach Europa flüchteten, angestiegen.

An dem Treffen in Tunesien nahmen auch Italiens postfaschistische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und der rechtsliberale niederländische Regierungschef Mark Rutte teil. Vor allem Meloni drängt seit Langem auf Abkommen mit Tunesien, um die dort ablegenden Boote mit Geflüchteten auf deren Weg nach Südalien und damit in die Europäischen Union schon früh zu stoppen. Die ultrarechte Politikerin sprach von einem "wichtigen ersten Schritt".

### Hilfsorganisationen kritisieren Lebensumstände Geflüchteter in Tunesien

Ob der Deal mit der EU zustande kommt, hängt von einem Entgegenkommen Saieds ab. Bereits ein Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von 1,9 Milliarden Dollar ist noch nicht freigegeben, weil Saied keine verbindliche Zusage zu den dafür verlangten Reformen machen will.

Saied hatte im Februar ein härteres Vorgehen gegen Geflüchtete angekündigt und ihnen vorgeworfen, Gewalt und Kriminalität ins Land zu bringen. Seitdem haben Anfeindungen und rassistische Übergriffe gegen sie

EU verspricht Tunesien Finanzhilfe in Millionenhöhe Die EU will Tunesien helfen, gegen illegale Migration vorzugehen. Italiens rechtspopulistische Ministerpräsi....

zugenommen. In dem nordafrikanischen Land mit zwölf Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern leben nach aktuellen Schätzungen etwa 21.000 Geflüchtete aus Ländern südlich der Sahara.

Hilfsorganisationen kritisieren die Bedingungen und Zustände, denen die Menschen in Tunesien ausgesetzt sind. Sie teilten mit, dass Tunesien kein sicherer Ort sei, in den Geflüchtete zurückgeschickt oder festgehalten werden dürften. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen sagte, die Achtung der Menschenrechte sei wichtig für eine "ganzheitliche" Migrationspolitik.

**Load-Date:** June 11, 2023

---

End of Document

**Deutsche Seenotretter nehmen mehr als 200 Migranten an Bord; Die "Humanity 1" hat bei mehreren Einsätzen im Mittelmeer 204 Migrantinnen und Migranten aufgenommen. Das Rettungsschiff soll im Hafen von Ancona in Italien anlegen.**

ZEIT-online

Mittwoch 12. Juli 2023 10:42 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Mittelmeer; Ausg. 1

**Length:** 276 words

**Byline:** Konstantin Zimmermann

## Body

---

Donato Fasano

Das deutsche Seenotrettungsschiff Humanity 1 im italienischen Hafen von Bari im Dezember 2022

Die Crew des deutschen Seenotrettungsschiffs *Humanity 1* hat nach eigenen Angaben vier Rettungseinsätze im zentralen Mittelmeer absolviert. Dabei seien 204 Menschen an Bord geholt worden, wie der Verein SOS Humanity mitteilte.

Die Migrantinnen und Migranten wurden demnach in internationalen Gewässern zwischen der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa und Tunesien gerettet. Unter ihnen befinden sich den Angaben zufolge mehrere schwangere Frauen sowie rund 50 unbegleitete Minderjährige darunter Kleinkinder und Babys.

Der *Humanity 1* wurde nach den Einsätzen von den italienischen Behörden der Hafen der Stadt Ancona an der mittellitalienischen Adriaküste zur Anlandung zugewiesen. Ancona liegt rund 1.400 Kilometer entfernt von den Einsatzorten des Schiffs. Die Crew geht von einer rund dreitägigen Fahrt aus und kritisierte die Zuweisung eines so weit entfernten Hafens. Die Fahrt bezeichnete sie als "eine zusätzliche und unnötige Belastung für die vulnerablen Menschen" und forderte die italienischen Behörden auf, dem Schiff einen näheren Hafen zuzuweisen.

Nach Angaben von SOS Humanity waren die vier Boote, von denen die Menschen aufgenommen wurden, von Tunesien aus gestartet. Sie waren demnach überfüllt und seeuntauglich.

Immer wieder versuchen Menschen über das zentrale Mittelmeer nach Lampedusa, Malta, Sizilien oder auf das italienische Festland zu gelangen. Das Innenministerium in Rom zählte in diesem Jahr mehr als 72.300 Menschen, die auf Booten Italien erreichten im Vorjahreszeitraum waren es rund 30.900.

**Load-Date:** July 12, 2023



Deutsche Seenotretter nehmen mehr als 200 Migranten an Bord Die "Humanity 1" hat bei mehreren Einsätzen im Mittelmeer 204 Migrantinnen und Migranten aufgenommen....

---

End of Document

**Endlich Klartext; Erstmals behandelt der Bericht der Integrationsbeauftragten nur ein Thema: Rassismus. Das Papier macht deutlich, wie er sich zeigt spart aber einen wichtigen Punkt aus.**

ZEIT-online

Mittwoch 11. Januar 2023 5:41 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Rassismus; Ausg. 1

**Length:** 1043 words

**Byline:** Christian Bangel;Manuel Bogner

## **Body**

---

Reem Alabali-Radovan (SPD), Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für **Migration, Flüchtlinge** und Integration und Beauftragte für Antirassismus, stellt den 13. Lagebericht: "Rassismus in Deutschland" in der Bundespressekonferenz vor.

Es hätte wohl keinen besseren Zeitpunkt für den ersten Rassismusbericht der Bundesregierung geben können. Noch immer tobt schließlich eine Debatte darüber, ob die Gewalt in der Silvesternacht mit verfehlter Integrationspolitik zu tun hat oder ob die CDU mittels rassistischer Stereotype einen populistischen Wahlkampf betreibt.

Expertise kann da nur helfen. Das gut hundertseitige Dokument, das Staatsministerin Reem Alabali-Radovan (SPD) heute in Berlin vorlegte, ist eine Premiere. Es ist zwar schon der 13. Lagebericht der im Kanzleramt residierenden Beauftragten für **Migration, Flüchtlinge** und Integration. Doch es ist das erste Mal, dass er sich allein dem Thema Rassismus widmet. Wie hoch die Staatsministerin das Thema hängt, lässt sich auch daran ablesen, dass sie den Rassismus bei der Vorstellung als "Gefahr für die Demokratie" bezeichnete.

Von Rassismus spricht man immer dann, wenn Menschen und Gruppen aufgrund ihrer Hautfarbe oder Herkunft als nicht zugehörig markiert, stigmatisiert und angegriffen werden ob Schwarze, Muslime oder Juden, Sinti und Roma oder andere Gruppen. Schon die Existenz eines Berichts über dieses Problem ist ein Fortschritt: Rassismus, sagt Alabali-Radovan, sei in Deutschland jahrzehntelang als Begriff vermieden worden. Stattdessen sei die Politik auf Ersatzbegriffe wie "Fremden-" oder "Ausländerfeindlichkeit" ausgewichen.

### **Erlernte rassistische Muster prägen unser aller Verhalten unbewusst**

Inzwischen steht für die übergroße Mehrheit der Deutschen die Existenz von Rassismus nicht mehr zur Debatte. So stimmten in einer repräsentativen Umfrage des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) 90 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass es Rassismus in Deutschland gibt. 22 Prozent mehr als ein Fünftel der Deutschen haben das nach eigener Aussage selbst erfahren müssen.

Endlich Klartext Erstmals behandelt der Bericht der Integrationsbeauftragten nur ein Thema: Rassismus. Das Papier macht deutlich, wie er sich zeigt spart aber e....

Nun gehört nicht besonders viel Durchblick dazu, etwa Neonazis oder hitlergrußzeigende Fußballfans als Rassisten zu erkennen. Kontrovers wird es bei der Frage, wie und wo Rassismus sonst auftritt und wie tief er auch in bürgerlichen wie linken Kreisen verankert ist. Schon die Vorstellung, dass auch erlernte rassistische Muster unser aller Verhalten unbewusst prägen, löst bei vielen Entrüstung aus.

Hier nimmt Alabali-Radovan eine klare Setzung vor. Rassismus zeige sich in vielen Formen. Der Bericht leite "wissenschaftlich fundiert" her, dass es bei Rassismus nicht nur um Gewalt und Straftaten geht, sondern auch um Alltagsrassismus und strukturellen Rassismus. Diese könnten sich in Behörden, in der Schule, bei Ärztinnen und eben auch in der Polizei zeigen.

Den Sicherheitsbehörden ist ein eigenes Unterkapitel gewidmet. "Trotz der vorbildlichen Arbeit vieler Polizistinnen und Polizisten", heißt es darin, "berichten von Rassismus betroffene Menschen hinsichtlich der Interaktion mit der Polizei immer wieder von Vorurteilen und Diskriminierung, die zu Vertrauensverlusten führen." Alabali-Radovan fordert unter anderem Beschwerdestellen, an die sich Betroffene von polizeilichen Rassismus wenden können. Bislang gibt es erst sieben in 16 Bundesländern.

Der Bericht beschreibt auch, wie struktureller Rassismus den Alltag von Betroffenen prägen kann etwa bei der Suche nach Arbeit. Für eine Studie wurden 1.500 fiktive Bewerbungen an Unternehmen verschickt. Kopftuchtragende Frauen mit türkisch gelesenen Namen mussten sich viereinhalbmal so oft bewerben wie gleich qualifizierte Frauen mit typisch deutschen Namen und ohne Kopftuch, damit sie zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen wurden.

Was also tun? Der Bericht schlägt einen Maßnahmenmix vor. So will die Bundesregierung künftig mehr Unterstützungsangebote für Betroffene schaffen. Außerdem brauche es ein "Monitoring von Diskriminierung im schulischen Bereich" sowie "Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Schulen". Auch auf dem Wohnungsmarkt sollen zunächst Informationen gesammelt werden. So soll es Studien zum "Vermietungsverhalten" von Wohnungseignerinnen geben.

Andere Maßnahmen liegen nicht im Kompetenzbereich der Staatsministerin, wie etwa eine stärkere Bekämpfung von Hatespeech im Internet, die das Justizministerium anschieben müsste. Geplant ist zudem ein Expertenrat Antirassismus mit Vertretern aus Wissenschaft und Praxis, der weitere konkrete Vorhaben erarbeiten und vorschlagen soll.

Besonders viel Geld nimmt die Bundesregierung für all das nicht in die Hand. Im Haushalt für 2023 sind zehn Millionen Euro für die Maßnahmen eingestellt, im Vorjahr waren es gerade acht Millionen Euro. Betroffenenverbände reagierten dennoch eher positiv auf den Bericht. Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) lobt in einer Stellungnahme dessen "Ausführlichkeit und Perspektive", wenn auch noch "kein Paradigmenwechsel" erkennbar sei. Die Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen (BKMO) nannte ihn einen "bedeutsamen Baustein" in der Bekämpfung rassistischer Gewalt.

### **Die AfD wird nicht einmal erwähnt**

Einen Aspekt aber meidet der Bericht vollständig: Jenen nämlich, dass auch politische und öffentliche Debatten, bei denen es um Schwarze Menschen oder People of Color geht, oft von rassistischen Stereotypen geprägt sind. Etwa wenn die CDU die Vornamen der Silvesterrandalierer öffentlich machen wollte, um deren Migrationshintergrund aufzuzeigen. Oder jüngst ein konservativer Landrat Geflüchteten pauschal vorwarf, den sozialen Frieden zu gefährden.

Dass Alabali-Radovan das Problem sieht, machte sie in der Pressekonferenz bei der Vorstellung des Berichts klar: Dort kritisierte sie Friedrich Merz' Bemerkung über die "kleinen Paschas" bei Markus Lanz. Die Bemerkung schüre rassistische Ressentiments und könne auch "zur Stigmatisierung von ganzen Gruppen" führen, sagte sie.

Endlich Klartext Erstmals behandelt der Bericht der Integrationsbeauftragten nur ein Thema: Rassismus. Das Papier macht deutlich, wie er sich zeigt spart aber e....

Warum sind solche und schlimmere Entgleisungen nicht auch im Bericht Thema? Die Frage stellt sich spätestens bei der AfD, die im Bundestag und fast allen Landtagen nun schon seit Jahren mit rassistischen Eskapaden auf sich aufmerksam macht. Doch der Name der Partei findet sich im ganzen Bericht genau: null Mal.

**Load-Date:** January 11, 2023

---

End of Document

**Nancy Faeser sieht Rufe der Kommunen nach mehr Unterstützung skeptisch; Die Innenministerin will den Zuzug von Geflüchteten nach Deutschland nicht begrenzen. Dass die Kommunen schon jetzt über knapp werdendes Geld klagen, findet sie seltsam.**

ZEIT-online

Donnerstag 6. April 2023 12:33 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Unterbringung von Flüchtlingen; Ausg. 1

**Length:** 305 words

**Byline:** Katharina James

## Body

---

Nancy Faeser

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) stellt in der Bundespressekonferenz die Kriminalstatistik für das vergangene Jahr vor.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser kann Forderungen der Kommunen nach mehr Geld vom Bund für die Unterbringung von **Geflüchteten** und **Migranten** nicht nachvollziehen. "Ich finde es seltsam, wenn jetzt schon Anfang April dieses Jahres gesagt wird, das Geld für dieses Jahr reiche nicht aus", sagte die SPD-Politikerin den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Der Bund habe im vergangenen Jahr bereits 4,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt und die Sozialleistungen für Geflüchtete aus der Ukraine übernommen. Für dieses Jahr habe der Bund den Ländern und Kommunen frühzeitig 2,75 Milliarden Euro an zusätzlicher Unterstützung zugesagt. Faeser verwies auf einen Bund-Länder-Gipfel mit Kanzler Olaf Scholz (SPD), bei dem am 10. Mai über die Flüchtlingskosten beraten werden soll.

Faeser gab zu, dass die Situation der Kommunen sehr schwer sei. Die Lage müsse gemeinsam bewältigt werden. Die Zahl der Flüchtlinge zu begrenzen, lehnte sie ab. "Wir erleben einen furchtbaren Krieg mitten in Europa. Acht von zehn Geflüchteten kommen aus der Ukraine. Da kann es keine Höchstgrenzen für Menschlichkeit geben."

Kinder und Jugendliche unter den Kriegsflüchtlingsen müssten "bestmöglich" betreut werden, auch, damit sie nicht straffällig würden, mahnte Faeser. "Menschen, die aus dem Krieg geflüchtet sind, bringen furchtbare Erfahrungen mit. Solche Gewalterfahrungen können nachwirken." Ein Drittel der mehr als eine Million geflüchteten Ukrainer in Deutschland sei unter 18 Jahre alt. Das werde auch in der Kriminalstatistik sichtbar. "Im letzten Jahr hatten wir über 3.700 tatverdächtige Kinder und Jugendliche aus der Ukraine. 2021, vor Putins Krieg, waren es wenige Hundert", sagte die Ministerin.

Nancy Faeser sieht Rufe der Kommunen nach mehr Unterstützung skeptisch Die Innenministerin will den Zuzug von Geflüchteten nach Deutschland nicht begrenzen. Das....

**Load-Date:** April 6, 2023

---

End of Document

**Joe Bidens ambivalente Einwanderungspolitik; Donald Trump nutzte die Pandemie für eine harte Grenzpolitik. Nun ist die entsprechende Regel Title 42 ausgelaufen. Ob das Migranten hilft, diskutieren wir im US-Podcast.**

ZEIT-online

Donnerstag 18. Mai 2023 8:41 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Mexiko und die USA; Ausg. 1

**Length:** 256 words

**Byline:** Rieke Havertz;Klaus Brinkbäumer

## Body

---

Jose Luis Gonzalez

In Ciudad Juarez, Mexiko, versuchen Menschen, auf Güterzüge aufzuspringen, um die USA zu erreichen.

Ted Cruz war "wütend". Das sagte der republikanische Senator aus Texas vor einigen Tagen in einem in der Grenzstadt Brownsville aufgenommenen Video. Weil die Biden-Regierung die "bewusste" Entscheidung getroffen habe, "die Grenze für etwas zu öffnen, das nicht weniger als eine Invasion ist". Anlass war das Ende der von Donald Trump während der Pandemie eingeführten Regelung Title 42, die erlaubte, Migrantinnen und Migranten ohne ordentliches Verfahren abzuschieben.

Einwanderungspolitik, das ist in den USA auch immer Wahlkampfthema. Die Republikaner werden es zu einem ihrer Topthemen machen, um die Regierung von Joe Biden und den Präsidenten selbst zu kritisieren. Biden hatte angekündigt, dass Title 42 wie alle nationalen Coronamaßnahmen vergangene Woche beendet würden. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Grenze nun offen ist, wie Cruz behauptete. Auch die Biden-Regierung greift auf Regelungen zurück, die eine schnelle Abschiebung von Menschen ermöglicht, die nicht legal einreisen.

Welche Einwanderungspolitik Biden verfolgt und was das für Migrantinnen und Migranten bedeutet, diskutieren wir im US-Podcast. Außerdem beantworten wir Fragen unserer Hörerinnen und Hörer.

Und im *get-out* : der Roman *Victory City* von Salman Rushdi und das japanische Viertel Japantown in San Francisco.

Der Podcast erscheint alle zwei Wochen donnerstags.

Sie erreichen uns per Mail an [okamerica@zeit.de](mailto:okamerica@zeit.de)

**Load-Date:** May 18, 2023

Joe Bidens ambivalente Einwanderungspolitik Donald Trump nutzte die Pandemie für eine harte Grenzpolitik.  
Nun ist die entsprechende Regel Title 42 ausgelaufen. ....

---

End of Document



**Grüne Jugend wirft Bundesregierung "Entrechtung von Geflüchteten" vor;  
Bei ihrem Bundeskongress rechnet die Grüne Jugend mit der  
Bundesregierung ab - und mit ihrer Mutterpartei. Man wolle kein "Robert-  
Annalena-Ampel-Fanclub" sein.**

ZEIT-online

Sonntag 22. Oktober 2023 12:14 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 522 words

**Byline:** Mathias Peer

## Body

---

Die neue Führung der Grünen Jugend hat der Ampelkoalition eine "menschenfeindliche Abschottungspolitik" vorgeworfen. Die aktuelle **Migrationspolitik** sei "schäbig" und habe "nichts mit der Realität zu tun", sagte die neue Bundessprecherin Katharina Stolla auf dem Bundeskongress der Grünen-Nachwuchsorganisation. Die Grünen sollten "endlich die Entrechtung von **Geflüchteten**" stoppen und sich "diesem Rechtsruck entgegenstellen", sagte die 25-Jährige. Dass die Grünen dem von der Regierung beschlossenen **Migrationspaket** zugestimmt haben, sei "nicht nur moralisch fragwürdig, sondern auch strategisch falsch".

Neben Stolla wurde auch die 25-jährige Medizinstudentin Svenja Appuhn an die Spitze der Organisation gewählt. Appuhn nannte die Klimakrise einen Verteilungskonflikt und verlangte das Ende einer Politik, die "einen leeren Geldbeutel gegen das Ende des Planeten ausspielt". Von Grünen-Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck forderte sie: "Wir erwarten eine Klimapolitik, die die soziale Frage immer zuerst klärt."

Auch die bisherige Bundessprecherin der Grünen Jugend, Sarah Lee Heinrich, kritisierte die Arbeit der Bundesregierung. "Meine Solidarität mit der Ampel ist am Ende", sagte sie. Timon Dzienus, der sich ebenfalls als Bundessprecher aus dem Amt verabschiedete, schloss sich der Kritik an. "Ich bin froh, dass wir nicht zu einem Robert-Annalena-Ampel-Fanclub geworden sind", sagte er mit Blick auf Vizekanzler Robert Habeck und Außenministerin Annalena Baerbock.

### **Ricarda Lang lobt Arbeit der Grünen Jugend**

Die Grünen-Bundessvorsitzende Ricarda Lang kam zu dem Kongress und stellte sich einigen Kritikpunkten. Die Einführung des Klimageldes sei eins der wichtigsten Vorhaben in dieser Legislatur, sagte sie. Mit dem Klimageld sollen Einnahmen des Staates aus dem CO<sub>2</sub>-Preis an die Bürger zurückfließen.

Grüne Jugend wirft Bundesregierung "Entrechtung von Geflüchteten" vor Bei ihrem Bundeskongress rechnet die Grüne Jugend mit der Bundesregierung ab - und mit ihr....

Um die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland zu verbessern, müsse in die soziale Infrastruktur von Kommunen investiert werden, sagte Lang. Darüber hinaus lobte sie die Arbeit der Parteijugend. Sie habe es geschafft, Bündnisse mit Klimabewegungen zu stärken und auszubauen.

Der Bundeskongress ist das oberste Organ der Grünen Jugend. Unter dem Motto "Solidarität Grenzenlos!" forderte die Nachwuchsorganisation bei ihrem 57. Kongress "wieder mehr internationale Solidarität". Im Zentrum der Debatten standen Themen wie Umverteilung, Migration, das Erstarken der AfD und soziale Gerechtigkeit.

Elias Keilhauer/Grüne Jugend Katharina Stolla (l) und Svenja Appuhn, Bewerberinnen um den Vorsitz der Grünen Jugend, aufgenommen in Berlin. Um den Vorsitz der Grünen Jugend bewerben sich gemeinsam zwei Frauen, die ambitionierteren Klimaschutz und mehr Umverteilung einfordern. Beide gehören bereits dem Vorstand der Jugendorganisation der Grünen an. Elias Keilhauer/Grüne Jugend Katharina Stolla (l) und Svenja Appuhn, Bewerberinnen um den Vorsitz der Grünen Jugend, aufgenommen in Berlin. Um den Vorsitz der Grünen Jugend bewerben sich gemeinsam zwei Frauen, die ambitionierteren Klimaschutz und mehr Umverteilung einfordern. Beide gehören bereits dem Vorstand der Jugendorganisation der Grünen an.

**Load-Date:** October 22, 2023

## Matteo Salvini lauert schon; Die illegale Migration aus Afrika nach Italien ist sprunghaft gestiegen. Ministerpräsidentin Meloni müht sich, sie zu steuern, ihre rechte Koalition steht unter Druck.

ZEIT-online

Freitag 14. April 2023 1:05 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Giorgia Meloni; Ausg. 1

**Length:** 836 words

**Byline:** Ulrich Ladurner

### Body

---

Giacomo Zorzi Seawatch.org

Ein am 9. April im Mittelmeer in Seenot geratenes Boot mit rund 400 Menschen an Bord.

Als Giorgia Meloni im September letzten Jahres die Wahlen gewann, erwarteten die Italiener und Italienerinnen, dass sie eines ihrer zentralen Wahlversprechen einlösen würde: die illegale **Migration** einzudämmen. Das ist ihr bisher nicht gelungen, im Gegenteil. Seit Anfang des Jahres sind über 31.000 **Migranten** und **Geflüchtete** über das Mittelmeer nach Italien gekommen. Das ist im Vergleich zum Jahr 2022 eine Vervierfachung. Die Regierung hat wegen dieses sprunghaften Anstiegs nun den landesweiten Notstand ausgerufen.

Das bedeutet in erster Linie, dass die von **Migration** am stärksten betroffenen Regionen schneller an finanzielle Mittel kommen können. Fünf Millionen Euro hat die Regierung für Sizilien und Kalabrien bereits freigegeben. Damit sollen neue Aufnahmezentren finanziert werden. So weit, so gut.

Wer den Notstand ausrufen muss, der gesteht allerdings auch ein, dass er einer Sache nicht mehr Herr wird und zu den äußersten verfügbaren Mitteln greifen muss. In all dem Martialischen ist die Hilflosigkeit spürbar. Es stellt sich daher die Frage, ob Meloni zu viel versprochen hat und ob sie die Gunst ihrer Wähler bald schon verlieren könnte.

#### Libyen und auch Tunesien sind Krisenstaaten

Man muss fairerweise sagen, dass die Ministerpräsidentin ohnehin nie eine völlige Abschottung Italiens versprochen hat, sondern den entschlossenen Kampf gegen illegale Migration. Sie wählte dafür mehrere Mittel. Zum einen machte sie den privaten Seenotrettern das Leben noch schwerer, zum anderen verschärfte sie die Maßnahmen gegen die Schlepperbanden.

So umstritten die Maßnahmen gegen die privaten Seenotretter sind, so konsensfähig ist in Italien der Kampf gegen Menschen schmuggler. Doch Meloni will sich nicht nur auf Repression verlassen. Sie stellte auch in Aussicht, mehr und einfacher zu beschreitende, legale Wege für Migranten und Geflüchtete zu schaffen. Auch das

Matteo Salvini lauert schon Die illegale Migration aus Afrika nach Italien ist sprunghaft gestiegen.  
Ministerpräsidentin Meloni müht sich, sie zu steuern, ihre ....

Ist in Italien weniger umstritten, als es den Anschein haben mag. Wahrscheinlich ist es auch noch zu früh, um zu beurteilen, ob all diese Maßnahmen Wirkung zeigen. Die Italiener jedenfalls haben bisher offenbar Geduld mit Meloni, sie geben ihre Zeit, sich zu bewähren. Jedoch wird alles, was sie bislang unternommen hat, von den steigenden Migrationszahlen konterkariert und von den Toten.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind 441 Menschen im Mittelmeer ertrunken, so viele wie seit 2017 nicht mehr. Es gibt keine Aussicht, dass weniger Menschen kommen werden. Die italienischen Geheimdienste haben vor einigen Wochen die italienische Öffentlichkeit wissen lassen, dass sie mit mehr als 700.000 Migrantinnen und Migranten rechnen, die jenseits des Mittelmeers übersetzen wollten. Ob glaubwürdig oder nicht: Sicher ist, dass dort eine der Ursachen für den rasant steigenden Migrationsdruck zu suchen ist.

Ein großer Teil derjenigen, die von Afrika aus nach Europa wollen, legt mit Booten von der libyschen Küste ab. Das Land ist seit dem gewaltsamen Sturz des Diktators Muammar al-Gaddafi nie zur Ruhe gekommen und ein Paradies für Menschenschmuggler. Das ist hinlänglich bekannt. Doch seit einiger Zeit steckt auch Tunesien in einer schweren Krise, das Land, in dem 2011 der Arabische Frühling begann und mit dem viele Hoffnungen verbunden waren. Die Wirtschaft ist marode, Korruption grassiert, die Demokratie wird von dem sich zum autoritären Herrscher entwickelnden Präsidenten Kais Saed ausgehöhlt.

### **Minister Salvini nutzt die Situation aus**

Es herrscht eine allgemeine Desillusionierung, die viele Tunesierinnen und Tunesier dazu bringt, den gefährlichen Weg über das Meer zu nehmen. Dazu kommen Tausende Afrikanerinnen und Afrikaner aus Subsahara-Afrika, die sich in dem Land nicht mehr sicher fühlen, seit Präsident Saed übel gegen sie hetzt. Erschwerend kommt hinzu, dass Europa rapide an Einfluss in Tunesien verliert, obwohl es sich in den letzten Jahren dort finanziell stark engagiert hat. Damit verringern sich auch für die italienische Ministerpräsidentin die Möglichkeiten, Migration zu steuern.

Der steigenden Migrationsdruck hat das Potenzial, Melonis Koalition zu destabilisieren. Denn einer ihrer Minister ist Matteo Salvini. Der Chef der Lega war von 2018 bis 2019 Innenminister und lässt bei jeder Gelegenheit durchblicken, dass er es besser gemacht hatte. In seiner Amtszeit kamen tatsächlich weniger Menschen über das Mittelmeer nach Italien.

Salvini hat Gründe für sein Verhalten: Giorgia Melonis Partei Fratelli d'Italia hatte die Lega von Salvini bei den Wahlen im September deklassiert. Meloni kam auf 26 Prozent, Salvinis Lega auf etwas über acht. Dabei stand Salvini zwei Jahre zuvor in Umfragen bei fast 30 Prozent. Da will der Mann wieder hin, und ein Vehikel dafür ist das Migrationsthema. Bekommt Meloni dieses nicht in den Griff, wird Salvini den Druck auf sie weiter verstärken.

**Load-Date:** April 14, 2023

**Eine Tonalität, die verstört; Einst wollte die CDU "jünger, weiblicher und bunter" werden. Doch viele Menschen mit Migrationsgeschichte verschreckt sie zuletzt eher zu ihrem eigenen Schaden.**

ZEIT-online

Dienstag 24. Januar 2023 8:15 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** CDU und Migration; Ausg. 1

**Length:** 1798 words

**Byline:** Katharina Schuler

## Body

---

Michele Tantussi

Friedrich Merz (CDU), CDU-Bundesvorsitzender und Unionsfraktionsvorsitzender, im Bundestag

An einem Abend im Oktober 2014 war im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin richtig was los. Etwa 500 Menschen waren gekommen, um mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel über Integration zu diskutieren. Im Publikum saßen Frauen mit und ohne Kopftuch, Menschen mit unterschiedlicher Haut- und Haarfarbe, manche leger gekleidet, manche ganz konventionell mit Anzug und Krawatte. "Noch nie waren so viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Konrad-Adenauer-Haus", freute sich Cemile Giousouf, die erste muslimische Bundestagsabgeordnete der CDU, damals.

Die Veranstaltung ging auf das Konto des damals noch recht neuen Generalsekretärs Peter Tauber. Er hatte schon kurz nach Amtsantritt im Dezember 2013 die Devise ausgegeben, die CDU solle nicht nur jünger und weiblicher, sondern auch "bunter" werden. Gemeint war damit auch: attraktiver für Menschen mit **Migrationsgeschichte**. Wenn man heute mit CDU-Mitgliedern mit **Migrationshintergrund** über diesen Abend redet, bekommen sie immer noch glänzende Augen. Für viele war es eine Art emotionaler Höhepunkt im Verhältnis zu ihrer Partei. Damals habe man wirklich das Gefühl gehabt, "wir sind jetzt angekommen", sagt eine, die dabei war.

Von dieser Stimmung ist im Januar 2023 nicht mehr viel übrig. Mit den jüngsten Äußerungen von Parteichef Friedrich Merz, der sich über die Kinder von Zugewanderten als "kleine Paschas" mokierte, oder nach der Anfrage des CDU-Landesverbands Berlin nach den Vornamen der Silvesterrandalierer scheint derzeit vielmehr ein neuer Tiefpunkt im Verhältnis der Partei zu ihren migrantischen Mitgliedern und Wählerinnen erreicht zu sein. Es ist eine Entwicklung, die der CDU noch gefährlich werden könnte. Denn Menschen mit Migrationsgeschichte machen schon heute knapp 30 Prozent der Bevölkerung aus. Keine Partei kann es sich leisten, eine so große Gruppe dauerhaft vor den Kopf zu stoßen.

**Extrem frustrierend**

Eine Tonalität, die verstört Einst wollte die CDU "jünger, weiblicher und bunter" werden. Doch viele Menschen mit Migrationsgeschichte verschreckt sie zuletzt e....

Doch genau das geschieht im Moment. "Es ist extrem frustrierend, dass bei einigen immer noch nicht angekommen ist, wie wichtig eine sensible Sprache ist, und dass man mit solchen Äußerungen auch die gut Integrierten trifft", sagt ein Parteimitglied, das sich seit vielen Jahren in unterschiedlichen Zusammenhängen dafür engagiert, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte einen Platz in der CDU finden. "Das ist eine Tonalität, die verstört", sagt ein anderes langjähriges Mitglied. "Offenbar gibt es in der CDU im Moment wieder viele, die in einer migrationskritischen Haltung ein Alleinstellungsmerkmal der Partei sehen", glaubt auch der frühere CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz. "Da war die Partei zu Zeiten von Angela Merkel schon mal weiter."

Gerade die, die aktuell Ämter oder Mandate begleiten, wollen sich allerdings ungern öffentlich äußern. Im Wahlkampf falle man der eigenen Partei nicht in den Rücken, sagt eine von ihnen mit Blick auf die Landtagswahl in Berlin.

Aladdin Beiersdorf-Ei Schallah ist da weniger zurückhaltend. Er ist Ortsvorsitzender und Ratsmitglied in St. Augustin bei Bonn. "Unterirdisch", nennt er die Äußerungen seines Parteivorsitzenden. Manchen sei leider nicht bewusst, wie viel "Alltagsrassismus in manchen Aussagen steckt". Er selbst ist als Sohn syrischer Eltern in Bonn aufgewachsen. Wie ein "kleiner Pascha" habe er sich dennoch nie verhalten. "Und ich weiß auch, was mein Vater mir gesagt hätte, wenn ich es getan hätte." Auch deswegen verletzen ihn Äußerungen wie die von Merz. Ein bestimmtes Verhalten werde auf den Migrationshintergrund, im Zweifelsfall auch auf die Religion zurückgeführt, statt nach den eigentlichen Ursachen zu suchen, sagt Beiersdorf-Ei Schallah.

### **Eine längere Entwicklung**

Die jetzigen Äußerungen sind allerdings nur der neuerliche Höhepunkt einer Entwicklung, die schon deutlich vor Merz eingesetzt hat. Spätestens 2016 sei es mit dem positiven Aufbruch vorbei gewesen, sind sich viele Parteimitglieder mit Migrationsgeschichte einig. Mit dem Zuzug der vielen Flüchtlinge und dem gleichzeitigen Aufstieg der AfD änderte sich die Tonlage der Partei. Über Integration wurde nun vor allem wieder in Zusammenhang mit Straftaten und Kriminalität gesprochen. Die rechte Stammklientel zu halten, hatte wieder Vorrang vor dem Ziel, vielfältiger zu werden und so neue Wählergruppen zu erreichen.

"In den vergangenen Jahren sind wir strukturell kaum vorangekommen", klagt ein Mitglied mit Migrationsgeschichte. Nach wie vor seien Menschen wie sie selbst in der Partei eine kleine, kaum sichtbare Minderheit. So liegt der Anteil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in der Unionsbundestagsfraktion mit heute 4,1 Prozent sogar noch hinter dem der AfD. Unter den acht Unionsbundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund befinden sich zudem Menschen wie Freiherr Christian von Stetten, der zweifellos jede Vornamensprüfung unbeschadet überstehen würde, auch wenn seine Mutter Schweizerin ist. Nur eine einzige, nämlich Serap Güler, Tochter türkischer Gastarbeiter, hat einen nicht europäischen Migrationshintergrund.

In Präsidium und Vorstand der CDU insgesamt 67 Mitglieder sind es derzeit zwei. Neben Güler sitzt dort mit Joe Chialo noch ein Mann, dessen Eltern aus Tansania stammten. 2012 waren es schon mal vier Menschen mit nicht europäischen Wurzeln. Anders als etwa in der SPD oder bei den Grünen gibt es derzeit bei der Union auch keine Arbeitsgemeinschaft auf Bundesebene, die sich speziell um das Thema Integration kümmert. Immerhin kündigte CDU-Generalsekretär Mario Czaja bei der Klausurtagung in der vergangenen Woche an, das Netzwerk Integration in der CDU-Zentrale wiederbeleben zu wollen, das es seit der Wahl 2021 nicht mehr gibt.

Eine Übersicht darüber, wie viele Parteimitglieder, Menschen mit Parteiämtern oder Mandatsträgerinnen auf unteren Ebenen der Partei einen Migrationshintergrund haben, gibt es nicht. Statistisch wird das nicht erfasst. An prominenter und damit sichtbarer Stelle allerdings gibt es außer der Bundestagsabgeordneten Serap Güler derzeit kaum noch jemanden. Während die Grünen fünf Landes- und einen Bundesminister mit Migrationsgeschichte stellen, die SPD mit Reem Alabali-Radovan auf eine Staatsministerin im Bundeskanzleramt und Aydan Özouz auf eine Vizebundestagspräsidentin verweisen kann, gibt es keinen einzigen entsprechenden CDU-Landesminister.

Dabei stellte die CDU mit der niedersächsischen Familienministerin Aygül Özkan 2010 sogar die erste muslimische Landesministerin in Deutschland überhaupt. Treibende Figur im Hintergrund war damals der niedersächsische

Eine Tonalität, die verstört Einst wollte die CDU "jünger, weiblicher und bunter" werden. Doch viele Menschen mit Migrationsgeschichte verschreckt sie zuletzt e....

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU). "Der Islam gehört zu Deutschland", sagte er später als Bundespräsident, Özkan's Berufung war dafür in gewisser Weise schon im Vorfeld der Beleg.

Doch diese Zeiten scheinen in der CDU vorbei zu sein. Manche Mitglieder mit Migrationsgeschichte hätten mittlerweile aufgegeben, hört man, wenn man mit denen spricht, die noch da sind. Der Frust darüber, dass Menschen migrantischer Herkunft innerhalb der Partei doch nicht sichtbar werden, lähme das Engagement genauso wie die immer wiederkehrenden zermürenden Integrationsdebatten. "Guck doch mal, was dein Parteivorsitzender da wieder gesagt hat", hört auch Beiersdorf-EI Schallah, wenn er versucht, Menschen mit einer ähnlichen Biografie wie der seinen für eine Mitarbeit in der CDU zu gewinnen. Auch bei Wahlen werde es zunehmend schwieriger, Menschen mit Migrationsgeschichte noch für die Union zu begeistern, berichtet ein anderes Mitglied aus Nordrhein-Westfalen.

### **Eine gefährliche Entwicklung**

Dass diese Entwicklung der Partei gefährlich werden kann, weiß man theoretisch auch im Konrad-Adenauer-Haus. Die 30-Prozent-Marke sei für die Union im Moment eine gläserne Decke, sagte Generalsekretär Mario Czaja kurz vor Weihnachten der *Süddeutschen Zeitung*. Akzeptanzprobleme sieht er vor allem bei drei Gruppen: Frauen, jungen Familien und Menschen mit Migrationsgeschichte.

"Uns ist es in der Vergangenheit zu wenig gelungen, hier Dialogkanäle zu öffnen und auch offenzuhalten", fügte Czaja nun in einem *Spiegel*-Interview selbstkritisch hinzu. Das wolle man in Zukunft deutlich besser machen. Nur wird der Generalsekretär vermutlich wenig bewirken können, solange führende Mitglieder seiner Partei Aktionen wie die Vornamenabfrage für eine gute Idee halten und der Parteivorsitzende sich in Talkshows zu Themen äußert, als säße er gerade in seiner Kneipe am Stammtisch.

Dass es auch anders geht, beweist der CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen. Das Engagement von Armin Laschet, innerparteilich seit seiner Zeit als Integrationsminister mitunter als Türken-Armin verspottet, hat hier offenbar langfristig nachgewirkt. Jedenfalls bescheinigen viele Mitglieder mit Migrationsgeschichte der dortigen Landesregierung eine andere Sensibilität im Umgang mit dem Thema. Im Zuge der Silvesterdebatte zeigte sich das beispielsweise daran, dass die CDU in NRW über Sicherheitsprobleme sprach, statt eine Integrationsdebatte zu führen.

### **Ein Lernprozess, der noch im Gange ist**

Wie wirkungsvoll die richtige Ansprache ist, belegt auch das Beispiel von Beiersdorf-EI Schallah. Dass er mittlerweile Stadtverbandsvorsitzender und Ratsmitglied in Köln ist, ist eine direkte Folge der Charmeoffensive, die die CDU gegenüber den migrantischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern unter Peter Tauber ins Leben rief. 2016 sah Beiersdorf-EI Schallah ein Fernsehinterview mit dem damaligen Generalsekretär, noch am selben Abend füllte er online das Beitrittsformular aus.

In den folgenden Jahren machte er dann gleichwohl die Erfahrung, dass die neue Willkommenskultur noch nicht überall in der Partei angekommen war. Manche zur Begrüßung ausgestreckte Hand sei in seinem Ortsverband auch wieder zurückgezogen worden, als die alteingesessenen Mitglieder den Namen des Neuen hörten, berichtet er. Auch als er vier Jahre später Vorsitzender des Stadtverbands werden wollte, stieß Beiersdorf-EI Schallah auf erheblichen Widerstand. "Das hatte nicht nur mit meinem Migrationshintergrund zu tun, teilweise war es auch normales Ellenbogenverhalten", sagt er heute. Zwischen den Zeilen wurde ihm aber schon deutlich gemacht, dass auch seine Herkunft der Grund dafür war, dass manche ihn für nicht geeignet erachteten.

Am Ende überzeugte er die Mehrheit der Mitglieder dann doch, auch weil er viele Einzelgespräche führte. "Die Leute haben gesehen, welche Ideen ich umsetzen möchte und was ich an Zeit einzubringen bereit bin", sagt er. Trotzdem würde er sich auch heute wieder für die CDU entscheiden. "Es hat einen Lernprozess gegeben, der immer noch im Gang ist", sagt er. Viele Vorurteile, auf die er anfangs gestoßen sei, hätten sich mittlerweile erledigt. Es ist ein Lernprozess im Kleinen, der der Partei als Ganzer wohl erst noch bevorsteht.

Eine Tonalität, die verstört. Einst wollte die CDU "jünger, weiblicher und bunter" werden. Doch viele Menschen mit Migrationsgeschichte verschreckt sie zuletzt e....

**Load-Date:** January 24, 2023

---

End of Document



**Griechischer Minister nach Bränden zurückgetreten; Die Feuerwehr in Griechenland habe zu lange gebraucht, um die Waldbrände in den Griff zu bekommen, sagt der zuständige Minister. Er gibt sein Amt ab.**

ZEIT-online

Freitag 28. Juli 2023 1:30 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Griechenland; Ausg. 1

**Length:** 405 words

**Byline:** Sarah Lena Grahn

## Body

---

ANE Edition

Notis Mitarakis, Griechenlands Minister für **Migration** und **Asyl** am Rednerpult beim Besuch des griechischen Premierministers Kyriakos Mitsotakis im neuen geschlossenen Zentrum ZERVOU für die Unterbringung von **Asylbewerbern** und im alten Aufnahme- und Identifizierungszentrum in Vathi, Samos, Freitag, 1. Oktober 2021.

Der für die griechischen Sicherheitskräfte zuständige Bürgerschutzminister Notis Mitarakis ist zurückgetreten. Dies teilte das Büro von Regierungschef Kyriakos Mitsotakis mit. Der Rücktritt sei akzeptiert worden, hieß es. Nach Berichten griechischer Medien trat Mitarakis zurück, weil es der griechischen Feuerwehr in den vergangenen zehn Tagen nicht gelungen war, die zahlreichen Wald- und Buschbrände in Griechenland in den Griff zu bekommen.

Zudem war Mitarakis während dieser schweren Krise auf einer griechischen Insel im Urlaub, wie die Athener Zeitung *Kathimerini* berichtete. In Griechenland hatten Wald- und Buschbrände schwere Schäden angerichtet.

Die Brände sind derweil in allen Regionen Griechenlands unter Kontrolle gebracht oder gelöscht worden. Das sagte der griechische Minister für Klimawandel und Katastrophenschutz, Vassilis Kikilias. In den vergangenen zehn Tagen sind demnach landesweit 667 Wald- und Buschbrände gezählt worden. Die Brandgefahr bleibe wegen der Trockenheit und der Winde weiter groß, hieß es seitens der Meteorologen und des Zivildiensts in Athen.

### Nur noch wenige Brandherde auf Rhodos

Drei tote Bürger seien zu beklagen, sagte Kikilias. Zudem starben zwei Piloten, als ihr Löschflugzeug abstürzte. 74 Feuerwehrleute seien verletzt worden. Verantwortlich seien dafür Brandstifter, denn in den meisten Fällen sei fahrlässiges Handeln die Brandursache.

Griechischer Minister nach Bränden zurückgetreten Die Feuerwehr in Griechenland habe zu lange gebraucht, um die Waldbrände in den Griff zu bekommen, sagt der zu....

Im Südosten der Ferieninsel Rhodos rund um Lindos sind fast alle Brände gelöscht, berichtete der staatliche Regionalsender der Stadt von Rhodos. Einige wenige Brandherde werden nach und nach beseitigt. Die Einwohner kehrten zurück und fingen mit den Räumungsarbeiten an.

Der griechische Zivilschutz veröffentlichte eine Karte mit der Waldbrandgefahr am Samstag. Für große Teile Mittelgriechenlands und vielen Inseln der Ägäis wird demnach die zweithöchste Alarmstufe herrschen. Eine fast zweiwöchige Hitzewelle ist am Vortag geendet. Am frühen Freitagnachmittag zeigten die Thermometer in fast allen Landesteilen für die Jahreszeit normale Temperaturen um die 36 Grad.

**Load-Date:** July 28, 2023

---

End of Document

**Landkreistag warnt vor deutlich steigenden Flüchtlingszahlen; Die Bundesregierung müsse sich für einen besseren Schutz der EU-Grenzen einsetzen, fordert der Landkreistag. Die aktuelle Situation berge "enormen sozialen Sprengstoff".**

ZEIT-online

Samstag 18. Februar 2023 1:52 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 395 words

**Byline:** Mathias Peer

## Body

---

Philipp von Dittfurth

Zwei Bewohner einer Landeserstaufnahmeeinrichtung in Baden-Württemberg: Kommunen fordern mehr Unterstützung von der Bundesregierung.

Der Präsident des Landkreistages, Reinhard Sager, zeigt sich besorgt zur **Flüchtlingssituation** in Deutschland. "Im Januar kamen rund 30.000 **Flüchtlinge** aus Drittstaaten zu uns. Wenn es so weitergeht, werden wir in diesem Jahr deutlich über dem Wert von 2022 liegen", sagte er der *Bild* -Zeitung. Im vergangenen Jahr waren laut dem Blatt rund 220.000 **Flüchtlinge** aus Drittstaaten nach Deutschland gekommen.

Sager kritisierte, er verstehe nicht, warum die Hilferufe der Kommunen im Kanzleramt bislang verhallten. Er forderte neben einem Flüchtlingsgipfel mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) "ein ganzes Bündel an Maßnahmen". Scholz müsse das Thema "zur Chefsache machen. Sonst droht den Kommunen der Kollaps", sagte Sager. Die Bundesregierung agiere bisher zu zögerlich und müsse sich unter anderem stärker dafür einsetzen, die EU-Außengrenzen zu schützen.

Der Verbandschef warnte zudem vor sozialen Unruhen. "Die aktuelle Situation birgt enormen sozialen Sprengstoff. Die Menschen fangen an, am Rechtsstaat zu zweifeln", sagte Sager. "Wir sehen ja schon, wie einzelne rechte Gruppen die Lage missbrauchen und ausschachten wollen. Das darf auf keinen Fall passieren."

Einer am Freitag veröffentlichten Umfrage zufolge hält eine Mehrheit der Menschen in Deutschland die Situation hingegen für beherrschbar. Laut dem ZDF-Politbarometer sind 57 Prozent der Meinung, dass Deutschland die Flüchtlingszahlen verkraften kann, 40 Prozent sind der gegenteiligen Auffassung. Unzufrieden sind viele mit der Unterstützung des Bundes für die Kommunen bei der Unterbringung der Flüchtlinge. Zwei Drittel der Befragten finden, der Bund tue nicht genug. Nur 22 Prozent halten die Unterstützung für ausreichend.

Landkreistag warnt vor deutlich steigenden Flüchtlingszahlen Die Bundesregierung müsse sich für einen besseren Schutz der EU-Grenzen einsetzen, fordert der Land....

Bei einem Gipfel am Donnerstag in Berlin hatten Bund, Länder und Kommunen eine bessere Abstimmung zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen vereinbart. So sollen ständig aktualisierte Daten zur Aufnahme von Flüchtlingen in den verschiedenen Bundesländern künftig für alle verantwortlichen Behörden digital zugänglich sein. Über mögliche zusätzliche Finanzhilfen des Bundes zur Bewältigung der Aufgaben werde es um Ostern weitere Gespräche geben, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nach dem Treffen.

**Load-Date:** February 18, 2023

---

End of Document

**US-Regierung will gegen Barriere im Rio Grande klagen; Der Bundesstaat Texas versucht mit Bojen im Grenzfluss zu Mexiko, Migranten abzuhalten. Das US-Justizministerium hat das Vorgehen als rechtswidrig eingestuft.**

ZEIT-online

Samstag 22. Juli 2023 6:31 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migrationspolitik; Ausg. 1

**Length:** 255 words

**Byline:** Nina Monecke

## Body

---

Suzanne Cordeiro

**Migranten** am 16. Juli 2023 in Eagle Pass, Texas

Das US-Justizministerium hält die Barriere im Fluss Rio Grande im Bundesstaat Texas für rechtswidrig. "Die schwimmende Barriere stellt ein Risiko für die Schifffahrt und die öffentliche Sicherheit im Rio Grande dar und ist aus humanitärer Sicht bedenklich", teilte das Ministerium in einem Schreiben an den texanischen Gouverneur Greg Abbott mit. Darin informierte die Regierung von Präsident Joe Biden Texas, dass das Justizministerium Klage erheben werde, falls die mehr als 300 Meter lange Barriere in der Nähe der texanischen Grenzstadt Eagle Pass nicht entfernt werde.

Auf Twitter schrieb Gouverneur Abbott, dass Texas rechtmäßig handle. "Texas hat die souveräne Autorität, unsere Grenze zu verteidigen." Er hatte die Errichtung der schwimmenden Sperre angeordnet, die Grenzübertritte für Migrantinnen und Migranten noch gefährlicher machen könnte. Abbott gibt an, mit einer Reihe milliardenschwerer Maßnahmen die 1.930 Kilometer lange Grenze seines Bundesstaates zu Mexiko sichern zu wollen. Unter anderem wurden auch Stacheldrahtzäune errichtet.

Das als "Operation Lone Star" bekannte Vorhaben war erneut kritisiert worden, nachdem ein Polizist schwere Vorwürfe erhoben hatte. Er berichtete, dass Migranten Wasser verweigert worden sei und der Befehl gegeben worden sei, die Menschen in den Rio Grande zurückzudrängen. Das texanische Ministerium für öffentliche Sicherheit teilte diese Woche mit, dass die geschilderten Vorkommnisse intern untersucht würden.

**Load-Date:** July 22, 2023

**Flüchten Menschen wirklich wegen 410 Euro nach Deutschland?; Seit der populistischen Zahnersatzaussage von CDU-Chef Friedrich Merz wird über die Höhe von Sozialleistungen diskutiert. Außerdem im Podcast: 33 Jahre Wiedervereinigung.**

ZEIT-online

Dienstag 3. Oktober 2023 6:03 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Asylpolitik; Ausg. 1

**Length:** 337 words

**Byline:** Constanze Kainz

## Body

---

In der vergangenen Woche hat der CDU-Chef Friedrich Merz erneut die Debatte um Sozialleistungen für **Geflüchtete** entfacht. In einer Talkshow hatte er behauptet, abgelehnte, aber geduldete **Geflüchtete** würden den deutschen Bürgerinnen und Bürgern die Zahnarzttermine wegnehmen. Schon zuvor behauptete Merz immer wieder, die Sozialleistungen in Deutschland seien sogenannte Pull-Faktoren, also mit dafür verantwortlich, dass mehr **Geflüchtete** nach Deutschland kommen wollen. Laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales erhalten alleinstehende, erwachsene **Geflüchtete** in Deutschland 410 Euro pro Monat, Paare 369 Euro und Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren bekommen 364 Euro. Wie hoch liegen die deutschen Sozialleistungen im internationalen Vergleich? Und welchen Einfluss haben sie wirklich auf **Migrationsentscheidungen**? Diese und weitere Fragen beantwortet Mark Schieritz, stellvertretender Ressortleiter im Ressort Politik von der ZEIT.

Vor 33 Jahren, am 3. Oktober 1990, trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland mit dem Einigungsvertrag bei. Nach 45 Jahren wurde aus Ost- und Westdeutschland wieder ein Staat. Doch auch 33 Jahre nach der offiziellen Wiedervereinigung gibt es Unterschiede zwischen Ost und West. Auch wenn sie in vielen Bereichen, zum Beispiel bei den Renten, abgebaut werden konnten, bei anderen Themen bleiben die Unterschiede sichtbar, wie der aktuelle Bericht zur Deutschen Einheit zeigt. So liegt laut dem Bericht das durchschnittliche verfügbare Einkommen eines Privathaushalts in Ostdeutschland noch immer elf Prozent unter dem eines West-Haushalts. Wie es heute um die innere Einheit Deutschlands steht und ob diese überhaupt das Ziel sein sollte, analysiert die ZEIT-Autorin Jana Hensel im Podcast.

Alles außer Putzen: Was-Jetzt?-Sonderfolge - Die überforderte Insel.

Moderation und Produktion: Constanze Kainz

Mitarbeit: Sophia Boddenberg und Olga Ellinghaus

Flüchten Menschen wirklich wegen 410 Euro nach Deutschland? Seit der populistischen Zahnersatzaussage von CDU-Chef Friedrich Merz wird über die Höhe von Sozial....

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter [wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de)

**Load-Date:** October 3, 2023

---

End of Document

**Wie man Menschen wegdelegiert; Amerika, Land der Zuflucht und der Freiheit? Darauf hoffen viele Asylsuchende vergeblich. Die Regierung von Joe Biden will sie künftig ganz von den Grenzen fernhalten.**

ZEIT-online

Montag 27. Februar 2023 6:48 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migrationspolitik der USA; Ausg. 1

**Length:** 1541 words

**Byline:** Johanna Roth

## Body

---

Jose Luis Gonzalez

"Schickt mir eure Erschöpften, eure Armen, eure geknechteten Massen, die sich danach sehnen, frei zu atmen", diese Worte stehen seit rund 120 Jahren auf einer Plakette am Sockel der New Yorker Freiheitsstatue. Von diesem Anspruch hat sich die US-Einwanderungspolitik längst entfernt. Hunderttausende Erschöpfte, Arme, Geknechtete kommen jedes Jahr aus dem Süden über Mexiko an die Grenze der Vereinigten Staaten. Aber die bleibt den meisten verschlossen. Und das hat wenig damit zu tun, wer gerade den Präsidenten stellt, die Republikanische oder die Demokratische Partei.

Es war die Regierung von Donald Trump, die die Corona-Krise ausnutzte, um ihre Abschottungspolitik durchzusetzen. Sie setzte im März 2020 die Title-42-Regel in Kraft, nach der Menschen, die an der Grenze um Asyl bitten, entweder an den Übergängen direkt abgewiesen oder, falls sie die Grenze an anderen Stellen überqueren, ohne reguläres Asylverfahren wieder abgeschoben werden dürfen angeblich, um zu verhindern, dass das Virus eingeschleppt würde. Nach dem regulären US-Einwanderungsrecht können Menschen, die vor Verfolgung fliehen, Asyl eigentlich unabhängig davon beantragen, wie sie in die USA gelangt sind.

Es war die Regierung von Joe Biden, die diese Regel zunächst in Kraft ließ und die Argumentation der Trump-Leute übernahm, dies sei gesundheitspolitisch notwendig. Dabei hatten Expertinnen und Hilfsorganisationen von Anfang an darauf hingewiesen, dass erstens keinerlei Fakten belegten, dass diese Politik anderen Zwecken diene als dem sogenannten Migrationsmanagement und sich zweitens das Ansteckungsrisiko in den überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen, wo die Menschen bis zu ihrer Abschiebung untergebracht waren, nur noch erhöhte.

### Eher pragmatische Gründe als humanitäre

Dass die Biden-Regierung im vergangenen Jahr plötzlich doch versuchte, die Regelung loszuwerden (was vor Gericht scheiterte), hatte eher pragmatische Gründe als humanitäre. Normalerweise macht sich nach US-Einwanderungsrecht automatisch strafbar, wer nach einer Abschiebung wieder einreist. Unter der Title 42-Regelung wiederum, die offiziell eine Gesundheitsmaßnahme ist und keine Einwanderungsmaßnahme, gilt das



Wie man Menschen wegdelegiert Amerika, Land der Zuflucht und der Freiheit? Darauf hoffen viele Asylsuchende vergeblich. Die Regierung von Joe Biden will sie kün....

nicht. Und so stehen Menschen, die gerade erst zurück nach Mexiko abgeschoben wurden, oft schon am nächsten Tag wieder da und bitten um Asyl. Weil die US-Grenzpolizei aber nicht die Person zählt, sondern die Anzahl der "Begegnungen", werden viele mutmaßlich doppelt und dreifach erfasst und die Statistik verzeichnet Rekordwerte.

Diese Zahlen will man im Weißen Haus dringend senken. Denn " *Bidens border crisis* " ist einer der liebsten Schlachtrufe der Republikaner erst recht jetzt, da der Benzinpreis wieder gesunken ist und als Angriffsfläche wegfällt. Nichts lässt sich so schön zum rechten Angstscenario aufbauschen wie die Erzählung der offenen Südgrenze, über die Dealer und Gewaltkriminelle als Flüchtende getarnt ungehindert hinüberspazieren und das Land in den Abgrund stürzen.

Tatsächlich stammt etwa das Opioid Fentanyl an dessen Überdosierung jährlich rund 70.000 Menschen in den USA sterben und von dem die Behörden allein im Jahr 2022 mehr Dosen sicherstellten, als das Land Einwohner hat maßgeblich von mexikanischen Drogenkartellen, die es über die Landgrenze einschmuggeln. Das hat aber, anders als es die Republikaner darstellen, kaum etwas zu tun mit der Realität der Menschen, die man an dieser Grenze trifft. Höchstens insofern, als auch sie vor diesen Kartellen fliehen.

Eine Realität, die die US-Gesellschaft nicht wahrhaben will. Lange kamen als "Illegale" hauptsächlich Mexikanerinnen auf der Suche nach Arbeit, nicht nach Asyl. Das war nur vorgeblich ein Problem schließlich stellen diese Menschen das Dienstleistungsprekariat, ohne das in US-Städten weder Gastronomie noch Industrie funktionieren würden. Immer öfter aber sind es Familien aus Venezuela, Guatemala oder Haiti, die vor Hunger, Gewalt und Elend fliehen. Die tage-, oft sogar monatelang gefährliche Routen durch Wüste und Regenwald gelaufen sind in der Hoffnung, in den USA nicht nur besser zu leben, sondern überhaupt ein Leben zu haben. Erschöpfte, Arme, Geknechtete, die niemand haben will.

Im Mai läuft Title 42 aus. Dann wird an den Grenzübergängen mit jenen gerechnet, die bislang noch auf der mexikanischen Seite ausharren. Tausende, die die Abschiebung nicht riskieren wollten oder irgendwann resignierten, warten dort seit Monaten darauf, dass die Regelung wegfällt. Ein Ansturm auf die Grenzen, eineinhalb Jahre vor der nächsten Präsidentschafts- und Kongresswahl? Bloß nicht. Zumal die Zahl derjenigen US-Amerikaner, die mit der Einwanderungspolitik zufrieden sind, so niedrig ist wie seit zehn Jahren nicht mehr. Und dann auch noch die neue Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus, die die vermeintlich offene Grenze zu Mexiko zum Gegenstand einer ganzen Serie von Anhörungen macht.

Vor all dem scheint die Biden-Regierung jetzt einzuknicken. Sie hat eine neue Regelung entworfen, die dieselben Zwecke erfüllt wie die alte, nur hübscher formuliert eingebracht vom Ministerium für Heimatschutz selbst und nicht länger versteckt hinter der Seuchenschutzbehörde CDC.

"Die vorgeschlagene Regelung würde Migranten dazu ermutigen, legale, sichere und geordnete Wege in die Vereinigten Staaten zu nutzen oder anderweitig Asyl oder anderen Schutz in den Ländern zu suchen, durch die sie reisen, und damit die Abhängigkeit von Menschenhändlern zu verringern", heißt es in dem Text, der vergangene Woche im Federal Register veröffentlicht wurde, dem Amtsblatt der Vereinigten Staaten. Wer Asyl in den USA will, soll es künftig in einem Drittstaat beantragen per App. Aber nicht mehr an der Grenze selbst. Wer sie illegal überquert, muss wie unter Title 42 mit sofortiger Abschiebung rechnen.

In der Praxis bedeutet das: Der Umgang mit den Flüchtenden wird nun ganz offiziell an andere Staaten in Lateinamerika delegiert. Von denen haben viele nicht einmal ein funktionierendes Asylsystem, geschweige denn die Möglichkeiten, die Menschen vorübergehend aufzunehmen. Und Mexiko?

### **Kinderarbeit mitten in den USA**

Dort drohen sich nun noch mehr Schutzsuchende zu stauen als ohnehin schon. Durch den gefürchteten Darién Gap, jenes schmale Stück Dschungel auf der Grenze zwischen Panama und Kolumbien, kamen in den ersten vier Wochen dieses Jahres schon so viele Menschen wie in den ersten vier Monaten 2022. Mexikos Grenze nach Süden ist weniger stark abgeriegelt als die der USA, aber umso brutaler wurden die Pushbacks unter dem

Wie man Menschen wegdelegiert Amerika, Land der Zuflucht und der Freiheit? Darauf hoffen viele Asylsuchende vergeblich. Die Regierung von Joe Biden will sie kün....

Zugzwang der Trump-Regierung, die sogar mit Sanktionen drohte. Immer wieder gibt es Berichte über Misshandlungen von Geflüchteten.

Die Biden-Regierung setzt jetzt erst recht auf eine Partnerschaft mit den mexikanischen Behörden. Das Land hatte unter Title 42 bereits Angehörige einiger Staaten zurückgenommen, mit denen kein Abschiebeabkommen besteht. Aktuell wird offenbar ein Deal verhandelt, nach dem künftig grundsätzlich alle nach Mexiko abgeschoben werden, die über dessen Grenze illegal eingereist sind. Gleichzeitig setzt man auf ein Anreizsystem, das derzeit schon für Asylsuchende aus Venezuela, Kuba, Nicaragua und Haiti getestet wird. Monatlich werden 30.000 von ihnen von den USA aufgenommen, vorausgesetzt sie können einen Sponsor in den Vereinigten Staaten und ein Flugticket vorweisen. Vorbild ist das Programm, das vor knapp einem Jahr für ukrainische Kriegsflüchtlinge aufgelegt wurde.

Die offizielle Bezeichnung dieses Prinzips " *humanitarian parole* ", humanitäre Ausnahme ist der blanke Hohn. Wer soll sich das leisten und wie? Wie sollen gerade diejenigen, die am dringendsten Asyl bräuchten, solche Sponsoren finden? Fragen, die die Regierung weniger interessieren dürften als die Zahlen, auf die sie hofft. Nach der Einführung der humanitären Ausnahmen für Venezolaner im Oktober sank die Zahl der an der Südgrenze angetroffenen Personen aus diesem Land binnen einer Woche von durchschnittlich 1.100 pro Tag auf unter 200. Im Januar waren es nur noch 28.

Das ist der Stoff, aus dem die Träume der Wahlkampfstrategen gemacht sind. Die Realität ist komplexer allein sechs Millionen Venezolaner sind in Lateinamerika auf der Flucht und die Verzweiflung derer, die flüchten, im Zweifelsfall mächtiger: So wie unter Title 42 allmählich immer mehr den illegalen Weg wählten, weil sie nicht länger warten konnten oder wollten, so könnte auch das zu erwartende Chaos in Mexiko und anderen Ländern weiter südlich dazu führen, dass diese Zahlen nun erst recht steigen.

Es soll zwar Ausnahmen von der neuen Regelung geben, etwa für medizinische Notfälle oder alleinreisende Minderjährige. Sie müssen demnach nicht fürchten, gleich wieder abgeschoben zu werden. Aber welche Zukunft erwartet sie hier? Die *New York Times* hat recherchiert, dass von South Dakota bis Tennessee geflüchtete Jugendliche als Arbeitskräfte ausgebeutet werden, die durch die Raster des Systems gefallen sind. Sie stehen in Fabriken am Fließband, decken Dächer oder schufteten in Schlachthöfen. Erschöpft, arm, geknechtet: Das sind nicht unbedingt nur die, die künftig draußenbleiben müssen.

**Load-Date:** February 27, 2023

**Zahl vermisster Flüchtlingskinder steigt an; Mehr als 300 ohne Begleitung eingereiste Kinder sind aus staatlicher Obhut verschwunden. Laut den Behörden reisen Vermisste oftmals selbstständig zu Angehörigen weiter.**

ZEIT-online

Montag 5. Juni 2023 12:36 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 420 words

**Byline:** Mathias Peer

## Body

---

Arne Dedert

Kinder von **Flüchtlingsfamilien** spielen auf dem Gelände der **Flüchtlingsunterkunft** mit einem Bürostuhl. Der Kreis Bergstraße hat aktuell rund 776 **Flüchtlinge** aus Drittstaaten in der provisorischen Unterkunft untergebracht. Städte und Gemeinden können die Zahl der **Geflüchteten** kaum noch unterbringen. Nicht nur der Kreis Bergstraße fordert daher meh...

Die Zahl der in Deutschland als vermisst geltenden Flüchtlinge im Kindesalter hat laut einem Zeitungsbericht im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Zum Stichtag 1. Juni 2023 registrierten die Polizeibehörden insgesamt 333 ungeklärte Vermisstenfälle von Kindern bis einschließlich 13 Jahre, die als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zuvor Deutschland erreicht hatten. Das berichtete die *Neue Osnabrücker Zeitung* unter Berufung auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA). 2022 seien demnach zum selben Stichtag 154 Kinder vermisst gewesen. 107 Fälle konnten später geklärt werden.

Nach Angaben des BKA würden Jugendämter oder Betreuer Anzeige erstatten, wenn Kinder aus der staatlichen Obhut verschwinden. In vielen Fällen würden die Vermissten selbstständig zu Angehörigen weiterreisen oder auch in ihre Heimat zurückkehren, berichtete die *Neue Osnabrücker Zeitung*. Es könne Jahre dauern, bis die Ermittlungsbehörden in Deutschland davon Kenntnis erhielten und den Fall abschließen könnten.

### **Datenlage laut Bundesregierung nur "eingeschränkt belastbar"**

Laut dem Ende Mai von der Bundesregierung vorgelegten Bericht über die Situation von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen war die Zahl der Vermissten in dieser Gruppe im Jahr 2016 mit rund 9.700 Fällen besonders hoch. In den darauffolgenden Jahren habe sich die Situation nach Einschätzung des BKA aber stark beruhigt. Bis 2020 fielen die Fallzahlen auf 1.500. Seither wird jedoch wieder ein Aufwärtstrend verzeichnet mit 2.000 Fällen im Jahr 2021 und einem weiteren Anstieg auf eine nicht näher genannte Zahl im vergangenen Jahr. Dies sei "parallel zur starken allgemeinen Fluchtbewegung nach Deutschland" geschehen.

Zahl vermisster Flüchtlingskinder steigt an Mehr als 300 ohne Begleitung eingereiste Kinder sind aus staatlicher Obhut verschwunden. Laut den Behörden reisen Ve...

Ein Großteil der vermissten Minderjährigen befindet sich laut dem Bericht in der Altersgruppe zwischen 14 und 17 Jahren. Mehr als 90 Prozent der Vermissten seien männlich.

Die Bundesregierung betont, dass die Datenlage "nach wie vor nur sehr eingeschränkt belastbar" sei. Eine genaue Erhebung der tatsächlichen Zahlen sei unter anderem aufgrund von Mehrfacherfassungen durch unterschiedliche Schreibweisen eines Namens und fehlender Personalpapiere nicht möglich.

**Load-Date:** June 5, 2023

---

End of Document

**Mehr als 1.300 Migranten in Booten auf Lampedusa angekommen; Derzeit erreichen viele Menschen aus Syrien, dem Jemen und afrikanischen Ländern die Insel Lampedusa. Vor Tunesien starben bei einem Bootsunglück mindestens 14 Migranten.**

ZEIT-online

Donnerstag 9. März 2023 4:23 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Seenotrettung; Ausg. 1

**Length:** 611 words

**Byline:** Sarah Lena Grah

## Body

---

Antonio Masiello

**Migranten** warten darauf, an Bord des Schiffes "Diciotti" der Küstenwache zu gehen, bevor sie von der sogenannten "Hotspot"-Einsatzeinrichtung, in der über 1.700 Menschen untergebracht sind, am 3. August 2022 in Lampedusa, Italien, nach Porto Empedocle gebracht werden.

Innerhalb eines Tages sind auf der Mittelmeerinsel Lampedusa rund 1.350 Geflüchtete und Migranten aus Nordafrika angekommen. Die Menschen, darunter auch Kinder, erreichten in mehreren Booten die kleine Insel, berichtete die italienische Nachrichtenagentur Ansa. Die Migranten aus Syrien, dem Jemen und verschiedenen afrikanischen Ländern seien in der tunesischen Küstenstadt Sfax gestartet.

Allein in den wenigen Stunden von Mitternacht bis Donnerstagmorgen seien fast 900 Menschen in 21 Booten in Lampedusa angekommen. Am Mittwoch waren zwei Migrantenboote in Seenot geraten. Schiffe der Küstenwache kamen zu Hilfe, die Einsatzkräfte retteten zunächst 38 und dann 20 Menschen aus dem Wasser. Bei dem zweiten Einsatz barg die Küstenwache darüber hinaus den Leichnam einer jungen Frau.

### **Mindestens 14 Migranten bei Bootsunglück vor Tunesien umgekommen**

Die tunesische Nationalgarde meldete, in der Nacht die Leichen von 14 Menschen vor Sfax aus dem Mittelmeer geborgen zu haben. 54 weitere seien gerettet worden. Die Menschen aus Ländern südlich der Sahara seien auf dem Weg nach Europa gewesen. Die Küstenwache habe zudem 14 Boote mit insgesamt 435 Migranten aufgehalten, die ebenfalls von zentralen und südlichen Regionen Tunesiens aufgebrochen seien, sagte Sprecher Houssameddine Jbabli.

Lampedusa liegt zwischen Sizilien und Nordafrika, von Sfax ist die Insel knapp 190 Kilometer entfernt. Viele Menschen versuchen immer wieder, mit Booten aus Tunesien und Libyen über das zentrale Mittelmeer nach Lampedusa, Malta, Sizilien oder das italienische Festland zu gelangen. Oft schaffen sie dies, manchmal werden

Mehr als 1.300 Migranten in Booten auf Lampedusa angekommen. Derzeit erreichen viele Menschen aus Syrien, dem Jemen und afrikanischen Ländern die Insel Lampedusa....

sie von zivilen Seenotrettungsschiffen aufgelesen. Meist aber werden sie von Schiffen der italienischen Küstenwache entdeckt und an Land gebracht.

Die italienische Küstenwache steht seit Tagen in der Kritik, weil sie einem in der Türkei gestarteten Boot Ende Februar nicht zu Hilfe kam. Dieses kenterte kurz vor der Küste der süditalienischen Region Kalabrien; mindestens 72 Menschen starben, viele werden noch vermisst. Die Küstenwache und die Regierung in Rom geben an, dass ihnen in der Nacht kurz vor dem Unfall keine Notsituation gemeldet worden sei. Die Staatsanwaltschaft der Stadt Crotone ermittelt.

### **Italien bringt acht Leichen nach Deutschland**

Die Leichen von acht Migranten sollen nun nach Deutschland gebracht werden. Das gab die Präfektur von Crotone bekannt. In der Stadt waren die sterblichen Überreste bislang aufgebahrt. Der Transport ist für Freitag vorgesehen. Viele Tote wurden in den vergangenen Tagen von Verwandten identifiziert, auch aus Deutschland.

Bereits Mitte der Woche war der Leichnam eines afghanischen Opfers nach Deutschland gebracht worden. Zudem gab die Präfektur bekannt, dass ein deutsches Bestattungsunternehmen den Transport von 16 Leichen über die Türkei nach Afghanistan organisieren werde.

Am Mittwoch hatte das italienische Innenministerium sämtliche Särge der Opfer nach Bologna auf den dortigen muslimischen Friedhof bringen wollen. Dagegen protestierten die Hinterbliebenen und blockierten die Straße vor der Sporthalle, in der die Särge aufgebahrt waren. In einer Aussprache einigte man sich darauf, dass die Angehörigen entscheiden dürften, wohin die Leichname gebracht werden. Italien wolle die Überführung in andere Länder bezahlen, hieß es.

**Load-Date:** March 9, 2023

**Vierjähriges Mädchen nach Überfall auf Migrantenboot vermisst; Nahe der italienischen Insel Lampedusa sollen tunesische Fischer ein Migrantenboot überfallen haben, ein Kleinkind fiel ins Wasser. Der Rest der Menschen wurde gerettet.**

ZEIT-online

Sonntag 30. April 2023 2:16 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Mittelmeer; Ausg. 1

**Length:** 356 words

**Byline:** Veronika Völlinger

## Body

---

Fethi Belaid

Die Zahlen von Menschen, die sich von Nordafrika übers Mittelmeer nach Italien aufmachen, ist zuletzt gestiegen. Dieses Boot mit Flüchtenden an Bord wurde im Oktober 2022 von der tunesischen Küstenwache aufgegriffen.

Bei der Überfahrt einer Gruppe von Bootsmigranten von Tunesien in Richtung Italien ist ein vierjähriges Mädchen ins Mittelmeer gestürzt und wird vermisst. Die Besatzung eines tunesischen Fischerbootes hatte versucht, dem Migrantenboot den Motor zu stehlen, wie die Nachrichtenagentur Ansa am späten Samstagabend unter Berufung auf die italienische Küstenwache berichtete. Das Mädchen sei bei dem Gerangel vom Boot gefallen. An Bord hätten sich 34 weitere Menschen befunden.

Der Vorfall hat sich demnach in der italienischen Such- und Rettungszone in der Nähe der Mittelmeerinsel Lampedusa abgespielt. Das Mädchen gilt seitdem als vermisst eine Leiche wurde zunächst nicht geborgen. Das von der tunesischen Küstenstadt Sfax abgefahrne Boot sei später von der italienischen Küstenwache und einem Schiff der Finanzpolizei aufgelesen worden. Die geretteten Menschen sind nach Lampedusa gebracht worden, hieß es weiter.

Migranten werden auf der Insel in ein Erstaufnahmelaager gebracht. Das Migrantencamp, das für rund 400 Menschen Platz hat, ist laut Ansa mit rund 2.000 Menschen überfüllt.

Lampedusa liegt zwischen Sizilien und Nordafrika, von Sfax ist die Insel knapp 180 Kilometer entfernt. Die Überfahrt nach Italien ist hochgefährlich. Nach offiziellen Zahlen des Innenministeriums in Rom erreichten seit Beginn des Jahres knapp 41.000 Migranten Italien auf Booten im Vorjahreszeitraum waren es rund 10.000. Seit Monaten versuchen viele Menschen, aus Nordafrika über die gefährliche Mittelmeerroute Süditalien zu erreichen. Zuletzt ist es dabei immer wieder zu tödlichen Unfällen gekommen.

Vierjähriges Mädchen nach Überfall auf Migrantenboot vermisst Nahe der italienischen Insel Lampedusa sollen tunesische Fischer ein Migrantenboot überfallen habe....

Am Freitag nahm die Crew des Motorsegelschiffs *Nadir* der deutsche Hilfsorganisation Resqship 47 Migrantinnen und Migranten von einem überfüllten Stahlboot im Mittelmeer auf, das zu kentern gedroht hatte. Die Menschen wurden auf die italienische Insel Lampedusa gebracht.

**Load-Date:** April 30, 2023

---

End of Document



**Humanitärer Notstand auf Lampedusa - was muss die EU tun?; In nur drei Tagen sind 10.000 Geflüchtete auf Lampedusa angelandet. Woran die EU im Umgang mit der Migration scheitert, in "Was jetzt? - Die Woche".**

ZEIT-online

Mittwoch 20. September 2023 3:33 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 465 words

## Body

---

In der neunten Folge von Was jetzt? - Die Woche spricht Moderatorin Dilan Gropengiesser mit Christian Vooren, der als Reporter für die ZEIT und ZEIT ONLINE im September auf Lampedusa war, über die humanitäre Krise auf der Insel.

Es sind Zahlen, wie sie Lampedusa noch nie gesehen hat: Über 10.000 Geflüchtete sind allein innerhalb von drei Tagen auf der kleinen italienischen Insel nahe der tunesischen Küste gestrandet. Die Insel musste umgehend den Notstand ausrufen. Der bisherige Höchstwert geht auf das Rekordjahr 2014 zurück. Damals landeten 4.000 Geflüchtete an - allerdings während des gesamten Jahres. Lampedusas Erstaufnahmelager ist auf lediglich 350 Plätze ausgelegt.

Dass es auf Lampedusa zum Notstand kam, hat sich die ultrakonservative Regierung in Italien allerdings selbst zuzuschreiben. Eine der ersten Amtshandlungen Melonis war es, die eigene Flotte an Rettungsschiffen möglichst nicht mehr dazu einzusetzen, Geflüchtete aus dem Mittelmeer zu retten und an sichere Häfen zu verteilen. Dazu werden Schiffe von NGOs systematisch daran gehindert, in Seenot geratene Menschen retten zu können. Im Juli war Meloni dann nach Tunesien geflogen: Das Land soll die Migration verhindern, dafür soll es über eine Milliarde Euro an Finanzhilfen vom IWF und der EU bekommen. Doch der Deal funktioniert nicht. Das Gegenteil ist passiert, die Zahl der ankommenden Bootsflüchtlinge hat sich im Vergleich zur Vorgängerregierung von Mario Draghi sogar verdoppelt.

Inzwischen konnten viele der jüngst nach Lampedusa Geflüchteten auf andere Erstaufnahmelager verteilt werden, doch die Zustände sind nach wie vor dramatisch. Italiens Premierministerin Giorgia Meloni fordert nun mehr Hilfe von der Europäischen Union. Meloni und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen reisten gemeinsam nach Lampedusa. Noch am Wochenende stellte die Kommissionspräsidentin einen Zehn-Punkte-Notfallplan vor, mit dem die illegale Migration über das Mittelmeer eingedämmt werden soll. Meloni selbst will nach eigenen Worten "außergewöhnliche Maßnahmen" ergreifen. Bereits zuvor kündigte sie Beschlüsse zur Verschärfung der Abschiebehaft an sowie Pläne, das Militär gegen illegale Migranten einzusetzen.

Doch wie sehen diese Pläne genau aus und weshalb scheint die Situation im Mittelmeer erneut außer Kontrolle zu geraten?

Humanitärer Notstand auf Lampedusa - was muss die EU tun? In nur drei Tagen sind 10.000 Geflüchtete auf Lampedusa angelandet. Woran die EU im Umgang mit der Mig....

Unsere Live-Nachrichtensendung sehen Sie immer donnerstags live ab 18 Uhr auf [zeit.de](https://www.zeit.de) sowie auf YouTube, Twitch, LinkedIn, Instagram und Facebook.

Moderation & Redaktionsleitung: Dilan GropengiesserProducing: Lucie LiuRedaktion: Matthias GiordanoRegie: Marco Kühne-Neubronner, ZXAudiotechnik: Alba SchmidtCommunity: Jelena Burger, Jarnail Sekhon, Thanushiya BalanRessortleitung Video: Max BoenkeTechnisches Konzept: Sven WoltersVideodesign: Axel RudolphMusik: Konrad Peschmann, soundskin

**Load-Date:** September 20, 2023

---

End of Document

**41 Menschen vor Lampedusa ertrunken; Nachdem vor der italienischen Insel Lampedusa ein Boot gekentert ist, wurden dutzende Menschen vermisst. Vier Überlebende trieben wohl tagelang ohne Wasser auf dem Meer.**

ZEIT-online

Mittwoch 9. August 2023 7:18 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flucht und Migration; Ausg. 1

**Length:** 355 words

**Byline:** Melina Crispin

## Body

---

Oliver Weiken

Reifenschläuche, die als improvisierte Rettungsringe verwendet wurden, liegen in einem ansonsten leeren Boot das **Migranten** von der Nordküste Afrikas benutzt haben um zur italienischen Insel Lampedusa zu gelangen, und nun im Mittelmeer treibt. 29/06/2023

Vor der italienischen Insel Lampedusa sind in der vergangenen Woche 41 Geflüchtete nach dem Untergang ihres Boots ertrunken. Das teilten italienische Behörden und die Vereinten Nationen unter Berufung auf vier Überlebende mit. Ihnen zufolge legte das Boot am 3. August vom tunesischen Hafen Sfax mit 45 Menschen an Bord ab. In der Nacht sei es von einer großen Welle getroffen worden und sei gekentert.

Die vier Überlebenden hätten sich zunächst mit Schwimmwesten und aufgeblasenen Autoschläuchen über Wasser gehalten, berichtete das italienische Rote Kreuz. Sie hätten sich miteinander verbunden und seien später auf ein leeres Boot getroffen. In diesem Boot seien sie mehrere Tage über das Meer gedriftet.

Sechs Tage nachdem das Boot gekentert war, wurden die Menschen gerettet und in Lampedusa an Land gebracht. Sie stünden unter Schock und seien vollkommen erschöpft, teilte die italienische Staatsanwaltschaft mit. Vermutet wurde, dass die Vier bis zu ihrer Rettung weder etwas zu trinken noch zu essen hatten.

Ein Überwachungsflugzeug der EU-Grenzschutzagentur Frontex hatte die Menschen nach Angaben der Staatsanwaltschaft etwa 54 Seemeilen vor Suwarah in Libyen gesichtet und einen Rettungseinsatz eingeleitet.

### **Seit Jahresbeginn 2.063 Menschen im Mittelmeer ertrunken**

In den vergangenen Tagen waren nach anhaltend schlechtem Wetter mehrere Boote mit Geflüchteten auf dem Mittelmeer untergegangen. Offiziellen Angaben zufolge starben 16 Menschen bei Schiffsbrüchen vor den Küsten Tunesiens und der Westsahara.

41 Menschen vor Lampedusa ertrunken Nachdem vor der italienischen Insel Lampedusa ein Boot gekentert ist, wurden dutzende Menschen vermisst. Vier Überlebende tr....

Nach der Statistik des *Missing Migrants* -Projekts der Internationalen Organisation für Migration (IOM) starben oder verschollen in den sieben Monaten seit Jahresbeginn 2.063 Geflüchtete im Mittelmeer, 1.815 von ihnen auf der zentralen Mittelmeerroute. Die Überfahrt nach Italien und Malta gehört laut IOM zu den gefährlichsten weltweit.

**Load-Date:** August 9, 2023

---

End of Document

**Linke will nach Wagenknecht-Austritt den Neuanfang einleiten; Nach der Abspaltung des Flügels um Sahra Wagenknecht muss sich die Linke neu sortieren. Mut macht Parteichef Martin Schirdewan der Beitritt Hunderter neuer Mitglieder.**

ZEIT-online

Freitag 17. November 2023 6:52 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Parteitag; Ausg. 1

**Length:** 750 words

**Byline:** Katharina James

## Body

---

Mehr Profil, weniger Streit: Nach dem Bruch mit dem Parteiflügel um Sahra Wagenknecht sucht Die Linke bei einem Parteitag in Augsburg einen Ausweg aus ihrer Krise. Eigentliches Thema des Treffens bis Sonntag ist die Europawahl im Juni. Der Co-Parteichef Martin Schirdewan und die **Flüchtlings-** und Klimaaktivistin Carola Rackete sollen die Kandidatenliste anführen.

Noch wichtiger ist der Parteispitze die Botschaft, dass die Linke überhaupt eine Zukunft hat. "Wir möchten, dass von diesem Parteitag Signale der Erneuerung ausgehen", gab die Co-Vorsitzende Janine Wissler vor einigen Tagen als Losung aus. Schirdewan sagte der Augsburger Allgemeinen, die krisenhafte Phase sei vorbei: "Das Kapitel ist für uns beendet. Wir schlagen jetzt ein neues auf." Schirdewan hatte bereits zuvor gesagt, für den Parteitag habe man "da ein paar schöne Sachen vorbereitet".

In Augsburg sollen zudem neue Mitglieder präsentiert werden. "Wir werden auf dem Parteitag weitere namhafte neue Mitglieder begrüßen können", sagte Schirdewan der Augsburger Allgemeinen. Die Linke macht sich damit Mut, dass in den vergangenen Wochen Hunderte Menschen eingetreten sind. Es gebe derzeit doppelt so viele Ein- wie Austritte. Ende 2022 hatte die Linke mehr als 54.000 Mitglieder.

In den Stuttgarter Nachrichten und in der Stuttgarter Zeitung rief er zum Eintritt in die Linke auf. "Kommt wieder zu uns, macht mit uns gemeinsam Politik für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden. Die Partei freut sich darauf, mit neuer Kraft und vielen neuen Mitgliedern wieder in die Offensive zu kommen."

### **Bundestagsfraktion wird im Dezember aufgelöst**

Die frühere Fraktionschefin Wagenknecht und neun weitere Bundestagsabgeordnete hatten am 23. Oktober ihren Austritt erklärt und einen Konkurrenzverein mit dem Namen Bündnis Sahra Wagenknecht gegründet. Dieser soll für Januar die Gründung einer neuen Partei vorbereiten. Deshalb verliert die Bundestagsfraktion ihre Mindestgröße

Linke will nach Wagenknecht-Austritt den Neuanfang einleiten Nach der Abspaltung des Flügels um Sahra Wagenknecht muss sich die Linke neu sortieren. Mut macht P....

und wird zum 6. Dezember aufgelöst. Als Gruppe im Bundestag dürften die verbliebenen 28 Linkenabgeordneten weniger politischen Einfluss haben.

Schon bei der Bundestagswahl 2021 zog die Linke nur dank des Gewinns von drei Direktmandaten in Fraktionsgröße ins Parlament ein. Seither scheiterte die Partei bei mehreren Landtagswahlen. Bundesweite Umfragewerte schwanken seit Monaten zwischen vier und fünf Prozent. Dagegen erreicht die noch gar nicht gegründete Wagenknecht-Partei bei der Frage nach künftigen Wahlabsichten 12 bis 14 Prozent - auch wenn diese Werte noch nicht sehr aussagekräftig sind.

### **Werben um Enttäuschte bei Grünen und SPD**

Die Linke steht damit vor der schwierigen Aufgabe, sich weiter im Parteienspektrum zu behaupten. Nach dem Bruch mit Wagenknecht, die bei Themen wie Gleichstellungspolitik, Migration, Klimaschutz und Ukraine-Krieg schon lange nicht mehr die Mehrheitsmeinung der Linken vertrat, sieht die Parteispitze nun auch inhaltlich mehr Spielraum. Sie wirbt mit einem Kurs für strikten Klimaschutz und großzügige Asylpolitik um Aktivisten linker Bewegungen und enttäuschte Anhänger von Grünen und SPD.

Als Symbol dafür steht die geplante Nominierung der Aktivistin Rackete, die neben Schirdewan Europa-Spitzenkandidatin werden soll, der Partei aber selbst nicht angehört. Die Kapitänin war als Seenotretterin im Mittelmeer bekannt geworden. Auch der "Arzt der Armen" Gerhard Trabert, einst Kandidat der Linken für das Amt des Bundespräsidenten, will für die Partei ins Europaparlament.

"Wir haben eine klare Strategie: Wir wollen ein soziales, demokratisches und friedliches Europa", sagte die Co-Parteichefin Wissler. "Die Umverteilung von Eigentum und Reichtum ist Markenkern und Alleinstellungsmerkmal der Linken." Und an die Adresse Wagenknechts sagte Wissler ebenfalls vor einigen Tagen: "Wir sind die einzige relevante linke Partei in Deutschland."

Kurz nach Eröffnung des Parteitags in Augsburg um 14 Uhr spricht am Freitagnachmittag zunächst Schirdewan. Es folgt eine auf mehrere Stunden angesetzte Generaldebatte. Der Parteitag endet am Sonntag.

Bernd von Jutrczenka Janine Wissler (l), Bundesvorsitzende der Partei Die Linke, und Martin Schirdewan, Bundesvorsitzender der Partei Die Linke, äußern sich bei einer Pressekonferenz im Karl-Liebknecht-Haus zu aktuellen politischen Themen. Bernd von Jutrczenka Janine Wissler (l), Bundesvorsitzende der Partei Die Linke, und Martin Schirdewan, Bundesvorsitzender der Partei Die Linke, äußern sich bei einer Pressekonferenz im Karl-Liebknecht-Haus zu aktuellen politischen Themen.

**Load-Date:** November 17, 2023

**"Als hätten diese Menschen ein Defizit"; Die Kategorie Migrationshintergrund ist nicht genau genug 40 Prozent der Kinder in Deutschland haben ihn. Nun gibt es eine neue Kategorie. Löst sie das Problem?"**

ZEIT-online

Donnerstag 20. April 2023 12:47 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migrationshintergrund; Ausg. 1

**Length:** 1297 words

**Byline:** Hannah El-Hitami

## Body

---

DEEPOL

2005 wurde im deutschen Mikrozensus der **Migrationshintergrund** eingeführt: Er erfasst nicht nur Menschen, die im Ausland geboren sind, sondern unter anderem Kinder, die ein Elternteil mit ausländischem Pass haben. Knapp 20 Jahre später gibt es viel Kritik an der pauschalen Kategorie: Sie stigmatisiert, und nützt wenig. Die Soziologin Magdalena Nowicka ist Professorin an der Berliner Humboldt-Universität und leitet am Deutschen Zentrum für **Migrations-** und Integrationsforschung die Abteilung Integration. Sie erklärt, warum der **Migrationshintergrund** trotzdem nicht einfach abgeschafft werden sollte.

**ZEIT ONLINE:** Frau Nowicka, über den Begriff **Migrationshintergrund** wird diskutiert, viele empfinden ihn als stigmatisierend. Ist er das?

**Magdalena Nowicka:** Der Begriff an sich ist nicht stigmatisierend. Wie er verwendet wird aber manchmal schon.

**ZEIT ONLINE:** Wann denn?

**Nowicka:** Viele Personen, die statistisch als "Menschen mit Migrationshintergrund" erfasst werden, betrachten sich selbst nicht als solche. In ihrer Biografie spielt die Migration die eigene oder die ihrer Eltern kaum eine Rolle. Sie sehen sich als Ärztin, Tierschützer, Vater oder queere Person. Wenn sie aber in der Schule, im Betrieb oder im Krankenhaus primär durch ihre familiäre Zuwanderungsgeschichte wahrgenommen werden, wird ihre Identität auf dieses eine Merkmal reduziert. Möglicherweise wird ihnen unterstellt, dass sie schlechter Deutsch sprechen oder bestimmte Kompetenzen nicht besitzen. Außerdem fasst dieser Begriff Menschen zusammen, die nicht unbedingt etwas gemeinsam haben.

**ZEIT ONLINE:** Dieses Jahr hat das Statistische Bundesamt zum ersten Mal auch eine neue Kategorie benutzt: "Eingewanderte und ihre (direkten) Nachkommen". Ist das Problem damit gelöst?

"Als hätten diese Menschen ein Defizit" Die Kategorie Migrationshintergrund ist nicht genau genug 40 Prozent der Kinder in Deutschland haben ihn. Nun gibt es ei....

**Nowicka:** Nein, dort werden nun nur Menschen erfasst, deren Eltern beide nicht aus Deutschland kommen. Personen, bei denen nur ein Elternteil nach 1950 nach Deutschland eingewandert ist, werden separat ausgewiesen. An sich ändert sich damit noch nichts: Ich denke da an meine eigenen Kinder, die statistisch gesehen einen Migrationshintergrund besitzen, weil ihre Mutter in Polen geboren wurde. Ihr Vater hat keinen Migrationshintergrund, unsere Kinder sind in Deutschland geboren. Die Kinder unserer Nachbarn dagegen haben beide eine Migrationserfahrung. Beide gehen auf die gleiche Schule. Jetzt fallen die Kinder in unterschiedliche Kategorien. Nur: Was nützt das?

**ZEIT ONLINE:** Sollte es überhaupt solche pauschalisierenden Begriffe geben?

**Nowicka:** Es gibt keine Alternative, denn wir brauchen gute Daten, um die Realität zu erfassen. Ob wir daraus eine allgemeine Kategorie bilden sollen, die vermeintlich etwas erklärt, ist eine andere Frage. Für die einen hat der Migrationshintergrund einen Einfluss, für andere nicht. Wenn wir aber verfolgen wollen, wie nur bestimmte Gruppen beeinflusst werden, zum Beispiel Kinder, deren zugewanderte Eltern geschieden sind, dann brauchen wir zusätzliche Informationen. Um zu prüfen, was wirklich einen Einfluss hat, benötigen wir wahnsinnig viele Daten und Parameter.

**ZEIT ONLINE:** Die Lösung ist also nicht weniger, sondern mehr Schubladen?

**Nowicka:** Wir erheben ja bereits verschiedene Daten wie Sprachnutzung, Geburtsort, Einkommen oder Beschäftigungsstatus beider Eltern und können das noch mal kontrollieren auf Geschlecht, Alter, Aufenthaltsdauer in Deutschland. So haben wir einen besseren Blick. Wer hingegen nur eine Sammelkategorie nutzt, vertuscht einiges. Das Problem ist nicht die Kategorie, sondern wie sie verwendet wird. Ich würde also sagen: Brauchen wir Daten? Ja, so viele wie möglich. Können wir daraus Verallgemeinerungen ableiten? Nein.

Migrationshintergrund

**ZEIT ONLINE:** Der Begriff Migrationshintergrund wird auch politisch genutzt, vor allem wenn es um vermeintlich gescheiterte Integration geht.

**Nowicka:** Wenn wir den Begriff als Instrument für politische Steuerung nutzen wollen, dann müssen wir zuerst definieren, was genau das Problem ist, das wir lösen wollen. Nur eine sehr kleine Gruppe hat Probleme und die Politik muss erkennen, welche. Um diese kleine Gruppe zu bestimmen, brauchen wir viel mehr Informationen. Es kann sein, dass der Migrationshintergrund bei bestimmten Themen überhaupt keine Rolle spielt. Mittlerweile besitzen in Deutschland 40 Prozent aller Kinder einen Migrationshintergrund. Diese Kategorie allein reicht nicht aus, um einen differenzierten Blick auf diese Gruppe zu werfen.

**ZEIT ONLINE:** Sie haben den alten und den neuen Begriff kritisiert, aber welcher ist nun Ihr Favorit? Oder ist es doch ein ganz anderer?

**Nowicka:** Pragmatisch gesehen wünsche ich mir einen handlichen Begriff. Aber wichtiger ist, wie diese Konzepte verwendet werden. Wenn ich alles mit der familiären Migrationsgeschichte einer Person zu erklären versuche, scheitere ich, weil die Realität komplexer ist. Ich kann sehr viele Daten über Menschen erheben, etwa die Schuhgröße oder Augenfarbe, aber was bringt mir dieses Wissen? Wir brauchen zum Beispiel Zuwanderung und müssen wissen, wer kommt, wen wir noch anwerben müssen, für wen wir attraktiv sein wollen. Aber oft geht es zu viel darum, wo jemand geboren wurde, und zu wenig um die anderen Eigenschaften von Menschen.

**ZEIT ONLINE:** Das erinnert an die Debatte darüber, ob man nicht weiße Menschen fragen sollte, woher sie kommen.

**Nowicka:** Die Frage "Woher kommst du?" wird erst dann als beantwortet akzeptiert, wenn man ein anderes Land nennt. Ich kenne die Frage und habe stets "Aus München" geantwortet, aber wegen meinem Akzent wurde mir das nicht abgenommen. Wir schreiben der Herkunft sehr viel Bedeutung zu, obwohl sie im Leben der



"Als hätten diese Menschen ein Defizit" Die Kategorie Migrationshintergrund ist nicht genau genug 40 Prozent der Kinder in Deutschland haben ihn. Nun gibt es ei....

einzelnen Menschen oft kaum eine hat. Es scheint uns fast natürlich, nach der Migrationsgeschichte zu fragen. In vielen Kontexten könnten wir darauf verzichten.

**ZEIT ONLINE:** In manchen nicht?

**Nowicka:** Die Frage nach der Herkunft kann wichtig sein. Dass Personen mit und ohne Migrationshintergrund gesellschaftlich unterschiedlich gestellt sind, sagt zum Beispiel viel über unseren Staat aus und darüber, wie seine Institutionen funktionieren. Wenn Menschen unterschiedlich behandelt werden, je nachdem, woher sie kommen, dann brauchen wir einen Begriff, der das sichtbar macht. Andererseits wird vielen Leuten aufgrund ihrer Hautfarbe eine Migrationsgeschichte zugeschrieben, auch wenn sie gar keine besitzen. Sie werden rassifiziert und als Andere wahrgenommen. Um nach Diskriminierungserfahrungen zu fragen, braucht es ganz andere Daten als die familiäre Migrationsgeschichte.

**ZEIT ONLINE:** In was für einer Gesellschaft wären all diese Begriffe hinfällig?

**Nowicka:** Wenn wir uns gar nicht dafür interessieren würden, wie lange Menschen tatsächlich in Deutschland leben, könnten wir andere Fragen stellen. Wir können zum Beispiel fragen, wie gut alle Deutsch sprechen. Wir wissen, dass diese Kompetenz mit der Anzahl der Bücher zusammenhängt, die in einem Haushalt stehen, und weniger damit, in welcher Sprache diese Bücher verfasst wurden. Dann würden wir die soziale Herkunft und das Bildungssystem stärker in den Fokus rücken. Wir könnten aber auch fragen, wie gut Menschen andere Sprachen als ihre Muttersprache beherrschen. Wenn eine Gesellschaft Zuwanderung begrüßt und verschiedene Talente, Fähigkeiten und Kulturen als Vorteile begreift, dann wird auch eine individuelle Migrationsgeschichte eher positiv bewertet. Bei uns wird der Begriff häufig so verwendet, als hätten diese Menschen ein Defizit. Das muss sich unbedingt ändern. Aber ich denke, es wird noch sehr lange dauern, bis wir so weit sind.

**Load-Date:** April 20, 2023

**Mindestens sieben Migranten im Mittelmeer ums Leben gekommen; Auf dem Weg aus Nordafrika sind mindestens sieben Menschen gestorben. Insgesamt haben über 21.000 Bootsmigranten Italien dieses Jahr erreicht deutlich mehr als zuvor.**

ZEIT-online

Samstag 25. März 2023 6:30 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 437 words

**Byline:** Sarah Vojta

## Body

---

Antonio Masiello

**Migrants** wait to board the Coast Guard ship "Diciotti" before being transferred to Porto Empedocle from the so-called "Hotspot" operational facility, containing over 1,700 people, on August 3, 2022 in Lampedusa, Italy. The Italian island of Lampedusa reached 500 percent over capacity in **migrant** reception centres with the recent uptick in sea rescues, with former Interior Minister Matteo Salvini, leader of the League party, capitalising on this situation with a visit during election campaigning ahead of snap elections.

Bei einer Überquerung des Mittelmeers sind mindestens sieben Menschen ums Leben gekommen. Das teilte die italienische Küstenwache mit. Demnach waren zwei kleine Boote vor Malta in Seenot geraten. Zehn Menschen konnten von der Küstenwache gerettet werden, für sieben weitere kam die Hilfe zu spät. Weitere Schiffbrüchige wurden nach Angaben der Behörden von einem tunesischen Fischerboot aufgelesen, das dann zur italienischen Insel Lampedusa eskortiert wurde.

Seit Jahresbeginn haben die italienischen Behörden mehr als dreimal so viele Migrantinnen und Migranten registriert als in den vergangenen Jahren. In den ersten drei Monaten erreichten nach offiziellen Zahlen mehr als 21.000 Bootsmigranten Italien. Im gleichen Zeitraum der beiden Vorjahre waren es jeweils etwa 6.000 gewesen.

### **2.000 Menschen an einem Tag auf Lampedusa angekommen**

Allein am Freitag kamen mehr als 2.000 Menschen auf der italienische Insel Lampedusa an, wie die italienische Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Unter ihnen waren demnach auch Kinder. In der Nacht hätten zudem das Seenotretterschiff Louise Michel sowie Patrouillenboote der italienischen Behörden ausrücken müssen, um Menschen von sechs Booten in Sicherheit zu bringen.

Dem Hilfsprojekt Alarm Phone zufolge starteten in vergangenen Tagen etwa 20 Boote aus Tunesien. Die meisten der Migranten legten von der Küstenstadt Sfax ab, die nur 190 Kilometer von Lampedusa entfernt ist. Dort wurden

Mindestens sieben Migranten im Mittelmeer ums Leben gekommen Auf dem Weg aus Nordafrika sind mindestens sieben Menschen gestorben. Insgesamt haben über 21.000 B....

nach einem erneuten Bootsunglück am Freitag 34 Menschen vermisst. Vier Personen habe man retten können, nachdem das Boot gesunken sei, sagte ein Vertreter des Gerichts in der Stadt Sfax. Es sei bereits das fünfte Boot innerhalb von zwei Tagen, das vor der Küste in dieser Region untergegangen sei.

Nach den Havarien in den vergangenen Tagen habe die Küstenwache sieben Leichen aus dem Wasser gezogen, darunter vier Kinder und ein Baby. Mehr als 80 Menschen hätten diese Unglücke überlebt. Insgesamt habe man etwa 80 Boote gestoppt.

Die Zahl der Migranten ist weiter gestiegen, seit Präsident Kais Saied im Februar ein härteres Vorgehen gegen sie forderte.

**Load-Date:** March 25, 2023

---

End of Document

**Hunderte Migranten erreichen erneut Lampedusa; Mehr als 600 Menschen sind nach Lampedusa geflüchtet. Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni fordert ein Eingreifen der EU - und lädt die EU-Kommission ein.**

ZEIT-online

Samstag 16. September 2023 3:46 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Italien; Ausg. 1

**Length:** 359 words

**Byline:** Stella Männer

## Body

---

Auf der italienischen Insel Lampedusa sind erneut Hunderte **Geflüchtete** angekommen. Laut Informationen der italienischen Nachrichtenagentur Ansa erreichten mehr als 600 Menschen auf insgesamt 13 Booten bis zum Mittag die kleine Insel. Auf Bildern war zu sehen, wie sich die Menschen im Hafen versammelten, um später in das Erstaufnahmelager gebracht zu werden.

Auf einem der Boote starb italienischen Medienberichten zufolge ein Baby, das während der Überfahrt geboren wurde. Bei der Mutter setzten während der Überfahrt die Wehen ein. Mit der Hilfe von anderen Mitreisenden brachte sie das Baby zur Welt. Laut den Berichten starb der Säugling kurz nach der Geburt. Rund 40 Menschen waren an Bord des Schiffes, das von einem Patrouillenboot der Hafenbehörde gerettet wurde.

Seit Wochenbeginn haben mehrere Tausend Geflüchtete die kleine Insel zwischen Sizilien und Nordafrika erreicht. Allein am Dienstag kamen mehr als 5.000 Menschen an - so viele wie noch nie an einem einzigen Tag. Zeitweise war das Erstaufnahmelager mit rund 6.800 Menschen maßlos überfüllt. Mittlerweile wurden viele Migranten zur Entlastung des sogenannten Hotspots auf Fähren und Polizeischiffen nach Sizilien oder auf das Festland gebracht. Im Camp befanden sich Ansa zufolge mehr als 2.200 Menschen. Das sind zwar weniger als zuvor, trotzdem ist das Lager weiter völlig überbelegt.

Der Stadtrat rief angesichts der angespannten Lage den Notstand aus. Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni forderte derweil mehr Hilfe von der Europäischen Union und lud EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ein, sich am Ort des Geschehens ein Bild von der Lage zu machen. Ein Sprecher von der Leyens sagte der Nachrichtenagentur dpa, die Kommissionschefin werde an diesem Samstag zunächst nach Rom und später mit Meloni nach Lampedusa reisen. Ein weiterer Kommissionssprecher teilte kurze Zeit später über die Plattform X mit, die Reise auf die Insel sei für Sonntag vorgesehen.

Alessandro Serrano Migranten kommen am 15. September im Hafen von Lampedusa an. Alessandro Serrano Migranten kommen am 15. September im Hafen von Lampedusa an.

Hunderte Migranten erreichen erneut Lampedusa Mehr als 600 Menschen sind nach Lampedusa geflüchtet.  
Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni fordert ein Eing....

**Load-Date:** September 16, 2023

---

End of Document

**Rettungsschwimmer fordern mehrsprachige Warnschilder an Gewässern;  
Migranten machen nach Angaben der DLRG einen großen Anteil der Toten  
bei Badeunfällen aus. Die Lebensretter appellieren, Warnungen in mehrere  
Sprachen zu übersetzen.**

ZEIT-online

Mittwoch 13. September 2023 1:16 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Badeunfälle von Migranten; Ausg. 1

**Length:** 349 words

**Byline:** Katharina James

## Body

---

Rolf Vennenbernd

Ein Hinweisschild mit der Aufschrift "Achtung Lebensgefahr" weist am Rhein in Rodenkirchen auf die Gefahren beim Schwimmen in dem Fluss hin. In den Sommermonaten gibt es Jahr für Jahr tödliche Badeunfälle. Allein in NRW ertranken im vergangenen Jahr 56 Menschen. Bundesweit waren es 355 Badetote.

Vor dem Hintergrund zahlreicher Badeunfälle von Migrantinnen und Migranten in diesem Jahr hat die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) mehrsprachige Warnschilder an Gewässern gefordert. Häufig kämen die Menschen aus Ländern nach Deutschland, "in denen das Schwimmenlernen weit weniger verbreitet ist", sagte DLRG-Präsidentin Ute Vogt dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. Sie würden deshalb einen signifikanten Anteil an den jährlichen Opferzahlen durch Badeunfälle ausmachen.

Düsseldorf und Hamburg hätten bereits reagiert und mehrsprachige Warnschilder an ihren Stadtflüssen Rhein und Elbe aufgestellt. "Auch die Städte und Kommunen, die bislang (...) verschont geblieben sind, sollten diesem Beispiel folgen", sagte Vogt.

Laut der diesjährigen DLRG-Sommerbilanz sind bis zum 10. September mindestens 263 Menschen bei Badeunfällen in Deutschland gestorben. Im Vergleich zum Vorjahr sind das 41 Tote weniger. Auch mit Blick auf die vergangenen zehn Jahre liegt die Opferzahl unter dem Durchschnitt.

### **Badetote vor allem männlich**

Viele Unfälle könnten bereits durch eigenverantwortliches Handeln unterbunden werden, sagte Vogt. "Die meisten Fälle wären vermeidbar, wenn sich die Leute beispielsweise an die Baderegeln hielten, auf Alkohol und Drogen verzichteten sowie nicht allein und unbeobachtet schwimmen gingen." Zudem könnten viele Opfer nur schlecht oder gar nicht schwimmen. Vor allem junge Erwachsene würden häufig leichtsinnig und übermütig handeln.

Rettungsschwimmer fordern mehrsprachige Warnschilder an Gewässern Migranten machen nach Angaben der DLRG einen großen Anteil der Toten bei Badeunfällen aus. Die....

63 tödlich Verunglückte waren zwischen 21 und 40 Jahre alt, 72 Menschen über 60 Jahre. Bei älteren Personen sind laut DLRG vor allem gesundheitliche Probleme der Grund für Unglücksfälle. Außerdem kamen bereits 13 Kinder unter elf Jahren ums Leben. Mit einem Anteil von 79 Prozent ist der Großteil aller Badetoten männlich.

**Load-Date:** September 13, 2023

---

End of Document

**Türkische Gemeinde warnt vor Überlastung der Behörden; Wegen des neuen Gesetzes könnten nun mehr Migranten die Staatsbürgerschaft beantragen, sagte der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde. Er fordert zusätzliches Personal.**

ZEIT-online

Donnerstag 24. August 2023 12:34 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Staatsangehörigkeitsrecht; Ausg. 1

**Length:** 264 words

**Byline:** Alena Kammer

## Body

---

Andreas Arnold

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökyay Sofuoglu, warnt vor einer Überlastung der zuständigen Behörden durch die geplante Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. "Ich gehe davon aus, dass es deutlich mehr Anträge geben wird", sagte er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland.

Das Bundeskabinett hatte zuvor eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Nach dem Gesetzentwurf von Innenministerin Nancy Faeser sollen Migrantinnen und Migranten grundsätzlich schneller den deutschen Pass bekommen aber mit Bedingungen zur wirtschaftlichen und demokratischen Integration. Mit der Reform will die Bundesregierung Deutschland unter anderem für Fachkräfte attraktiver machen.

### Andrang in Behörden

"Bisher müssen Antragsteller ihre alte Staatsbürgerschaft abgeben. Das erschreckt viele Leute", sagte Sofuoglu weiter. Mit dem neuen Gesetz ist das nun nicht mehr so, Menschen können zwei Staatsbürgerschaften haben. Das sei nun eine zusätzliche Motivation: "Es kommt endlich etwas in Bewegung. Und die Regierung hat der schlechten Stimmung aus der rechten Ecke nicht nachgegeben." Sofuoglu sagte weiter: "Ich gehe aber davon aus, dass die Behörden nicht in der Lage sein werden, all diese Anträge zu bearbeiten. Deshalb müssen mehr Leute eingestellt werden. Schon jetzt sind die Ämter überfordert. Dort herrscht gerade Chaos." Dieses Problem werde sich noch verschärfen.

Nach dem Beschluss im Kabinett wird der Gesetzentwurf an den Bundestag zur Beratung und Beschlussfassung weitergeleitet. Faeser hofft, dass die Reform Anfang 2024 in Kraft treten kann.

**Load-Date:** August 24, 2023



Türkische Gemeinde warnt vor Überlastung der Behörden Wegen des neuen Gesetzes könnten nun mehr Migranten die Staatsbürgerschaft beantragen, sagte der Vorsitzen....

---

End of Document

**Mehr als 330 Migranten vor Malta gerettet; Die NGO Ärzte ohne Grenzen hat bei zwei Einsätzen im Mittelmeer Hunderte Geflüchtete aufgenommen. 300 von ihnen waren auf einem Holzboot unterwegs.**

ZEIT-online

Dienstag 2. Mai 2023 11:21 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Ärzte ohne Grenzen; Ausg. 1

**Length:** 300 words

**Byline:** Iven Fenker

## Body

---

Giacomo Zorzi/Sea-Watch/Handout

FILE PHOTO: A boat in distress with about 400 people on board is pictured in Central Mediterranean Sea in this handout obtained by Reuters on April 10, 2023. Giacomo Zorzi/ Sea-Watch/Handout via REUTERS THIS IMAGE HAS BEEN SUPPLIED BY A THIRD PARTY. NO RESALES. NO ARCHIVES. MANDATORY CREDIT./File Photo

Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen hat mehr als 330 Migrantinnen und Migranten im Mittelmeer gerettet. In zwei Einsätzen innerhalb von zwölf Stunden holten die freiwilligen Helfer zunächst rund 300 Leute von einem überfüllten Holzboot auf ihr Schiff *Geo Barents*. Kurz danach rettete die Crew weitere 36 Menschen, wie die Organisation bei Twitter mitteilte.

Unter den Geretteten seien drei schwangere Frauen, zwei Neugeborene und 80 Minderjährige. Die Geflüchteten seien in der maltesischen Such- und Rettungszone entdeckt und aufgenommen worden.

Zivile Seenotrettungsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen sind regelmäßig im zentralen Mittelmeer im Einsatz, wo sie Migranten von oft seeuntauglichen und überfüllten Booten holen. Die NGOs werfen Italien und Europa vor, keine staatliche Seenotrettung auf der gefährlichen Route zu betreiben.

Die deutsche Hilfsorganisation Resqship hatte erst vergangene Woche in drei Einsätzen über 100 Menschen aus dem Mittelmeer gerettet. Seit mehreren Wochen hat die Zahl von Flüchtenden auf der Mittelmeerroute wieder zugenommen.

Die meisten Geflüchteten, die aus eigener Kraft vor die italienische Küste kommen, werden von der Küstenwache übernommen und an Land gebracht. Italien beklagt, dass es mit vielen Tausend Migranten weitgehend alleingelassen werde und fordert eine europäische Initiative zusammen mit Staaten Nordafrikas, damit Menschen dort gar nicht erst in Boote steigen.

Mehr als 330 Migranten vor Malta gerettet Die NGO Ärzte ohne Grenzen hat bei zwei Einsätzen im Mittelmeer Hunderte Geflüchtete aufgenommen. 300 von ihnen waren ....

**Load-Date:** May 2, 2023

---

End of Document

**Alle Angriffskraft verloren; Nancy Faesers Kampagne war vielversprechend gestartet - jetzt scheitert die Bundesministerin in Hessen an sich selbst. Das sagt viel über den Politikbetrieb aus.**

ZEIT-online

Dienstag 19. September 2023 6:43 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Nancy Faeser; Ausg. 1

**Length:** 1246 words

**Byline:** Lisa Caspari

## **Body**

---

So viel Stress hatte Nancy Faeser sicher noch nie: Sie hetzt zwischen ihrem Innenministeramt in Berlin und dem Hessen-Wahlkampf hin und her. Statt ihre Themen zu bespielen, verbringt sie den Großteil des engen Zeitbudgets damit, auf immer neue Vorwürfe zu reagieren. Die Spitzenpolitikerin, die sie gerne wäre- Faeser sieht sich als zupackende Pragmatikerin, eine, die handelt - dringt nicht durch. Im Gegenteil: Sie wirkt längst wie eine Getriebene.

Den Takt geben andere vor. Zu Wochenbeginn hat nun zum Beispiel Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, ebenfalls gerade wahlkämpfend, der Bundesregierung eine völlig verfehlte **Migrationspolitik** vorgeworfen. Damit zielt er direkt auf Faeser in ihrer Zuständigkeit als Bundesinnenministerin. Söder will in Deutschland eine "Obergrenze" für Zuwanderung, was immer das auch sein soll. Sein Vorschlag klingt zu schön, um jemals wahr zu werden, aber die Schlagzeile zielte voll rein in die allgemeine Unzufriedenheit. Treffer, versenkt.

Faeser kann dann darauf nur erschöpft antworten, dass Deutschland eben nicht im Alleingang Obergrenzen einführen könne. Sondern dass es dafür Beschlüsse auf EU-Ebene braucht, deren (zumeist löchrige) Umsetzung Jahre dauert. Dass sie sich für schnellere Abschiebungen einsetze, für Lager an den EU-Außengrenzen. Dass sie handele, aber eben in kleinen Schritten. Bei ihrem Auftritt bei Berlin direkt gab Faeser sich am Sonntagabend alle Mühe, kämpferisch zu wirken. Doch gegen eine dort eingespielte Flüchtlingshelferin, die resigniert von absoluter Überforderung berichtete, konnte sie, was Sympathiepunkte betrifft, natürlich nur verlieren.

### **Zwischen Selbstverzwergung und Erwartungsmanagement**

Das Megathema Migration kann die Innenministerin allein nicht lösen - und genau das lässt sie machtlos erscheinen. Glänzen tun ihre Kritiker aus der Union, die einfache Lösungen propagieren (stationäre Grenzkontrollen!), von denen sie selbst wissen, dass sie nicht funktionieren. Auch der von der CDU reichlich aufgebauschte Skandal um Faesers Ex-Mitarbeiter Arne Schönbohm schrumpft bei näherer Betrachtung zusammen: Viel Belastbares gegen Faeser lässt sich (bisher) nicht finden und vor allem ist das alles nicht neu.

Alle Angriffskraft verloren Nancy Faesers Kampagne war vielversprechend gestartet - jetzt scheitert die Bundesministerin in Hessen an sich selbst. Das sagt viel....

Aber es hält die Innenministerin seit Tagen verlässlich in den Schlagzeilen. Manche in der CDU scheinen hier genüsslich nach dem Motto zu verfahren: Irgendwas wird schon hängen bleiben.

Am Mittwoch wird Faeser dem Innenausschuss des Bundestags dazu nun doch Rede und Antwort stehen. Sie hat dem öffentlichen Druck nachgegeben, nachdem sie zweimal ihr Kommen verweigert hatte. Auch hier läuft sie der Entwicklung hinterher, statt sie zu gestalten. Hätte Faeser im Fall Schönbohm früher und offensiver kommuniziert, vielleicht wäre es anders gekommen.

Bemerkenswert ist dabei, dass Nancy Faeser auch offiziell schon gar nicht mehr um das Ministerpräsidentenamt in Hessen kämpft. Diesen Anspruch öffentlich zu formulieren, hat sie angesichts des großen Umfrageabstands zur CDU weitestgehend aufgegeben. Ihr geht es jetzt nur noch um "das bestmögliche Ergebnis für die SPD", wie sie sagt.

### **Sie lässt alles mit sich geschehen**

Ist das noch Selbstverzweigung oder schon dringend notwendiges Erwartungsmanagement? Parteifreunde in Berlin erzählen Journalisten, dass sie in Hessen mindestens 23 Prozent für die SPD holen muss, um nach der Wahl in Berlin noch Autorität als Ministerin zu haben. Aktuell sehen die Umfragen sie bei 18 Prozent, Tendenz fallend. Zumal sich auch noch die Bild-Zeitung auf Faeser eingeschossen hat: Kein Tag vergeht, ohne dass das Boulevardblatt eine neue Negativschlagzeile mit Faesers Konterfei publiziert, erst der Fall Schönbohm, dann abgesagte Wahlkampftermine, jetzt die Migration. Alles wird genüsslich hochgezogen.

Faesers größtes Versäumnis: Sie lässt alles mit sich geschehen. Die Kandidatin wirkt zunehmend wie ein scheues Reh im Scheinwerferlicht. Sie scheint die Öffentlichkeit zu meiden, sich nicht mehr von ihrem Redezettel zu lösen, jegliche Lockerheit, Angriffslust ist verloren. Stressresistenz, Resilienz? Gleich null.

Noch im vergangenen Winter wirkte das ganz anders: Als Faeser ihre Kandidatur für die hessische Landtagswahl am 8. Oktober verkündete, gab es auch schon Zweifel in ihrer Partei - Stichwort Doppelbelastung. Doch die SPD-Frau gab damals selbstbewusst den Takt vor: Sie werde nur für den Topjob, also als Ministerpräsidentin nach Hessen gehen, sonst aber in Berlin bleiben: "Oppositionsführerin war ich schon." Das war damals ziemlich streitbar, aber eine klare Ansage. Kurzzeitig hatte Faeser die Aura eines Alphonse: So wie ich es sage, wird es gemacht. Und damit ihr es wisst: Ich will die Macht, nicht weniger.

### **Boris Rheins Schlafwagenwahlkampf**

Die SPD in Hessen konnte sich glücklich schätzen, dass Faeser ihr einen gewissen Promi-Faktor im Wahlkampf verleihen würde. Personelle Alternativen gab es nicht. Umso erstaunlicher ist, dass die SPD, dass Faeser aus dieser - nennen wir es - Anfangseuphorie nichts gemacht hat. Dass die SPD-Kampagne sich mit Bildung und Fachkräftemangel zwei Hauptthemen für Faesers Plakate und Reden aussuchte, die zuverlässig an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigehen.

Natürlich gibt es Ärger über die Schulpolitik in Hessen (wie in jedem Bundesland), aber Wahlen werden damit nicht gewonnen, wenn SPD und Landesregierung darüber streiten, wie viele Lehrerstellen jetzt genau unbesetzt sind. Und der Fachkräftemangel? Ist ein dringendes Problem, vor allem auf dem hessischen Land. Aber da die Fachkräftezuwanderung eben auch mit Migration zu tun hat (wenn auch anders, natürlich), ist man eben schnell bei dem Pain-Thema der Ampelregierung und der Ministerin. Denn abgesehen davon, dass manche Menschen auch in Hessen schlicht keine Zuwanderung wollen, kann auch Faeser für die qualifizierte Einwanderung in Deutschland gerade wenig tun, wenn die Visastellen ihrer grünen Kollegin im Außenministerium nicht hinterherkommen.

Dass sich Faeser dann auch noch - aus Mangel an Alternativen - für die Bildung einer Ampelkoalition in Hessen (natürlich unter ihrer Führung) ausspricht, hat ebenfalls Kopfschüttel-Potenzial. Derweil macht die CDU Hessen Wahlkampf für Autofahrer und Gasheizungsbesitzer. Wenn sie überhaupt etwas sagt: Boris Rhein, der noch recht neue Ministerpräsident, hat sich ganz offensichtlich vorgenommen, sich mit einem Schlafwagenwahlkampf den

Alle Angriffskraft verloren Nancy Faesers Kampagne war vielversprechend gestartet - jetzt scheitert die Bundesministerin in Hessen an sich selbst. Das sagt viel....

Wiedereinzug in die Wiesbadener Staatskanzlei zu sichern: Zum Brandmauernstreit in der CDU hat er sich einfach mal gar nicht geäußert, duckt sich auch bei vielen landespolitischen Themen weg.

Man könnte es auch so sagen: Faesers Negativschlagzeilen führen seine Kampagne. Das ist auch ein Versäumnis der Journalisten, die Rhein bisher wenig in den Fokus genommen haben. Aber die größere Frage ist: Warum geht die Faeser-Kampagne nicht in den Nahkampf mit der CDU? Wer in der Politik überleben will, muss manchmal da zubeißen, wo es dem anderen wehtut. Ein Markus Söder hat das ziemlich gut verstanden.

Florian Gaertner/Photothek BERLIN, GERMANY - SEPTEMBER 07: Nancy Faeser, German Minister for Interior and Community, is pictured during the debate about the federal budget on September 07, 2023 in Berlin, Germany. (Photo by Florian Gaertner/Photothek via Getty Images) Florian Gaertner/Photothek BERLIN, GERMANY - SEPTEMBER 07: Nancy Faeser, German Minister for Interior and Community, is pictured during the debate about the federal budget on September 07, 2023 in Berlin, Germany. (Photo by Florian Gaertner/Photothek via Getty Images)

**Load-Date:** September 19, 2023

---

End of Document

**Der Grünservatismus kämpft im Namen einer höheren Moral; Ob Gentechnik, Atomkraft oder Migration: In Wahrheit sind die Grünen die konservativste Kraft im Land. Sie kleben an ihren Dogmen, auch wenn die Wirklichkeit weiter ist.**

ZEIT-online

Freitag 14. Juli 2023 6:51 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Die Grünen; Ausg. 1

**Length:** 848 words

**Byline:** Jochen Bittner

## Body

---

Kay Nietfeld

Manche Sätze muss man einmal von Süd nach Nord lesen und von gestern nach heute, um ihre ganze Tragik zu erfassen. Diesen hier zum Beispiel: "Wir Grüne im Bundestag stehen für eine Landwirtschaft ( ... ) ohne Gentechnik."

Schade eigentlich für alle Menschen, die in Zeiten der Erderwärmung hungern und deren Not gelindert werden könnte mithilfe von Pflanzen, die dürre- und schädlingsresistenter wären als jemals zuvor.

Schade wäre es auch um die mutmaßlich Millionen Europäerinnen und Europäer, die die Corona-Pandemie nicht überlebt hätten, hätten die deutschen Grünen einen ähnlichen Widerstand gegen die rote Gentechnik an den Tag gelegt, die die mRNA-Impfstoffe möglich gemacht hat.

Die trotzdem gerade wieder zu besichtigende Gentechnik-Aversion der Grünen ist das aktuellste und schreiendste Beispiel für ein fundamentales Problem der vermeintlich sozialökologischen Avantgarde: Eine Menge Menschen in der Partei sind auch dann noch davon überzeugt, eine höhere Moral zu verteidigen, wenn die Ergebnisse dieser Überzeugungen sich als unmoralisch erweisen.

Sie kleben an ihren Rigorismen, selbst wenn die Wirklichkeit längst zeigt, dass diese eben keine bessere Welt schaffen sondern das Gegenteil. Dieser letztlich unmoralische Dogmatismus macht die Grünen auf vielen Feldern zur konservativsten Kraft des Landes. Ob es um Gentechnik geht, Migration oder Atomkraft: Die Umstände verändern sich, die Horrorvorstellungen der Partei bleiben. Der Grünservatismus blüht im Geiste des Gedankens: Zumutungen, die haben doch wir wohl nicht nötig!?

**Follow the science ? Nicht bei grünen Grundsätzen**

Der Grünservatismus kämpft im Namen einer höheren Moral Ob Gentechnik, Atomkraft oder Migration: In Wahrheit sind die Grünen die konservativste Kraft im Land. S....

Gerade geht es um die sogenannte Genschere: Die grüne Bundestagsfraktion fasst dieses Instrument umstandslos unter Gentechnik an sich, obwohl hier Differenzierung angesagt wäre. Mit der Crisp/Cas-Technik ist es mittlerweile möglich, die DNA von Nutzpflanzen zu "editieren", also bestimmte Bausteine so umzugestalten, dass gewünschte Eigenschaften entstehen und zwar ohne fremde DNA aus anderen Pflanzen zuzufügen.

Genau das Gleiche passiert bei der herkömmlichen Züchtung oder wenn Pflanzen radioaktiv bestrahlt werden, um Mutationen auszulösen. Mit der Genschere dauert es bloß nicht Jahre oder Jahrzehnte, um Pflanzen zu erschaffen, die noch eine Möglichkeit weniger Pestizide benötigen. Wissenschaftler sprechen von einer Revolution. Die EU-Kommission will diesem nobelpreisgewürdigten Fortschritt jetzt Rechnung tragen und liberalere Zulassungsregeln für den Anbau solcher Pflanzen schaffen.

Die Reaktionen auf den Brüsseler Vorstoß vonseiten des grünen Landwirtschaftsministers Cem Özdemir und seiner Parteikollegin im Umwelt-Ressort, Steffi Lemke, lassen allerdings erahnen, wie die Deutschen sich in Brüssel verhalten werden: Verkomplizieren, verzögern, verschleppen.

Eine "Risikobewertung" mahnt Ministerin Lemke an. Nun ja, die gibt es schon längst. Die wissenschaftlichen Experten der Europäischen Lebensmittelagentur sind nach ausführlichen Untersuchungen zu dem Schluss gekommen, dass im Vergleich zu konventionellen Zuchtmethoden "keine neuen Risiken" durch die Genom-Editierung festzustellen seien.

*Follow the science* ? Bitte nicht, wenn es an grüne Glaubenssätze geht. Das romantische Moven "Deine Gefühle belügen dich nicht" scheint stärker.

Es dirigiert auch die Migrationspolitik. Zunächst einmal jeden ins Land zu lassen, der es schafft, sich nach Europa durchzuschlagen, klar, das mag die Seele beruhigen. Aber es sorgt zugleich für ein brutales *survival of the fittest*, von dem vor allem junge Männer mit hinreichend Geld profitieren sowie kriminelle Schlepper. Seit Jahren argumentieren Fachleute deshalb für Asylverfahren vor oder an den Grenzen sowie für Kontingentlösungen, um sicherzustellen, dass eine möglichst große Zahl jener nach Europa kommt, die Schutz am dringendsten brauchen.

Ebenso hartnäckig polemisiert vor allem die grüne Basis und Jugend gegen solche Vorschläge mit dem Unmoral-Schreckensbild der "Festung Europa".

### **Progressiv im Outfit, konservativ im Output**

Und das Heizungsgesetzdesaster? Auch dies hat mit einem Dogma zu tun, mit dem nämlich, dass Schnelligkeit im Kampf gegen den Klimawandel oberste Maxime sei. Nur bedeutet Schnelligkeit eben nicht automatisch Effizienz, wie auch hier das Wirklichkeitsergebnis zeigt: Das geplante Technologieverbot hat einen Run auf Gasthermen im ersten Halbjahr ausgelöst, wie ihn die Hersteller noch nicht erlebt haben. Effizient wäre ein schneller steigender CO<sub>2</sub>-Preis für Gebäude, der Öl- und Gasverbrennung nicht nur unrentabel machen, sondern auch einen Run nach Innovationen auslösen würde.

Muss man zum Schluss noch einmal den Atomausstieg erwähnen als Beispiel für ein grünes Dogma, das mehr ökologischen Schaden als Nutzen stiftet? Ach nein, muss man nicht.

Natürlich fällt das politische Programm der Grünen unter die Religionsfreiheit. Nur treibt ihre Selbstfrömmigkeit die Partei immer tiefer in eine schizophrene Spannung: Progressiv im Outfit, konservativ im Output. Es ist schlecht für das Land, aber am schlechtesten für die Grünen selbst, wenn sie das als Letzte merken.

**Load-Date:** July 14, 2023



**Polizei erschießt Verdächtigen nach Anschlag in Brüssel; Nach einem Schusswaffenangriff in Brüssel hat die Polizei den mutmaßlichen Angreifer erschossen. Er soll vor einem Fußballspiel zwei schwedische Fans getötet haben.**

ZEIT-online

Dienstag 17. Oktober 2023 8:36 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Belgien; Ausg. 1

**Length:** 658 words

**Byline:** Tobias Dorfer

## Body

---

Nach dem mutmaßlich islamistisch motivierten Schusswaffenangriff auf zwei schwedische Fußballfans in Brüssel ist ein bewaffneter Verdächtiger nach Behördenangaben erschossen worden. Das gab die Staatsanwaltschaft bekannt. Belgiens Innenministerin Annelies Verlinden bestätigte den Tod des mutmaßlichen Angreifers auf der Plattform X. Es handelt sich um einen 45 Jahre alten Tunesier, der nach Angaben des Justizministeriums der Polizei bekannt, aber nicht als Gefährder registriert worden war. Sein **Asylantrag** in Belgien war abgelehnt worden.

Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, eröffneten Polizisten während der Festnahme in der Brüsseler Gemeinde Schaerbeek das Feuer auf den Verdächtigen. Die Nachrichtenagentur Belga berichtete mit Verweis auf Polizeikreise, dass auch der mutmaßliche Täter geschossen haben soll.

Polizeibeamte fanden außerdem eine Waffe bei dem Mann. Die Ermittler gehen davon aus, dass es die Waffe des Angriffs sein könnte.

### **Angreifer floh auf einem Motorroller**

Der mutmaßliche Angreifer soll am Montagabend im Norden von Brüssel vor einem EM-Qualifikationsspiel zwischen Belgien und Schweden im Brüsseler König-Baudouin-Stadion zwei Schweden erschossen haben, als diese aus einem Taxi ausstiegen. Einer der beiden Toten hatte möglicherweise auch die Schweizer Nationalität, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Auch der Taxifahrer sei verletzt worden.

Das Spiel wurde nach Rücksprache mit beiden Teams und den Sicherheitsbehörden beim Stand von 1:1 nach der ersten Halbzeit abgebrochen. Der Tatort liegt nur rund fünf Kilometer vom früheren Heysel-Stadion entfernt.

Der Angreifer war auf einem Motorroller geflohen. Die Polizei leitete daraufhin eine Großfahndung ein. In Brüssel wurde nach dem Anschlag die höchste Alarmstufe ausgerufen, ein Teil der Schulen blieb geschlossen.

Polizei erschießt Verdächtigen nach Anschlag in Brüssel Nach einem Schusswaffenangriff in Brüssel hat die Polizei den mutmaßlichen Angreifer erschossen. Er soll....

Landesweit galt die zweithöchste von insgesamt vier Alarmstufen. "Der Terrorismus wird niemals siegen", sagte Belgiens Regierungschef Alexander De Croo. Er nannte den Anschlag einen "Akt der Feigheit".

### **Asylantrag des Angreifers war abgelehnt worden**

Bei dem Täter handelt es sich nach Informationen belgischer Medien um einen 45 Jahre alten Tunesier. Dieser sei der Polizei bekannt gewesen, unter anderem wegen Menschenhandels, illegalem Aufenthalt und Angriff auf die Staatssicherheit, sagte Justizminister Vincent Van Quickenborne. 2016 habe es einen Hinweis einer ausländischen Polizei gegeben, dass der Mann sich radikalisiert habe und sich in eine Konfliktzone begeben wolle.

Dies sei von den belgischen Behörden überprüft, aber dann nicht weiter verfolgt worden, sagte Van Quickenborne. "Es gab keine konkreten Hinweise auf eine Radikalisierung, deswegen war die Person auch nicht in dem entsprechenden Register geführt", sagte er.

Der mutmaßliche Täter hatte nach Angaben belgischer Behörden im November 2019 Asyl beantragt und im Oktober 2020 einen negativen Bescheid bekommen. Da er aus dem Melderegister gestrichen worden sei, habe die Ausreiseaufforderung nicht zugestellt werden können, sagte die für Migration zuständige Staatssekretärin Nicole de Moor.

### **Mutmaßliches Bekennervideo im Internet**

In der vergangenen Nacht hatte sich ein Video in Onlinediensten verbreitet, in dem ein Mann sich zu der Tat bekannte und seine Nähe zur Dschihadistenmiliz "Islamischer Staat" (IS) erklärte. Er habe Schweden töten wollen, sagte er.

Schweden hatte zuletzt internationale Aufmerksamkeit erregt, weil dort mehrere Demonstrationen genehmigt worden waren, bei denen der Koran geschändet worden war. In Schweden hat das Recht auf Meinungsfreiheit einen besonders hohen Stellenwert. Dies hatte zu gewaltsamen Ausschreitungen in mehreren muslimisch geprägten Ländern geführt.

Bart Biesemans Die Polizei sperrt das Gebiet nach einem Polizeieinsatz in Schaerbeek bei Brüssel ab. Bart Biesemans Die Polizei sperrt das Gebiet nach einem Polizeieinsatz in Schaerbeek bei Brüssel ab.

**Load-Date:** October 17, 2023

**Ich habe kein Netzwerk, ich habe Kusengs; Als Migras haben wir gelernt, dass es eine Gemeinschaft gibt, in der wir verstanden werden und sicher sind, schreibt Elina Penner. Auch vor pöbelnden Almans.**

ZEIT-online

Samstag 16. September 2023 12:54 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: "Migrantenmutter"; Ausg. 1

Length: 2531 words

Byline: Elina Penner

## Body

---

Elina Penner schreibt in ihrem neuem Buch "**Migrantenmutter**" darüber, wie ihre Kindheit von Fernsehen und Zucker zusammengehalten wurde - und ihrer großen Familie. Hier ein gekürzter Auszug.

Ich wuchs mit einem Geschwisterkind auf, damit entsprach ich gefu\x{0308}hlt dem Durchschnitt in meinem schulischen Umfeld in den 1990ern, privat war ich allerdings Familien mit mehr als zwei Kindern gewohnt. Als Russlandmennonitin hatte man fromme bzw. gla\x{0308}ubige Familien in seinem Bekanntenkreis, bei denen fu\x{0308}nf Kinder Standard waren. Einen großen Unterschied sah ich nicht, außer, dass es vielleicht etwas lauter war.

Familien mit **Migrationshintergrund** haben laut Bundesfamilienministerium ha\x{0308}ufiger drei und mehr Kinder. Der Anteil der Mehrkindfamilien liegt bei Familien mit **Migrationshintergrund** bei 15 Prozent, bei Familien ohne **Migrationshintergrund** sind es 9 Prozent.

Zudem sind die Kreise, welche die Familie zieht, bei **Migras** ha\x{0308}ufig besonders weit. Ich war zum Beispiel auf einem 18. Geburtstag einer jungen Frau, mit der ich zwar verwandt bin, aber fragt mich nicht wie. Ihre Mutter und meine Mutter sind Cousinen? Oder unsere Großmu\x{0308}tter? Wer weiß das schon. Ich kenne sie zumindest, seitdem sie ein Baby war, und zu jedem Zeitpunkt habe ich sie und ihre drei Schwestern einfach geliebt, man sieht sich vielleicht nur ein bis zwei Mal im Jahr, aber man ist Familie.

Nun, auf diesem 18. Geburtstag waren nicht nur ihre Freunde und Freundinnen, sondern auch wir, Menschen, die sie ihr gesamtes Leben begleitet haben. Verwandte, Großeltern, u\x{0308}berall liefen Kinder rum. Auch hier war es laut, aber angenehm laut. Die Sonne schien, ein plo\x{0308}tzlicher Platzregen machte alle nass, und ich dachte mir, huh, so war meine Kindheit. Gefu\x{0308}hlt jedes Wochenende war Besuch da oder wir waren irgendwo zu Besuch. Geburtstage, Hochzeiten, Beerdigungen, alles wurde gefeiert. Auch Geburtstage von Verstorbenen. Und die Hochzeitstage! Und das hatten meine Kinder gerade zwei Jahre lang verpasst! Es war der Sommer 2022.

Ich habe kein Netzwerk, ich habe Kusengs Als Migras haben wir gelernt, dass es eine Gemeinschaft gibt, in der wir verstanden werden und sicher sind, schreibt El....

Eine große Familie zu haben, bedeutet nicht nur, viele Geschwister zu haben. Cousinen und Cousins, nennen wir sie Kusengs, der Einfachheit halber, waren immer gegenwärtig. Man war irgendwie verwandt und war daher ein Kuseng oder auch eine Tante oder ein Onkel.

Wir waren viele, und wir waren da. Die besten Freunde meiner Eltern? Tante und Onkel. Das Gefühl von Gemeinschaft, von Verbundenheit war stark, wir sprachen auch von "unseren Leuten". Dabei blieb man im Umgang formvollendet. Erwachsene mit ihrem Vornamen anzusprechen etwa, vielleicht sogar die eigenen Eltern, das geschah höchstens in der Welt da draußen, bei den anderen, nicht aber in unserem Kokon, der durch Fernsehen und Zucker zusammengehalten wurde.

"Klein zu heiraten", bedeutete für mich, nur den engsten Verwandtenkreis einzuladen: knapp über 50 Leute. Mein Mann hatte genau drei Verwandte, die er zur Hochzeit einlud. Ich glaube tatsächlich, dass das nicht mal ein extremes Beispiel ist.

Wie anders das gewesen sein muss, das Großwerden ohne Kusengs, denke ich mir. Wie still. Wie leise. Wie langweilig. Wie anstrengend auch, immer im Mittelpunkt zu stehen und der Star zu sein. Ich sehe es an meinen eigenen Kindern, die in ihrer Kernfamilie mittlerweile die einzigen Enkelkinder sind: Bei jeder Gelegenheit wird Rücksicht genommen auf sie, jeder Schritt, jede Geschichte, jedes Wort, ist es wert, nicht nur beachtet, sondern auch gefilmt und fotografiert zu werden. Diese permanente Aufmerksamkeit, das permanente Achtgeben auf die Bedürfnisse, wow, denk ich mir, wenn der Großteil meiner Kommilitonen so aufgewachsen ist, dann verstehe ich jetzt so einiges. Wenn sie nicht mehr Gitarre spielen wollten, haben sie mit Klavier angefangen. Wenn der Fußballtrainer gemein war, wechselte man zum Handball. Ich weiß nicht, ob das überspitzt ist. Mir fällt es ja nur auf, weil ich es jetzt auch so machen kann. Da ist er, der Aufstieg.

Meine Kinder sind zum Glück nicht die einzigen Urenkelkinder und haben auf dieser Ebene jede Menge Kusengs, die sie in penibler Regelmäßigkeit sehen. Bei diesen Treffen herrschen dann die gleichen Regeln wie für uns früher: Geht spielen, kümmert euch um die Kleineren, denn die Großen passen auf die Kleinen auf. Sie lernen also Rücksicht zu nehmen und sowohl mit Zweijährigen als auch mit Achtjährigen zu spielen. Die Älteren haben die Jüngeren aufwachsen sehen. Es sind nicht nur Kitafreunde, es sind ihre Kusengs, sie wissen, die sind wirklich fürs Leben da, die gehen nirgendwo hin.

Das bessere Leben, das der Anderen, ist häufig das Endgoal, nicht wahr? Das grüne Gras, die nettere Familie, die Markenklamotten, die Sicherheit und die Ruhe. Ankommen in der bürgerlichen Mitte, umgeben von akademischen Kernfamilien. Augenblick, wollten das unsere Eltern auch für uns? Sicherheit und Frieden, sicherlich, aber ich wage zu bezweifeln, dass sie realisiert haben, dass wir Kinder mit einem Auge überschülten zur Eiche-Rustikal-Wohnwand inklusive abschließbarem Süßigkeitenschränk. Das wirkte alles so sorgenfrei bei denen mit ihren Spieleabenden, so geordnet. Es hat einen Moment gedauert, bis ich verstehen konnte, dass ich sehr zufrieden bin mit meiner Identität, inklusive Herkunft. Vor allen Dingen, weil ich auch unter der Woche Süßigkeiten essen durfte.

Woher diese Zufriedenheit sonst noch kam? Als Erwachsene daher, dass ich meinen Freundeskreis bewusst erweiterte und auch aufbaute. Mein Leben wurde geiler, als ich anfang, mich mit anderen migrantischen Menschen auszutauschen, Bücher von Frauen mit Migrationshintergrund zu lesen, und es zu meiner Lebensaufgabe machte, mein Netzwerk so aufzubauen, dass wir alle davon profitierten. Wir alle, weil der migrantische Blick auf Deutschland auch der Mehrheitsgesellschaft neue Facetten ihres Landes nahebringt. Nein, ihr müsst nicht Faust oder Kabale und Liebe lesen, um etwas über Deutschland zu verstehen, aber Dschinnis und Der Russe ist einer, der Birken liebt könnten helfen.

An dem Tag, an dem ich endlich aufgehört habe, zu etwas dazuzugehören, und begann, mein eigenes Ding aufzubauen, ey, ich sag es euch, an dem Tag war ich frei. Oh, göttlich war das. Die Meinung von belindenden Rentner-Almans auf dem Aldi-Parkplatz? Scheißegal. Story Views auf Instagram? Scheißegal. Der Blick einer anderen Mutter am Kitator? Scheißegal. (Vielleicht wollte sie wissen, woher mein Pailletten-Morgenmantel ist; Junge, vom Flohmarkt.) Was mir nicht mehr scheißegal war: der Respekt der anderen

Ich habe kein Netzwerk, ich habe Kusengs Als Migras haben wir gelernt, dass es eine Gemeinschaft gibt, in der wir verstanden werden und sicher sind, schreibt El....

Frauen, Eltern, Mütter, die eine ähnliche Kindheit oder Herkunftsgeschichte hatten. Diversity ist zu einem Modewort geworden für Elternblogs und Sinnfluencer\*innen, denen ich zutraue, Halva von Baklava nicht unterscheiden zu können.

Es war der Tag, an dem ich ausatmete und beschloss, nie wieder die salzfreien Bio-Brezeln zu kaufen. Ich ging in den Mix-Markt und besorgte Suschki. An dem Tag ging es los.

Wer mit vielen Verwandten aufwächst, lernt eins besonders schnell: Menschen sind verschieden. Gerade in Migra-Familien passiert es, dass an einem Tisch Erststudierende neben Bauarbeitern oder Reinigungskräften sitzen. Menschen, die in der Gastro arbeiten oder einen Laden haben, neben festangestellten Managern. Politisch alles dabei. Natürlich ist das auch in Familien ohne Migrationshintergrund der Fall. Doch, dem deutschen Schulsystem sei Dank, sitzen die Akademikereltern hier mit ihrem Akademikernachwuchs in Flothotten-Stühlen und diskutieren über Puccini oder irgendwelche Gruppen. So stelle ich mir das zumindest vor. Und Tatort! Und Dan Brown! Axel Hacke! Ja, ja, ich weiß, keine Klischees. Aber ich schwöre, Deutsche lieben Axel Hacke so sehr. Und Dan Brown.

Ich werde nie vergessen, wie SCHOCKIERT der deutsche akademische Teil meines Freundeskreises war, als die AfD zum ersten Mal in einem Landtag landete. In solchen Momenten versuche ich mich dann immer im Codeswitching und spiele mit. Die Posts in den sozialen Netzwerken: Bestürzung, Enttäuschung, Überraschung. Ich kriege Nachrichten mit Screenshots der Wahlergebnisse: "Kannst du das glauben?"

Ah, ja. Was habt ihr erwartet? Es wundert mich, dass es noch verhältnismäßig wenige waren. Dass es so lange gedauert hat. Für manche Menschen in meinem Leben bin ich die einzige Migrantin, die sie kennen. Dabei vergessen sie natürlich, dass ich Migrantin bin. Wenn sie sich dann erinnern, sagen sie den gleichen Stuss, den sie ihrer türkischen Arbeitskollegin und der Schwarzen Mutter des Kitafreundes des Sohnes sagen: "Dich meine ich ja nicht, ich meine die anderen."

Korrekt, du meinst meine Kusengs. Du meinst unsere Väter, Onkel und Brüder. Oder meinst du unsere Tanten? Meinst du die Kinder, die dir die Schulwahl erschweren, oder meinst du die Jugendlichen an der Doornbude? Den Budenbesitzer meinst du nicht, der sagt immer "Chef" zu dir, das findest du gut, ja?

Ich kenne kontrollierende Mütter, verzogene Söhne, gewürztes Essen, Wohnungen mit sehr vielen Menschen, Supermärkte, in die du nur reingehst, um ein einzelnes Gewürz zu kaufen, das du aus dem letzten Baliurlaub kennst. Meine Perspektive ist das "multikulti", das du im Kindergarten deiner Kinder spannend findest, was aber mit der Grundschule gerne aufhören kann. Wobei, die Grundschulbibliothek soll bei der Auswahl ihrer Bücher aber bitte auf Diversität achten!

Die Kusengs in meinem Leben wissen Bescheid. Wir konnten und können einander zum Beispiel von unseren rassistischen Verwandten erzählen, während wir auf Büchern sitzen und von unserem migrantischen Dasein berichten. Ja, Menschen mit Migrationshintergrund können rassistisch sein. Auch xenophob, homofeindlich, antisemitisch. Du kannst indische Eltern haben, die das N-Wort nutzen, bosnische, die mit Türken nichts zu tun haben wollen, russlanddeutsche Eltern, die geflüchteten Menschen kritisch gegenüberstehen. Wie früher dein Beziehungsstatus auf Facebook: Es ist kompliziert. Aber hey, auch das schnallen wir auf unseren Rücken und versuchen, es irgendwie zu managen, hauptsächlich, indem wir immer wieder auf die nächste Generation blicken. Auf uns hören unsere Eltern eh nicht, aber auf ihre Enkelkinder.

Als Migras haben wir also von klein auf gelernt, dass es eine Gemeinschaft gibt, in der wir sicher sind und in der wir verstanden werden. Wir haben von Anfang an gelernt, ein Netzwerk zu erhalten und zu pflegen, weil wir mussten. Für einander da zu sein. Wir kannten es nicht anders. Da waren immer Leute um uns herum, vielleicht sehnen sich heute manche von uns auch mal nach Ruhe, aber meist machen wir genauso weiter, suchen uns unsere Community. Das können Safer Spaces wie Shishabars sein oder früher Russendiskos (gibt es die noch?).

Ich habe kein Netzwerk, ich habe Kusengs Als Migras haben wir gelernt, dass es eine Gemeinschaft gibt, in der wir verstanden werden und sicher sind, schreibt El...

Während ich dieses Kapitel schreibe, hert sich der dritte Jahrestag von Hanau. Rechter Terror wird in Deutschland weggelassen, vergessen, auf Wahlerfolge der AfD mit Betroffenheit und vielen "Huchs" reagiert. Ich werde gefragt, ob ich Angst habe, dass der Krieg auch nach Deutschland kommen könnte. Ich sage, ich habe Angst, dass die AfD einen Kanzler stellen wird. Das nächste Mal knallen sie einen Mix-Markt weg oder einen Grillplatz, oder vielleicht einen Basketballplatz? Ich habe keine Angst vor einer Atombombe, ich habe Angst, dass irgendwer im Schützenverein meines Dorfes den Schrank nicht richtig abgeschlossen hat.

Das sind unsere Ängste. Hinzu kommt für rassifizierte Minderheiten die Angst, auf dem Nachhauseweg zu sterben, ob durch Polizeigewalt oder weil rechtsextreme Personen sie totprügeln. Meine Ängste sind stark verwoben mit meiner Liebe für Menschen, die diese Ängste kennen. Die gelungenen Integrationsbeispiele, als die wir für Kampagnen und Parteitage benutzt werden, sind das Resultat von etwas Glück, viele Privilegien und natürlich unfassbar viel harter Arbeit. Ich freue mich auf den Tag, an dem meine Kinder mir sagen können, ich würde Toxic Hustle Culture unterstützen, dann hab ich's wirklich geschafft. Aber mein Erfolg ist nicht mein eigener, noch nie gewesen.

Es sind die unzähligen Übernachtungen bei Kusengs, damit meine Eltern arbeiten oder feiern konnten (beides wichtig), es sind die ganzen Jobs, die die Frauen vor mir gemacht haben, damit ich auch nur annähernd ähnlich aufwachsen konnte wie mein Gym-Zirkel, es sind die Einsparungen, die Absagen, die Opfer, die für mich und meinen Lebensweg gebracht wurden.

Eine große Familie zu haben, bedeutet Verantwortung, es bedeutet, Hilfe anzunehmen, aber auch Hilfe zu leisten. Immer wieder lese ich, deutsche Mütter hatten Probleme damit, um Hilfe zu bitten. Die eigenen Mütter hatten auch immer alles allein geschafft. Bei uns schafft niemand irgendwas allein. Kuchen backen, Salate machen, Bierzeltgarnituren ausleihen, auf die Kinder aufpassen: Aufgaben werden verteilt und Verantwortung wird übernommen, und sei es nur für einen Nachtschicht. Manche von uns übersetzen immer noch für Verwandte, wir sind gut darin geworden. Oder wir machen die Steuer für sie, seit wir Teenager sind, Parentifizierung nennt man das.

Natürlich sind wir neidisch und wünschen, unser einziges Problem wäre es, dass unsere Mutter an Heiligabend kommentiert, dass die Gans trocken ist oder wir mal wieder staubwischen könnten. Es ist ein Luxus, nur noch über Alltägliches zu streiten, nicht über Grundätzliches.

Das System Großfamilie beeinflusst meine Art und Weise zu arbeiten, jeden Tag. Ich bewege mich in einem Netzwerk von hauptsächlich Frauen, die genau nachvollziehen können, wie man am Ende eines Tages als Migra-Eltern ist. Die größte Herausforderung ist nicht (nur) die Abbildung einer diversen Gesellschaft in Kinderbüchern, denn unsere Kinder machen diese Gesellschaft divers, es ist die Wahrung von Kultur, Sprache, das Fortführen von Werten, die uns helfen, am Rand der Mehrheitsgesellschaft zu bestehen. Ich habe kein Netzwerk, ich habe Kusengs.

**Elina Penner** ist 1987 noch als Sowjet-Bürgerin geboren - und mennonitisch-plautdietsche Deutsche, nicht Russin. 2022 erschien ihr Roman "Nachtbeeren". Sie lebt (wieder) in ihrer ostwestfälischen Heimat, von wo aus sie das Online-Magazin "Hauptstadtmutti" betreibt.

Annie SprattAnnie Spratt

**Load-Date:** September 16, 2023

**Sahra Wagenknecht will mit neuer Partei "politische Leerstelle" füllen; Linke Sozialpolitik mit strikter Asylpolitik: Bei einer Lesung hat Sahra Wagenknecht offen über ihre neue Partei gesprochen. Die Linke sei nicht ihr politischer Gegner.**

ZEIT-online

Freitag 20. Oktober 2023 1:52 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Linkenpolitikerin; Ausg. 1

**Length:** 459 words

**Byline:** Katharina James

## Body

---

Linkenpolitikerin Sahra Wagenknecht sieht durch schlechte Wahlergebnisse der Linken eine politische Leerstelle, die sie mit der Gründung einer neuen Partei füllen will. "Ich spüre, dass es ganz viele gibt, die sich eigentlich von keiner Partei mehr vertreten fühlen", sagte die 54-Jährige bei einer Lesung in Halle an der Saale. Das tue einer Demokratie nicht gut, sagte Wagenknecht, und führe dazu, dass Menschen wütend würden. Es sei an der Zeit, Neues zu schaffen. "Ich wollte irgendwann nicht sagen müssen: Da war ein Zeitfenster, da hättest du was ändern können und du hast es nicht gemacht."

Die Politikerin will am Montag das "Bündnis Sahra Wagenknecht" in der Bundespressekonferenz präsentieren. Zunächst soll ein Verein dieses Namens offiziell vorgestellt werden. Er gilt als erster Schritt zur Gründung einer eigenen Wagenknecht-Partei.

Der Name der Neugründungen - Verein und Partei - sei nur vorläufig. "Für eine gewisse Übergangszeit ist es natürlich wichtig, dass die Menschen diese Partei auf dem Wahlzettel auch finden."

### Kritik aus der Linken

Eine Wagenknecht-Partei könnte eine linke Sozialpolitik mit strikter Asylpolitik und einer Abkehr von allzu scharfem Klimaschutz verbinden. Die im thüringischen Jena geborene Politikerin war über Jahrzehnte einer der profiliertesten Köpfe der Linken. In wichtigen Punkten wie der Migrations- und der Klimapolitik hat sich Wagenknecht mit der Partei aber inhaltlich überworfen. Gegen sie läuft ein Parteiausschlussverfahren.

Nach Bekanntwerden von Wagenknechts Plänen am Mittwoch hatte es Kritik aus der Linken gegeben. Die Parteivorsitzende Janine Wissler warf Wagenknecht am Mittwoch in den ARD-Tagesthemen einen "Egotrip" vor. Fraktionschef Dietmar Bartsch sagte dem Tagesspiegel, der Schritt sei nicht mehr überraschend. "Es ist wie mit der Oma, die Krebs hat. Man weiß, sie stirbt, aber wenn es so weit ist, ist es doch traurig." Die Entscheidung sei verantwortungslos.

Sahra Wagenknecht will mit neuer Partei "politische Leerstelle" füllen Linke Sozialpolitik mit strikter Asylpolitik:  
Bei einer Lesung hat Sahra Wagenknecht offe....

Über die Gründung einer Partei habe sie schon einige Monate nachgedacht, habe jedoch nichts überstürzen wollen, sagte Wagenknecht. "Es dauerte so lange, weil man eine Partei nicht alleine gründen kann." Es brauche Mitstreiter, ein gutes Team. "Man darf ja so was nicht leichtfertig auf den Weg bringen. Wenn, muss es so gut sein, dass es ein Erfolg werden kann. Und das hoffe ich jetzt." Die Linke sei nicht ihr politischer Gegner. "Ich bedauere, dass die Partei jetzt in diesem Zustand ist."

Heiko Rebsch Sahra Wagenknecht (Die Linke) bei ihrem Auftritt im Steintor Variete Halle. Die Linkenpolitikerin präsentierte ihr aktuelles Buch «Die Selbstgerechten». Heiko Rebsch Sahra Wagenknecht (Die Linke) bei ihrem Auftritt im Steintor Variete Halle. Die Linkenpolitikerin präsentierte ihr aktuelles Buch «Die Selbstgerechten».

**Load-Date:** October 20, 2023

---

End of Document



**Sie werden die Mächtigen sein; Deutschland will nicht begreifen, was es heute ist: ein Land, in dem Migranten nicht mehr Minderheit sein werden, sondern gefragter denn je. Kommen da noch alle mit?**

ZEIT-online

Dienstag 30. Mai 2023 8:54 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migranten; Ausg. 1

**Length:** 5272 words

**Byline:** Vanessa Vu;Nikita Teryoshin

## Body

---

Dortmund Hörde Emin, Toni, Ahmed und Mustafa fahren vor in einem weißen Cabrio.

*Dieser Artikel ist Teil unseres Schwerpunkts "Weltland" über **Migration** und stammt aus unserem Ressort X. Alle Texte und Schwerpunkte des Ressorts finden Sie hier.*

Es gab eine Zeit, da gehörte Deutschland quasi den Deutschen. Gerade mal 500.000 Ausländer lebten in der Bundesrepublik. Man kannte die Nachbarn. Man verstand, was sie redeten, was sie glaubten, was sie abends aufstischen. Es herrschte Frieden. Die Wirtschaft wuchs wunderschön. Häuser wurden gebaut und Babys geboren, richtig viele, *boom*. Das waren die Gründungsjahre der Bundesrepublik Deutschland. Sie folgten auf einen Zeitpunkt, den die Deutschen gerne Stunde Null nennen.

Die jährliche Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamts reicht bis in die Fünfzigerjahre. Sie zeigt, wie viele ins Land kamen und wie viele gingen. Auf einer Grafik führt eine Linie von links unten (fast keine Ausländer), nach mehreren Ausschlägen nach rechts oben (viele Ausländer). Von null auf 100. Die Homogenität der frühen Fünfzigerjahre bildet den Fixpunkt der Einwanderungsdebatte, hier setzt das kollektive Gedächtnis ein: Früher vertraute Heimat dann kamen die Anderen. Jahrzehntlang arbeiteten sich Politiker argumentativ an den Folgen der Anwerbeabkommen ab, die Millionen von Gastarbeitern nach Deutschland brachten. 1970 warnte der FDP-Politiker Wolfram Dorn im Bundestag vor der "Ansiedlung ausländischer Großfamilien und Sippenverbände". 1981 sagte Bundeskanzler Helmut Schmidt: "Es war ein Fehler, so viele Ausländer ins Land zu holen." 1983 schrieben Union und FDP in den Koalitionsvertrag: "Deutschland ist kein Einwanderungsland."

Fast vergessen scheint, dass Deutschland schon einmal "Arbeitseinfuhrland" gewesen war. Die Preußen holten Hunderttausende Tagelöhner ins Kaiserreich. Im eigenen Land herrschte "Leutenot", also ließen sie östlich der Elbe Wanderarbeiter aus polnischen, russischen und ukrainischen Gebieten die Felder bestellen. Im Ruhrgebiet und in Sachsen bauten zudem Italiener, Niederländer und Untertanen der österreich-ungarischen Habsburgermonarchie Kohle ab, sie errichteten Kanäle und Eisenbahnschienen. Von 1871 bis 1910 stieg die Zahl der registrierten Ausländer im Deutschen Reich von 206.000 auf knapp 1,3 Millionen, hinzu kamen zahlreiche nicht

Sie werden die Mächtigen sein Deutschland will nicht begreifen, was es heute ist: ein Land, in dem Migranten nicht mehr Minderheit sein werden, sondern gefragte....

registrierte Saisonarbeiter. Das deutsche Kaiserreich mitsamt seinen rasant wachsenden Industriezentren war eines der Haupteinwanderungsziele der Welt. Auch in der Weimarer Republik gab es Arbeitsmigration, sie wurde mit der völkischen Bewegung zu Zwangsarbeitsmigration. Im sogenannten Dritten Reich schließlich wurden die ausländischen Zwangsarbeiter, aber auch andere Ausländer und Minderheiten, zu großen Teilen vernichtet oder vertrieben.

Man kann also argumentieren: Die nostalgisch beschworene Homogenität der Fünfziger, dieses normativ besetzte "Früher", war eine Ausnahmeerscheinung der deutschen Geschichte. Seit Jahrhunderten gehört Einwanderung zu Deutschland, seit wenigen Jahren räumen auch konservative Spitzenpolitiker ein, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

#### Ukrainische Geflüchtete in Berlin am Hauptbahnhof

Das Ausmaß allerdings scheinen viele noch gar nicht zu begreifen. In den vergangenen Jahren ist Deutschland das zweitgrößte Einwanderungsland der Welt geworden, ohne es wirklich wahrhaben zu wollen. Und seine Bevölkerung erlebt gerade die womöglich größte demografische Transformation der Nachkriegsgeschichte: von einer alteingesessenen Mehrheitsgesellschaft, die ein paar Neuankömmlinge integrieren muss, zu einer hyperdiversen Gesellschaft, in der Deutsche ohne jegliche Migrationsgeschichte langsam, aber sicher zu einer numerischen Minderheit unter vielen werden.

In Deutschland leben 84 Millionen Menschen. Gut 15,3 Millionen von ihnen sind seit 1950 eingewandert. Diese Menschen bilden noch lange keine Mehrheit, es sind 18,4 Prozent der Bevölkerung. Zählt man noch ihre Kinder dazu, dann hat im Jahr 2022 fast jeder vierte Mensch in diesem Land eine Einwanderungsgeschichte: 24,3 Prozent. Nicht unter diese Definition fallen Enkelkinder und Kinder mit einem nicht eingewanderten Elternteil. Deutlicher wird die demografische Veränderung, wenn man auf die heranwachsende Generation blickt: Bei Kindern unter zehn Jahren haben etwa 40 Prozent einen Migrationshintergrund.

Viele Menschen im Land aber stehen wie die Königin in *Schneewittchen* vor dem Spiegel und sehen weiterhin: ein Zerrbild ihrer selbst. Ein Bild der Fünfzigerjahre, ergänzt um ein paar Menschen, die am Rand stehen und für die man keine richtigen Namen findet.

Was bedeutet es für ein Land, wenn es sich innerhalb weniger Jahrzehnte so sehr wandelt? Kommen die Leute noch mit? Was, wenn nicht?

Migration verändert die Gesellschaft. Das lässt sich an einem Aprilabend an einem sehr deutschen Ort beobachten, einem Wirtshaus im Süden Kölns. Dort, im holzvertäfelten Wirtshaus Knott, direkt am rechten Rheinufer, wollen rund 50 Mitglieder des Bürgervereins Porz-Mitte bei Currywurst, Pommes und Bier eine Spendenübergabe feiern.

Dirigiert wird der angeheiterte Stammtisch von der besonders heiteren Sigrid Alt, sie ist die Erste Vorsitzende des Vereins, mit 75 Jahren eine der Jüngsten im Raum, kurze Haare, kräftige Stimme, auf ihrem knallroten Poloshirt steht "Porz das sind WIR". Gleich werden 821 Euro an ein Jugendzentrum übergeben, das Kindern ein kostenloses Mittagessen anbietet.

"Wir sind immer froh, wenn wir irgendwo ein Loch stopfen können", sagt Sigrid Alt. Fast 300.000 Euro hat der Verein für soziale Projekte in Porz gesammelt, vor allem für benachteiligte Kinder und Jugendliche. In Porz liegen zwei der ärmsten Stadtteile Kölns, dort fallen hohe Arbeitslosigkeit und Kinderarmut mit einem besonders hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund zusammen, in Gremberghoven sind es 71 Prozent und in Finkenberg 84 Prozent. Unter den Kindern sind die Anteile noch höher: In Finkenberg haben so gut wie alle unter 18-Jährigen einen Migrationshintergrund: 93 Prozent.

Einwanderung, Jugend und soziale Probleme gehören nicht unbedingt zusammen, ebenso wie Altsein, ein deutscher Pass, Rechtschaffenheit und Wohlstand nicht unbedingt zusammengehören. Hier am Rheinufer werden die beiden Gemengelagen aber nahezu plakativ sichtbar: Die einen sitzen oben im Wirtshaus, die anderen unten auf Parkbänken. Und zwischen beiden Seiten wird seit Jahren ein symbolischer Kampf ausgefochten.

Sie werden die Mächtigen sein Deutschland will nicht begreifen, was es heute ist: ein Land, in dem Migranten nicht mehr Minderheit sein werden, sondern gefragte....

Es geht um Müll, Vorrechte und Respekt.

Einbetonierter Gartenzwerg im Vorgarten eines neuerbauten Einfamilienhauses in der ersten Reihe „an den Emscherauen“ am Phoenix See.

Die Anwohner, die sich im Verein engagieren, bilden die eine Streitpartei. Sie wünschen sich etwas, das sie auf die Formel SOS verkürzen: Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit. Dafür haben sie 2012 den Bürgerverein gegründet, Politikern Beschwerdebriefe geschrieben und sich Aktionen ausgedacht. Ab und zu räumen sie demonstrativ das Rheinufer auf.

Und die zweite Streitpartei? Es gebe da diese "jungen Leute", das "ganz andere Publikum", die "Klientel, die nicht erreichbar ist, die nicht bereit ist, sich einzubringen". Deutlicher werden sie nicht, noch nicht.

Man müsse helfen, betonen sie, und man sei stolz auf die enge Zusammenarbeit mit migrantischen Verbänden und Geflüchteten. Jedes Jahr veranstaltet der Bürgerverein einen Bootsausflug, und am Ende, schwärmt die 93-jährige Frau Bachmann, "wird ganz wunderbar gegrillt", bei Frau Karagiannidou vom Deutsch-Griechischen Kulturzentrum. "Man kann nicht alle über einen Kamm scheren", schallt es wie ein Echo aus allen Ecken des Wirtshauses.

### **Ayranbecher und Sonnenblumenkerne**

Aber, setzt Sigrid Alt an, "wir haben eins der schönsten Rheinufer und die jungen Leute belegen alle Bänke und lassen ihren Müll da". Anita Mirche, die zweite Vereinsvorsitzende, ergänzt: Es herrsche eine Respektlosigkeit, immer wieder würden die Alten angepöbelt, und immer seien da diese Ayranbecher, die Sonnenblumenkerne "da sieht man schon, wer da chillt". Bis vor zwei, drei Jahren habe man mit den Leuten noch reden können, heute sei das vorbei. Abends könne man nicht mehr zum Rheinufer gehen. Nur Abstand sichert den Frieden.

Es gab da nämlich diesen Vorfall, der alle Anwesenden plötzlich leiser und ernster sprechen lässt. 2019 war das. Im Winter. Nachts. Es war, sagt Anita Mirche, "unvorsichtig vom Hajo, diese Waffe mitzunehmen". Und der Schuss, sagt Sigrid Alt, sei "unverzeihlich, keine Frage".

Mit Hajo meinen sie Hans-Josef Bähner, ein Vereinsmitglied und damals für die CDU in der Bezirksvertretung. "Völlig normal" sei er gewesen, sagt Mirche, "er hat nie was Fremdenfeindliches gesagt". Sie seien bis heute gut befreundet und telefonierten täglich. Aber in dieser Nacht 2019 hatte er eine Pistole bei sich und schoss auf eine Gruppe junger Männer in Feierlaune, einen der Männer traf er an Arm und Schulter. Das Landgericht Köln verurteilte Bähner wegen Beleidigung, gefährlicher Körperverletzung und illegalen Waffenbesitzes zu dreieinhalb Jahren Haft, der Bundesgerichtshof bestätigte das Urteil. Wie es zu dem Schuss kam, darüber gehen die Erzählungen auseinander. Zeugen und Kläger gaben an, Bähner habe die vier Männer am Rheinufer rassistisch beleidigt, auf sein Grundstück gelockt und dort schließlich abgedrückt. Bähner selbst stritt rassistische Beleidigungen ab. Er habe sich von dem nächtlichen Lärm gestört gefühlt und dies ansprechen wollen, daraufhin sei er von den jungen Männern überwältigt worden und habe im Gerangel zur Waffe gegriffen. Auch die Vereinsmitglieder erzählen Bähners Version.

Dortmund Hörde und der Phoenix See" „In Lüdenscheid gibt es keine Seen." Hüseyin, Melli und H. entspannen sich am Südufer bei einer Shisha.

Als es später wird im Wirtshaus, sagt einer, er sei oft der einzige Deutsche im Bus. Eine andere, dass es in der Klasse ihres Enkels nur zwei Deutsche gebe, der Rest spreche zu Hause eine andere Sprache und werde kaum gefördert. Keine Schule hier komme mehr ohne Sozialarbeiter aus.

"Unsere Enkel werden gehemmt.""Wir sind nicht mehr Herr unserer Lage.""60 Prozent Ausländeranteil ist nicht vorteilhaft, für keine Stadt.""Wir begreifen das nicht.""Wir müssen trotzdem unterstützen.""Was den jungen Menschen heute fehlt, ist Liebe."

Sauberkeit, Ordnung, Sicherheit: Manchmal wirkt das Verhältnis der deutschen Gesellschaft zu Migration arg verspannt. Das ist wenig verwunderlich, wenn große Debatten oft dann geführt werden, wenn Menschen mit

Sie werden die Mächtigen sein Deutschland will nicht begreifen, was es heute ist: ein Land, in dem Migranten nicht mehr Minderheit sein werden, sondern gefragte....

Einwanderungsgeschichte Straftaten begehen und man eigentlich über Kriminalität diskutieren sollte. Die Kriminalstatistik der Einwanderungsgesellschaft sieht jedenfalls so aus: In den vergangenen zwanzig Jahren ist Deutschland älter, multikultureller und sicherer geworden. Die Zahl schwerer Delikte in Deutschland hat sich seit der Jahrtausendwende halbiert: von 1.000 Fällen von vollendetem Mord und Totschlag auf etwa 500 in den vergangenen Jahren.

Gleichzeitig ist wahr: Geflüchtete sind bei diesen schweren Delikten in einer Auswertung des Bundeskriminalamtes überrepräsentiert. Sie wurden zum Beispiel 2021 für 69 vollendete Tötungsdelikte als Tatverdächtige ermittelt, für mehr als zehn Prozent dieser Taten also. Das liegt nicht nur, aber auch daran, dass Geflüchtete häufig junge Männer sind und junge Männer, egal, woher sie kommen, eher straffällig werden als andere Menschen.

Durch diese Fälle und viele unglückliche Debatten ist ein Zerrbild entstanden: das des jungen, aggressiven, männlichen Migranten, von dem man sich besser fernhält. Aber wie sieht es vor Ort aus?

### **Die Konfliktlinien verlaufen nicht trennscharf**

Am Rheinufer: ein Frühlingsabend in pastelligen Rosa- und Blautönen. An der Mauer zwischen Promenade und Park warten zwei Jungs, 13 und 14 Jahre alt, bald sind es ein Dutzend, sie kommen auf piependen Tretrollern oder lässig anspaziert, klatschen sich zum Gruß ab. Einer setzt sich auf die Mauer und spuckt auf den Boden. Ein anderer zieht an seiner E-Zigarette. "Hier ist eigentlich immer sauber", sagt Lindrit. "Aber hier gibt's auch immer Leute wie die", sagt Mosi und zeigt auf ein Pärchen, das laut Musik hört. "Der Typ da ist immer betrunken."

Ali sagt: Richtig laut, vielleicht auch gefährlich, werde es hier eigentlich nur an Feiertagen wie Silvester. "An Halloween laufen die auch mit Messern rum." Emre: "Übertreib mal nicht!" Sie boxen sich und kichern. Die Jungs heißen eigentlich anders, wollen aber lieber unkenntlich bleiben. Manche von ihnen kennen sich noch aus der Grundschule, andere vom Fußball, wieder andere aus der Nachbarschaft. Ihre Eltern kommen aus unterschiedlichen Ländern. Iran. Afghanistan. "Albaner", sagt Lindrit über seine Vorfahren, "also Kosovo". Mosi zögert: "Man, ich hab' vergessen, wo ich herkomme". Er überlegt. "Kongo!", ruft ein anderer. "Ja, Kongo und Frankreich", sagt Mosi. Und noch etwas haben sie gemeinsam: Keiner, betonen sie nacheinander, sei mit weißen Deutschen befreundet. "Hä, Julian?", wendet einer ein, das J englisch ausgesprochen. "Julian, Bruder ... ja, Julian ist Einzige. Der kommt aus Kanada." Wieder Gelächter. "Die meisten, mit denen kann man keinen Spaß haben", versucht es einer etwas ernster. Der daneben stimmt zu: "Ich war früher mit Deutschen befreundet, aber irgendwann wollen die nur noch Alkohol und rauchen." Sie albern weiter herum. Der Junge auf der Mauer spuckt weiter von der Mauer.

Der Stammtisch und der Abend am Rheinufer, sie bilden nur einen winzig kleinen Ausschnitt, ein Steinchen im großen Mosaik des Einwanderungslandes Deutschland. Aber sie verdeutlichen eines: Auf kleinen Raum passen nicht nur Menschen verschiedenster Herkunft, sondern mindestens ebenso viele Sichtweisen über Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit. Es ist fast wie in einer Studi-WG, in der ein besonders ordentlicher Mitbewohner demonstrativ den Tisch abwischt und passiv-aggressive Nachrichten hinterlässt, während der andere Mitbewohner ständig feiern geht und die ganzen Krümel gar nicht erst wahrnimmt. Nur, dass in einer WG niemand auf die Idee kommen würde, aus unterschiedlichen Vorstellungen von Sauberkeit eine Identitätsdebatte zu machen.

In Porz treffen Alte auf Junge, Urdeutsche auf neue Deutsche und Eigenheimbesitzer auf Mieter, denen es in ihren kleinen Wohnungen zu eng ist. Die Konfliktlinien verlaufen nicht trennscharf, die Diskriminierungsforschung spricht hier von Intersektionen also Überschneidungen, die das Lagebild komplexer machen, als es die oft hervorgebrachten Argumente suggerieren.

### **Wenn die Mehrheit zur Minderheit wird**

Und noch einen Unterschied gibt es: Während die Studi-WG in der Regel nur eine Phase ist, aus der man herauswächst, ist Einwanderung für Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach keine Phase, die auf absehbare Zeit endet. Die Einwanderungswellen sind seit den Fünfzigerjahren immer größer geworden, in der größten befinden wir

Sie werden die Mächtigen sein Deutschland will nicht begreifen, was es heute ist: ein Land, in dem Migranten nicht mehr Minderheit sein werden, sondern gefragte....

uns genau jetzt. Und so lange neue Menschen dazustoßen, wird es Reibung geben. Allerdings haben die einen gelernt, damit umzugehen, während die anderen sich lieber abschotten.

Strukturiert untersucht hat das ein Team um den niederländischen Soziologen Maurice Crul. Ihr Forschungsprojekt *Becoming a Minority* widmet sich sogenannten *majority minority neighbourhoods*, also Stadtvierteln, in denen die einstige Mehrheitsbevölkerung zu einer Minderheit unter vielen wurde. Demnach gaben viele Alteingesessene zwar an, dass sie kulturelle Vielfalt als bereichernd empfinden. Gleichzeitig haben sie kaum Freunde oder Partner mit Migrationshintergrund. Maurice Cruls These: Wer nicht früh gelernt hat, mit Vielfalt umzugehen, fühlt sich damit unwohl und ist im Umgang gehemmt. Die Alleinwohner segregieren sich gewissermaßen selbst, während Menschen mit Migrationshintergrund anderen Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber aufgeschlossener sind. Damit dreht Crul die Frage um, wer hier eigentlich wen erreicht, und bei wem die Defizite liegen.

Ilja Kaplan, Owner. Restaurant Pasternak, Berlin Prenzlauer Berg, October 11 2022

Braucht dieses Land also einen Perspektivwechsel? Bislang richten sich der Blick und ganz schnell auch der Finger reflexhaft auf die Anderen, die Neuen, und das mit ökonomischen Maßstäben: Wer sind sie und wie viele? Brauchen wir sie wirklich und wenn ja, wen genau, wie viele und warum noch mal? Je nach Weltanschauung wird nach Fehlern oder Chancen gesucht. So drehen sich viele Debatten aber im Kreis.

Eine andere Richtung, die ungleich schwerer scheint, wäre ein ungetrübter Blick auf sich selbst: Wer sind wir wirklich und woran macht sich das fest? Wer werden wir sein, wenn in Zukunft die Gesellschaft mehrheitlich aus Menschen mit Einwanderungsgeschichte besteht?

Nicht überall bleibt Zeit, sich in aller Ruhe Gedanken um diese Fragen zu machen. An einigen Orten und in einigen Räumen ist das neue Deutschland längst angekommen und reckt hibbelig die Arme in die Luft. Knapp 40 Prozent aller Kinder haben derzeit einen Migrationshintergrund, je jünger, desto mehr.

Um die neue Realität zu begreifen, muss man gar nicht in Problembezirke schauen oder auf Problemschulen. Im reichen München, nicht weit entfernt von den Bürokomplexen der BMW Group, wurde vor wenigen Jahren ein neues Gymnasium eingeweiht. Ein Prestigeprojekt: Alle Wände sind hier aus Glas, nichts bleibt hier unbeobachtet, und überall warten zusätzliche Betreuungsangebote. Hier haben die meisten Kinder einen Migrationshintergrund, in einem Klassenzimmer hängt eine Weltkarte, in 15 Ländern stecken Nadeln, die meisten in Europa und im Mittleren Osten, aber auch in Sibirien, Algerien und Nigeria.

Wer auf dem Schulhof oder im Flur nach migrationsbedingten Auffälligkeiten sucht, muss schnell vor der Erkenntnis kapitulieren, dass die Kinder in erster Linie sind, wie Kinder sind, egal, woher sie kommen: Die Kleinen rennen und turnen in jeder freien Minute herum, einfach weil sie es können, und sie teilen alles mit, was ihnen gerade einfällt. Sie scherzen, petzen und prahlen, ansonsten kritzeln sie Penisse an Heizungen und behaupten, jemand anderes war's. Die Älteren geben sich betont verantwortungsbewusst und cool, weil in ihrem Alter alles andere *cringe* wäre und sie den Lehrern, Freunden und vor allem sich selbst beweisen müssen, dass sie Erwachsenwerden voll im Griff haben.

In diesem Wimmelbild ist auf den ersten Blick nichts so schräg, dass es einer politischen Intervention bedürfe. Erst wenn man mit Lehrkräften und Schulleitern spricht, werden Probleme deutlich.

### **Das System passt nicht mehr zu den Kindern**

Ortswechsel ans andere Ende der Stadt. Die Büros in der Nähe gehören zu Siemens statt zu BMW, das Schulgebäude ist eher alt statt neu, die Zusammensetzung der Klassen ist aber ähnlich: Auch hier haben die meisten jungen Gymnasiasten Migrationshintergrund.

An diesem Freitagnachmittag hat sich das Gebäude bereits geleert, die fleckigen Linoleumböden sind gewischt, der Teenagerschweiß ist verflogen, und in Zimmer 209 blickt Regina Riermeier-Wenninger zurück. Sie steht kurz vor

Sie werden die Mächtigen sein Deutschland will nicht begreifen, was es heute ist: ein Land, in dem Migranten nicht mehr Minderheit sein werden, sondern gefragte....

der Pensionierung, ihr Leben lang hat sie Deutsch unterrichtet. Der Deutschunterricht, sagt sie, habe sich kaum geändert. Aber die Schülerinnen und Schüler haben es sich, und beides passt schon lange nicht mehr richtig zusammen.

Auch wenn die Schülerinnen und Schüler den Übertritt aufs Gymnasium geschafft haben: Viele haben Schwierigkeiten mit der deutschen Hochsprache. Zu Hause wird in vielen Familien die Muttersprache gesprochen, und die ist oft nicht mehr Deutsch. Das Deutsch, das die Kinder in den Unterricht mitbringen, haben sie vor allem aus sozialen Medien und, nun ja, von der Straße gelernt. Es reicht, um sich fließend zu verständigen, aber anspruchsvolle Texte und Aufgabenstellungen lassen sich nur mit einem guten Gefühl für die Hochsprache verstehen.

Im Schuljargon nennt sich das Problem mangelnde Lesekompetenz, es beginnt früh und wird seit Jahren größer. Laut der jüngsten Iglu-Studie kann jedes vierte Grundschulkind in Deutschland nicht mehr ordentlich lesen, im Vergleich mit 64 anderen Staaten liegt Deutschland nur noch im Mittelfeld. Es ist ein seit 2006 anhaltender Abwärtstrend.

Manche zeigen angesichts der Entwicklung auf die Eingewanderten und ihre Kinder. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands etwa, Heinz-Peter Meidinger, forderte im Januar Quoten für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an deutschen Schulen. "Wir haben ein Integrationsproblem in Deutschland", sagte Meidinger der *Bild*. Die Kinder, so könnte man diese Haltung zusammenfassen, passen nicht mehr zum Schulsystem. Umgekehrt könnte man aber auch fragen: Vielleicht passt das Schulsystem nicht mehr zu den Kindern?

Im Münchner Süden jedenfalls sagt Regina Riermeier-Wenninger: "Eigentlich müssten wir Deutsch wie eine Fremdsprache unterrichten."

#### Feierlichkeiten im Hindu Tempel in Berlin

Früher brachten die Kinder ein Sprachgefühl von zu Hause mit, etwas, das Pädagogen "implizites Sprachwissen" nennen. Zum Beispiel wussten sie intuitiv, ob man "nach" oder "zu" München fährt. In der Schule lernten sie dann, diese Präpositionen zu benennen und zu unterscheiden. Aber das Einüben von richtigen deutschen Sätzen? Das fand größtenteils zu Hause statt, wo die Kinder selbstverständlich Deutsch sprachen und davon geht das deutsche Schulsystem bis heute aus.

Um ihren Schülern entgegenzukommen, sagt Riermeier-Wenninger, machten sie und einige Kolleginnen bereits Zusatzfortbildungen, doch das reichte nicht. In ihrem Gymnasium werden in der fünften Jahrgangsstufe alle Deutschklassen in zwei Hälften geteilt, jede Hälfte bekommt einen eigenen Lehrer, der Stoff bleibt derselbe.

Andere Schulen setzen auf mehr Deutschstunden oder eine Nachmittagsbetreuung. Und Fächer wie Biologie oder Geschichte werden immer häufiger "sprachsensibel" unterrichtet: Statt Stichpunkten ganze Sätze, und wenn es Stichpunkte sein müssen, dann mit den zugehörigen Artikeln: der Käfer, die Himmelsrichtung, das Alpenvorland.

Für Regina Riermeier-Wenninger ist das alles nichts mehr. Sie sei mal aus Liebe zur deutschen Literatur Lehrerin geworden, nicht aus Freude an Fremdsprachen- oder Grammatikunterricht. Sie mag die alten Klassiker und ihren *Faust*, der ab 2024 in Bayern keine Pflichtlektüre mehr ist, und der für die Kinder immer sperriger geworden ist. Einmal habe sie im Schullandheim Märchen aus aller Welt mitgebracht. "Die Schüler haben sie aufgesaugt und mich regelrecht angebettelt, noch eine Geschichte aus ihrem Herkunftsland vorzulesen", erinnert sie sich. Aber wenn es Weltliteratur ist, die die Kinder heute interessiert und Deutsch als Fremdsprachenunterricht, den sie brauchen ist Frau Riermeier-Wenninger dann noch die Richtige? Die Kinder haben sich verändert, das System nur langsam, und sie selbst muss eine neue Rolle finden.

Eine Lehrerin, die sich innerlich halb verabschiedet, ein Goethe, den keiner mehr lesen muss, und überall Konflikte, Grabenkämpfe, Segregation: Das kann schon alles pessimistisch stimmen. Es wird auch nicht besser, wenn Ökonomen und Arbeitgeber ständig darauf verweisen, dass das Land dringend auf Einwanderung angewiesen ist,

Sie werden die Mächtigen sein Deutschland will nicht begreifen, was es heute ist: ein Land, in dem Migranten nicht mehr Minderheit sein werden, sondern gefragte....

weil die Babyboomer bald in Rente gehen, viel weniger neue Arbeitskräfte nachkommen und der Gesundheitssektor ohne Einwanderer längst zusammengebrochen wäre.

Eine positivere Perspektive auf Migration bietet der amerikanisch-indische Politologe und Publizist Parag Khanna. Auch er adressiert in seinem Bestseller *Move: Das Zeitalter der Migration* eine demografische Schieflage: Wohlhabende Gesellschaften im Globalen Norden, die nicht mal mehr ihre eigenen Alten und Kranken pflegen können, und eine Masse von jungen Menschen im Globalen Süden, die zu Hause keine Arbeit finden und nach Wohlstand und Sicherheit streben. Das Besondere an Khannas Argumentation: Er wirbt im nächsten Schritt nicht wie viele andere gebetsmühlenartig darum, dass die Länder des Nordens Einwanderer zum Ausgleich der eigenen ökonomischen Defizite nutzen sollten, als eine Art notwendiges Übel. Nein, er dreht die Perspektive einfach um: Für ihn sind Migrantinnen und Migranten nichts Geringeres als die "vielleicht einflussreichste Gruppe auf der Welt". Die Macht sitzt nicht dort, wo es verfügbare Arbeitsplätze gibt. Diejenigen, die etwas so Begehrtes wie Arbeitskraft zur Verfügung stellen, besitzen die Entscheidungsmacht.

3,6 Prozent der Weltbevölkerung sind nach Schätzungen der Vereinten Nationen migriert. Das sind 281 Millionen Menschen, die außerhalb ihres Herkunftslandes leben. Sie sind jünger, weiblicher und haben mehr Auswahlmöglichkeiten als noch vor einigen Jahrzehnten. Sie können laut Khanna nicht nur, sie würden schon jetzt "mit den Füßen abstimmen", welche Länder von ihren Hoffnungen, ihren Ideen, ihrer Energie und ihrer Lebenszeit profitieren. Der Politologe tippt: Länder, die heute durch Tod oder Auswanderung Staatsbürger verlieren, gehen morgen mit großer Wahrscheinlichkeit ein. Hingegen werden Länder, die heute junge Leute anziehen, morgen aufblühen. Vor allem jüngere Migranten beleben das gesellschaftliche, kulturelle und politische Leben, das in überalterten Ländern träge geworden ist.

In Ostelsheim zum Beispiel, einem schwäbischen 2.500-Seelen-Dorf am Rande des Schwarzwalds. Am 2. April wählten die Bürgerinnen und Bürger den 29-jährigen Ryman Alshebl zu ihrem neuen Bürgermeister. Es war eine Sensation, denn Alshebl ist nicht nur Migrant, er ist Geflüchteter, 2015 kam er wie Hunderttausende andere Syrer nach Deutschland. Die Wahl gewann er noch im ersten Wahlgang, mit absoluter Mehrheit, sein kleiner Sieg ging um die ganze Welt.

Ist Ostelsheim offener als andere Orte? Hat das Dorf etwas verstanden, das der Rest des Landes noch nicht versteht oder verstehen will? Ist das die neue Normalität?

Ostelsheim ist über mehrere sattgrüne Hügel verteilt, im historischen Ortskern stehen alte Höfe und Fachwerkhäuser, die Wege sind gepflastert und heißen Talstraße, Kirchengasse, Schulgasse. Außer Bienen und Vogelgezwitscher hört man an diesem Sonntag wenig, ab und zu läutet die Glocke der evangelischen Kirche, ein leichter Wind weht Blütenblätter durch die Luft, ansonsten wirkt das Dorf selbst bei bestem Frühlingswetter wie ausgestorben. Doch die Stille trägt. Auf einem der Hügel entsteht ein Neubaugebiet voll weißer, futuristischer Klötze, dort oben wird auch bald eine S-Bahn halten, und nur wenige Autominuten entfernt befinden sich Werke von Daimler und Porsche, wo viele der Dorfbewohner arbeiten, bevor sie sich wieder in ihre Einfamilienhäuser zurückziehen.

### **Neue heißen hier "Reingeschmeckte"**

Zu diesem wohlhabenden, von der Autoindustrie geformten Landstrich gehörte Zuwanderung schon dazu, bevor Ryman Alshebl einen Fuß hineinsetzte. Seit den Sechzigerjahren hat sich die Bevölkerungszahl in Ostelsheim mehr als verdoppelt. Viele der Bewohner kommen ursprünglich von woanders, aus Stuttgart, Tübingen, oder Rumänien. Sie sind "Reingeschmeckte", wie man hier sagt. Das Nachbardorf regiert ein Bürgermeister, dessen Eltern italienische Gastarbeiter waren. Ein anderer Bürgermeister hat griechische Wurzeln, eine weitere Bürgermeisterin ukrainische Wurzeln. Da war der Schritt zu einem Kandidaten wie Alshebl nicht mehr allzu weit.

Mitte Juni wird Ryman Alshebl sein Amt in Ostelsheim antreten, noch arbeitet er im Dorf nebenan, im Rathaus Althengstett. Nach einer Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten kümmert er sich dort um den IT-Ausbau. Bald hat er sein eigenes Rathaus und wird sein Althengstetter Büro mit FC-Bayern-Flagge verlassen und das kleine HÄLLO-Schild von seiner Tür abkratzen.

Sie werden die Mächtigen sein Deutschland will nicht begreifen, was es heute ist: ein Land, in dem Migranten nicht mehr Minderheit sein werden, sondern gefragte....

Passend dazu trägt er heute ein schwarzes T-Shirt mit der leuchtend gelben Aufschrift "THE LÄND", aus einer Marketingkampagne des Landes Baden-Württemberg. "Von außerhalb betrachtet klingt mein Wahlsieg besonders", sagt er, "aber von hier aus gesehen war er eigentlich logisch." Das Dorf war in Wechselstimmung, viele waren unzufrieden mit dem Altbürgermeister, der kaum investiert hatte, wenig neue Ideen hatte, "und mit mir haben sie mehr oder weniger das Gegenteil gewählt".

Der Flüchtling und die Deutschen: Das war die Geschichte für die Journalisten, die aus aller Welt kamen. Für die Gemeinde war Alshebl ein junger Mann, der die Kommunalpolitik und die Region gut kennt, die Verwaltung digitalisieren möchte und der den Dorfbewohnern sein "Zukunftsprogramm" an der Haustür erklären konnte. Die Leute waren neugierig auf ihn und er neugierig auf sie.

Große Fragen lösen sich im Gespräch mit Alshebl schnell auf: Wie könnte eine postmigrantische Gesellschaft aussehen? Eine Gesellschaft voller Minderheiten? Wer ist dort das "Wir", wer "die Anderen", wird das noch eine Rolle spielen? Und wie hält man eine diverse Gesellschaft zusammen?

Er hält es pragmatisch. "Missionieren wird nichts bringen", sagt er. Oft fallen bei ihm die Wörter "Miteinander" und "Verantwortung", aber sie klingen nicht nach einer Mahnung, sondern nach einem Angebot. Das Grundgesetz müsse der kleinste gemeinsame Nenner sein, über den Rest könne man reden: Wo drückt es? Was brauchen die Leute, damit sie miteinander auskommen?

Hier in Ostelsheim will er sich dafür einsetzen, dass bald ein Supermarkt eröffnet. Er möchte das Ehrenamt mit einer Pauschale aufwerten. Dass es eines Tages vielleicht einen Weihnachtsmarkt, ein Ortsfest oder ein Musikfestival gibt. Er spricht wenig über Identität und Selbstbilder, weil er die Widersprüche dieser Debatten nicht auflösen kann, und stattdessen viel über Sachpolitik, wo er Lösungen wüsste.

Es klingt unaufgeregt, doch vielleicht kann gerade in dieser lokalpolitischen Unaufgeregtheit eine Lösung für große Fragen stecken. Es wäre eine Entspannungsübung: Weg vom genervten Einfordern, hin zum aktiven Nachdenken, was man im Hier und Jetzt für das konkrete Gegenüber tun könnte. Eine solche Haltung müsste den Ist-Zustand anerkennen, anstatt sich nostalgisch im Gestern zu verlieren oder abstrakt über die Zukunft zu spekulieren. Auf kommunaler Ebene passiert das längst.

Auf nationaler Ebene hingegen wird, wenn es um Migration geht, oft mit einem Wunschbild gearbeitet. Regierungen fördern Einwanderung, leugnen aber über Jahrzehnte, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Massenmedien reproduzieren Bilder einer deutschen Gesellschaft, die kaum zu dem passen, was sich abseits der Bildschirme täglich abspielt. Konservative und Linke führen routiniert Schaukämpfe auf, ob Einwanderung per se gut oder schlecht ist. Immer wieder wird über außergewöhnliche Fälle von Ausländer- und Flüchtlingskriminalität debattiert, woraufhin Experten diese einordnen. Das alles erzeugt einen Nebel, der den Blick darauf verstellt, wie selbstverständlich Einwanderung längst geworden ist und wie sich der neue Alltag oft ideologischen Erwartungen entzieht. Es gibt jene Einwanderer, die deutscher werden als Deutsche, und solche, die autoritäre Systeme in ihren Herkunftsländern unterstützen.

Die Natur alles Neuen und Fremden in einer gesetzten Gruppe ist, dass es erst mal irritiert, weil es etablierte Dynamiken aufbricht und sie damit sichtbar macht. Es legt all die Gedanken, Widersprüche und Marotten offen, die sich eingeschlichen haben. Man kann die Irritation lange ausblenden oder kleinreden, aber irgendwann ist es so weit: Neue zwingen zur Selbstinventur. Mit jeder neuen Person, die aus dem ihr zugewiesenen Rand heraustritt und selbstbewusst das Wort ergreift, verwirbelt sich der dicke Nebel. Das routinierte Sprechen wird unterbrochen. Ein neues Sprechen könnte beginnen.

*Dieser Artikel ist Teil unseres Schwerpunkts "Weltland" über Migration und stammt aus unserem Ressort X. Alle Texte und Schwerpunkte des Ressorts finden Sie hier. Text: Vanessa Vu Redigatur: Philipp Daum Fotografie: Nikita Teryoshin Bildredaktion: Tina Ahrens*



Sie werden die Mächtigen sein Deutschland will nicht begreifen, was es heute ist: ein Land, in dem Migranten nicht mehr Minderheit sein werden, sondern gefragte....

---

End of Document

**Ermittlungen nach tödlichem Brand in Flüchtlingsunterkunft; Die Ursache für das Feuer in einer Unterkunft für Geflüchtete ist noch unklar. Eine Person ist laut Polizei gestorben. Ein ukrainischer Junge werde vermisst.**

ZEIT-online

Montag 5. Juni 2023 3:53 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Apolda; Ausg. 1

**Length:** 432 words

**Byline:** Sophia Boddenberg

## Body

---

Michael Reichel

Beschreibung Spuren an der Fassade zeugen von dem Brand in einer **Flüchtlingsunterkunft**. Nach dem Feuer in einer Unterkunft für **Geflüchtete** mit einem Todesfall wird ein neun Jahre alter Junge vermisst. Das Feuer war am frühen Sonntagmorgen im Wohnbereich der **Flüchtlingsunterkunft** ausgebrochen. Service +++ dpa-Bildfunk +++ Aufnahmedatum 04.06.2023 Bildnachweis picture alliance/dpa | Michael Reichel

Nach dem Brand in einer Flüchtlingsunterkunft in Apolda gehen die Ermittlungen weiter. Die Ursache für das Feuer am Sonntagmorgen war noch unklar. Bei dem Feuer wurden mehrere Menschen verletzt. Die Polizei teilte mit, dass eine Person ums Leben gekommen sei. Ein neun Jahre alter Junge aus der Ukraine werde seit dem Brand vermisst. Ob es sich bei dem Todesopfer um das Kind handelt, könne aber erst nach einer gerichtsmedizinischen Untersuchung mit abschließender Sicherheit gesagt werden, sagte die Polizei. Der Leichnam sollte noch am Sonntag zur Gerichtsmedizin gebracht werden. Ein Ergebnis der Obduktion werde frühestens am Montag erwartet, teilte die Polizei mit.

Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) hatte am Abend auf Twitter geschrieben: "In Apolda starb heute ein Kind, das mit seiner Familie bei uns Schutz vor Putins Bomben gesucht hat. An solchen Tagen könnte man verzweifeln." Er "werde alles daran setzen, dass die Brandursache aufgeklärt wird. Es muss hier vollständige Klarheit herrschen", schrieb Maier bei Twitter weiter.

Das Feuer war im Wohnbereich der Unterkunft ausgebrochen. 245 Menschen, darunter viele Kinder, mussten das Gebäude laut Polizei verlassen. Die Angaben zur Zahl der Verletzten und Betroffenen schwankten im Tagesverlauf. Zuletzt schrieb die Polizei in einer Mitteilung von elf Menschen, die medizinisch behandelt wurden, neun kamen in ein Krankenhaus.

Die Staatsanwaltschaft Erfurt habe ein sogenanntes Todesermittlungsverfahren eingeleitet, sagte ein Sprecher der Polizei. In Brandfällen mit Todesopfern sei das das standardmäßige Vorgehen. Dafür müsse auch kein

Ermittlungen nach tödlichem Brand in Flüchtlingsunterkunft Die Ursache für das Feuer in einer Unterkunft für Geflüchtete ist noch unklar. Eine Person ist laut P....

Anfangsverdacht auf ein Verbrechen im Raum stehen. Zur Höhe des Sachschadens konnte die Polizei noch keine Auskunft geben.

Thüringens Migrationsministerin Doreen Denstädt (Grüne) lehnte voreilige Einschätzungen über die Brandursache ab. Sie war am Sonntag selbst nach Apolda gekommen, um sich über die Situation zu informieren. Es sei zu früh für Aussagen zum Hergang, so die Politikerin.

Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) schrieb bei Twitter: "Meine Gedanken sind bei der Familie und in der Trauer verbunden! Allen Verletzten eine schnelle Genesung."

**Load-Date:** June 5, 2023

## **Mehr Grenzkontrollen gegen Schleuserkriminalität; Um irreguläre Migration zu bekämpfen, sollen stationäre Grenzkontrollen ausgeweitet werden. Ist dieser Ansatz sinnvoll? Und: 20 Tote nach Explosion in Bergkarabach**

ZEIT-online

Dienstag 26. September 2023 5:32 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Illegale Migration; Ausg. 1

**Length:** 463 words

### **Body**

---

Zur Bekämpfung irregulärer **Migration** plant Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) die Einführung stationärer Grenzkontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien. Es handelt sich dabei um zusätzliche Kontrollen, die neben den bereits verstärkten Schleierfahndungen vor allem zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität dienen sollen. Die Polizeigewerkschaft (GdP) und die Grünen haben sich gegen die Pläne aus dem Innenministerium ausgesprochen. Laut der Bundespolizei sind die zusätzlichen Kontrollen eine "dauerhafte Belastung" und "sehr personalintensiv". Im Schengenraum gibt es in der Regel keine Grenzkontrollen. An der bayerischen Grenze zu Österreich gibt es seit Herbst 2015 vorübergehende stationäre Grenzkontrollen, die in Brüssel bei der EU-Kommission angemeldet und dann erneuert werden müssen. Jona Spreter, vom Newsdesk bei ZEIT ONLINE, analysiert die Maßnahmen und erklärt, wieso das Vorgehen gegen die Schleuser der falsche Ansatz ist, um irreguläre **Migration** einzudämmen.

Nach der Explosion eines Benzinlagers in Bergkarabach am Montagabend sind laut dem Gesundheitsministerium der südkaukasischen Region mindestens 20 Menschen gestorben und 290 Menschen verletzt worden. Die Betroffenen standen wohl an, um Benzin für die Flucht nach Armenien zu besorgen. In der umkämpften Exklave Bergkarabach kam es nach einem Eroberungsangriff Aserbaidschans in der vergangenen Woche zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die überwiegend armenische Bevölkerung in der Kaukasusregion muss nach der Niederlage der proarmenischen Kämpfer Unterdrückung und Vertreibung fürchten. Nach Angaben der armenischen Regierung sind bereits 13.000 Menschen aus Bergkarabach nach Armenien geflohen.

Außerdem im Update:

Vor genau einem Jahr kam es zu Explosionen an zwei deutsch-russischen Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee. Der neue Podcast Tatort Ostsee von ZEIT, ARD und der Süddeutschen Zeitung erzählt von dem Attentat und der Suche nach den Menschen, die dahinterstecken. Holger Stark, stellvertretender Chefredakteur der ZEIT und Leiter des Investigativressorts, berichtet im Podcast über die Recherche.

Und sonst so? Ab Mitte Oktober dürfen Produkte mit bewusst zugesetztem Mikroplastik - wie Kosmetik mit losem Glitter - in der EU nicht mehr verkauft werden.

Mehr Grenzkontrollen gegen Schleuserkriminalität Um irreguläre Migration zu bekämpfen, sollen stationäre Grenzkontrollen ausgeweitet werden. Ist dieser Ansatz s....

Das Team unseres Videoformats Was jetzt? - Die Woche spricht am Donnerstag über die Wohnungsnot in Deutschland. Und sie wollen von Ihnen hören: Wie schwierig war es für Sie, Ihre Wohnung zu finden? Schicken Sie dazu gern eine Sprachnachricht an die +49 40 74305513 oder [wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de)

Moderation und Produktion: Jannis Carmesin

Mitarbeit : Olga Ellinghaus

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter [wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de) .

**Load-Date:** September 26, 2023

**Bereits fast 300 geflüchtete Kinder 2023 im Mittelmeer gestorben; Fast 300 Kinder sind bei Mittelmeerüberquerungen 2023 gestorben mehr als doppelt so viele wie vergangenes Jahr. Die Dunkelziffer wird aber viel höher geschätzt.**

ZEIT-online

Freitag 14. Juli 2023 2:48 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 246 words

**Byline:** David Rech

## Body

---

Tiziana Fabi

Dieses Foto vom 9. März 2023 zeigt einen Blick auf eine Gedenkstätte mit Blumen, Kreuzen und Luftballons an einem Strand in der Nähe von Cutro, mit dem Mittelmeer im Hintergrund, wo am 26. Februar mindestens 72 **Migranten** starben, nachdem ihr Boot vor der süditalienischen Region Kalabrien gesunken war.

Mindestens 289 geflüchtete Kinder sind nach UN-Angaben in der ersten Jahreshälfte bei dem Versuch, das Mittelmeer von Nordafrika in Richtung Europa zu überqueren, gestorben. Die registrierte Opferzahl sei doppelt so hoch wie in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres, teilte das UN-Kinderhilfswerk Unicef mit. Unicef forderte erweiterte sichere, legale und zugängliche Wege für Kinder, die Schutz in Europa suchen.

Aufgrund der Dunkelziffer sei die tatsächliche Zahl der bei der Reise über das zentrale Mittelmeer gestorbenen Kinder "wahrscheinlich deutlich höher", teilte Unicef mit. Viele Unglücke von Booten mit Migranten würden nicht erfasst. "Wir schätzen, dass in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 11.600 Kinder die Überfahrt angetreten haben wiederum fast doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum 2022", sagte die Unicef-Expertin Verena Knaus.

Zudem wurden rund 3.300 geflüchtete Kinder, die in den ersten drei Monaten dieses Jahres über das zentrale Mittelmeer reisten, laut Unicef-Angaben als unbegleitet oder von ihren Begleitern getrennt registriert. Diese Zahl sei dreimal so hoch wie im Vorjahreszeitraum.

**Load-Date:** July 14, 2023

**Wenn Lokalpolitiker plötzlich Gehör finden; Kohleausstieg, Migration, Industriestrom: Die FDP treibt aus Angst um ihre Bedeutung die Ampelkoalition in die Krise. Doch damit gefährdet sie sich am Ende selbst.**

ZEIT-online

Donnerstag 2. November 2023 4:49 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Ampelkoalition; Ausg. 1

**Length:** 1317 words

**Byline:** Alan Posener

## Body

---

Soll die FDP die Ampelkoalition verlassen? Das fordert eine Gruppe von 27 FDP-Mitgliedern in einem offenen Brief mit der Überschrift "Weckruf Freiheit". Im Zuge einer Generalabrechnung mit der Ampel auf den Gebieten Wirtschaft, Verwaltung, Energie und Bürgergeld, wo sich die Partei "bis zur Unkenntlichkeit verbiegt", kommen die Rebellen zum Schluss: "Die FDP muss ihre Koalitionspartner dringend überdenken."

Die FDP-Führung betont zwar, dass die Partei 70.000 Mitglieder habe und dass die 27 "Weckruf"-Unterzeichnerinnen bis auf ein Mitglied des Landtags Mecklenburg-Vorpommern allesamt keine politischen Schwergewichte seien. Doch es ist kein Geheimnis, dass die FDP in der Regierung unglücklich ist. Am Abend nach den Wahlen in Bayern, wo die FDP aus dem Landtag flog, und in Hessen, wo sie 2,5 Prozentpunkte verlor und mit Ach und Krach die Fünfprozentmarke schaffte, sagte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai in der Berliner Runde der ARD: Die Koalition müsse bei der Wirtschaft "und beim Mega-Thema **Migration**" diskutieren, "ob wir überhaupt ein gemeinsames Verständnis entwickeln können".

Diskutiert wird eher nicht; dafür trompetet die FDP-Führung in den Medien lautstark ihre Unzufriedenheit heraus. FDP-Chef und Finanzminister Christian Lindner stellt den von der Ampel anvisierten Ausstieg aus der Kohle bis 2030 infrage, lehnt die vom Grünen Co-Chef und Wirtschaftsminister Robert Habeck befürwortete Subventionierung des Industriestroms ab und fordert zusammen mit seinem Parteifreund, Justizminister Marco Buschmann, eine Absenkung der Sozialleistungen für Asylbewerber, in Einzelfällen "quasi auf null".

### **An Opportunismus grenzende Geschmeidigkeit**

Die Signale werden bei der Union gehört. So fordert der Vizechef der Unionsfraktion im Bundestag, Jens Spahn, der Kanzler solle bei Abstimmungen über geplante Verschärfungen der Migrationsregelungen den Fraktionszwang aufheben. So könne man die angeblich zur notwendigen Härte unwilligen Grünen im Bundestag isolieren.

Nun ist es legitim, dass eine Partei um ihre Identität und um ihr Überleben kämpft. Und richtig, dass Bündnisse und Koalitionen nie für die Ewigkeit geschmiedet werden. Der langjährige FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher,

Wenn Lokalpolitiker plötzlich Gehör finden Kohleausstieg, Migration, Industriestrom: Die FDP treibt aus Angst um ihre Bedeutung die Ampelkoalition in die Krise.....

von 1969 bis 1974 Innenminister und von 1974 bis 1982 Außenminister in einer sozialliberalen Koalition, brachte Helmut Schmidt zu Fall und wirkte anschließend von 1982 bis 1992 als Außenminister in einer schwarz-gelben Koalition unter Helmut Kohl, die bis 1998 Bestand hatte.

Der Sturz Schmidts brachte der FDP zwar bei empörten Anhängern der SPD den Ruf der "Umfallerpartei" ein, doch hat ihr das in der Wählergunst wenig geschadet - und den rot-grünen Koalitionen 1998 und 2002 den Weg geebnet, weil die SPD den Liberalen den Verrat nicht verzeihen hat. Eine der Aufgaben des von Genscher protegierten Lindner war es, die Offenheit der FDP nach allen Seiten hin wieder herzustellen, auch um den Preis einer an Opportunismus grenzenden Geschmeidigkeit in programmatischen Fragen.

Es ist auch legitim, dass die Opposition alles unternimmt, um die Regierungskoalition aufzubrechen, wie es Kohl 1982 schließlich gelang. Allerdings schreiben wir eben nicht mehr das Jahr 1982, ja auch nicht 2021, als rein rechnerisch auch eine große Koalition unter Olaf Scholz oder eine Jamaika-Koalition unter Armin Laschet möglich erschienen. Inzwischen hat die Union die Grünen zu ihrem Hauptgegner erklärt und sich selbst damit die Jamaika-Option versperrt, selbst wenn die Grünen wollten. Dass ein Friedrich Merz bereit wäre, als Vizekanzler einer großen Koalition - oder einer Kenia-Koalition - unter Olaf Scholz zu dienen, erscheint auch eher unwahrscheinlich. Zumindest würde das dem erklärten Ziel der neuen Unionsführung widersprechen, das in 16 Jahren unter Angela Merkel - davon zwölf im Bündnis mit der SPD - stumpf gewordene Profil der Union wieder zu schärfen. Opposition ist bekanntlich Mist, aber Juniorpartner in der Bundesregierung auch - und das Ergebnis wäre 2025 vermutlich eine weitere Stärkung der AfD.

Wenn also die FDP-"Weckruf"-Rebellen ihre Partei aufrufen, "ihre Koalitionspartner zu überdenken", so fragt man sich, was konkret gemeint sein könnte. Vielleicht eine Rechts-Koalition von Union, AfD und Liberalen? Aber die hätte mit 367 Sitzen keine Mehrheit im Bundestag, ganz davon abgesehen, dass weder die Führung der Union noch die der FDP ein solches Bündnis zurzeit in Betracht ziehen würden. Es fällt aber auf, dass die 27 den Punkt Außenpolitik bei ihrer Kritik der Ampel gar nicht thematisieren. In einer Situation, da in Europa und in Nahost Kriege geführt werden, ist das schlimmstenfalls ein Zeichen heimlicher Sympathien für die neutralistische Haltung der AfD gegenüber Russland, bestenfalls ein Ausweis mangelnder Seriosität.

Denn die von Olaf Scholz verkündete Zeitenwende betrifft auch die Innenpolitik und zwingt, die Staats- vor die Parteiräson zu stellen. Das hat etwa ein Armin Laschet sofort begriffen. Er habe natürlich ungern die Wahl verloren, sagte er mir bei einem Treffen in der israelischen Botschaft kurz nach Beginn des russischen Angriffskrieges. Aber man müsse sich vorstellen, was los wäre, wenn es ihm gelungen wäre, eine Jamaika-Koalition zustande zu bringen: Die SPD stünde vermutlich an der Spitze einer starken "Friedensbewegung", statt - wie zögerlich auch immer - hinter der Ukraine; das Land wäre gespalten und womöglich gelähmt. Recht hatte er; recht hat er. Man sieht an den USA, was passiert, wenn das Primat der Außenpolitik von der Opposition nicht beachtet wird.

### **Das Problem der Ampel ist die schwache Führung**

Darum muss die FDP auch überlegen, wie weit sie die Koalitionskrise treiben will. Verlassen die Liberalen die Ampel, hätte das, da die Alternativen große Koalition und Kenia kaum Chancen hätten, Neuwahlen zur Folge. Mithin eine Lähmung Deutschlands mitten in einer für Europa existenziellen Krise, während in den USA das Gespenst einer Wiederwahl Trumps und damit eines neuen Isolationismus droht. Ganz davon abgesehen, dass eine FDP, die mit dem Thema Migration und einer Verschiebung des Kohleausstiegs Wahlkampf machen wollte, von der AfD an die Wand gedrückt würde. Da wählt der deutsche Spießherren denn doch lieber das Original, das ihm außer null Zuwanderung billiges russisches Gas und einen gänzlichen Ausstieg aus dem Kohleausstieg verspricht.

Und dann gibt es noch etwas: Die bei den Jamaika-Verhandlungen 2017 gescheiterte, 2021 gelungene Aussöhnung der FDP mit den Grünen war eine historische Leistung. Denn die teilweise erbitterte Konkurrenz der Parteien resultiert nicht zuletzt daraus, dass sie um die gleiche Klientel werben, deren Werte sie ja teilen. Die Feindschaft der beiden Parteien ist, wenn man so will, auch ein Narzissmus der kleinen Differenz. Nur mit den



Wenn Lokalpolitiker plötzlich Gehör finden Kohleausstieg, Migration, Industriestrom: Die FDP treibt aus Angst um ihre Bedeutung die Ampelkoalition in die Krise.....

Grünen konnte Justizminister Buschmann wichtige Liberalisierungen wie das sexuelle Selbstbestimmungsgesetz, die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft und die Erleichterung der Einbürgerung oder die Dekriminalisierung weicher Drogen durchsetzen. Die Grünen halten mit ihrer klaren Position gegen Wladimir Putins Aggressionskriege auch einer Agnes Strack-Zimmermann den Rücken frei, die in der stets von nationalliberalen und neutralistischen Versuchungen bedrohten Partei keinen leichten Stand hat.

Das Problem der Ampel ist am Ende nicht, dass sich die FDP verbiegen muss; alle Parteien müssen sich in einer Dreierkoalition als biegsam erweisen. Das Problem der Ampel ist die schwache Führung durch den Kanzler, der nicht klar und rechtzeitig sagt, wer an welcher Stelle worauf verzichten, wer dafür wo punkten darf. Kurzum, der das Geben und Nehmen in der Koalition nicht regelt.

Florian Gaertner FDP-Chef Christian Lindner Florian Gaertner FDP-Chef Christian Lindner

**Load-Date:** November 2, 2023

---

End of Document

**Tausende Migranten machen sich auf den Weg Richtung USA; Rund 5.000 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, haben sich im Süden Mexikos zusammengeschlossen, um Richtung USA zu laufen. Sie fordern humanitäre Visa.**

ZEIT-online

Dienstag 31. Oktober 2023 10:04 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Mexiko; Ausg. 1

**Length:** 221 words

**Byline:** Anja Keinath

## Body

---

Im Süden Mexikos haben sich mehrere Tausend Menschen zusammengeschlossen, um sich gemeinsam auf den Weg nach Norden Richtung USA zu machen. Nach Angaben der Polizei handelt es sich um rund 5.000 Menschen, die vor allem aus Honduras, Venezuela, Haiti, Kuba, El Salvador und Guatemala stammen, wie Medien berichteten. Darunter seien viele Frauen mit Kleinkindern.

Die Menschen machten sich von der Stadt Tapachula, unweit der Grenze zu Guatemala, auf den Weg. An der Spitze des Zuges trugen sie ein weißes Kreuz und ein Plakat, auf dem sie humanitäre Visa forderten. Sie beklagten, dass die Bearbeitung ihrer Anträge in Tapachula Monate dauere und sie nicht arbeiten dürften.

### Kritik an Regierung in Mexiko

Medienberichten zufolge sagte Irineo Mújica von der Organisatio Pueblo Sin Fronteras (Volk ohne Grenzen), es sei seitens der mexikanischen Regierung unverantwortlich, die Menschen in Tapachula festhalten zu wollen. Viele Migranten lebten auf der Straße.

Mexiko liegt auf der Migrationsroute in die USA. Menschen fliehen auf dieser Route aus ihren Heimatländern vor Armut, Gewalt und politischen Krisen. Seit einigen Jahren schließen sich Fliehende verstärkt in Gruppen zusammen, um sich vor Gewalt zu schützen. Oft lösen sich diese Verbände jedoch nach einiger Zeit wieder auf.

Jose TorresJose Torres

**Load-Date:** October 31, 2023

**Zuwandererfamilien fühlen sich sehr mit Deutschland verbunden; Über 80 Prozent der Zugewanderten geben an, sich Deutschland zugehörig zu fühlen. Wer länger im Land ist, hat in der Regel ein größeres Verbundenheitsgefühl.**

ZEIT-online

Montag 14. August 2023 9:34 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Integration; Ausg. 1

**Length:** 343 words

**Byline:** Sarah Kohler

## Body

---

Christian Charisius

Hand in Hand tanzen Kinder und Erzieherinnen bei einem Bewegungsspiel in der Turnhalle einer Kita in Hamburg

Nach Deutschland Eingewanderte und ihre Kinder fühlen sich der neuen Heimat verbunden. Das ergab eine Befragung des Sachverständigenrats für Integration und **Migration**. Über 80 Prozent gaben an, sich Deutschland zugehörig zu fühlen, davon 46,2 Prozent "voll und ganz" und 38 Prozent "eher". Bei den Befragten ohne **Migrationshintergrund** waren es rund 90 Prozent.

Die Bindung an das Herkunftsland fällt im Vergleich dazu bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte geringer aus. Mehr als die Hälfte fühlt sich aber auch diesem verbunden. Je länger sich jemand hierzulande aufhält, desto größer ist normalerweise das Zugehörigkeitsgefühl und desto geringer die Verbindung zum Herkunftsland, schrieben die Autoren der Untersuchung.

Auch Sprachkenntnisse und Kontakte über das eigene kulturelle Milieu hinaus lassen das Zugehörigkeitsgefühl wachsen, schrieben die Experten. Sie berufen sich dabei auch auf frühere Untersuchungen. Diskriminierungserfahrungen hingegen bewirken das Gegenteil: So empfinden Menschen mit höherer Bildung häufig eine größere Distanz zu Deutschland, was mit einer größeren Sensibilität gegenüber Ablehnung erklärt wird.

### Unterschiede zwischen Zuwanderern

Von einem Migrationshintergrund spricht man, wenn eine Person selbst oder mindestens eins seiner Elternteile die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. Zwischen den Gruppen verschiedener Zuwanderer gibt es Unterschiede: Unter Aussiedlern und Spätaussiedlern, also Emigranten aus Ex-Sowjetrepubliken, fühlt sich der Umfrage zufolge ein höherer Anteil Deutschland zugehörig als unter Türkeistämmigen, unter Menschen mit familiären Wurzeln in der EU oder in der übrigen Welt.

Zuwandererfamilien fühlen sich sehr mit Deutschland verbunden Über 80 Prozent der Zugewanderten geben an, sich Deutschland zugehörig zu fühlen. Wer länger im La....

Spätaussiedler sind im amtlichen Sprachgebrauch Menschen, die seit 1993 über ein Aufnahmeverfahren aus der ehemaligen Sowjetrepublik als deutsche "Volkszugehörige" nach Deutschland gekommen sind. Vorher wurden sie als Aussiedler bezeichnet.

**Load-Date:** August 14, 2023

---

End of Document

## Woher die meisten Asylsuchenden nach Deutschland kommen; Die Zahl der Asylanträge in Deutschland steigt. Wovor fliehen die Menschen und welche Perspektive haben sie hier? Ein Blick in die größten Herkunftsländer

ZEIT-online

Freitag 6. Oktober 2023 5:11 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Herkunftsländer; Ausg. 1

**Length:** 3706 words

**Byline:** Andrea Böhm;Lenz Jacobsen;Alexander Kauschanski;Maxim Kireev;Olivia Kortas;Nina Monecke;Steffen Richter;Christian Vooren;Vanessa Vu

### Body

---

Mehr als 204.000 Menschen haben laut Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) in diesem Jahr bisher einen Erstantrag auf **Asyl** in Deutschland gestellt (Stand: August 2023) - das sind 77 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Wir zeigen, woher die meisten Menschen kommen, wie die Lage in ihren Herkunftsländern ist und wie ihre Chancen stehen, in Deutschland Schutz zu erhalten. Die Schutzquote gibt dabei den Anteil aller **Asylanträge** an, über die vom Bamf positiv entschieden wurde. Darunter fallen Entscheidungen auf **Asyl**, **Flüchtlingsschutz**, subsidiären Schutz und Abschiebungsverbote.

Die Ukraine taucht in dieser Bamf-Statistik nicht auf: Kriegsflüchtlinge aus dem Land müssen gemäß der Massenzustromsrichtlinie in der EU kein **Asyl** beantragen, um temporären Schutz zu erhalten. Derzeit leben mehr als eine Million **geflüchtete** Ukrainerinnen und Ukrainer in Deutschland.

#### Syrien

bisher 61.483 Erstanträge in 2023, Schutzquote: 85,3 Prozent

Auch im dreizehnten Bürgerkriegsjahr führt Syrien die weltweite Rangliste der Geflüchteten an. Zwar haben die Gräueltaten zuletzt abgenommen, dafür hat sich die humanitäre Situation drastisch verschlechtert. Die Vereinten Nationen schätzen, dass mehr als die Hälfte der syrischen Bevölkerung auf der Flucht ist, die meisten sind in Nachbarländern wie der Türkei, dem Libanon oder in Jordanien - noch. Denn viele halten es dort kaum mehr aus.

Bereits vor dem Erdbeben im Februar 2023 waren Wirtschaft und Infrastruktur in Syrien weitgehend zerstört, inzwischen lebt mehr als 90 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, mehr als die Hälfte leidet Hunger. Neben den Zerstörungen macht vor allem die extreme Inflation den im Land verbliebenen Menschen zu schaffen: Seit Kriegsausbruch sind die Preise um das 161-Fache gestiegen, in diesem Jahr liegt die Inflation bei 104,7 Prozent. Im Süden des Landes sind Mitte August wochenlange Proteste ausgebrochen.

Woher die meisten Asylsuchenden nach Deutschland kommen Die Zahl der Asylanträge in Deutschland steigt.  
Wovon fliehen die Menschen und welche Perspektive haben ....

Nahezu alle syrischen Familien sind also auf Hilfen aus dem Ausland angewiesen. Oft sind es geflüchtete Verwandte, die Geld schicken, doch auch sie leben vielfach prekär. In der Türkei und im Libanon etwa sind syrische Geflüchtete massiven Anfeindungen und Abschiebekampagnen ausgesetzt. Ein Teil versucht daher, über die gefährliche Mittelmeerroute oder über die Wälder zwischen der Türkei und Griechenland weiter nach Europa zu fliehen. Doch auch die wenigen besser gestellten Syrerinnen und Syrer verlassen weiterhin das Land, um sich etwa der Wehrpflicht zu entziehen, den anhaltenden Gefechten oder der politischen Unterdrückung des Assad-Regimes.

## **Afghanistan**

bisher 35.798 Erstanträge in 2023, Schutzquote: 76,7 Prozent

Es scheint, als werde alles nur noch schlimmer in Afghanistan: 20 Jahre lang führten die US-Amerikaner nach den Anschlägen von 9/11 einen Krieg gegen die Taliban, 2021 zog sich die Armee zurück und überließ ihnen das Land erneut. Auf Terroranschläge und Gefechte folgte ein islamistisches Terrorregime. Die humanitäre Lage ist zunehmend verheerend. Laut den Vereinten Nationen leben 97 Prozent der Menschen in Afghanistan in Armut, sechs Millionen Menschen stehen am Rande einer Hungersnot.

Die Taliban haben ihre eigenen Gesetze eingesetzt, Frauen werden maßgeblich unterdrückt, Zugang zu höherer Bildung ist ihnen verboten. Besonders gefährdet sind jene, die sich während des Krieges gegen die Taliban stellten, die etwa in ausländischen Botschaften oder für das Militär als Übersetzer arbeiteten.

Diese sogenannten Ortskräfte sollten eigentlich zu Tausenden ins Ausland in Sicherheit gebracht werden, auch die Bundesregierung kündigte umfassende Programme an. Passiert ist seitdem so gut wie nichts, die Betroffenen müssen sich nun vor den Taliban verstecken und um ihr Leben fürchten. Viele wollen oder können nicht darauf warten, dass sie doch noch gerettet werden. Sie machen sich deshalb selbst auf den Weg, viele von ihnen fliehen nach Deutschland.

## **Türkei**

bisher 28.746 Erstanträge in 2023, Schutzquote: 14,9 Prozent

Explodierende Preise, schlechte Berufsaussichten und eine gesellschaftliche Stimmung, die nach dem erneuten Wahlsieg von Präsident Recep Tayyip Erdogan wie eingefroren scheint: Das sind die wichtigsten Gründe, warum viele Türkinnen und Türken weg wollen. Schon eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, für die mehr als 2.000 junge Türkinnen und Türken befragt wurden, kam zu dem Ergebnis: 63 Prozent von ihnen wären bereit, das Land zu verlassen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Deutschland war dabei das beliebteste Zielland. Dieser Drang ins Ausland dürfte sich seit Erdogans Sieg im Mai 2023 noch verstärkt haben - zumindest bei den vielen jungen Wählenden, die sich einen Machtwechsel gewünscht haben.

Allerdings ist die Suche nach einem besseren Leben allein noch kein Asylgrund. Die Zahlen des BAMF zeigen: Je mehr Türkinnen und Türken Asylanträge stellen, desto höher ist der Anteil derjenigen, die abgewiesen werden. 2018 bis 2020 waren es nur etwas mehr als die Hälfte, mittlerweile sind es 85 Prozent.

## **Irak**

bisher 7.584 Erstanträge in 2023, Schutzquote: 25 Prozent

Die Menschen im Irak erleben 2023 eine der politisch stabilsten Phasen der vergangenen 20 Jahre. Damit gehe auch eine Verbesserung der Sicherheit und der humanitären Lage einher, sagt Lucas Lamberty, Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bagdad. Das spiegelt sich in der Zahl der in Deutschland gestellten Asylanträge: Sie ist von 96.000 Anträgen in 2016, dem Höhepunkt des Terrors durch den Islamischen Staat, auf 16.300 in 2022 zurückgegangen. Heute ist der IS aus den Städten des Irak vertrieben. Vereinzelte Zellen, von denen weiter eine Anschlagsgefahr ausgeht, gibt es noch in schwer zu überblickenden Wüstengebieten.

Woher die meisten Asylsuchenden nach Deutschland kommen Die Zahl der Asylanträge in Deutschland steigt.  
Wovon fliehen die Menschen und welche Perspektive haben ....

Von den sechs Millionen Binnenflüchtlingen sind fünf Millionen wieder in ihre Heimatorte zurückgekehrt, ungefähr eine Million lebt noch in Camps. Am härtesten hatte der IS-Terror zwischen 2014 und 2016 Jesidinnen und Jesiden getroffen, der Bundestag hat Anfang dieses Jahres die IS-Verbrechen an ihnen als Völkermord eingestuft.

Die wenigsten Irakerinnen und Iraker, die heute in Deutschland einen Antrag stellen, erhalten politisches Asyl. Das gilt auch für die Jesiden: 2022 gab es bei 5.396 Entscheidungen über ihre Asylanträge 2.420 Ablehnungen. Im Mai hat die Bundesregierung zudem eine Vereinbarung mit dem Irak getroffen, um abgelehnte Asylsuchende einfacher zurückzuführen. Die meisten Menschen aus dem Irak werden in Deutschland temporär geduldet. Auch, weil es laut einem Asyllagebericht des Auswärtigen Amtes weiterhin Menschenrechtsverletzungen durch irakische Sicherheitskräfte und Milizen gibt.

Mittelfristig droht im Irak ein hohes Bevölkerungswachstum - bis 2050 soll sich die Zahl von 40 auf 80 Millionen Menschen verdoppeln. Besonders im Süden des Landes wird es zudem immer heißer, Wüstenbildung und zu wenig Wasser sind die Folge. Irak-Experte Lamberty hält deshalb eine größere Flüchtlingsbewegung aus dem Süden nach Bagdad und auch in den Norden Richtung Europa für durchaus erwartbar.

## Iran

bisher 7.166 Erstanträge in 2023, Schutzquote: 26,8 Prozent

Für kurze Zeit verschwanden im Herbst 2022 die vermummten Männer und Vans der iranischen Sittenpolizei von den Straßen, nun sind sie zurück und setzen ein neues, verschärftes Kopftuchgesetz durch: Bei Verstoß gegen die islamischen Kleidungs Vorschriften drohen 5.000 Euro Strafe und bis zu 15 Jahren Haft. Der UN-Menschenrechtskommissar verurteilt das Gesetz als "repressiv und erniedrigend".

Mit brutaler Gewalt ging das Mullah-Regime gegen die Proteste nach dem Tod der 22-jährigen Kurdin Jina Masha Amini im September 2022 vor. Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass dabei Hunderte Menschen getötet wurden, Zehntausende sollen festgenommen worden sein. Mindestens sieben Demonstranten wurden hingerichtet. Der Iran zählt zu den Ländern, in denen weltweit die meisten Todesurteile vollstreckt werden.

Anders als man vermuten könnte, erhalten seit Beginn der Proteste aber nicht mehr Menschen aus dem Iran Schutz in Deutschland. Die Schutzquote liegt 2023 bisher bei 26,8 Prozent. Doch schon vor dem Tod Aminis war die Aufhebungsquote durch Verwaltungsgerichte hoch: Im ersten Halbjahr 2022 wurden 42 Prozent der überprüften Bamf-Bescheide zum Herkunftsland Iran wieder aufgehoben.

## Georgien

bisher 6.691 Erstanträge in 2023, Schutzquote: 0,4 Prozent

Die Bundesregierung plant, Georgien als sicheres Herkunftsland einzustufen und die Asylanträge schneller zu bearbeiten. Den Menschen drohe dort in der Regel keine politische Verfolgung, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Schon jetzt wird in nur 0,4 Prozent der Fälle Georgierinnen und Georgiern Schutz gewährt. Linkenpolitiker und Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl und Amnesty International kritisierten das Vorhaben der Bundesregierung: Oppositionelle, Journalisten und NGO würden in Georgien eingeschüchtert und gezielt verfolgt. Außerdem ignoriere der Beschluss die Situation in Abchasien und Südossetien. In den abtrünnigen und von Russland unterstützten Regionen gebe es regelmäßig willkürliche Verhaftungen, Folter und Misshandlung von Gefangenen.

Auch queere Menschen werden im christlich-orthodoxen Georgien diskriminiert und angegriffen. Erst im Juli 2023 stürmten ultrakonservative Nationalisten ein Pride-Festival in der Hauptstadt Tbilissi. Die Polizei schritt nicht ein. Die EU-Botschaft in Georgien hat den Angriff verurteilt. Belgien hat Georgien erst kürzlich wieder von der Liste sicherer Herkunftsstaaten gestrichen.

Die Ex-Sowjetrepublik im Südkaukasus wird von der Partei Georgischer Traum regiert. Immer wieder gibt es Proteste gegen die als prorussisch geltende Regierung, etwa als sie ein Gesetz zu "ausländischen Agenten"

Woher die meisten Asylsuchenden nach Deutschland kommen Die Zahl der Asylanträge in Deutschland steigt.  
Wovon fliehen die Menschen und welche Perspektive haben ....

verabschieden wollte, das Regierungskritiker kriminalisiert hätte. Seit Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich Georgien den westlichen Sanktionen gegen Russland nicht angeschlossen.

## **Russland**

bisher 5.326 Erstanträge in 2023, Schutzquote: 8,3 Prozent

In Russland hat sich die Menschenrechtssituation seit Beginn der Invasion in der Ukraine deutlich verschlechtert. Kritik am Krieg oder auch schon Zweifel an den offiziellen Darstellungen des Verteidigungsministeriums zum Kriegsverlauf können zu einer Anklage vor Gericht führen. Seit Februar 2022 zählt die Organisation OVD-Info mindestens 660 Strafverfahren gegen Kriegsgegner in Russland. Die Zahl der Festnahmen summiert sich mittlerweile auf 25.000.

Fast alle bedeutenden Oppositionellen des Landes wurden in den vergangenen Monaten wegen angeblicher Diskreditierung der Armee oder wegen des vermeintlichen Verbreitens von Falschmeldungen über den Kriegsverlauf angeklagt. Die russische Menschenrechtsorganisation Memorial betrachtet mindestens 558 Personen in Russland als politische Gefangene. Einige von ihnen, wie etwa der Politiker Wladimir Kara-Mursa, wurden wegen Kritik am Regierungskurs zu Haftstrafen von mehr als 20 Jahren verurteilt. Hinzu kommen seit der Invasion noch etwa 3.000 Verfahren gegen mobilisierte Rekruten und Vertragssoldaten wegen Fahnenflucht oder Befehlsverweigerung.

Auch der Druck auf Minderheiten wächst. Im September 2022 wurde ein Gesetz verschärft, das die "Propaganda nicht traditioneller Familienwerte" auch unter volljährigen Personen unter Strafe stellt. Seitdem ist es etwa verboten, die Gleichstellung von queeren Menschen zu fordern. Auch ein umfassendes Verbot von Geschlechtsangleichungen für trans Personen hat das russische Parlament vor einigen Monaten beschlossen.

## **Somalia**

bisher 3.539 Erstanträge in 2023, Schutzquote: 78,7 Prozent

Auf der langen Liste der Fluchtgründe lassen sich für Somalia fast alle ankreuzen: Bürgerkrieg, islamistischer Terror, politische Verfolgung, sexualisierte Gewalt gegen Frauen, Dürren, Hunger. Abertausende haben in den vergangenen dreißig Jahren ein Land verlassen, das nach seiner Unabhängigkeit 1960 von europäischen Politikern zunächst als "afrikanischer Musterschüler" bezeichnet wurde: Es gab politische Parteien, freie Wahlen, eine westlich anmutende Hauptstadt. Dann setzten ein Putsch und der Kalte Krieg dem ein Ende. Somalia beteiligte sich abwechselnd aufseiten Moskaus und Washingtons an heißen Kriegen in der Region. Nach dem Fall des Ostblocks folgten Staatskollaps, Bürgerkrieg und schließlich der Aufstieg der islamistischen Miliz Al-Shabaab, die bis heute Teile Somalias kontrolliert.

Zu den immer wieder aufflammenden Konflikten kommt die Klimakrise hinzu. Laut UNHCR wurden allein in diesem Jahr rund 400.000 Menschen durch Überflutungen und über 300.000 durch eine der schwersten Dürren in der Geschichte der Region vertrieben.

Die große Mehrheit der Somalis auf der Flucht, mehr als vier Millionen, sind innerhalb ihrer Heimat geflohen. Die Zahl derer, die ihr Land verlassen haben, wird derzeit auf rund 800.000 geschätzt. Die meisten, 80 Prozent, suchen Zuflucht in der Region - in Kenia, Äthiopien, Uganda und sogar im kriegsgebeutelten Jemen. Nur eine kleine Minderheit bricht nach Europa auf.

## **Eritrea**

bisher 3.079 Erstanträge in 2023, Schutzquote: 85,3 Prozent

Eritrea liegt in Ostafrika, zwischen dem Roten Meer, dem Sudan, Dschibuti und Äthiopien. Ein kleines Land mit zwischen 3,8 und rund fünf Millionen Einwohnern, genaue Zahlen sind schwer zu bekommen. Das Land ist abgeschottet, manche nennen es das "Nordkorea Afrikas". Das erklärt einerseits, warum die absolute Zahl der



Woher die meisten Asylsuchenden nach Deutschland kommen Die Zahl der Asylanträge in Deutschland steigt.  
Wovon fliehen die Menschen und welche Perspektive haben ....

Geflüchteten vergleichsweise gering ist: Die Regierung will nicht, dass die Menschen das Land verlassen, sie sind praktisch eingesperrt. Die Flucht aus dem Land wird schon an der Grenze zur Gefahr. Unklar ist, wie viele schon hier scheitern.

Die, die es raus schaffen, haben unterschiedliche Gründe dafür. Das Land zählt zu den ärmsten Ländern der Welt, auch bei der Pressefreiheit, der Demokratie und bei Menschenrechten liegt es regelmäßig auf den hintersten Plätzen. Der Hauptgrund für die Flucht ist allerdings der Wehrdienst im Land, der für alle Männer und Frauen gilt und faktisch mehrere Jahrzehnte dauern kann. Der Präsident und faktische Diktator Isayas Afewerki nutzt die Wehrpflichtigen als Zwangsarbeiter zum Beispiel im Straßenbau oder zwingt sie zu Kampfeinsätzen, etwa im äthiopischen Bürgerkrieg.

Wer den Dienst verweigert, muss mit Gefängnis rechnen oder im schlimmsten Fall sogar mit der Todesstrafe. Regimekritiker werden weggesperrt oder sie verschwinden plötzlich. Und selbst Geflüchtete im Ausland müssen Repressalien durch eritreische regierungsnahe Schlägertrupps fürchten.

## Ukraine

Alle 30 Minuten den Motor anspringen lassen, ein paar Meter vorfahren, dann wieder stehen bleiben und warten: Ganze 24 Stunden lang näherte man sich im Sommer auf diese Weise der ukrainisch-polnischen Grenze. Es war Ferienzeit. Ukrainische Geflüchtete und ihre Kinder reisten zurück in die Heimat, um ihre Ehemänner und Väter zu sehen, ihre Kranken und Alten. Dann ging es wieder zurück in die Länder, die ihnen Schutz bieten.

Die Front, die Russlands Krieg durch die Ukraine zieht, bewegt sich seit Monaten nur minimal. Dennoch flüchten Ukrainerinnen und Ukrainer auch jetzt ins Ausland. Im Mai noch schreckten die Kiewer fast jede Nacht aus dem Schlaf hoch, weil russische Raketen und Drohnen auf ihre Viertel zuflogen und mit lauten Explosionen vom Himmel geschossen wurden. In den Sommermonaten gerieten schlechter geschützte Städte in den Fokus der Russen. Fast wöchentlich war morgens von Zivilisten zu lesen, die in der Nacht zuvor durch solche Angriffe gestorben waren.

Bald, das ist absehbar, wird die Zahl der Flüchtenden aus der Ukraine zunehmen. Der Herbst ist da und mit ihm die Sorge vor dem Winter. Mit Grauen erinnern sich die Menschen an die eiskalten, dunklen Nächte - die Folge gezielter Angriffe auf die Energieinfrastruktur - die erst gut ein halbes Jahr zurückliegen. Auch wenn die Ukraine in den Sommermonaten vieles, was zerstört wurde, wieder aufbauen konnte: So resilient wie noch zu Anfang des vergangenen Winters ist die Infrastruktur längst nicht mehr. Dieser Winter dürfte noch härter werden.

Bulent Kilic Displaced people walk back to the refugee camp after receiving a meal in Adiyaman, on March 22, 2023, following the 7.8-magnitude earthquake that hit the region last month. - On February 6, 2023, a 7.8-magnitude earthquake killed more than 48,000 in southeastern Turkey and nearly 6,000 over the border in Syria, leaving entire cities in ruins. Hundreds of thousands of Turkish quake survivors have been moved into tents and container homes across the disaster region, which covers 11 provinces across Turkey's southeast. (Photo by BULENT KILIC / AFP) (Photo by BULENT KILIC/AFP via Getty Images) Bulent Kilic Displaced people walk back to the refugee camp after receiving a meal in Adiyaman, on March 22, 2023, following the 7.8-magnitude earthquake that hit the region last month. - On February 6, 2023, a 7.8-magnitude earthquake killed more than 48,000 in southeastern Turkey and nearly 6,000 over the border in Syria, leaving entire cities in ruins. Hundreds of thousands of Turkish quake survivors have been moved into tents and container homes across the disaster region, which covers 11 provinces across Turkey's southeast. (Photo by BULENT KILIC / AFP) (Photo by BULENT KILIC/AFP via Getty Images) Delil Souleiman A boy watches as a Russian military police armoured personnel carrier (APC) drives past on a patrol along the Syria-Turkey border by the town of Darbasiyah in Syria's northeastern Hasakah province on October 25, 2019 as part of a joint patrol between Russian forces and Syrian Kurdish Asayish internal security forces near the border. (Photo by Delil SOULEIMAN / AFP) (Photo by DELIL SOULEIMAN/AFP via Getty Images) Bulent Kilic TOPSHOT - A man walks past a camp of internally displaced people in Kabul on September 17, 2021. (Photo by BULENT KILIC / AFP) (Photo by BULENT KILIC/AFP via Getty Images) Bulent Kilic Displaced children play at the beach weeks after an earthquake struck the region, in the coastal city of Samandag on March 20, 2023. - On February 6, 2023, a 7.8-magnitude earthquake killed more than

Woher die meisten Asylsuchenden nach Deutschland kommen Die Zahl der Asylanträge in Deutschland steigt.  
Wovon fliehen die Menschen und welche Perspektive haben ....

48,000 in southeastern Turkey and nearly 6,000 over the border in Syria, leaving entire cities in ruins. (Photo by BULENT KILIC / AFP) (Photo by BULENT KILIC/AFP via Getty Images) Bakr Al-Azzawi / Middle East Images 06/20/2023 Harran, Turkey. A portrait picture of Iraqi women farmers working in the cotton cultivation fields of Harran. Harran, an ancient city in southeastern Turkey's Sanliurfa state, houses 2 million residents, with 40% Arab population. Arab migrations from Iraq and Syria occurred 200+ years ago, integrated by the Ottoman Empire. Arab-Turkish people maintain tribal Arab identity, with prominent Iraqi tribes Al-Jumila, Al-Qaisiyyin, Al-Naim, and Al-Jubour. They uphold Arab customs and construct mud-brick homes for climate control. Some houses serve cultural preservation. Harran's residents rely on agriculture, cultivating wheat and cotton. Probal Rashid September 16, 2023, Washington, District of Columbia, United State: A demonstrator raises her fist while attending in a demonstration to mark the Mahsa Amini's first death anniversary in Washington DC. Mahsa Amini, a 22-year-old Iranian woman died unexpectedly on September 16, 2022 in police custody after violating the Iranian Islamic Regime's imposed dress code for women, sparking mass protests and ensuing arrests and executions. Some 500 people were killed, including 70 children and thousands incarcerated during the protests that swept the nation. Washington United State - ZUMAr125 20230916\_fap\_r125\_004 Copyright: xProbalxRashidx Daro Sulakauri Mari Meladze, 17, opens the curtains at her former school in the village of Odzisi, Georgia, October 4, 2021. "There is nothing for me here in my village, no future," said Meladze. "We all live near the occupied borderline, there is nothing going on here for kids my age. I want to be somebody, work, study. But I have to get out from here to be able to pursue my dreams. There were a couple of kidnappings near the house where my relatives live. Their house is divided in half by the occupation, but in reality no one really knows where the border is. I want live somewhere else." Daro Sulakauri ZEMO LARSI, GEORGIA - SEPTEMBER 28: A view of the Verkhni Lars customs checkpoint between Georgia and Russia on September 28, 2022 in Zemo Larsi, Georgia. On September 21, President Putin announced what he described as a partial mobilisation of Russian army reservists to fight in Ukraine with 300,000 men to be called up and since then Russians have been fleeing to neighbouring countries. (Photo by Daro Sulakauri/Getty Images) Bobb Muriithi TOPSHOT - Somali refugees wait for the water distribution by French charity Doctors Without Borders (MSF) in the Dadaab refugee camp, one of Africa's largest refugee camps in Kenya, on March 23, 2023. - Between 400 and 500 people arrive at Dadaab every day, according to the UN refugee agency UNHCR, mostly driven from Somalia after five consecutive seasons of failed rains. The World Health Organization says this drought, already the worst in 40 years, could result in the deaths of 135 people in Somalia every day between January and June this year. (Photo by Bobb Muriithi / AFP) (Photo by BOBB MURIITHI/AFP via Getty Images) Eduardo Soteras TOPSHOT - A civilian man fleeing violence seats in a bed covered with a mosquito net at the compound of the Agda Hotel, in the city of Semera, Ethiopia, on February 17, 2022. - Thousands of Eritrean refugees, shell-shocked and separated from loved ones, fled on foot through harsh terrain to escape artillery and gunfire. (Photo by EDUARDO SOTERAS / AFP) (Photo by EDUARDO SOTERAS/AFP via Getty Images) Oleksii Chumachenko July 16, 2023, Kyiv, Ukraine: People meet their relatives who were evacuated from the Sumy region, at the central railway station. In Ukraine, the evacuation of the civilian population from the border areas of the Sumy region, where Russian shelling occurs regularly, is underway. In Ukraine, the evacuation of the civilian population from the border areas of the Sumy region, where Russian shelling occurs regularly, is underway. Kyiv Ukraine - ZUMAs197 20230716\_zab\_s197\_165 Copyright: xOleksiiChumachenkox

**Load-Date:** October 6, 2023

**Mehr Europa, mehr Abschottung; Italien will die Flucht über das Mittelmeer eindämmen und hofft auf die Unterstützung der EU. Außerdem im Podcast: Wolodymyr Selenskyj besucht das Flutgebiet bei Cherson.**

ZEIT-online

Donnerstag 8. Juni 2023 4:10 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Italien; Ausg. 1

**Length:** 375 words

**Byline:** Elise Landschek

## **Body**

---

In Luxemburg sind die EU-Innenminister zusammengekommen, um über die geplante **Asylrechtsreform** zu beraten. Bundesinnenministerin Nancy Faeser erhofft sich davon endlich einen Durchbruch in der europäischen **Migrationspolitik** einschließlich der Vorprüfung von **Asylanträgen** an den EU-Außengrenzen und eines gerechten Verteilungsmechanismus innerhalb der Union. Gerade dort stößt sie aber bisher auf jede Menge Gegenwind, unter anderem aus Italien. Allein bis April dieses Jahres haben 30.000 **Geflüchtete** das Land auf dem Seeweg erreicht. Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und Innenminister Matteo Piantedosi wollen diese Zahl nun drastisch reduzieren. Wie genau und welche Unterstützung sie dabei von der EU erwarten, erklärt Italien-Korrespondent Michael Braun im Podcast.

Zwei Tage ist es her, dass der Kachowka-Staudamm in der Nähe der ukrainischen Stadt Cherson gebrochen ist. Eine Fläche von 600 Quadratkilometern wurde dabei nach Angaben des Gouverneurs von Cherson überflutet. Wie es zu dem Unglück an der Frontlinie zwischen der Ukraine und Russland kam, ist nach wie vor unklar. Die beiden Kriegsparteien schieben sich stattdessen gegenseitig die Schuld zu. Heute hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die Überschwemmungsgebiete besucht, um sich ein Bild von den Evakuierungen zu machen, und Geld für diejenigen in Aussicht gestellt, die wegen der Wassermassen ihre Häuser verlassen mussten.

Seit dem Wochenende ist Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) unterwegs in Lateinamerika. Nach mehreren Stationen in Brasilien trifft sie heute in Kolumbien auf Vizepräsidentin Francia Márquez. Im Mittelpunkt ihres Gesprächs soll der Friedensprozess im Land stehen, aber auch Themen wie das Klima und Frauenrechte. Außerdem wird Baerbock Márquez den Preis des deutsch-lateinamerikanisch-karibischen Frauennetzwerks Unidas verleihen für ihr besonderes Engagement als Menschenrechtsaktivistin und Umweltschützerin sowie als erste schwarze Frau im Amt.

Was noch? Ein Krokodil-Weibchen hat sich ohne männliche Beteiligung fortgepflanzt.

*Moderation und Produktion: Elise Landschek*

*Redaktion: Pia Rauschenberger*

Mehr Europa, mehr Abschottung Italien will die Flucht über das Mittelmeer eindämmen und hofft auf die Unterstützung der EU. Außerdem im Podcast: Wolodymyr Selen....

*Mitarbeit: Clara Löffler*

*Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter [wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de)*

**Load-Date:** June 8, 2023

---

End of Document

**Kinder leiden laut Unicef in deutschen Flüchtlingsunterkünften; Das UN-Kinderhilfswerk hat geflüchtete Minderjährige in deutschen Sammelunterkünften interviewt. Viele erzählen von Gewalt und Diskriminierung im Alltag.**

ZEIT-online

Dienstag 29. August 2023 10:01 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 589 words

**Byline:** Maline-Mercedes Hofmann

## Body

---

Ina Fassbender

Original BU: Ein **Flüchtlingsjunge** aus Syrien spielt «Mensch ärgere dich nicht» in einem **Flüchtlingsheim** am 10.08.2016 in Bochum (Nordrhein-Westfalen). Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) besucht dort das mobile Kita-Projekt der Awo «Frieda», das **Flüchtlingsunterkünfte** anfährt. Foto: Ina Fassbender/dpa ++

Unterkünfte für geflüchtete Menschen in Deutschland sind nach Einschätzung von Unicef keine kindgerechten Orte. Dennoch müssten Kinder und Jugendliche dort Monate und mitunter sogar Jahre verbringen, ergab eine Studie des Kinderhilfswerks in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte (DIM).

Die Studie sei bewusst nicht repräsentativ, sondern bestehe aus einer qualitativen Befragung von 50 Kindern und Jugendlichen im Alter von sechs bis siebzehn Jahren aus ganz Deutschland, sagte Silke Borgstedt vom Sinus-Forschungsinstitut. Es gehe um einen Perspektivwechsel in der derzeitigen Debatte über Geflüchtete.

Demnach leben viele Mädchen und Jungen über Jahre in Sammelunterkünften für Geflüchtete ohne geeignete Kontakte zur Außenwelt. Vor allem beengte Wohnverhältnisse, fehlende Privatsphäre sowie hygienische Bedingungen würden von vielen als belastend empfunden. Außerdem hätten Kinder und Jugendliche über Gewalt und Diskriminierung im Alltag geklagt. Viele hätten zudem keinen Zugang zu den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, und es fehle ihnen an sozialen Kontakten gerade auch außerhalb der Unterkunft.

Diesem Befund zufolge bleibe Deutschland hinter den Verpflichtungen der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen zurück, teilten Unicef und das DIM mit. Unter anderem würden die Rechte auf Gleichbehandlung, Gesundheit, Bildung, Freizeit, gewaltfreie Erziehung und Privatsphäre vernachlässigt.

**Kinder werden teils von Familien getrennt**

## Kinder leiden laut Unicef in deutschen Flüchtlingsunterkünften Das UN -Kinderhilfswerk hat geflüchtete Minderjährige in deutschen Sammelunterkünften interviewt.....

"Wir ringen in Deutschland bei der großen Aufgabe, geflüchteten Familien Schutz zu bieten, um die Aufnahmefähigkeit unseres Landes und um die Kosten. Übersehen wird oft, dass ein hoher Anteil der in Deutschland Schutz suchenden Menschen Kinder sind", sagte Christian Schneider, Geschäftsführer von Unicef Deutschland. Ein 15 Jahre altes Mädchen beschrieb in dem Bericht die Situation in seiner Flüchtlingsunterkunft mit den Worten: "Das ist nicht das Leben. Das ist sozusagen ein Stopp für das Leben."

Schneider berichtete zudem von einer syrischen Familie, die jetzt seit zehn Jahren auf der Flucht sei. Einer ihrer Söhne sei zehn Jahre alt und habe die Heimat demnach nie kennengelernt. Er könne sich in vier Sprachen verständigen und helfe anderen in der Unterkunft. "In Deutschland lebt er jetzt in einem Container hinter einem Zaun", sagte Schneider.

Nicht selten würden Kinder auch getrennt von ihrer Familie untergebracht oder zusammen mit einer anderen Familie in einem Raum, berichtete Unicef weiter. Außerhalb der Unterkünfte erzählen Kinder davon, dass Menschen ihnen ausweichen. So schilderte ein 17-Jähriger: "Wenn ich in der Bahn bin, haben die Leute irgendwie Angst. Ich spüre das. Ich hab das gesehen. An einem Tag war die Bahn voll. Ich saß auf einem Viererplatz. Die Bahn war voll, aber keiner wollte neben mir sitzen. Ich verstehe nicht, warum."

Unicef und DIM fordern, dass Länder und Kommunen geflüchtete Familien so schnell wie möglich aus Sammelunterkünften herausnehmen und in dezentralen Wohnungen unterbringen sollten. Weiterhin sollten Kinder spätestens nach drei Monaten einen Zugang zu Kita, Schule und Ausbildung erhalten. Auch Ärzte, Psychologen und Beschwerdestellen müssten einfacher zugänglich sein.

**Load-Date:** August 29, 2023

**Lehrerverband fordert Migrationsquoten an Schulen; Der Chef des Lehrverbands sieht ein Integrationsproblem in Deutschland. Ab einem Anteil von 35 Prozent Kindern mit Migrationshintergrund nehme die Klassenleistung ab.**

ZEIT-online

Donnerstag 5. Januar 2023 12:42 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Bildung; Ausg. 1

**Length:** 232 words

**Byline:** Katharina James;dpa

## Body

---

Matthias Bein

Mädchen und Jungen dürfen zum ersten Mal ihren Klassenraum besichtigen. In Mitteldeutschland wurden heute tausende Mädchen und Jungen eingeschult.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, hat sich für Quoten für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an deutschen Schulen ausgesprochen. "Wir haben ein Integrationsproblem in Deutschland", sagte Meidinger der *Bild*. Wenn Integration erfolgreich sein solle, müssten "verpflichtende vorschulische Förderung, flächendeckende Sprachstandtests und Migrationsquoten" eingeführt werden. Integration gelinge nicht, wenn zum Beispiel in Klassen an Brennpunktschulen zu 95 Prozent nicht deutsche Schüler vertreten seien, zitiert ihn die Zeitung.

Wie hoch die Quote sein sollte, sagte Meidinger nicht. Seiner Meinung nach nehmen ab einem Anteil von 35 Prozent von Kindern mit Migrationshintergrund in einer Klasse "die Leistungen überproportional" ab.

Die Definition von Migrationshintergrund ist uneinheitlich oft wird darunter verstanden, dass jemand selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Laut dem Grundgesetz darf in Deutschland unter anderem niemand wegen "seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden".

**Load-Date:** January 5, 2023

**Viele ukrainische Geflüchtete sind überqualifiziert im Job;  
Hochschulexamen und Ausbildung: Viele ukrainische Geflüchtete arbeiten  
in Jobs, die nicht ihrer Qualifikation entsprechen. Ihr Verdienst liegt unter  
dem Durchschnitt.**

ZEIT-online

Donnerstag 3. August 2023 8:22 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Berufsqualifikation; Ausg. 1

**Length:** 393 words

**Byline:** Iven Fenker

## Body

---

Daniel Vogl

Vitaly aus Kiew hilft bei Familie Glas in der Küche. Er kam am 17. März 2022, zusammen mit seiner Familie, nach der Flucht aus Kiew in Deutschland an.

Rund 18 Prozent aller erwerbsfähigen ukrainischen Geflüchteten sind einer Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge erwerbstätig. Weitere 57 Prozent nehmen an Sprachkursen teil oder besuchen Bildungseinrichtungen. Ab einer Aufenthaltsdauer von zwölf Monaten steige die Erwerbstätigenquote "deutlich auf 28 Prozent".

### Monatsverdienst unter deutschem Durchschnitt

68 Prozent der Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter hatten laut der Studie ein Hochschulexamen, weitere 16 Prozent eine Berufsausbildung. Fast die Hälfte der Erwerbstätigen arbeitet demnach in Berufen, für die sie formal überqualifiziert sind. Nur 39 Prozent der Erwerbstätigen arbeiteten in Vollzeit, 36 Prozent in Teilzeit, 18 Prozent seien geringfügig beschäftigt, 7 Prozent seien in Ausbildung oder machten ein Praktikum. Der mittlere Monatsverdienst der vollzeitbeschäftigten Ukrainer liegt laut IAB mit 2.550 Euro fast 1.000 Euro unter dem Durchschnittsverdienst aller Vollzeitbeschäftigten in Deutschland. Bildungsabschlüsse, Berufserfahrung und gute Deutschkenntnisse erhöhen laut Studie die Arbeitsmarktchancen und das Gehalt.

Angesichts der vielen Ukrainer, die einen Sprach- oder Integrationskurs machen, und der ausgeprägten Erwerbstätigkeitswünsche "ist nach Abschluss der Kurse eine beschleunigte Integration zu erwarten", sagte Yuliya Kosyakova, Leiterin des IAB-Forschungsbereichs Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung. 80 Prozent der ukrainischen Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter sind Frauen, die Hälfte von ihnen hat Kinder. Gute Kinderbetreuung führe "zu mehr sozialen Kontakten mit deutschen Familien, fördert die soziale Teilhabe und erleichtert damit auch indirekt den Arbeitsmarktzugang", sagte Herbert Brücker vom IAB.



Viele ukrainische Geflüchtete sind überqualifiziert im Job Hochschulexamen und Ausbildung: Viele ukrainische Geflüchtete arbeiten in Jobs, die nicht ihrer Quali....

### **6.000 ukrainische Geflüchtete befragt**

Ukrainische Geflüchtete unterliegen keinen Beschäftigungsverboten und müssen keine Asylverfahren durchlaufen. Sie sind in die Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II (Bürgergeld) integriert. Die Studie beruht auf einer repräsentativen Befragung von rund 6.000 ukrainischen Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren, die sich seit Februar 2022 in Deutschland aufhalten.

**Load-Date:** August 3, 2023

**Wohin mit den Geflüchteten aus der Ukraine?; Viele Kommunen fühlen sich überfordert und fordern mehr Geld vom Bund, bekommen es aber vorerst nicht. Außerdem im Podcastupdate: Konsequenzen aus der Hundekotattacke.**

ZEIT-online

Donnerstag 16. Februar 2023 4:01 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

**Length:** 321 words

**Byline:** Ole Pflüger

## Body

---

Nicht nur, aber vor allem wegen des Kriegs in der Ukraine sind im vergangenen Jahr mehr Menschen nach Deutschland **geflüchtet** als je zuvor. Viele Kommunen hierzulande sind deshalb bei der Aufnahme am Limit und fordern seit Monaten mehr finanzielle Unterstützung. Am heutigen Donnerstag kamen sie nun mit Bund und Ländern zu einem **Flüchtlingsgipfel** zusammen und sprachen über Lösungen. Die Geldfrage wurde dabei auf das nächste Treffen um Ostern verschoben. Stattdessen einigten sich Bund und Länder laut Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) auf ständige Gremien zur Lastenaufteilung. Insgesamt vier Arbeitsgruppen soll es geben, die sich mit den Themen Unterbringung und Finanzen, Entlastung von Ausländerbehörden, Integration und Bekämpfung sogenannter irregulärer **Migration** und Rückführungen beschäftigen. Die wichtigsten Ergebnisse des Gipfels analysiert Tilman Steffen, Politikredakteur bei ZEIT ONLINE.

Die Staatsoper Hannover hat sich endgültig von ihrem Ballettdirektor Marco Goecke getrennt. Dieser war zunächst suspendiert worden, nachdem er am vergangenen Wochenende im Foyer des Opernhauses eine Journalistin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit Hundekot beschmiert hatte. Im Nachhinein entschuldigte er sich und erklärte die Attacke mit der "nervlichen Belastung zweier kurz aufeinander folgender Premieren". Nun ermittelt die Polizei gegen ihn wegen Beleidigung und Körperverletzung.

Der Anteil der Einser-Abiturnoten ist während der Corona-Pandemie gestiegen. Laut Notenstatistik der Kultusministerkonferenz erreichte 2022 von 310.000 Abiturientinnen und Abiturienten mindestens jeder Vierte einen Notenschnitt zwischen 1,0 und 1,9, in zehn Bundesländern jeder Dritte.

Was noch? Das kleine ABC des Karnevals

*Moderation und Produktion: Ole Pflüger*

*Redaktion: Jannis Carmesin*

*Mitarbeit: Clara Löffler*

Wohin mit den Geflüchteten aus der Ukraine ? Viele Kommunen fühlen sich überfordert und fordern mehr Geld vom Bund, bekommen es aber vorerst nicht. Außerdem im ....

*Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter [wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de)*

**Load-Date:** February 16, 2023

---

End of Document

**Zahl der Ankünfte über Mittelmeerroute hat sich 2023 verdoppelt; Bis Ende Mai sind doppelt so viele Geflüchtete über das Mittelmeer nach Europa gekommen wie im Vorjahreszeitraum. Auf den anderen Routen waren die Zahlen rückläufig.**

ZEIT-online

Freitag 16. Juni 2023 12:57 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Frontex; Ausg. 1

**Length:** 258 words

**Byline:** Sarah Lena Grahm

## Body

---

Vincenzo Circosta

Im Jahr 2023 sind bisher doppelt so viele **Migranten** wie im Vorjahreszeitraum über das zentrale Mittelmeer in die EU gekommen.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind nach Angaben von Frontex doppelt so viele Geflüchtete über das zentrale Mittelmeer in die EU gekommen wie im Vorjahreszeitraum. "Das zentrale Mittelmeer bleibt die wichtigste Migrationsroute in die Europäische Union", teilte die Grenzschutzagentur mit. Über diese Route seien bis Ende Mai 53.000 Ankünfte gezählt worden. Insgesamt wurden Frontex zwischen Januar und Ende Mai 102.000 Ankünfte von Migranten gemeldet zwölf Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Die am zweithäufigsten genutzte Route war den Angaben nach die Westbalkanroute mit über 30.700 Einreisen über sie kamen seit Jahresbeginn jedoch 25 Prozent weniger Menschen in die EU als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres.

### Frontex erwartet mehr Schlepperaktivitäten

Auch auf allen anderen Migrationsrouten mit Ausnahme der zentralen Mittelmeerroute wurde ein Rückgang verzeichnet. So kamen etwa über die westliche Mittelmeerroute in diesem Jahr sechs Prozent weniger Menschen, auf der westafrikanischen Route betrug der Rückgang sogar 47 Prozent.

Die geringeren Migrantenzahlen sind nach Frontex-Angaben hauptsächlich auf eine lange Schlechtwetterperiode zurückzuführen, die die ohnehin schon gefährlichen Reisen noch riskanter gemacht habe. Allerdings sei "in den kommenden Monaten wieder mit mehr Aktivität der Schlepper zu rechnen", teilte die Agentur mit.

**Load-Date:** June 16, 2023

Zahl der Ankünfte über Mittelmeerroute hat sich 2023 verdoppelt Bis Ende Mai sind doppelt so viele  
Geflüchtete über das Mittelmeer nach Europa gekommen wie im V....

---

End of Document

**Griechenland soll Hilfsangebot für Flüchtlingsboot ignoriert haben; Frontex hat der Küstenwache nach eigenen Angaben vor dem Unglück mit hunderten Toten Unterstützung angeboten. Die EU-Grenzschutzagentur habe aber keine Antwort erhalten.**

ZEIT-online

Montag 26. Juni 2023 10:12 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Bootsunglück im Mittelmeer; Ausg. 1

**Length:** 448 words

**Byline:** Katharina James

## Body

---

Thanassis Stavrakis

Rettungskräfte tragen Leichen von einem Schiff der Küstenwache in einen Kühlwagen im Hafen von Kalamata, etwa 240 Kilometer südwestlich von Athen. Nach dem Untergang eines **Flüchtlingsbootes** südwestlich von Griechenland gibt es keine Hoffnung mehr, noch Überlebende retten zu können. Insgesamt könnten bei dem Unglück mehr als 500 **Migranten** ums Leben gekommen sein, nur 104 überlebten, wie die Behörden am Donnerstag mitteilten.

Die griechischen Behörden haben nach Angaben der europäischen Grenzschutzagentur Frontex ein Hilfsangebot der EU-Agentur kurz vor dem tödlichen Flüchtlingsunglück vor der Küste Griechenlands vor knapp zwei Wochen ignoriert. Frontex habe den griechischen Behörden am Tag vor dem Unglück "zusätzliche Luftunterstützung angeboten, aber keine Antwort erhalten", teilte die Pressestelle der Agentur der Nachrichtenagentur AFP mit.

Das marode und überladene Fischerboot war in Libyen in Richtung Europa gestartet und in der Nacht zum 14. Juni vor der Halbinsel Peloponnes an einer der tiefsten Stellen des Mittelmeers gekentert, nachdem zuvor der Motor ausgefallen war. 82 Leichen wurden bisher geborgen. 104 Menschen konnten nach offiziellen Angaben gerettet werden. Nach Angaben von Überlebenden waren hunderte Menschen an Bord, darunter auch Frauen und Kinder, die im Laderaum untergebracht waren.

Der Umgang mit dem Unglück hatte etliche Fragen aufgeworfen. Die griechische Küstenwache teilte nach der tödlichen Katastrophe mit, es habe seitens der Bootsbesatzung keine Hilfsanfrage gegeben, nach der Kontaktaufnahme seitens Griechenlands habe diese sogar mehrfach Hilfe abgelehnt und angegeben, das Boot wolle nach Italien weiterfahren.

Wie Frontex nun mitteilte, hatte die italienische Leitstelle zur Koordination der Seenotrettung (MRCC) am Tag das Frontex-Flugzeug am Tag vor dem Unglück bereits um 10:33 Uhr (MESZ) angewiesen, nach dem Fischerboot zu

Griechenland soll Hilfsangebot für Flüchtlingsboot ignoriert haben Frontex hat der Küstenwache nach eigenen Angaben vor dem Unglück mit hunderten Toten Unterstü....

suchen. Laut Frontex wurde es um 11:47 Uhr gesichtet. "Das Flugzeug beobachtete das Fischerboot zehn Minuten lang, bevor es zum Auftanken zur Basis zurückkehren musste", teilte Frontex mit.

Frontex habe den griechischen Behörden überdies die Entsendung einer Drohne zur Beobachtung der Ägäis angeboten, hieß es weiter. Diese hätten Frontex jedoch angewiesen, die Drohne bei einer anderen Rettungsaktion südlich der Mittelmeerinsel Kreta einzusetzen.

Griechenland ist neben Italien und Spanien eines der Hauptankunftsländer für zehntausende Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten, die nach Europa wollen. Im vergangenen Monat war die griechische Regierung international in die Kritik geraten, nachdem auf Videoaufnahmen die gewaltsame Zurückweisung von Flüchtlingen auf dem Meer zu sehen war.

**Load-Date:** June 27, 2023

---

End of Document

**Hilfsorganisationen retten 110 Menschen aus dem Mittelmeer; Zwei Schiffe der Organisationen Ärzte ohne Grenzen und SOS Méditerranée haben wohl 110 Menschen im Mittelmeer gerettet. Sie waren vor der Küste Libyens in Seenot geraten.**

ZEIT-online

Samstag 7. Januar 2023 12:48 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Ärzte ohne Grenzen und SOS Méditerranée; Ausg. 1

**Length:** 447 words

**Byline:** Leon Holly

## Body

---

Vincenzo Circosta

OPSHOT - A **migrant** aboard the rescue ship "Ocean Viking" of European maritime-humanitarian organization "SOS Mediterranée" goes to sleep wrapped in a plastic blanket on November 5, 2022, in the Gulf of Catania in the Mediterranean Sea in international waters. - Four humanitarian rescue ships, the Rise Above, Humanity 1, Ocean Viking and Geo Barents are currently carrying over 1,000 people saved in the Mediterranean. (Photo by Vincenzo Circosta / AFP) (Photo by VINCENZO CIRCOSTA/AFP via Getty Images)

Die Hilfsorganisationen Ärzte ohne Grenzen und SOS Méditerranée haben vor der Küste Libyens 110 in Seenot geratene Migranten gerettet. Die Menschen seien auf überfüllten Schlauchbooten in internationalen Gewässern des zentralen Mittelmeers unterwegs gewesen, teilten beide Organisationen auf Twitter mit.

Die Crew von SOS Méditerranée nahm demnach 37 Migranten an Bord der *Ocean Viking* auf einige hätten Treibstoffverbrennungen erlitten. Am Nachmittag rettete das Team von Ärzten ohne Grenzen 73 Menschen und versorgte sie an Bord der *Geo Barents*.

Italien wies beiden Organisationen Ancona an der Adria als Hafen zu, damit die Menschen dort an Land gehen können. SOS Méditerranée schätzte, dass die Fahrt dorthin rund vier Tage dauern würde. Auch für die *Geo Barents* lag der Hafen weit von der aktuellen Position entfernt.

### Rechte italienische Regierung setzt auf schnelle Hafenzuweisung

Die Hafenzuweisung bereits nach der ersten Rettung ist die neue Politik der rechten Regierung Italiens. Ihrer Ansicht nach wird den geretteten Menschen so schneller geholfen. Eine schnelle Zuteilung führt aber in der Regel auch dazu, dass die Organisationen nicht wie zuvor weitere in Seenot geratene Migranten retten, wenn die Schiffe noch Kapazitäten dafür haben.



Hilfsorganisationen retten 110 Menschen aus dem Mittelmeer Zwei Schiffe der Organisationen Ärzte ohne Grenzen und SOS Méditerranée haben wohl 110 Menschen im Mi....

Die 37 Menschen auf der *Ocean Viking* hatten von der nordafrikanischen Küste abgelegt, um die EU zu erreichen. Die Überfahrt ist lebensgefährlich und die Boote, mit denen die Menschen losfahren, sind oft untauglich für die Seefahrt.

### **Drei Migranten vor tunesischer Küste ertrunken**

Laut Medienberichten sank am Freitag zwischen der tunesischen Küste und der italienischen Insel Lampedusa ein Boot mit über 30 Migranten an Bord. Drei starben demnach, darunter ein Kleinkind. Fischer holten die Menschen zunächst an Bord. Italiens Küstenwache übernahm sie anschließend und brachte sie nach Lampedusa, wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtete.

Spendenfinanzierte Organisationen fahren immer wieder in das Gebiet, um Migranten vor dem Ertrinken zu bewahren. Derzeit ist auch die *Geo Barents* von Ärzte ohne Grenzen wieder im Einsatz.

**Load-Date:** January 7, 2023

---

End of Document

**Mehr als 1.300 Bootsflüchtlinge in italienische Häfen gebracht; In Kalabrien haben Tausende Menschen an einem Gedenkmarsch für die Opfer des Bootsunglücks mit 74 Toten teilgenommen. Vor der türkischen Küste ertranken fünf Flüchtlinge.**

ZEIT-online

Samstag 11. März 2023 11:48 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Mittelmeer; Ausg. 1

**Length:** 546 words

**Byline:** Verena Hölzl

## Body

---

Max Brugger

Menschen in einem in Not geratenen Boot schaufeln Wasser aus dem Boot, während die Rettungsmannschaft der private Hilfsorganisation Sea-Watch die Menschen an Bord nimmt (Archivbild von 2021).

Mehr als 1.300 Menschen sind am Samstag aus überfüllten Flüchtlingsbooten im Mittelmeer in italienische Häfen gebracht worden. In der süditalienischen Region Kalabrien nahmen derweil Tausende Menschen an einem Gedenkmarsch für die Opfer des Bootsunglücks teil, bei dem vor knapp zwei Wochen Dutzende Flüchtlinge ertrunken waren. Mit dem Fund der Leiche eines Mädchens stieg die Zahl der Todesopfer der Flüchtlingstragödie vor der kalabrischen Küste auf mindestens 74.

Die am Samstag in verschiedenen italienischen Häfen an Land gebrachten mehr als 1.300 Flüchtlinge wurden laut Küstenwache von drei völlig überfüllten Booten gerettet. Videos der Küstenwache zeigten ein großes Fischerboot mit Dutzenden Menschen an Deck, das in rauer See hin- und hergeworfen wird. Andere Bilder zeigten Rettungsschlauchboote, die sich einem weiteren Fischerboot voller Menschen nähern.

Die Seenotretter von Sea-Watch kritisierten in einem am Samstag auf Twitter veröffentlichten Video, dass italienische Behörden weiterhin zivile Seenotretter an ihrer Arbeit hindern würden.

### **Trauermarsch für Verunglückte**

In Cutro nahe dem Ort des Bootsunglücks vor der kalabrischen Küste marschierten am Samstag Tausende Menschen hinter einem Kreuz, das aus Wrackteilen des vor knapp zwei Wochen gesunkenen Flüchtlingsbootes gezimmert wurde. "Dieses Kreuz ist ein Symbol des Leids", sagte der frühere Bürgermeister und Flüchtlingsaktivist Domenico Lucano der Nachrichtenagentur Ansa. Die Flüchtlingsunglücke bewegten die Bewohner der Region, "und es herrscht ein Geist der Solidarität, den die Regierung nicht zeigt".

Mehr als 1.300 Bootsflüchtlinge in italienische Häfen gebracht In Kalabrien haben Tausende Menschen an einem Gedenkmarsch für die Opfer des Bootsunglücks mit 74....

Laut einer Meldung der Nachrichtenagentur AGI wurde am Samstag die Leiche eines etwa fünf bis sechs Jahre alten Mädchens gefunden, das bei dem Bootsunglück ertrunken war. Die Zahl der Todesopfer liegt damit bei mindestens 74.

Die Tragödie vom 26. Februar hat der rechtsgerichteten Regierung unter Ministerpräsidentin Giorgia Meloni Kritik eingebracht. Ihr wird vorgeworfen, nicht rechtzeitig eingegriffen zu haben, um die Menschen bei schwerem Seegang aus ihrem sinkenden Boot zu retten. Am Donnerstag kündigte Meloni nach einer Kabinettsitzung in Cutro zwar längere Haftstrafen für Schlepper an, aber keine neuen Maßnahmen zur Rettung von Flüchtlingsleben.

### **Tote vor der türkischen Küste**

Melonis seit Oktober amtierende, weit rechts stehende Regierung hatte im Wahlkampf angekündigt, Boote mit Migranten zu stoppen. Nach Angaben des italienischen Innenministeriums sind seit Anfang des Jahres knapp 17.600 Geflüchtete nach Italien gelangt, fast dreimal so viele wie im Vorjahreszeitraum.

Vor der Südwestküste der Türkei ertranken derweil am Samstag laut der türkischen Küstenwache fünf Flüchtlinge, die bei rauer See in einem Schlauchboot offenbar nach Griechenland übersetzen wollten. Elf Insassen des Bootes wurden demnach gerettet. Fünf weitere Überlebende gelangten nach Angaben der griechischen Küstenwache aus eigener Kraft zur zehn Kilometer von der türkischen Küste entfernten griechischen Insel Farnakonisi. Insgesamt sollen demnach 31 Menschen an Bord des Schlauchbootes gewesen sein.

**Load-Date:** March 12, 2023

**Pakistan will Hunderttausende Afghanen abschieben; Millionen afghanische Flüchtlinge leben in Pakistan. Ab November sollen viele von ihnen ausgewiesen werden, Abschiebezentren werden bereits gebaut.**

ZEIT-online

Freitag 27. Oktober 2023 2:45 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flucht aus Afghanistan; Ausg. 1

**Length:** 668 words

**Byline:** Alexander Eydlin

## Body

---

Pakistan will ab November Hunderttausende in das Land geflüchtete Afghanen abschieben. Dazu begann das Land mit dem Bau von Abschiebezentren, in denen die Geflüchteten festgehalten werden, sagte Innenminister Sarfraz Bugti laut pakistanischen Medienberichten. Ab November werde seine Regierung "keine Kompromisse in Bezug auf illegale Einwanderer eingehen".

Wer ab kommendem Mittwoch ohne Aufenthaltsgenehmigung angetroffen werde, soll nach Regierungsangaben festgenommen und in eines der Zentren gebracht werden. Die Abschiebungen sollen Bugti zufolge "in Phasen" erfolgen.

Unklar ist, wie viele Menschen davon betroffen sein werden. In Pakistan leben nach Regierungsangaben 4,4 Millionen Afghanen. Laut den Vereinten Nationen leben 1,3 Millionen registrierte Flüchtlinge in dem Land, weitere knapp 900.000 hätten einen legalen Aufenthaltsstatus. 1,7 Millionen Menschen haben schätzungsweise keine gültigen Papiere.

### UN-Organisationen warnen vor humanitärem Notstand

Sie alle könnten von dem Schritt betroffen sein. Bugti sicherte eine menschenwürdige Behandlung in den "Auffangzentren" zu: "Sie werden mit Medizin und Nahrungsmitteln versorgt", sagte er. "Kinder, Frauen und Ältere werden mit besonderem Respekt behandelt."

Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und die Internationale Organisation für Migration (IOM) warnten in einer gemeinsamen Erklärung vor schwerwiegenden Auswirkungen des Vorhabens. In Afghanistan herrsche eine humanitäre Krise, insbesondere Frauen und Mädchen seien gefährdet. "Die erzwungene Rückführung afghanischer Staatsangehöriger kann zu schweren Menschenrechtsverletzungen führen", warnten die Organisationen. Dazu gehöre etwa die Trennung von Familien.

Pakistan ist eines der weltweit bedeutendsten Aufnahmelande für Flüchtlinge. Bereits während der sowjetischen Besatzung Afghanistans zwischen 1979 und 1989 flohen Millionen Menschen in das benachbarte Land. Seit der

Pakistan will Hunderttausende Afghanen abschieben Millionen afghanische Flüchtlinge leben in Pakistan . Ab November sollen viele von ihnen ausgewiesen werden, A....

Machtübernahme der Taliban im August 2021 sind Schätzungen zufolge weitere 600.000 Menschen nach Pakistan ausgewandert.

### **Wirtschaftskrise in Pakistan, Hungersnot in Afghanistan**

Die Regierung in Islamabad bestreitet, dass sich die Abschiebepläne speziell gegen Afghaninnen und Afghanen richten. Die Massenausweisung solle vielmehr die gestiegene Kriminalität in dem Land sowie den islamistischen Terrorismus eindämmen. Darüber hinaus befindet sich Pakistan in einer schweren Wirtschaftskrise, welche die Stimmung gegen afghanische Geflüchtete anheizt. Ende Juli benötigte das Land ein drei Milliarden Euro schweres Darlehen des Internationalen Währungsfonds, um eine Staatspleite abzuwenden.

Unter der Herrschaft der Taliban hat sich in Afghanistan währenddessen nicht nur die Menschenrechtslage stark verschlechtert, etwa in Form repressiver Gesetze gegen politisch und religiös Andersdenkende und die Verdrängung von Mädchen und Frauen aus dem Bildungs- und Berufsalltag. Auch die Versorgungslage ist katastrophal: Die Vereinten Nationen (UN) schätzen, dass bis zu 15 Millionen Menschen von einer Hungersnot betroffen sind, etwa 40 Prozent der Bevölkerung Afghanistans.

Abdul Majeed Afghan refugees wait in a queue to cross the Pakistan-Afghanistan border in Torkham on October 27, 2023. Islamabad has given Afghans it has deemed to be living illegally in Pakistan until November 1 to leave voluntarily or face deportation -- an order the Taliban government says amounts to harassment. The order comes as Pakistan grapples with a rise in attacks the government blames on militants operating from Afghanistan, a charge Kabul routinely denies. Abdul Majeed Afghan refugees wait in a queue to cross the Pakistan-Afghanistan border in Torkham on October 27, 2023. Islamabad has given Afghans it has deemed to be living illegally in Pakistan until November 1 to leave voluntarily or face deportation -- an order the Taliban government says amounts to harassment. The order comes as Pakistan grapples with a rise in attacks the government blames on militants operating from Afghanistan, a charge Kabul routinely denies.

**Load-Date:** October 27, 2023

**Entwicklungsministerin warnt vor Umstellung auf Sachleistungen; Svenja Schulze sieht eine Umstellung der Asylbewerberleistungen kritisch. Möglich sei das schon heute, doch es verursache einen hohen bürokratischen Aufwand.**

ZEIT-online

Sonntag 1. Oktober 2023 10:19 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Asylbewerber; Ausg. 1

**Length:** 501 words

**Byline:** Christian Bangel

## Body

---

Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) hat sich skeptisch gegenüber Forderungen aus Union und FDP geäußert, Leistungen für **Asylbewerber** von Bargeld auf Gutscheine umzustellen. Diese Umstellung sei schon heute möglich, allerdings sei sie "ein hoher bürokratischer Aufwand", sagte die SPD-Politikerin der Bild am Sonntag. Deshalb werde es "so gut wie nicht gemacht". Jedes Bundesland könne dies entscheiden. "Warum macht es die Union dann nicht dort, wo sie regiert?"

Schulze widersprach auch der Behauptung von CDU-Parteichef Friedrich Merz, die deutschen Sozialleistungen für Asylbewerber seien "Pull-Faktoren", die dazu führen, dass sich mehr Flüchtlinge auf den Weg nach Deutschland machten. "Ich hätte dafür gerne nur einen einzigen Beleg. Der überwiegende Teil der Flüchtlinge kommt aus Kriegsgebieten!"

Merz hat in einer Talkshow angeprangert, Deutsche bekämen wegen abgelehnter Asylbewerber keine Zahnarzttermine. "Solche populistischen Sprüche spalten unsere Gesellschaft", sagte Schulze. "Ich hätte vom Chef einer demokratischen Partei erwartet, dass er nicht mit falschen Behauptungen Stimmung gegen die Schwächsten macht."

### Schulze fordert verstärkten Kampf gegen Fluchtursachen

Schulze ging auch auf Distanz zur Aussage von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, die Belastungsgrenze in Deutschland sei erreicht. "Ich mag diesen Begriff nicht, er strahlt menschliche Kälte aus", sagte die SPD-Politikerin. "Ja, die Kommunen sind stark belastet und deshalb hilft die Bundesregierung ihnen ja auch mit ganzer Kraft." Es sei eine "humanitäre Verpflichtung, dass wir Menschen Schutz vor Krieg bieten. Wo wollen Sie denn da die Grenze ziehen?"

Zur Lage an den EU-Außengrenzen sagte Schulze: "Wir müssen Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge. Niemand flieht freiwillig." Die EU solle deshalb nicht allein in den Grenzschutz investieren. Nötig seien auch

Entwicklungsministerin warnt vor Umstellung auf Sachleistungen Svenja Schulze sieht eine Umstellung der Asylbewerberleistungen kritisch. Möglich sei das schon h....

Programme, die dafür sorgten, dass mehr Menschen ihr Land gar nicht erst verlassen müssten oder sie zu anständigen Bedingungen Zuflucht in einem Nachbarland finden könnten.

Schulze zeigte sich offen für die Idee, Asylbewerber für gemeinnützige Arbeit zu verpflichten. "Ideen, die die Integration fördern, sollten wir ernsthaft diskutieren. Ich finde es grundsätzlich sinnvoll, wenn Flüchtlinge nicht zum Nichtstun verdammt sind", sagte sie. Menschen davon abzuhalten zu arbeiten, führe nicht dazu, dass es ihnen besser gehe. "Die meisten wollen sich doch so schnell wie möglich hier einbringen", sagte die Ministerin.

Auch der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil hatte sich offen gezeigt gegenüber der Unionsforderung, Asylbewerber während ihres Verfahrens zu gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten. Österreich plant dies bereits. CSU-Chef Markus Söder hat ein entsprechendes Programm angekündigt.

Michael Kappeler Svenja Schulze (SPD), Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Michael Kappeler Svenja Schulze (SPD), Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

**Load-Date:** October 1, 2023

**86 Migranten von einem Boot nahe der Kanarischen Inseln gerettet; Der spanische Seenotrettungsdienst hat nach eigenen Angaben ein Boot nahe der Kanarischen Inseln in Sicherheit gebracht. Zwei weitere Boote werden noch vermisst.**

ZEIT-online

Dienstag 11. Juli 2023 12:55 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Seenotrettung; Ausg. 1

**Length:** 265 words

**Byline:** Sophia Boddenberg

## Body

---

Der spanische Seenotrettungsdienst hat nach eigenen Angaben 86 **Migranten** und **Migrantinnen** von einem Boot nahe der Kanarischen Inseln gerettet. Das zuvor von einem Rettungsflugzeug gesichtete Boot habe 80 Männer und sechs Frauen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara an Bord gehabt, sagte eine Sprecherin. Die 86 Bootsinsassen würden nun zum Hafen von Arguineguín auf Gran Canaria gebracht.

Zuvor hatte der Seenotrettungsdienst Salvamento Marítimo angegeben, ein Boot entdeckt zu haben, das ungefähr 200 Menschen an Bord habe und damit einem vermissten Boot aus dem Senegal entsprochen hätte. Das habe die Crew des Flugzeuges falsch geschätzt, sagte die Sprecherin der Nachrichtenagentur AFP. Es sei "schwer, die Anzahl der Menschen aus der Luft zu bestimmen". Das Boot war etwa 71 Seemeilen südlich von Gran Canaria entdeckt worden.

### **Zwei weitere Boote aus dem Senegal werden noch vermisst**

Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Caminando Fronteras war das Boot am 27. Juni vom Ort Kafountine aus im Senegal gestartet. "Die Familien haben uns über das Verschwinden des Bootes informiert, von dem sie seit mehreren Tagen keine Neuigkeiten hatten", sagte die Gründerin der Organisation, Helena Maleno. Demnach werden noch zwei weitere Boote aus dem Senegal mit insgesamt 120 Menschen an Bord vermisst.

Die Fluchtroute zu den Kanarischen Inseln wird seit einigen Jahren wegen der verschärften Kontrollen auf dem Mittelmeer verstärkt genutzt. Schiffbrüche kommen auf dieser Route häufig vor, starke Strömungen und der schlechte Zustand der Boote machen die Überquerung besonders gefährlich.

**Load-Date:** July 11, 2023



86 Migranten von einem Boot nahe der Kanarischen Inseln gerettet Der spanische Seenotrettungsdienst hat nach eigenen Angaben ein Boot nahe der Kanarischen Insel....

---

End of Document

**Friedrich Merz verteidigt "Kleine Paschas"-Äußerung; Der CDU-Chef hat sich in einer Talkshow über das Verhalten arabischstämmiger Schüler beschwert und erntete Kritik. Doch seine Position hält Merz weiter für richtig.**

ZEIT-online

Freitag 13. Januar 2023 9:21 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 704 words

**Byline:** Alexander Eydlin

## **Body**

---

Michael Kappeler

Friedrich Merz, CDU Bundesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU Fraktion, aufgenommen im Dezember 2022 bei einem Interview mit der dpa Deutsche-Presse Agentur GmbH in Berlin.

CDU-Chef Friedrich Merz hat seine Klage über Integrationsprobleme von Kindern mit **Migrationshintergrund** in Schulen bekräftigt. Im ZDF- *Morgenmagazin* verteidigte er dabei eine zuvor getätigte Aussage über Kinder mit **Migrationshintergrund**, für die er heftig kritisiert worden war.

Lehrerinnen und Lehrer würden von ihren Schülern oftmals nicht anerkannt, sagte Merz im *Morgenmagazin*. Dabei handele es sich häufig um Kinder aus **Migrantenfamilien**. Darüber müsse man diskutieren. "Was in der Schule schief läuft, kann man hinterher in der Gesellschaft kaum noch korrigieren", sagte er.

### **Merz beklagt Verhalten Jugendlicher "aus dem arabischen Raum"**

Am Dienstagabend hat Merz in der ZDF-Sendung *Markus Lanz* mit Blick auf die Krawalle in der Silvesternacht gesagt, Migranten müssten "ihre Söhne, die kleinen Paschas, da mal etwas zurechtweisen". Stattdessen verteidigten die Väter ihre Kinder gegen Zurechtweisungen von Lehrern.

Später sorgten diese Kinder für Probleme, sagte Merz weiter. Wenn man nicht in der Lage sei, Lehrkräften zu helfen, dass sie sich gegen diese Phänomene zur Wehr setzten, "dann sind es in der Schule die Achtjährigen und dann draußen auf der Straße in wenigen Jahren die 15-Jährigen".

Dabei sagte der CDU-Vorsitzende, es handle sich "überwiegend (um) Jugendliche aus dem arabischen Raum". Sie hielten sich in Deutschland nicht an Regeln und hätten Spaß daran, "diesen Staat herauszufordern".

### **Integrationsbeauftragte kritisiert Schüren von Rassismus**

## Friedrich Merz verteidigt "Kleine Paschas"-Äußerung Der CDU-Chef hat sich in einer Talkshow über das Verhalten arabischstämmiger Schüler beschwert und erntete K....

Für seine Aussagen wurde Merz von vielen Seiten kritisiert. So sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan (SPD), der von Merz genutzte Begriff schüre "rassistische Ressentiments und kann auch zur Stigmatisierung von ganzen Gruppen führen". SPD-Chefin Saskia Esken sagte: "Wer in Talkshows Deutschlands Kinder mit Migrationshintergrund als unerwünschte Personen bezeichnet, spaltet das Land und zerstört damit bewusst den Zusammenhalt unserer Gesellschaft."

Zurückhaltender äußerten sich Vertreter des Bildungsbetriebs. So gab etwa der Präsident des Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, dem CDU-Politiker recht, betonte dabei jedoch, "dass das jetzt nicht ein Generalverdacht oder Pauschalvorwurf an alle Familien mit einem entsprechenden Migrationshintergrund sein kann." Der Vorsitzende des Grundschulverbands Edgar Bohn bezeichnete Merz' Äußerungen hingegen als "sehr überzeichnet und nicht zutreffend."

In Schutz nahm den CDU-Vorsitzenden der eigene Generalsekretär: "Das Beispiel, das er genannt hat, das hat ja der Lehrerverband bestätigt", sagte Mario Czaja im ARD- *Mittagsmagazin* . Wenn sich Schüler nicht respektvoll gegenüber den Lehrerinnen verhielten, habe das "etwas mit der Erziehung in den Familien zu tun". Es sei wichtig, hier Transparenz zu schaffen.

Nach Merz' Äußerung hat Czaja eingeräumt, dass die CDU "gerade Menschen mit Migrationshintergrund bislang emotional nicht erreicht" habe. "Das wollen wir künftig deutlich besser machen", sagte er dem *Spiegel* . Dies sei aber nicht mit dem Thema verbunden, das Merz angesprochen hätte.

### Krawalle in der Silvesternacht als Auslöser

Hintergrund der Debatte sind Krawalle in der Silvesternacht vor allem in Berlin, bei denen Randalierer unter anderem Rettungskräfte mit Feuerwerkskörpern beschossen und dadurch die Löschung von Bränden behindert hatten. Nach ersten Berichten war von einem hohen Anteil an Ausländern unter den daraufhin Festgenommenen die Rede gewesen.

Später stellte die Polizei jedoch klar, dass dies nur die insgesamt festgenommenen Personen betrifft. Von den 38 Verdächtigen, die wegen Angriffen auf Einsatzkräfte festgenommen worden sind, seien zwei Drittel Deutsche gewesen, hieß es.

Zu diesem Zeitpunkt hat auch die CDU Berlin bereits Kritik eingefahren, weil sie in einer parlamentarischen Anfrage wissen wollte, welche Vornamen die deutschen Verdächtigen hätten und damit laut Kritikerinnen gezeigt hat, dass sie zwischen Staatsbürgern deutscher und ausländischer Herkunft unterscheide.

**Load-Date:** January 13, 2023

**"Wir sind noch sehr weit entfernt von 2015"; Die Zahl der Geflüchteten in Europa steigt. Aber hat EVP-Chef Manfred Weber recht, wenn er vor einer neuen "Migrationskrise" warnt? Und: Warum Lebensmittel teuer bleiben.**

ZEIT-online

Mittwoch 19. April 2023 3:55 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flucht über das Mittelmeer; Ausg. 1

**Length:** 297 words

**Byline:** Constanze Kainz

## Body

---

"Die EU schlafwandelt in eine neue **Migrationskrise**, obwohl der rasant steigende **Migrationsdruck** offensichtlich ist", sagte Manfred Weber, Chef der Europäischen Volkspartei (EVP), der *Bild*-Zeitung. Zuletzt hatten deutsche Kommunen von einer Überlastung bei der Aufnahme von **Geflüchteten** berichtet, die italienische Regierung unter Georgia Meloni den Notstand verhängt, weil immer mehr **Geflüchtete** über das Mittelmeer nach Italien kamen. Ob aber tatsächlich eine "neue **Migrationskrise**" droht, wie Weber warnt, besprechen wir mit Sasan Abdi-Herrle. Er ist Politikredakteur bei ZEIT ONLINE und hat die aktuelle Dynamik der Fluchtbewegungen im Mittelmeerraum näher untersucht.

Die Inflationsrate in Deutschland ist im März auf 7,4 Prozent gesunken – das ist der tiefste Stand seit August 2022. Der Höhepunkt der Inflation scheint offenbar überwunden. Auch die Energiekrise entspannt sich, die Gasspeicher sind gefüllt. Der Preis für europäisches Erdgas ist so niedrig wie seit eineinhalb Jahren nicht mehr. Und auch die Kosten für Benzin und Diesel haben sich wieder normalisiert. Doch die Lebensmittel bleiben weiterhin teuer. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Jurik Iser, Wirtschaftsredakteur bei ZEIT ONLINE, hat sich einige Nahrungsmittel, die Verbraucherinnen und Verbraucher im Alltag häufig kaufen und die besonders stark im Preis gestiegen sind, genauer angeschaut und erklärt die Hintergründe.

Und sonst so? Drehbuchautorinnen und -autoren in Hollywood fordern mehr Geld und drohen mit einem Streik, sollten sie keine neuen Verträge erhalten.

*Moderation und Produktion: Constanze Kainz*

*Mitarbeit: Larissa Kögl und Anne Schwedt*

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter [wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de)

**Load-Date:** April 19, 2023

"Wir sind noch sehr weit entfernt von 2015" Die Zahl der Geflüchteten in Europa steigt. Aber hat EVP-Chef Manfred Weber recht, wenn er vor einer neuen "Migratio....

---

End of Document

**Michael Kretschmer fordert "stärkere Instrumente" für Abschiebungen; Der sächsische Ministerpräsident schlägt die Bildung einer Kommission zur Frage der Flüchtlingspolitik vor. Eine Grundgesetzänderung schließt er nicht aus.**

ZEIT-online

Montag 29. Mai 2023 4:12 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Asylpolitik; Ausg. 1

**Length:** 453 words

**Byline:** Katharina Heflik

## Body

---

Sebastian Kahnert

Michael Kretschmer, Ministerpräsident von Sachsen (CDU)

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hat sich für einen harten Kurs in der **Flüchtlingspolitik** ausgesprochen. "Wir brauchen stärkere Instrumente und wirksame Abkommen zur Rückführung abgelehnter **Asylbewerber** und illegaler Einwanderer", sagte Kretschmer der Zeitung *Die Welt*. "Es ist höchste Zeit für beherzte Entscheidungen".

Kretschmer schlug die Bildung einer Kommission vor, in der unterschiedliche politische und gesellschaftliche Gruppen vertreten sein sollten. "Diese Kommission erarbeitet einen Vorschlag, hinter dem sich Bund und Länder versammeln können und zu der auch eine Grundgesetzänderung gehören könnte", sagte Kretschmer weiter. Das Gremium solle sich mit der Höhe von Sozialleistungen für Flüchtlinge befassen, die in Europa sehr unterschiedlich seien.

Zur Begründung verwies der Ministerpräsident auf wachsende "Spannungen" und "Frustrationen" in Deutschland. "Das wird nicht gut ausgehen, wenn wir die Dinge so weiterlaufen lassen", warnte er. Derzeit sei die Zahl der Menschen, die nach Deutschland kommen, "einfach zu groß". Schulen und Kindergärten seien überlastet, es gebe keine Wohnungen und nicht genügend Sprachkurse.

### Kritik an Kretschmer

Die Linkenbundestagsabgeordnete, Clara Anne Büniger, kritisierte auf Twitter, die Worte des Ministerpräsidenten seien "rhetorische Brandbeschleuniger in einer ohnehin überhitzt geführten Debatte". Es werde dadurch mehr Hass gegen Menschen geben, "die als Geflüchtete identifiziert werden", schrieb Büniger. Daher sei Kretschmer "eine Gefahr für unsere Demokratie". Er müsse sich fragen, "ob er noch auf dem Boden des Grundgesetzes steht", sagte Büniger zudem der *Welt*.

Michael Kretschmer fordert "stärkere Instrumente" für Abschiebungen Der sächsische Ministerpräsident schlägt die Bildung einer Kommission zur Frage der Flüchtl....

Der FDP-Politiker Stephan Thomae wies in der *Welt* darauf hin, dass, von den etwa 228.000 Asylentscheidungen im Jahr 2022 nur in 0,8 Prozent der Fälle Asyl nach Artikel 16a Grundgesetz gewährt worden sei. Die weitaus meisten Anerkennungen erfolgten auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention. Das zeige, dass eine Grundgesetzänderung "praktisch keinen Effekt" hätte. "Worauf es ankommt, ist eine konsequentere Differenzierung zwischen Menschen, die wirklich politisch verfolgt sind oder vor Krieg und Bürgerkrieg fliehen, und solchen Menschen, bei denen das nicht der Fall ist", sagte Thomae.

Unterstützung erhielt Kretschmer von AfD-Chef Tino Chrupalla. "Das Grundrecht auf Asyl sollte zur Disposition gestellt werden, wenn es nicht mehr im Interesse der deutschen Bürger funktioniert", sagte er ebenfalls der *Welt*. Chrupalla warf Kretschmer aber vor, er wolle vor den Landtagswahlen in Sachsen in kommenden Jahr "punkten, indem er unsere Forderungen kopiert".

**Load-Date:** May 29, 2023

---

End of Document

**Deutsche haben größte Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten; Hohe Wohnkosten, teurer Einkauf: Die Menschen sorgen sich vor allem vor einem drohenden Wohlstandsverlust. Die Sorgen über eine unkontrollierte Migration steigen.**

ZEIT-online

Donnerstag 12. Oktober 2023 11:43 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Langzeitstudie; Ausg. 1

**Length:** 634 words

**Byline:** Carl Friedrichs

## Body

---

Die Angst vor stark steigenden Lebenshaltungskosten ist die größte Sorge der Menschen in Deutschland. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage im Rahmen der Langzeitstudie Die Ängste der Deutschen hervor. Demnach gaben mehr als zwei Drittel (65 Prozent) der Befragten an, dass sie sich vor Preiserhöhungen fürchten.

Auch auf den folgenden Platzierungen sind Sorgen vor Teuerungen zu finden: So hätten 60 Prozent der Menschen Angst, dass Wohnen unbezahlbar wird, und 57 Prozent fürchteten, dass der Staat dauerhaft Steuern erhöht oder Leistungen kürzt.

### Ein Abbild der gesellschaftlichen Ängste

Die Umfrage Die Ängste der Deutschen wird seit mehr als 30 Jahren regelmäßig von der R+V-Versicherung in Auftrag gegeben und gilt als Einblick in die Stimmungslage rund um Themen wie Politik, Wirtschaft, Familie und Gesundheit. Für die diesjährige Befragung wurden zwischen Juni und August 2023 rund 2.400 Menschen im Alter ab 14 Jahren von Forschenden befragt. Hierbei sollten Teilnehmende vorgegebene Themen auf einer Skala von eins (gar keine Angst) bis sieben (sehr große Angst) für sich bewerten.

Die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten steht den Angaben zufolge regelmäßig an der Spitze der größten Ängste, so auch im vergangenen Jahr. Deutschland verzeichnete die höchste Inflation seit Gründung der Bundesrepublik. Das Leben hat sich dadurch sprunghaft verteuert. Auch in diesem Jahr sorgen die anhaltende Inflation und ausbleibende Entlastungen für Angst. "Die Menschen fühlen sich in ihrer Existenzgrundlage bedroht und sehen ihren Lebensstandard gefährdet. Das schürt Abstiegsängste", sagte Politikwissenschaftlerin Isabelle Borucki, die die Studie als Beraterin begleitete.

### Angst vor Überforderung durch Migration steigt

Im Vergleich zu 2022 sind zwei Ängste laut der Befragung besonders stark gestiegen: die Angst, dass Deutsche und deutsche Behörden durch Geflüchtete überfordert sein könnten (plus 11 Prozentpunkte auf 56 Prozent) und die



Deutsche haben größte Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten Hohe Wohnkosten, teurer Einkauf: Die Menschen sorgen sich vor allem vor einem drohenden Wohlstan....

Angst, dass das Zusammenleben in Deutschland durch einen weiteren Zuzug von Migrantinnen und Migranten beeinträchtigt werden könnte (plus 10 Prozentpunkte auf 47 Prozent).

Diese Ängste belegen Platz vier und zwölf des Rankings. "Alles, was unbekannt ist, macht uns Angst", sagte Psychologe André Ilcin der Nachrichtenagentur dpa. Deswegen fürchteten sich manche Menschen vor Dingen, die noch gar nicht eingetreten seien. Eine Konfrontation mit dem Unbekannten würde jedoch helfen, um vermeintliche Ängste abzubauen.

Die Sorge vor einer Überforderung der deutschen Behörden durch Geflüchtete ist dabei erstmals stärker im Westen Deutschlands (56 Prozent) ausgeprägt als im Osten (54 Prozent). Im Westen nahm diese Angst im Vergleich zum Vorjahr um 13 Prozentpunkte zu, im Osten blieb sie hingegen unverändert.

### **Klimakrise, Politikversagen und gesellschaftliche Spaltung**

Auch bezüglich der Angst vor der Klimakrise ergab sich ein Ost-West-Gefälle - jedoch in die andere Richtung. Der Studie zufolge erreichte die Angst vor den Folgen des Klimawandels im Westen mit 49 Prozent ihren Höhepunkt. Im Osten verzeichnete sie dagegen mit 40 Prozent ihre bislang niedrigste Ausprägung. Insgesamt gaben 47 Prozent der Deutschen an, die Entwicklung des Weltklimas bereite ihnen Sorge.

Bei ebenfalls gut der Hälfte der Menschen in Deutschland sank zudem das Vertrauen in die Politik. Mit 51 Prozent fürchtet fast jeder zweite Mensch in Deutschland, dass Politiker und Politikerinnen von ihren Aufgaben überfordert sind. Auch die Spaltung der Gesellschaft und daraus entstehende Konflikte fürchtet die Hälfte der Studienteilnehmenden.

Monika Skolimowska Zahlreiche Menschen gehen im Mai 2023 an den Geschäften in der Tauentzienstraße in Berlin vorbei. Monika Skolimowska Zahlreiche Menschen gehen im Mai 2023 an den Geschäften in der Tauentzienstraße in Berlin vorbei.

**Load-Date:** October 12, 2023

**Wohin mit den Geflüchteten?; Die in die Türkei geflüchteten Syrerinnen und Syrer sind dort nicht mehr wohlgekommen. Die Erdoğan-Regierung will sie abschieben und braucht dafür internationale Hilfe.**

ZEIT-online

Donnerstag 13. Juli 2023 8:23 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Geflüchtete in der Türkei; Ausg. 1

**Length:** 1412 words

**Byline:** Marion Sendker

## Body

---

Can Erok

Syrer beim Einkaufen im Kocavezir-Viertel in der südtürkischen Stadt Adana (Mail 2023), in der besonders viel **Geflüchtete** aufgenommen wurden.

Polizeikontrollen in Istanbul: Auf Fahrrädern, Motorrädern und zu Fuß ziehen Beamte seit mehreren Tagen schon durch die Stadt. An den Küstenpromenaden, auf Schiffen des öffentlichen Nahverkehrs und in Einkaufsstrassen lassen sie sich Ausweise zeigen. Sie überprüfen **Geflüchtete**. Zu sehen sind die Kontrollen auf veröffentlichten Videos der Sicherheitsbehörden.

"Unser Kampf gegen irreguläre **Migration** wird weitergehen", kündigte Innenminister Ali Yerlikaya kürzlich an. Allein im Juni hätten seine Einsatzkräfte mehr als 15.000 Menschen aufgelesen, fast die Hälfte von ihnen deportiert und für die anderen Abschiebeverfahren in Gang gesetzt. Und: "Im vergangenen Monat wurden auch 23.450 **Migranten** an unseren Grenzen an der Einreise gehindert", heißt es weiter in seiner Mitteilung.

Bereits seit Wochen sind die Kontrollen im ganzen Land verstärkt worden. "Immer mehr Syrer werden in Gewahrsam genommen", berichtet Mohannad, ein syrischer Unternehmer in Istanbul. Er sitzt in seinem Laden im Stadtteil Fatih, einer islamisch-konservativen Gegend auf der europäischen Seite. Fatih ist eines der Viertel, in denen manche Straßenzüge komplett syrisch geprägt sind. Auf Arabisch kommt man hier weiter als auf Türkisch. Auch Mohannad zieht die Unterhaltung in seiner Muttersprache vor.

### **Über 70 Prozent der Türken wollen, dass Geflüchtete ausgewiesen werden**

"Die türkische Regierung hat das Recht, die innere Sicherheit zu verteidigen", kommentiert er die Polizeioperationen und erklärt den Hintergrund: In der Türkei dürften sich Syrer nur in der Stadt aufhalten, für die sie eine Genehmigung haben. Weil die meisten aber auf Arbeitssuche nach Istanbul gekommen seien, würde die Polizei mittlerweile härter durchgreifen.

Wohin mit den Geflüchteten? Die in die Türkei geflüchteten Syrerinnen und Syrer sind dort nicht mehr wohlgekommen. Die Erdoğan-Regierung will sie abschieben und ....

"Sie schicken sie zurück in ihre Städte." Wer keine Papiere habe, würde ins syrische Idlib abgeschoben. Mohannad selbst macht sich keine Sorgen: "Ich habe seit eineinhalb Jahren die doppelte Staatsbürgerschaft." Mit den Türken komme er gut aus, Probleme gebe es nur durch die Propaganda der politischen Opposition. "Vor allem weil die Kurden sich ihr angeschlossen haben."

Umfragen zufolge wollen dagegen 70 bis 80 Prozent der Türiinnen und Türken, dass die Menschen ausgewiesen werden. In den sozialen Netzwerken zirkulieren seit Monaten Videos von Auseinandersetzungen, in denen Migranten für Ärger sorgen sollen. Zu sehen ist meist, wie vermeintliche Syrer oder Afghanen Männer angreifen, Frauen anmachen oder die Flagge der syrischen Opposition demonstrativ in der Öffentlichkeit hissen.

### **Im kollektiven Gedächtnis der Türkei haben Syrer oft einen schlechten Ruf**

Für die Mehrheit der Türken sind all das gleichsam verwerfliche Indizien, dass die arabischen Nachbarn sich nicht an die Regeln halten und ihr Land sukzessiv einnehmen würden. Die Gastfreundschaft von vor einigen Jahren, mit der Millionen syrischer Kriegsflüchtlinge herzlich aufgenommen wurden, hat ihr Ende im reaktiven, türkischen Nationalismus gefunden, der rechte wie linke Gruppierungen in der Türkei vereint.

Seit dem Wochenende verbreiten sich zudem Videos, die von Syrern selbst kommen sollen: Junge Männer hissen in südtürkischen Städten Flaggen mit der Zahl 515. Sie ist das Symbol der von den Engländern unterstützten Arabischen Revolte zu Zeiten des Ersten Weltkriegs. Der Aufstand gilt als erster vielversprechender Versuch, insbesondere syrisch-arabische Clans unter einem ihnen bis dahin fremden arabischen Nationalismus zu einen. So sollten die Osmanen auf der arabischen Halbinsel zurückgedrängt werden. Mehrere Tausend Menschen kamen im Gefecht um. Die Revolte wurde aus der britischen Sicht im Drama *Lawrence von Arabien* verfilmt.

So wie viele Kurden und Armenier die Massaker der Türken an ihren Vorfahren bis heute nicht vergessen, trägt ein Großteil der Türiinnen und Türken den Arabern die Geschehnisse von damals nach: Vor allem Syrer gelten im kollektiven Gedächtnis noch immer als Nachfahren derer, die einst die Urgroßeltern der Türken töteten. Videos wie die vom Wochenende beschwören die historische Abneigung.

Daneben gibt es die typischen Vorwürfe, wie man sie aus vielen Ländern kennt: Es heißt zum Beispiel, dass die Migrantinnen und Migranten den Türken die Arbeitsplätze wegnehmen und die Mieten in die Höhe treiben, auf Kosten des türkischen Steuerzahlers ein gemütlicheres und freieres Leben als in ihrer Heimat führen und die Türken in ihrem eigenen Land verdrängen würden. Diese Meinung ist verbreitet vom Taxifahrer bis zur Universitätsprofessorin.

Hört man sich bei Unternehmensbesitzern um, wird nur ein Kritikpunkt entkräftet. Zwar stimmt es, dass Migranten vor allem im produzierenden Gewerbe tätig sind: Sie pflücken Teeblätter am Schwarzen Meer, nähen Kleidung für Textilkonzerne in Istanbuler Kellerräumen und versorgen Vieh in der Landwirtschaft. Damit erledigen sie aber Arbeiten, die viele Türken offenbar nicht mehr übernehmen wollen.

"Es gibt keine Arbeitslosigkeit in der Türkei, es gibt nur eine Arbeitsunwilligkeit", erzählt der Landwirt Osman Talu. Ihm gehört eine der modernsten und größten Farmen im Land. Seine Kühe stehen riesigen Ställen und weiten Wiesen bei Manisa, im Westen der Türkei. "Wir zahlen über dem Mindestlohn, stellen Wohnungen, Verköstung und Internet zur Verfügung, aber die meisten jungen Türken wollen wenn überhaupt lieber zu schlechteren Bedingungen in Firmen in den Städten arbeiten", beschwert er sich. Die türkische Jugend sei leider arbeitsfaul geworden, anders als die jungen Syrer und vor allem Afghanen. Viele seien nicht gebildet, würden aber wenigstens mitanpacken wollen.

### **Syrien ist politisch fragmentiert**

Branchenschätzungen zufolge sind allein in der Landwirtschaft um die 1,5 Millionen Menschen aus Afghanistan im Einsatz, vor allem alleinstehende und junge Männer. Die Angabe übersteigt die offiziellen Zahlen der Regierung um ein Vielfaches.

Wohin mit den Geflüchteten? Die in die Türkei geflüchteten Syrerinnen und Syrer sind dort nicht mehr wohlgekommen. Die Erdoğan-Regierung will sie abschieben und ....

Wie viele Migranten offiziell und inoffiziell in der Türkei leben, ist nicht verlässlich klar. Die Zahlen schwanken von 3,5 bis 13 Millionen. Angesichts der zunehmend schlechten Stimmung gegen sie, fürchtet mancher Unternehmer mittlerweile um seine Arbeitskräfte und um die eigene Sicherheit: Einige Bauern berichten anonym, dass zuletzt die Gendarmerie auf sie zugekommen sei. Man verstehe, dass sie Migranten beschäftigen müssten, weise aber darauf hin, dass das Geld, das sie etwa Afghanen zahlen, zu deren Familien in der Heimat geschickt würde. Dort müsse ein Teil der Regierung übergeben werden. Das kann türkische Bauern schließlich zu indirekten Unterstützern der Taliban machen. "Wir stellen unsere Produktion gerade auf Roboter um", erklärt Osman Talu. Nicht mehr auf menschliche Kraft angewiesen zu sein, sei der einzige, sichere Ausweg.

Die Situation ist für alle Beteiligten zum Balanceakt geworden. Der türkische Staat setzt mittlerweile früher auf Rückführungen der Menschen. Bei der Mehrheit der Migrantinnen und Migranten, den Syrern, gibt es aber ein Problem: Wo sollen sie hin? Ihre Heimat ist politisch nach wie vor fragmentiert, ein explosiver Flickenteppich.

### **Ein Entgegenkommen bei den Nato-Verhandlungen als Hebel?**

Im Norden des Landes reihen sich Dörfer aneinander, in denen abwechselnd die amerikanische, die iranische oder die türkische Flagge wehen. Hinzu kommen vom Regime in Damaskus kontrollierte Gegenden, die zunehmend von Kräften der kurdischen PKK, ihrer syrischen Ableger oder iranischer Verbündeter kontrolliert werden. Auch israelische und russische Einheiten halten sich dort auf.

Um geflüchtete Syrerinnen und Syrer im großen Stil zurückzubringen, wie von der türkischen Bevölkerung gefordert, wird sich die Regierung von Präsident Erdoğan früher oder später mit internationalen Akteuren vor Ort arrangieren müssen. Weil in der Außenpolitik stets alles mit allem zu tun hat, kann dafür ein Entgegenkommen in völlig anderen Bereichen hilfreich sein. Manche Beamte in Ankara haben daher die von der Türkei geforderte Zustimmung für den Nato-Beitrittsprozess Schwedens als einen möglichen Hebel gesehen.

Ein Jahr lang hat Erdoğan mit seiner Veto-Drohung mehr internationale Anerkennung eingefordert. Dabei ging es nicht nur darum, schwierige Rüstungsdeals mit den USA durchzudrücken, sondern auch um eine aufrichtige Kooperation zum Beispiel in der Frage der Geflüchteten. Für den Westen lag die Antwort darauf bisher in der Türkei, für die Türkei liegt sie in Syrien.

**Load-Date:** July 13, 2023

**Nancy Faeser droht Sportlern aus Russland mit Einreiseverbot; Das IOC hat empfohlen, russische Athleten bei internationalen Wettkämpfen wieder zuzulassen. Das sei für ukrainische Sportler unzumutbar, sagt die Bundesinnenministerin.**

ZEIT-online

Montag 10. April 2023 6:53 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Internationale Wettkämpfe; Ausg. 1

**Length:** 307 words

**Byline:** Anja Stehle

## **Body**

---

Kenzo Tribouillard

Die deutsche Innenministerin Nancy Faeser trifft am 8. Dezember 2022 am EU-Hauptsitz in Brüssel zu einer Tagung des Rates "Justiz und Inneres" über den Schengen-Raum, **Asyl** und **Migration** ein.

Sportlerinnen und Sportler aus Russland müssen bei einer Wiederezulassung zu internationalen Wettkämpfen mit einem Einreiseverbot nach Deutschland rechnen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser kündigte an, entsprechende Visaregelungen anzuwenden. "Länder, in denen sportliche Großveranstaltungen stattfinden, sind nicht machtlos. Sie können über die Visaerteilung steuern, ob Russen tatsächlich teilnehmen können", sagte die SPD-Politikerin den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Wenn Deutschland internationale Wettbewerbe ausrichte, könne man entsprechend handeln. "Dem Kriegstreiber Putin eine Propagandabühne zu bieten, würde alle Werte des Sports verraten", sagte Faeser. "Es ist für ukrainische Sportler völlig unzumutbar, dass sie Sportlern gegenüberstehen, die für ein Land antreten, das so viele Zivilisten in der Ukraine umbringt."

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) mit dem Deutschen Thomas Bach an der Spitze hatte jüngst empfohlen, trotz des von Belarus unterstützten russischen Angriffskrieges auf die Ukraine Sportler aus beiden Ländern die Rückkehr zu Wettkämpfen als neutrale Athleten zu erlauben. Bedingung dafür ist unter anderem, dass die Sportler den Krieg nicht aktiv unterstützen und sie keine Verbindungen zu Militär und Sicherheitsorganen haben.

Neben dem Leichtathletikverband hatte zuletzt auch der Reitsportweltverband an einem Ausschluss von Russen und Belarussen festgehalten. Dagegen sprach sich der Präsident des Weltturnverbandes, Morinari Watanabe (Japan), für deren Rückkehr aus und kündigte eine Entscheidung darüber im Mai an. Auch der Ringerweltverband befürwortet die Wiederezulassung.

Nancy Faeser droht Sportlern aus Russland mit Einreiseverbot Das IOC hat empfohlen, russische Athleten bei internationalen Wettkämpfen wieder zuzulassen. Das se....

**Load-Date:** April 10, 2023

---

End of Document

**18 tote Migranten in Lastwagen bei Sofia entdeckt; In Bulgarien ist ein Lastwagen entdeckt worden, der zahlreiche Migranten aus Afghanistan transportiert hat. 18 von ihnen sind offenbar in ihren Verstecken erstickt.**

ZEIT-online

Freitag 17. Februar 2023 7:45 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Bulgarien; Ausg. 1

**Length:** 376 words

**Byline:** Alexander Eydlin

## Body

---

Stoyan Nenov

An ambulance leaves the site after at least 18 people were found dead in Bulgaria in an abandoned truck near the capital Sofia, according to the Bulgarian Interior Ministry, in Bulgaria, February 17, 2023.

Die bulgarische Polizei hat nach Angaben des Innenministeriums in einem Lastwagen Leichen von 18 Migranten aus Afghanistan entdeckt. Unter den Toten sei auch ein Kind, sagte der Chef der bulgarischen Ermittlungsbehörde, Borislav Sarafov. Die Menschen seien in ihren Verstecken in dem Wagen erstickt.

Dem Innenministerium zufolge wurde in dem Lastwagen, der nahe dem Dorf Lokorsko bei der Hauptstadt Sofia entdeckt worden ist, Holz transportiert. Die Migranten seien in Abteilen des Laderaums versteckt gewesen. Insgesamt soll der Wagen viel mehr Menschen transportiert haben.

Die meisten Überlebenden sollen sich in einem sehr schlechten Zustand befinden. "Sie haben an einem Mangel an Sauerstoff gelitten, ihre Kleider sind nass, sie frieren und haben offensichtlich seit Tagen nichts gegessen", sagte Gesundheitsminister Assen Medschidiew.

### **Polizei nimmt vier Verdächtige fest**

34 Personen, darunter fünf Kinder, seien in Sofia ins Krankenhaus eingeliefert worden. Einige befinden sich demnach in einem kritischen Zustand. Die Menschen seien aus der Türkei illegal über die Grenze gekommen und hätten sich zwei Tage lang in Wäldern versteckt, ehe sie nahe der Stadt Jambol im Südosten Bulgariens in den Lastwagen gebracht worden seien.

Zunächst war unklar, wie lange sie in dem Laster unterwegs gewesen waren. Einen Verkehrsunfall gab es nach Innenministeriumsangaben nicht. Bei der Polizei sei ein Hinweis über einen verlassenen Laster eingegangen.

18 tote Migranten in Lastwagen bei Sofia entdeckt In Bulgarien ist ein Lastwagen entdeckt worden, der zahlreiche Migranten aus Afghanistan transportiert hat. 18....

Die Polizei nahm inzwischen vier Personen fest, von denen eine bereits wegen Menschenhandels verurteilt worden war. Bulgarien liegt auf der Route, über die viele Migranten aus dem Nahen Osten und Afghanistan versuchen, in die EU zu gelangen.

Der Fall erinnert an die Entdeckung von 71 Migranten, die 2015 tot in einem Lastwagen an einer österreichischen Autobahn entdeckt worden waren. Die Transportmethode ist bei Schleusern weltweit verbreitet. Im Oktober 2021 sind mehr als 300 Personen aus einem einzigen Lastwagen in dem Land befreit worden. Viele von ihnen litten an Erstickungssymptomen.

**Load-Date:** February 17, 2023

---

End of Document